

VEREIN VOM HEIDELBERGER GESCHICHTSVEREIN E. V.

JAHRGANG 1

HEIDELBERG

JAHRBUCH ZUR
GESCHICHTE DER STADT

1996

Oo

2722

1
BW

00
2722
1

SA 10275
Das Deutsche Städtische - OIP-Erbschaftssteuer
Heidelberger Jahrbuch zur Geschichte der Stadt
Jg. 1996, herausgegeben vom Heidelberger Geschichtsverein e.V.
Heidelberger Kurpfälzischer Verlag, Heidelberg
ISBN 3-89411-100-0
Das Jahrbuch ist ein Mitglied der Reihe
Das Deutsche Städtische - OIP-Erbschaftssteuer

Heidelberg Jahrbuch zur Geschichte der Stadt 1996

Herausgegeben vom Heidelberger Geschichtsverein

Jahrgang 1

Redaktion:

Karin Buselmeier, Jochen Goetze,
Ingrid Moraw, Reinhard Riese;

für den Vorstand:

Hans-Martin Mumm und Norbert Giovannini



Kurpfälzischer Verlag, Die Heiligen Lebrunn - Heidelberg
Umschlaggestaltung: Jürgen Seitz
Satz und Layout: Gern - Bräunig, Heidelberg
Druck: Diskussions-Druck, Heidelberg

KURPFÄLZISCHER VERLAG

P
ZA 10572, 1. 1996 ds

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme
Heidelberg. Jahrbuch zur Geschichte der Stadt,
Jg. 1 1996 / hrsg. vom Heidelberger Geschichtsverein e.V.
Heidelberg: Kurpfälzischer Verlag Dr. Hermann Lehmann
ISBN 3 - 924566 - 05 - 4
NE: Heidelberger Geschichtsverein (Hrsg.)
Mit Beiträgen von Manfred Benner... Darmstadt: Dissertations Druck, 1996

Jo 2722

© Copyright bei den Autoren

Bestellungen über den Herausgeber:
Heidelberger Geschichtsverein e.V.
c/o Hans-Martin Mumm
Kaiserstr. 10
69115 Heidelberg



Kurpfälzischer Verlag Dr. Hermann Lehmann – Heidelberg
Umschlaggestaltung: Ingrid Sauer
Satz und Layout: Cyan – Brigitte Müller, Heidelberg
Druck: Dissertations Druck Darmstadt GmbH

ISBN 3 - 924566 - 05 - 4

Inhaltsverzeichnis

Vorwort

I. Aufsätze zur Stadtgeschichte

Jochen Goetze

Umriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Heidelbergs im
Mittelalter und in der Frühen Neuzeit 9

Ludwig Merz

Stadt am Fluß

Zur Geschichte des Neckarufers 24

Hans-Martin Mumm

Heidelberg als Industriestandort um 1900

Zur These von der besonderen

Industriefeindlichkeit Heidelbergs 37

II. Beiträge zur Baugeschichte

Manfred Benner und Achim Wendt

„Heidelberg Incognita“

Archäologische und bauhistorische Ergebnisse
zu den Anfängen Heidelbergs 61

Jochen Goetze

Gassen, Straßen und Raster oder die Anfänge der Stadt Heidelberg

Überlegungen und Gedanken zum Heidelberger Stadtgrundriß 103

Martin Krauß

Die Geschichte der Wieblinger Mühle 121

Raban von der Malsburg

Die Architektur des Heidelberger Rathauses

Ein Spiegel der Stadtgeschichte 139

III. Miscellen

Gunther Morche

Susanna macht Musikgeschichte

Über eine anonyme Messe für Kurfürst Ottheinrich 165

Michael Buselmeier

Ein bislang unbekannter Brief Gottfried Kellers 176

Norbert Giovannini

Lehrer, Pazifist, jüdischer Emigrant

Ein Hinweis auf Moritz Morgenthal und seine Familie 183

Frank Moraw

Heidelberg im Zeichen der Nürnberger Rassengesetze

Carl Neinhaus und Therese Wiesert: Zum politischen Spielraum
eines Oberbürgermeisters im Nationalsozialismus 195

Harald Gilbert

Zwangsarbeit in Heidelberg 1940-1945

„Verschleppt und Vergessen“ 205

IV. Aus der Arbeit von Museen, Archiven und Forschungsstellen

Günther Berger, Peter Blum und Diana Weber

Das Stadtarchiv Heidelberg 219

Frieder Hepp

Verraten und entlarvt

Bilanz der Ausstellung „Verführt und verraten“
im Kurpfälzischen Museum 227

V. Literatur zur Stadtgeschichte

Hermann Klippel über Günther Debon 235

Karin Buselmeier über Hubert Treiber/Karol Sauerland 237

Ildiko Mumm über Blanca Rosenberg 239

Veröffentlichungen 1994/95 242

Veröffentlichungen 1996 244

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren 250

Vorwort

Bei seiner Gründung im November 1993 hat der Heidelberger Geschichtsverein als eine seiner Aufgaben bestimmt, ein Jahrbuch zur Geschichte der Stadt herauszugeben. Die erste Ausgabe legen wir hiermit vor.

Eine Stadt braucht wie jedes Gemeinwesen ein Gedächtnis. Das zu betonen, scheint in einer Stadt wie Heidelberg eigentlich überflüssig zu sein. Mit der Schloßruine, der Altstadt und den Kernen der ehemals selbständigen Vororte zeigt Heidelberg öffentlich ein historisches Gesicht. Hier ist die älteste deutsche Universität zu Hause, und die Bürgerschaft feiert in diesem Jahr die erste urkundliche Erwähnung des Namens „Heidelberg“ vor 800 Jahren. Es gibt vielfältiges und verzweigtes Bemühen, die Geschichte der Stadt zu erforschen, dessen Ergebnisse in Schriftenreihen, Einzelpublikationen und über die Presse die Öffentlichkeit erreichen. Und doch fehlt es an einem zusammenführenden und zusammenfassenden Organ.

Das erste Jahrbuch eines neu gegründeten Vereins kann nicht sofort alle Wünsche und Anforderungen an ein solches Organ erfüllen. Es muß sein Profil, einen ständigen und sich zugleich erweiternden Kreis von Forschenden und Schreibenden und seine Leserschaft erst noch finden; und nicht zuletzt muß es auch finanziell auf gesicherter Basis stehen.

Die Beiträge zu diesem Jahrbuch stammen aus verschiedenen Bereichen und Zusammenhängen in der Stadt. Stellvertretend sei hier Ludwig Merz genannt, der erst vor kurzem für seine lebenslange Stadtforschung mit der Bürgermedaille geehrt wurde. Bei allen Beiträgen handelt es sich um Erstveröffentlichungen. Darunter sind auch die überarbeiteten Fassungen von Vorträgen im Rahmen des Veranstaltungsprogramms des Geschichtsvereins. Der Volkshochschule Heidelberg gilt unser Dank, die mit Gastfreundschaft und guter Zusammenarbeit unsere Vortragsreihen unterstützt.

Einen sachlichen Schwerpunkt enthält dieser Band insofern, als drei Aufsätze die Anfänge Heidelbergs thematisieren. Das ist im Hinblick auf das 800-Jahre-Gedenken angemessen. Darüber hinaus – und das ist so auch für die Zukunft gedacht – soll das Jahrbuch in breiter Streuung möglichst alle Epochen und Sachgebiete berühren. Dieser Anspruch ist hoch und keinesfalls schnell einzulösen. Unvermeidlich bleiben Lücken, die sich auch im Turnus vieler Jahre nur annähernd werden schließen lassen. Aber gerade dazu dient die Regelmäßigkeit eines Jahrbuchs.

Auch die Rubrik „Berichte“ ist auf einen langjährigen Turnus angelegt. Zu Wort kommen hier städtische und staatliche Institutionen und Forschungsstellen ebenso wie Vereinsarchive und Privatsammlungen. Darstellungen von Archivbeständen außerhalb Heidelbergs könnten sich später anschließen. So würde eine für Laien wie für Fachleute hilfreiche Sammlung von Findmitteln zu den Quellen zur Stadtgeschichte entstehen.

Bei den Rezensionen können stets nur einzelne Publikationen Berücksichtigung finden. Die Auswahl ist schwierig und immer ungerecht. Bei den Titellisten der neu erschienenen Literatur zu Heidelberg, die auf der zweimal im Jahr zusammen mit der Stadtbücherei durchgeführten Veranstaltung „Erlesenes Heidelberg“ fußen, streben wir dagegen Vollständigkeit an. Auf Hinweise sind wir dabei in besonderer Weise angewiesen.

Um dieses Jahrbuch Wirklichkeit werden zu lassen, mußte viel Arbeit geleistet werden, stets unbezahlt, ehrenamtlich und freizeitmindernd. Zu danken haben wir den Autorinnen und Autoren, der Redaktion, den Inserenten und den Vereinsmitgliedern für ihre Beiträge und Spenden, für Mitarbeit und Unterstützung. Der Öffentlichkeit übergeben wir diesen Band mit der Bitte um Wohlwollen, Verbreitung, Anregungen und Kritik. Wenn der erste Jahrgang Zuspruch findet, könnte er der Beginn einer nützlichen Reihe für viele nachfolgende Jahre werden.

Heidelberg, im Mai 1996

Für den Vorstand des Heidelberger Geschichtsvereins

Hans-Martin Mumm

Jochen Goetze

**Umriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte Heidelbergs
im Mittelalter und der Frühen Neuzeit¹**

Die Anfänge

Trotz der bekannt dürftigen Quellenlage für die mittelalterliche und frühneuzeitliche Geschichte der Stadt Heidelberg lassen sich aus den überlieferten Quellen die Umriss einer Sozial- und Wirtschaftsgeschichte der Stadt erstellen, freilich nur Umriss; zieht man jedoch zum Vergleich die Forschungsergebnisse zu den sozial- und wirtschaftsgeschichtlichen Bedingungen ähnlich strukturierter Städte heran, läßt sich ein aussagekräftiges Bild vermitteln. Im Folgenden soll daher der Versuch unternommen werden, auf der Grundlage bisheriger Forschungsergebnisse zur Geschichte der Stadt Heidelberg, der überlieferten Quellen, insbesondere des Schatzungsverzeichnisses von 1439 und des Einwohnerverzeichnisses von 1588 die wirtschaftliche und soziale Struktur einer zunächst kleinen Landstadt, die in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts zur Residenzstadt der Pfalzgrafen bei Rhein und Kurfürsten des Heiligen Römischen Reiches wurde, herauszuarbeiten.

Am 24. März 1225 belehnte Bischof Heinrich von Worms den wittelsbacher Pfalzgrafen Ludwig I. und die Frau seines Sohnes Otto, Agnes aus dem Hause der Welfen – ihr Vater Heinrich war von 1195 bis 1211 Pfalzgraf bei Rhein gewesen – für deren männliche Erben neben anderen Gütern auch mit dem ‚castrum in Heidelberg cum burgo ipsius castri‘, mit der Befestigung in Heidelberg und dem ‚burgus‘ dieser Befestigung. Folgt man nun der Fachterminologie des 13. Jahrhunderts, so bedeutet ‚burgus‘ in der Regel eine nicht befestigte Siedlung von Handwerkern und Kleinkaufleuten um einen weltlichen oder kirchlichen Mittelpunkt, das kann eine Burg, ein Kloster, ein saisonal abgehaltener Markt, ein Flußübergang sein. Sehr häufig liegt der Schwerpunkt der Beschäftigung der Bewohner des burgus auch in landwirtschaftlicher Produktion. Alle Funktionen und Tätigkeiten der burgus-Bewohner dienten allein der Versorgung des kirchlichen oder weltlichen Mittelpunktes, um den sich der burgus gebildet hatte. Damit ist die

wirtschaftliche und soziale Entwicklung einer solchen Siedlung und ihrer Bewohner vorgezeichnet: sozialer Aufstieg endet in der Regel an der unteren sozialen Schicht der Mittelpunktbediensteten, die die errungene Position energisch gegen Aufsteiger verteidigen. Eine eigene Verwaltung und Rechtsprechung können die burgus-Bewohner in der Regel nicht aufbauen; gegen die Gewährung von Schutz werden Verwaltung und Rechtsprechung von der Herrschaft wahrgenommen und ausgeübt. Auch die wirtschaftliche Entwicklung wird durch die Bedürfnisse des Mittelpunktes bestimmt; erst seit der allgemeinen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung des 15. Jahrhunderts kann dieses Schema durchbrochen werden.

Die Herrschaftsausübung des Mittelpunktes stützt sich auf Bedienstete, die durchweg nieder-adliger oder ministerialer Herkunft sind. Sie stehen in einem Dienst- oder Lehensverhältnis zum Mittelpunkt, sind aber meistens an anderen Orten begütert; häufig gehört zu ihren Dienstaufgaben auch die Verwaltung des burgus.

In typischer Weise treffen wir diese Konstellation im Heidelberg des ausgehenden 12. und beginnenden 13. Jahrhunderts. Im Gefolge der frühen Pfalzgrafen erscheinen ‚viri boni‘ = gute Männer als niederadlige oder ministeriale Verwaltungsbeamte. Wir kennen sie zum großen Teil mit Namen aus den Zeugenlisten der pfalzgräflichen Urkunden, und wir haben allen Grund anzunehmen, daß sie sich zur Wahrnehmung ihrer Tätigkeiten in der Nähe der Pfalzgrafen ansiedelten, eben auf dem Areal der heutigen Kernaltstadt. Es ist weiter anzunehmen, daß sie vor der Entstehung des hochmittelalterlichen Stadtgrundrisses turmartige Wohnbauten errichteten, wie sie in vielen anderen süddeutschen Städten dieser Zeit von den dortigen viri boni ebenfalls erbaut wurden. Fundamente solcher Gebäude, teilweise noch mit aufgebendem Mauerwerk von beachtlicher Höhe, sind bei den Haussanierungen insbesondere südlich der Hauptstraße ermittelt worden. Im Verlauf der archäologischen Untersuchungen im Innenhof der Neuen Universität (1986/87) konnten Teile eines mächtigen Fundamentes ergraben werden, das nach Befund in das 12. Jahrhundert zu datieren ist und möglicherweise mit zeitgleich errichteten weiteren Bauten eine mächtige Hofanlage bildete. Funde von qualitätvollen Ofenkacheln des 12. Jahrhunderts in unmittelbarer Umgebung des turmartigen Gebäudes weisen auf hohen sozialen Rang und Reichtum der Bewohner hin, die mit großer Sicherheit als viri boni anzusprechen sind. Bereits im frühen 13. Jahrhundert scheint das Gebäude abgebrochen worden zu sein, möglicherweise in Zusammenhang mit dem in diese Zeit fallenden Bau der Stadtbefestigung.

Mit der Ansiedlung dieser aristokratischen Gefolgsleute der Pfalzgrafen – zunächst wohl in lockerer Bebauung südlich der Hauptstraße – war der

äußere Rahmen für die burgus-Siedlung im Bereich der heutigen Altstadt geschaffen.

Doch noch ein weiteres Moment sollte für die frühe Ansiedlung und ihre Bedingungen ausschlaggebend sein: die geographische Lage an einer wichtigen Straßenkreuzung. Von der alten Nord-Südstraße vom Norden Dänemarks über Hamburg, Braunschweig, Frankfurt, Mainz, Straßburg, St. Gotthard nach Oberitalien zweigte in Frankfurt die heutige Bergstraße (B3) ab, die an Heidelberg vorbei nach Schwaben und Nürnberg führte. Diese Straße nun kreuzte bei Heidelberg den Neckar, der als ebenfalls vielbefahrene Schifffahrts- und Flößereistraße mit Anschluß an den großen mittelalterlichen Schifffahrtsweg Rhein eine wichtige Verkehrsader war. Neben der Neckarfurt an der Ziegelgasse wurde bereits seit Beginn des 13. Jahrhunderts unterhalb der Alten Brücke eine Neckarfähre betrieben, die seit 1217 im Besitz der Schönauer Mönche war. Diese besaßen ja im Nordostteil der Stadt einen eigenen ausgedehnten Wirtschaftshof, in dem sie ihre landwirtschaftliche Überproduktion verwalteten. Vermutlich in den 70er Jahren des 13. Jahrhunderts wurde die Alte Brücke errichtet, die nunmehr einen bequemen kleinen Umweg des Nord-Südverkehrs durch die Stadt Heidelberg ermöglichte. Fähre und Brücke und das durch sie bedingte Verkehrsaufkommen haben im Heidelberger Stadtgrundriss Spuren hinterlassen: der relativ geräumige Platz an der Alten Brücke und die für Heidelberger Verhältnisse extrem breite Haspelgasse mit dem ehemals darin gelegenen Kaufhaus zeugen noch heute davon.

Die Lage der Siedlung an einer Straßenkreuzung in Verbindung mit der Sicherheit einer befestigten Stadt konnte Reisende und Kaufleute anlocken und die Struktur der Stadt mitbestimmen. Reisende und Fremde galten in mittelalterlichen Gemeinden als rechtliche und soziale Sondergruppen, und man versuchte immer, sie zur besseren Kontrolle an den Stadttoren abzufangen und in den dort angelegten Herbergen unterzubringen. So auch in Heidelberg am Brückentor. Noch heute befinden sich in der Steingasse und der Haspelgasse überproportional viele Gaststätten. Als die Pfalzgrafen dann in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts endgültig Heidelberg zur Hauptstadt der Kurpfalz machten, war die Stadt bestens gerüstet für die großen Besucherströme, die die Residenz anzog.

Die Entwicklung

Nicht nur die eigenen Kräfte einer Stadt entscheiden über ihre soziale und wirtschaftliche Entwicklung. Zur Bedeutung einer Hafenstadt gehört nicht

nur eine Stadt in günstiger Lage am Meer, sondern auch das entsprechende Hinterland; eine in der Nähe ergiebiger Salzvorkommen gelegene Stadt verdrängt andere Märkte und sichert sich eine Monopolstellung in weitem Umkreis. Seit Beginn des 13. Jahrhunderts ist eine europäische Verschiebung der Wirtschaftsschwerpunkte von Westen nach Osten festzustellen: die Messen der Champagne, einst der wichtigste europäische Waren- und Finanzmarkt, verlieren ihre beherrschende Stellung. Durch die Entwicklung neuer und sicherer Schiffstypen (Kogge) werden große Teile der Warentransporte über See abgewickelt. Davon profitieren Hafenstädte wie Brügge in Flandern und Köln, das mit den damaligen Seeschiffen durchaus erreicht werden konnte. Gleichzeitig entwickelte sich mit der Hanse in Norddeutschland und Nordeuropa ein neues, weit ausgreifendes Wirtschaftssystem. Im Gefolge dieser West-Ostverschiebung entstanden 1240 in Frankfurt die Herbstmessen und seit 1330 auch die Frühjahrmessen. Heidelbergs Lage war weniger günstig. Sicher konnte ein Teil des Besucherverkehrs der Frankfurter Messen über die Neckarbrücke in die Stadt gelockt werden, doch verhinderten die Frankfurter Messen das Entstehen eines Wirtschaftszentrums Heidelberg. Zwar unternahm Kurfürst und Stadt 1357 den Versuch, im Anschluß an die Frankfurter Frühjahrmessen in Heidelberg eine 14-tägige Folgemesse einzurichten – es wurde sogar eine Gesandtschaft des Stadtrates nach Frankfurt geschickt, um für die Heidelberger Messe zu werben – doch scheiterte das Unternehmen gründlich: man hatte in Heidelberg die Notwendigkeiten und Chancen der Zeit zwar erkannt, sie aber falsch gedeutet. Diese erste einer Reihe von noch zu behandelnden Maßnahmen, die man nur als Wirtschaftsförderungsmaßnahmen zugunsten der Stadt Heidelberg bezeichnen kann, erfolgte zu einem Zeitpunkt, als sich die Pfalzgrafen dauerhaft in Heidelberg niederzulassen begannen und die Stadt damit Residenz wurde. Der Vorgang erfolgte allmählich, und er ist nur über einen längeren Zeitraum zu verfolgen. Adlige Regierung im Mittelalter geht vom Lande aus, nicht von Städten, und ähnlich wie die Könige und Kaiser des mittelalterlichen Deutschen Reiches keine feste Residenz hatten, sondern nach den Notwendigkeiten der aktuellen Politik im Reich umherzogen, wechselte auch der Pfalzgraf nach den Regierungs- und Verwaltungsnotwendigkeiten seinen Aufenthalt innerhalb des sehr zerrissenen und sich mit territorialen Unterbrechungen von der Mosel entlang Rhein und Neckar bis zur Oberpfalz erstreckenden Territoriums häufig. Anhand der Ausstellungsorte von Urkunden aus der pfalzgräflichen Kanzlei lassen sich Wege und Aufenthaltsorte der zentralen Regierungsbehörde feststellen. In der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts nun werden zunehmend häufiger Urkunden in langen Serien in Heidelberg ausgestellt. Wir haben daraus den Schluß zu ziehen, daß

der in diesen Jahren immer umfangreicher werdende Regierungs- und Verwaltungsapparat in der Organisationsform der Kanzlei seinen festen Wirkungsort in Heidelberg bezog². Für die Stadt Heidelberg konnte das nur von Vorteil sein, bedeutete doch die Residenz in der Stadt für Handwerker und Kaufleute Umsatzsteigerungen und größere Nachfrage vor allem nach Gütern des gehobenen und luxuriösen Bedarfs, den eine fürstliche Hofhaltung eben mit sich brachte. Andererseits war zu erwarten, daß die Pfalzgrafen die Stadt aus Gründen der Repräsentation als Residenzstadt entsprechend ausstatten würden. So sehen wir denn auch in den folgenden Jahren Maßnahmen, die bis heute das Bild der Stadt bestimmen. Gemeint ist die Gründung der Universität, die von Ruprecht dem Älteren sicher nicht aus besonderer Liebe zu den Wissenschaften gegründet wurde, eigenem Bekunden nach verstand er nicht einmal Latein. Mit der Universität aber konnte ein weitgehend sicherer und krisenfester Wirtschaftsfaktor für die Stadt geschaffen werden, und nebenher konnten die Wissenschaftler der Universität zu vielfältigen Aufgaben im Hofdienst und in der Administration herangezogen werden.

Nachhaltig auf das Wirtschaftsleben der Stadt mußte sich die Etablierung der Residenz auch dadurch auswirken, daß nunmehr der kurpfälzische Hofadel sich in der Stadt niederließ, Häuser erwarb und durch seine Nachfrage Handwerk, Handel und Dienstleistungen in der Stadt stärkte. Schon bald wurde es eng in der Stadt; 1392 wurde auf kurfürstlichen Befehl das westlich vor der Stadt gelegene Dorf Bergheim aufgelöst, die Gemeindegemarkung mit der Heidelbergs vereinigt und die westliche Voralstadt gegründet. Die Bergheimer Bevölkerung wurde gezwungen, in die Vorstadt umzusiedeln, und Bewohner des alten Heidelberg wurden mit steuerlichen Vergünstigungen zum Umzug in die Vorstadt angehalten. Der Vorgang der Stadterweiterung ist in der zweiten Hälfte des 14. Jahrhunderts nicht ungewöhnlich, Nürnberg, Basel und viele andere Städte wurden zur gleichen Zeit erweitert, und fast immer reichte das Areal nun bis in das 19. Jahrhundert aus – wie auch in Heidelberg.

Die Besiedlung der Vorstadt ging in Heidelberg jedoch nur sehr langsam vonstatten, sodaß hier Garten- und Rebkulturen angelegt wurden und auch noch Platz für den kurfürstlichen Herrengarten blieb. Der Hofadel jedoch zog die alte Stadt vor, die ganz überwiegende Zahl seiner Höfe errichtete er in den südlichen und östlichen Teilen der Stadt, die kürzere und bequemere Wege zum Schloß und zur Kanzlei boten.

Aus dem Schatzungsverzeichnis des Jahres 1439, in dem für die Erhebung einer Sondersteuer die 779 steuerpflichtigen Bürger der Stadt mit ihren Abgabesätzen verzeichnet sind, läßt sich die gesamte Bevölkerungszahl

errechnen: sie dürfte in diesem Jahr bei knapp über 5.000 gelegen haben. Von diesen lebten nur 34 Steuerzahler mit ihren Familien in der Vorstadt, und sie gehörten nach ihren Steuern zu den Ärmsten der Stadt. Wir können wohl sicher davon ausgehen, daß die Bevölkerungsverhältnisse sich in den Jahren zwischen 1392 und 1439 nicht wesentlich geändert haben. Demnach lebten gegen Ende des 14. Jahrhunderts knapp 5.000 Einwohner in der alten Stadt – fast genau so viele übrigens wie heute (= Kernaltstadt).

Die neue Vorstadt hatte eine von der alten Stadt abweichende sondergemeindliche Organisationsform; die Bewohner hatten wie die Schlierbachs einen minderen rechtlichen Status. Im Schätzungsverzeichnis von 1439 werden die Vorstädter noch gesondert aufgeführt: ‚Die in der nuwen stad‘, ebenso wie die 51 Bewohner ‚Vor dem berge‘, am Schloßberg, die ebenfalls eine Sondergemeinde mit einer gegenüber den Bürgern der Stadt minderen Rechtsqualität ihrer Bewohner bildeten.

Die Bewohner der alten Stadt waren in 10 Zünften als einer gemeindlichen Zwangsorganisationen zusammengefaßt, zu denen die Vorstadtbewohner keinen Zutritt hatten. Diese unterstanden einem eigenen herrschaftlichen Schultheißen. Darin setzt sich das alte persönliche Rechtsverhältnis der Bergheimer Bauern zum Kurfürsten als dessen Leibeigene fort, jetzt freilich waren sie Vorstadtbürger von minderer Rechtsqualität gegenüber den Bürgern der alten Stadt Heidelberg. Hier besteht grundsätzlich die Schwierigkeit, den Rechtszustand zu definieren. Es muß davon ausgegangen werden, daß alle Landbewohner der Pfalz von den Kurfürsten als ihre Leibeigenen behandelt wurden. So abschreckend diese Bezeichnung heute auch klingen mag, dieser Rechtszustand bot für die pfälzischen Leibeigenen einen gewichtigen und anerkannten Vorteil: den Schutz durch einen der mächtigsten Reichsfürsten. Ähnliche Rechtsverhältnisse müssen für die Bewohner der Schloßberggemeinde und Schlierbachs angenommen werden, die ebenfalls eigenen Schultheißen des Kurfürsten unterstellt waren. In dieser Rechtsform unterstanden sie alle nicht dem Niedergericht der Stadt Heidelberg, sondern direkt dem Schultheißen. Die Hochgerichtsbarkeit übte wie auch über die Bürger Heidelbergs das kurfürstliche Hofgericht aus.

Die Bürger der Stadt Heidelberg genossen demgegenüber einige Privilegien: eigene Niedergerichtsbarkeit für kleinere Vergehen, deren gerichtliche Behandlung nach dem Strafrechtskatalog der Zeit nicht ein Urteil an ‚Hals und Hand‘ (Körper- oder Todesstrafen) erwarten ließen, und eine wenn auch begrenzte bürgerliche Selbstverwaltung. Dennoch unterschied sich die Rechtsstellung der Heidelberger Stadthürger außer in den eben genannten Punkten kaum von der der Land- oder Vorstadtbewohner. Ebenso wenig wie diese besaßen sie den ‚freien Zug‘, das Recht auf freizügigen und freiwil-

ligen Wechsel des Wohnortes, ein Recht, das als Kriterium für den rechtlichen und sozialen Zustand der persönlichen Freiheit und Unabhängigkeit angelegt werden kann. Dieses Recht erkämpften sich die Heidelberger Stadtbürger erst im Jahre 1465, wenn auch nur mit einem Geltungsbereich für die Kurpfalz (vergl. weiter unten).

Die mindere Rechtsqualität der Vorstadtbewohner in der Voralstadt, am Schloßberg und in Schlierbach blieb noch lange bestehen: noch 1588 sind für die Voralstadt, Schlierbach und den Schloßberg als Vorstädte eigene Schultheißen genannt, und die rechtliche Vereinigung der Vorstadt und des Schloßberges mit Heidelberg fand erst 1743 statt.

Die Schatzung des Jahres 1439 wurde in der gesamten Kurpfalz erhoben; der Anlaß für die Sondererhebung ist nicht überliefert. Das Schatzungsverzeichnis ist so angelegt, daß alle steuerpflichtigen Bürger der Stadt nach ihrer Zunftzugehörigkeit samt der von ihnen entrichteten Steuer in Höhe von 5 % auf ihr Gesamtvermögen eingetragen sind. Neben den Zünften erscheinen als Sondergruppen der Rat der Stadt, die Kohlhänger (wahrscheinlich Stadtbürger mit Landbesitz ausserhalb der Stadt), die Vorstädter, die Schloßbergbewohner, die Neuenheimer, die Unzünftigen und letztlich die Priester, zusammen 779 Steuerzahler. Nicht erfaßt sind die privilegierten Hofbedienteten die Universitätsangehörigen und alle diejenigen, deren Vermögen weniger als 20 fl (Gulden) betrug. So werden beispielsweise bei der feierlichen Grundsteinlegung zum Neubau des Bibliotheksgebäudes der Artistenfakultät im Jahre 1441 eine Reihe Heidelberger Bürger namentlich genannt, aber nur die Hälfte von ihnen ist im zwei Jahre vorher angelegten Schatzungsverzeichnis nachweisbar.

Als Mindestvermögen erscheinen 1439 20 Gulden (fl) Besitz, der sich aus Grund- und Hausbesitz und Fahrnishaft zusammensetzt. Wie grundsätzlich im Mittelalter erfolgte die Vermögensangabe durch Selbsteinschätzung der Steuerpflichtigen; Falschangaben waren dabei praktisch kaum möglich, da die räumliche und soziale Enge der Stadt keine Geheimnisse zuließ und jeder über jeden praktisch alles wußte.

Stadtbürger mit einem Vermögen von weniger als 20 fl gehören zu den Armen der Stadt, die keine Steuern zu zahlen brauchten. Das ‚Husel‘ der Tochter des Schmiedes Hertel ‚hinter den Barfussern‘ war von seiner Besitzerin mit einem Wert von 20 fl veranschlagt, vermutlich eine armselige Hütte, wohingegen der Priester Johann Lorich ein Pferd, das er offensichtlich auf einer Visitationsreise im Auftrage des Kurfürsten eingebüßt hatte, mit einem Wert von 15 fl beziffert. Die Armutsgrenze von etwa 20 fl findet sich in nahezu allen deutschen Städten des Mittelalters. Sie muß daher als gängige Norm angesehen werden. Einer ganzen Reihe von Steuerpflichtigen scheint

die Nähe zur Armutsgrenze peinlich gewesen zu sein; sie geben ihr Vermögen mit 21, 22 oder 23 fl an. Die Angaben über Vermögen werden sonst nur in vollen Zehnern gemacht.

Heidelberg war besonders nach der Verlegung der bäuerlichen Gemeinde Bergheim in die neugegründete Vorstadt eine der vielen Ackerbürgerstädte des Mittelalters. Von den etwa 3.000 – 3.500 Städten des mittelalterlichen Deutschland gehörte etwa die Hälfte in diese Größenordnung. Bekanntestes Beispiel der Ackerbürgerstädte ist Rothenburg ob der Tauber, das den eigentlichen Stadtbereich mit einer inneren Stadtmauer umgab, den der umliegenden Äcker mit einer äußeren.

Ähnlich müssen die Zustände im spätmittelalterlichen Heidelberg gewesen sein: die nur spärlich besiedelte Vorstadt wurde vorwiegend bäuerlich genutzt, zudem waren auch in der alten Stadt Heidelberg eine große Zahl von Bauern und Weingärtnern angesiedelt. Sie waren in der Zunft der ‚Wingerter‘, der Weingärtner organisiert; nach Auskunft des Schatzungsverzeichnisses von 1439 zählte diese immerhin 129 Mitglieder, zu denen noch die wohl überwiegend bäuerlichen Vorstadtbewohner zu rechnen sind = etwa 160 bäuerliche Steuerzahler von 779 oder 20,5 %.

Der Übergang von Land und Stadt ist im Mittelalter fließend. Er kann für den Einzelnen nur durch seine Rechtszugehörigkeit entweder zum Personenverband der Stadtbürger oder zum dörflichen Grundherren definiert werden. Für die Stadt Heidelberg und das bäuerliche Umland der Kurpfalz lassen sich nach dem Schatzungsverzeichnis von 1439 noch die nach Stadt und Land unterschiedlichen Vermögenskriterien heranziehen:

Die folgende Aufstellung gibt die Vermögensverteilung – wiederum nach Selbsteinschätzung – im Jahre 1439 wieder:

Vermögen	Land	Heidelberg
bis 20 fl	29,0 %	30,93 %
bis 60 fl	61,0 %	19,96 %
bis 300 fl	3,0 %	35,62 %
über 300 fl	7,0 %	13,46 %

Der Unterschied ist deutlich: an der Armutsgrenze von 20 fl bewegen sich in Land und Stadt etwa gleichviele Steuerzahler, die Zahl der kleineren Vermögen bis etwa 60 fl ist auf dem bäuerlichen Land dreimal so hoch wie in der Stadt. Fast 12mal so hoch ist dagegen in der Stadt der Besitz von mitt-

leren Vermögen bis 300 fl, wogegen die hohen Vermögen von über 300 fl in der Stadt nur doppelt so groß sind wie auf dem Lande.

Eine derartige Aufstellung kann ohne Vergleichsmöglichkeiten kaum aussagekräftig sein. Nun sind aus mit Heidelberg vergleichbaren Städten kaum entsprechende Erhebungen überliefert, zudem muß eine Stadt in vergleichbaren Verhältnissen gefunden werden. Hier bietet sich Dresden an. Im Jahre 1488 führte Dresden eine ähnliche Erhebung durch. Dresden hatte in diesem Jahr etwa 4.000 Einwohner, war eine Residenzstadt und war sozial ähnlich strukturiert wie Heidelberg. In Dresden wurde 1488 sehr viel differenzierter nach den Vermögen gefragt als 1439 in Heidelberg, die Heidelberger Zahlen von 1439 erlauben jedoch eine Anpassung:

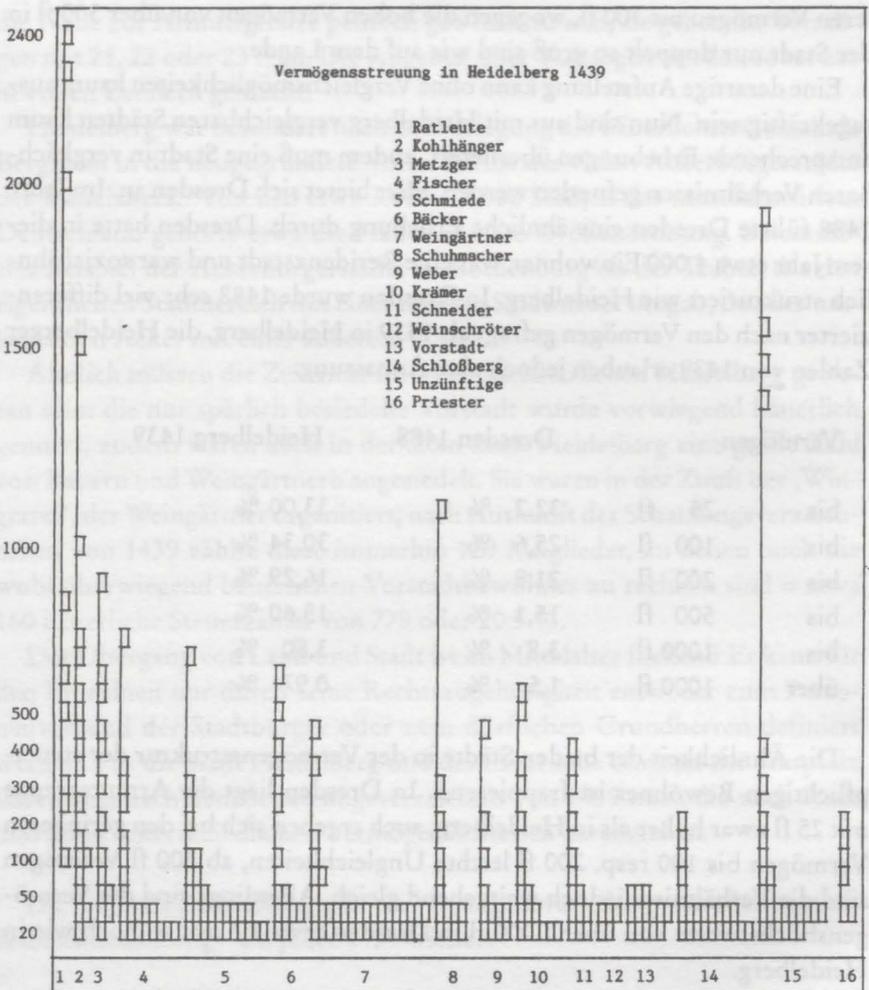
Vermögen		Dresden 1488	Heidelberg 1439
bis	25 fl	32,2 %	33,00 %
bis	100 fl	25,6 %	30,34 %
bis	200 fl	21,8 %	16,29 %
bis	500 fl	15,1 %	15,60 %
bis	1000 fl	3,8 %	3,80 %
über	1000 fl	1,5 %	0,97 %

Die Ähnlichkeit der beiden Städte in der Vermögensstruktur der steuerpflichtigen Bewohner ist frappierend. In Dresden liegt die Armutsgrenze mit 25 fl zwar höher als in Heidelberg, auch ergeben sich bei den geringeren Vermögen bis 100 resp. 200 fl leichte Ungleichheiten, ab 500 fl Vermögen sind die Verhältnisse jedoch weitgehend gleich. Allerdings sind die Vermögenshöchstwerte von über 1.000 fl in Dresden etwa 1½ mal so hoch wie in Heidelberg.

Der Vergleich, zu dem andere, ähnlich strukturierte Städte herangezogen werden können, ergibt für die Stadt Heidelberg eine durchschnittliche und von der Norm noch immer agronomisch orientierter junger Residenzstädte keine wesentliche Abweichung in der Vermögensverteilung.

Betrachten wir nun die absoluten Vermögensverhältnisse in Heidelberg, wie sie das Schatzungsverzeichnis von 1439 nach Zünften und Sondergruppen geordnet wiedergibt.

Deutlich hebt sich hier der Rat der Stadt mit seinen Vermögen von den anderen Steuerzahlern ab: an Spitzenvermögen werden 2.400 fl erreicht; insgesamt verfügen die 10 Ratsmitglieder und 2 Bürgermeister über 17.350 fl Gesamtvermögen, wobei als niedrigster Wert 100 fl angegeben werden. Ähnlich hohe Spitzenwerte werden nur in der Gruppe der Unzünftigen erreicht,



1.800 fl in zwei Fällen, wobei hier aber eine breite Basis im 20 – 50 fl-Bereich existiert. Sehr differenziert sind auch die Verhältnisse der Kohlhänger: ihre Vermögen sind relativ gleichmässig zwischen der Armutsgrenze von 20 fl und einem Höchstwert von 1.500 fl verteilt.

Zu den ärmsten der Stadt gehören die Weinschröter, denen der Transport der Weinfässer und die Aufsicht über die Zapf- und Ausschankmodalitäten oblag, ein reines Dienstleistungsgewerbe also. Die wenigen Mitglieder dieser Zunft, zu der im Gegensatz zu den anderen Zünften aus verständlichen Gründen keine anderen Gewerbe zugelassen waren, siedeln sich mit ihren Vermögen allein zwischen der Armutsgrenze und 50 fl an; höhere Werte sind nicht angegeben.

Ähnlich eng gestreut sind die Vermögen der wohl überwiegend bäuerlichen Vorstadtbewohner: sie liegen ziemlich gleichmäßig verteilt in den Gruppen bis 75 fl, also in den unteren Vermögensbereichen. Und diesen wiederum ähnlich gruppiert sind die Bewohner des Schloßbergs, freilich mit der Abweichung, daß hier einige wenige in Vermögen bis zu 250 fl vordringen konnten.

Andere Gruppen wie Fischer, Schmiede, Schuhmacher, Weber, Krämer, die auch auf dem Lande existieren konnten, zeigen ähnliche Vermögensstreuungen wie im bäuerlichen Umland der Kurpfalz (vergl. Aufstellung Heidelberg / Land,).

Das Heidelberger Schatzungsverzeichnis von 1439 war in der beruflichen Zuordnung der Steuerpflichtigen nach den jeweiligen Zunftzugehörigkeiten vorgegangen; bei nur 10 Zünften mußten daher weniger zahlreich vertretene Berufe den einzelnen Zünften nach bestimmten Bedingungen zugeordnet werden. Bei den einzelnen Zunftangehörigen läßt sich im Schatzungsverzeichnis meistens jedoch nicht erkennen, welchem Beruf sie tatsächlich nachgingen, gelegentlich jedoch erlauben Nachnamen oder besondere Hinweise bei mehreren Trägern eines Namens eine Zuordnung zu einem bestimmten Beruf.

So verteilten sich die einzelnen Berufe auf die Zünfte:

Bei den Metzgern waren die Köche untergebracht, bei den Fischern auch die Neckarschiffer. Die Schmiedezunft umfaßte im wesentlichen das gesamte produzierende Gewerbe: Böttcher, Zimmerleute, Waffenschmiede und Schwertfeger, Messerschmiede, Ölschläger, Holzschuhmacher, Töpfer, Kupferschmiede, Wagner und Holzbildhauer, Steinmetze und Schreiner. In der Zunft der Bäcker waren auch noch die Müller, die Bäcker oder Pfisterer, die Lebkuchenbäcker, die Kräutersammler und merkwürdigerweise auch die Stadtbediensteten untergebracht, und zu den Weingärtnern gehörten auch die Bauern. In der Zunft der Schuhmacher waren alle lederverarbeitenden Gewerbe organisiert: Gerber, Walker und Sattler. Zu den Webern gehörten auch die Musiker und zu den Krämern die Säckler (Taschenmacher), Hutmacher und Kammacher, wohl deshalb, weil die letztgenannten nicht nach Bedarf sondern auf Vorrat produzierten. In der Zunft der Schneider waren auch die Seidensticker, Tuchscherer und Kürschner organisiert, aber auch Bader und Barbieri. Allein die Zunft der Weinschröter hatte keine anderen Mitglieder.

Leider läßt die Ordnung von 1439 kaum eine Quantifizierung der einzelnen Berufe zu, da nur allzuhäufig keine Berufsangaben bei den Mitgliedern der Zünfte gemacht worden sind.

Etwas deutlicher wird eine Quelle aus dem Jahre 1588. Es handelt sich um ein Verzeichnis der Gerichtszugehörigkeit der einzelnen Stadtbewoh-

ner. Im gesamten Stadtgebiet unterstanden die einzelnen Einwohner drei verschiedenen mittelbaren Gerichtsinstanzen: die Schloßbediensteten der des Hofmarschalls, die Stadtbürger der des Stadtschultheißen und des Rates der Stadt und die Universitätsangehörigen der des Rektors. Freilich war die Zuständigkeit der einzelnen Instanzen beschränkt: bürgerliche Vergehen und kleinere Kriminalsachen konnten von ihnen abgeurteilt werden, größere Strafsachen behielt sich freilich insgesamt das 1462 von Friedrich dem Siegreichen eingerichtete kurfürstliche Hofgericht vor, das dank seiner fundierten und kompetenten Spruchfähigkeit bald eine über das Territorium der Kurpfalz hinausreichende Bedeutung gewann. Über einen komplizierten und in sich nicht einheitlichen Entwicklungsprozess löste dieses höchste pfälzische Gericht die alte Zent- und Lehnsgerichtsbarkeit der Pfalz mit ihrer die lokalen Besonderheiten berücksichtigenden Vielfalt ab. Seit 1462 war das kurpfälzische Hofgericht gleichzeitig höchstes Gericht der Pfalz und letzte Appellationsinstanz. Diesem Gericht waren alle für die Bewohner der Stadt Heidelberg zuständigen gerichtlichen Instanzen untergeordnet.

Das Verzeichnis des Jahres 1588 listet in drei verschiedenen Abteilungen die Stadtbewohner nach ihrer jeweiligen Gerichtszugehörigkeit auf; ob es vollständig ist, kann nicht beurteilt werden. Einschließlich der ebenfalls aufgeführten Familienmitglieder umfaßt das Verzeichnis insgesamt 6.291 Personen als Bewohner der Stadt. Neben den Familienmitgliedern werden auch die Dienstboten und andere zu den einzelnen Haushalten gehörenden Personen erfaßt, sodaß hier eine außerordentlich aussagekräftige Quelle vorliegt. Wir wollen sie hier jedoch lediglich soweit heranziehen, als sie die für das ausgehende Mittelalter gewonnen Aussagen ergänzen oder die städtische Entwicklung konkretisieren kann.

Aus dieser Quelle tritt uns ein ganz anderes Heidelberg entgegen als das spätmittelalterliche. Vieles der strengen mittelalterlichen Ordnung hatte sich gewandelt, hatte neue und differenzierte Züge angenommen.

Es war ja auch viel geschehen: die Residenz hatte sich in der Stadt etabliert, die Schloßbediensteten mit ihren immer weiter spezialisierten Aufgaben hatten die Stadt geradezu überflutet, es wurde Luxus betrieben, die Reformation hatte die Säkularisierung von Kirchengut mit sich gebracht, das jetzt von weltlichen Beamten verwaltet wurde, die Universität galt als Bindeglied zwischen calvinistischen Bildungshochburgen Leiden und Genf und erfreute sich europäischer Bedeutung: Heidelberg war ein glanzvoller Mittelpunkt geworden. Das nur eine Generation nach dem Verzeichnis von 1588 entstandene Panorama der Stadt von Matthäus Merian zeigt eine dichtbebaute Stadt voller mehrgeschossiger Häuser und repräsentativer Gebäude.

Dennoch lebten in dieser Stadt die alten bürgerlichen und kleinbürgerlichen Strukturen weiter, wenn auch in nunmehr veränderter Form. Verfolgen wir diese Strukturen weiter, ergibt sich aus dem Verzeichnis von 1588 ein tiefgreifender Wandel, der die veränderten gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Strukturen einer frühneuzeitlichen Residenz- und Mittelpunktstadt widerspiegelt. In den Handwerken ist es teilweise zu erheblichen Konzentrierungen gekommen, neue Berufe sind in erstaunlicher Vielfalt hinzugekommen, wie sie eben die Bedürfnisse einer Residenz und gewachsener bürgerlicher Wohlstand erforderten.

Wenn auch das Verzeichnis von 1588 die Zugehörigkeit zu bestimmten Berufen nicht immer erkennen läßt, so können aus dem Gesamtgefüge doch folgende Quantifizierungen errechnet und gegenüber den Verhältnissen des Jahres 1439 dargestellt werden:

Zunftmitglieder 1439 und 1588

	abs.	%	abs.	%
Metzger	30	5,8	31	4,9
Fischer	54	10,5	55	8,8
Schmiede	91	17,8	188	29,4
Bäcker	38	7,5	31	4,9
Schuhmacher	36	7,1	59	9,4
Weber	27	5,3	47	7,5
Krämer	55	10,1	59	9,4
Schneider	50	9,0	72	11,5
Weingärtner	129	25,3	86	13,7

Beim Vergleich der Bevölkerungszahlen – 1439 etwa 5.300, 1588 etwa 6.300 Bewohner der Stadt – fällt deutliche eine leichte Konzentration bei den Grundgewerben der Bäcker, Fischer, Metzger und Weber auf – hier sind die absoluten Zahlen trotz der größeren Bevölkerungszahl im Jahre 1588 kaum gestiegen. Rückläufig dagegen ist die Zahl der Weingärtner und Bauern; ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung schrumpft von 129 im Jahre 1439 auf 86 im Jahre 1588. Bereits hier macht sich die Struktur einer Residenzstadt bemerkbar: die gewachsene Bevölkerungszahl beansprucht mehr Platz in der Stadt und in der Vorstadt, notwendigerweise muß der Anteil der kleinen Weingärtner zurückgehen, die ihre Rebflächen noch in der Vorstadt hatten. Entsprechend hat 1588 die Zahl der Vorstadtbewohner zugenommen:

waren es 1439 noch 34 Steuerzahler mit ihren Familien, so wohnen 1588 bereits 193 Familien in der Vorstadt, unter ihnen bemerkenswert viele Schloßbedienstete und Hofadlige mit ihren eigenen Hofhaltungen: die Residenz breitete sich über die Stadt aus.

Dieser Vorgang läßt sich auch aus den Gerichtszugehörigkeiten der einzelnen Stadtbewohner – deswegen ist das Verzeichnis ja zusammengestellt – ablesen. Insgesamt unterstehen 244 Haushalte mit ihren Angehörigen, Knechten und Mägden der Schloßgerichtsbarkeit; 1963 wohnen in der eigentlichen Stadt, 14 in der Vorstadt, 6 am Klingenteich und 28 am Schloßberg. Leider lassen sich keine Vergleiche zum Jahre 1439 ziehen, da in dem in diesem Jahr aufgestellten Schatzungsverzeichnis alle privilegierten Personen wie Universitätsangehörige und Schloßbediente als von den Steuerzahlungen befreite fehlen. Dennoch können wir davon ausgehen, daß die Zahl der Schloßbediensteten 1439 erheblich geringer gewesen ist und daß die niederen Chargen wohl ausschließlich am Schloßberg angesiedelt gewesen sein dürften. Jetzt, 1588 lassen sich im Gefüge der alten Stadt einige bevorzugte Wohngebiete der Schloßbediensteten ermitteln: Kornmarkt, Burgweg, östliche Karlstraße, wo ausschließlich Schloßbedienstete lebten, ferner östliche Hauptstraße ab Kornmarkt, Semmels- und Fischergasse, Ketten- und Heugasse – hier wohnten vorzugsweise die sozial höher Stehenden, die Hofräte, Prokuratoren, Kanzleibeamten, hier standen auch einige der Adelsplais. Die weniger hochstehenden Schloßbediensteten wohnten verteilt über die Gassen der Stadt.

Keine Schloßbediensteten lassen sich in der Großen Mantelgasse nachweisen, die – wohl auch wegen des städtischen Frauenhauses neben der heutigen Heuscheuer – keine große soziale Reputation besaß; auch in der Sporgasse – heute Oberbadgasse –, in der Ingrimstraße und in der Leyergasse wohnten keine Schloßbediensteten. Wenige nur wohnten in der Kleinen Mantelgasse (1 Wagenknecht im Kurfürstlichen Marstall mit seiner Familie), in der Steingasse (1 ehemaliger Hofsattler mit Familie), Augustinergasse, Mittelbad-, Apotheker- und Krämergasse – diese waren die stadtbürgerlichen Schwerpunkte. Als durchmischte Wohnquartiere müssen die Juden-, Bussemer- und Haspeltgasse angesehen werden, freilich scheinen die hier ansässigen Schloßbediensteten nur untergeordneten Tätigkeiten nachgegangen zu sein, wie ihre unter der städtischen Gerichtsbarkeit stehenden Nachbarn übrigens auch.

Die Durchmischung der verschiedenen Wohnbereiche mit Angehörigen unterschiedlicher Gerichtszugehörigkeit hatte jedoch nicht nur die Stadt selbst erfaßt, indem hier zahlreiche Schloßbedienstete lebten, sondern auch die Vorstadt und den Schloßberg. Von den insgesamt 160 Hausständen der

Vorstadt unterstanden 13 der Schloßgerichtsbarkeit und 147 der Stadtgerichtsbarkeit. Erstaunlich durchmischt ist das Verhältnis auf dem Schloßberg: 63 der 96 Haushalte unterstanden der Gerichtsbarkeit der Stadt, nur 31 der des Hofes und 2 der Universität. Insgesamt verteilen sich die Gerichtszugehörigkeiten wie folgt:

57 Universität und Rektor, 367 Hof und 597 Stadt.

Zwar können wir keinen Vergleich mit dem Jahre 1439 anstellen, doch wird aus diesem Zahlenverhältnis deutlich, daß etwas mehr als ein Drittel der Stadtbewohner in unmittelbarer Beziehung zur Residenz stand. Wir können aber sicher davon ausgehen, daß die kurfürstliche Hofhaltung im 15. Jahrhundert noch sehr viel bescheidener gewesen sein dürfte als im Jahre 1588 und daß das Wachstum der Stadt ganz eindeutig durch den Residenzbetrieb verursacht war. In ganz ähnlicher Weise hatte sich ja auch die gewerbliche Struktur in der Stadt unter den Bedingungen der Hofhaltung und ihrer Bedürfnisse gewandelt.

Heidelberg war nun eindeutig eine Residenzstadt geworden.

Anmerkungen

- 1 Leicht erweiterte Fassung eines Vortrags vor dem Heidelberger Geschichtsverein am 28.6.1995
- 2 Zu diesem Thema im nächsten Band ein Beitrag von Achim Wendt

Quellen

- Christ, Karl: Das Steuerwesen der Kurpfalz im Mittelalter (Schatzungsverzeichnis 1439), in: Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der Rheinischen Pfalz, hrg. v. d. Historischen Kommission der Stadt, Bd. III, SS. 200 – 264. Heidelberg 1898
- Mays, Abert und Christ, Karl: Das Einwohnerverzeichnis der Stadt Heidelberg vom Jahre 1588, in: Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg und der Rheinischen Pfalz, hrg. v. d. Historischen Kommission der Stadt, Bd. 1, SS. 5 – 17 u. 31 – 296

Literatur

- Carroll-Spillecke, Maureen: Die Untersuchungen im Hof der Neuen Universität in Heidelberg. Materialhefte zur Archäologie in Baden-Württemberg, Heft 20, hrg. v. Landesdenkmalamt, Stuttgart 1993
- Eulenberg, Franz: Städtische Berufs- und Gewerbestatistik Heidelbergs im 16. Jh., in: Zeitschrift f. d. Geschichte des Oberrheins, N.F., Bd. 11/1896
- Isenmann, Eberhard: Die deutsche Stadt im Spätmittelalter. 1250 – 1500 Stadtgestalt, Recht, Stadtrecht, Kirche, Gesellschaft, Wirtschaft. Stuttgart 1988
- Mays, Albrecht u. Christ, Karl: Verschiedenes zur mittelalterlichen Stadtverfassung, in: Neues Archiv, Bd. 1 und 2. 1890 u. 1893
- Schaab, Meinrad: Geschichte der Kurpfalz, 2 Bde. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1988 u. 1992

Ludwig Merz ✓

Stadt am Fluß – Zur Geschichte des Neckarufers

Eine Frage, die man sich zur Zeit in Heidelberg stellt, ist die: Welche Möglichkeit gibt es, die Verbindung des Neckars mit der Altstadt hinsichtlich des Verkehrs günstiger zu gestalten? Dieses Thema hat mich veranlaßt, einmal rückblickend auf die Bedeutung des Flusses als Erwerbsquelle und die Wandlung seiner Ufer seit dreihundert Jahren zu untersuchen.

Die Brücke erschließt die Stadt

Beginnen möchte ich mit den Brücken als dem entscheidenden Faktor für die Stadtentwicklung. Soweit man aus Chroniken erfahren kann, hatte die heutige Alte Brücke neun Vorgängerinnen. Die erste fiel 1288 einem Hochwasser zum Opfer. Diese Art von Naturkatastrophen bereiteten auch weiteren Brücken ein Ende. Die ersten Abbildungen von Heidelberger Brücken finden wir bei Sebastian Münster um die Mitte des 16. Jahrhunderts, bei Matthäus Merian 1620 und bei Peter Friedrich de Walpergen um die Mitte des 18. Jahrhunderts. Die damaligen Brücken besaßen eine hölzerne Fahrbahn, waren durchgehend gedeckt und ruhten vermutlich alle auf steinernen Pfeilern. Die Brücke auf dem Kupferstich von Merian 1620 besaß drei Tore: Das doppeltürmige noch erhaltene, das Tor im Affenturm und das später hinzugefügte Tor an der Neuenheimer Seite der Brücke. Der Affenturm hatte seinen Namen von dem Affen über dem Tor. Das Tor auf der Neuenheimer Seite hieß Wappentor, weil es über seinem Eingang das Wappen von Friedrich V. und seiner englischen Gemahlin Elisabeth trug. Diese Brücke wurde im Orléansschen Erbfolgekrieg 1689 durch Feuer zerstört. Von da an hatte Heidelberg zwanzig Jahre lang keine Brücke. Der Verkehr über den Neckar wurde durch Schiffbrücken und Fähren fortgeführt. Endlich, im Jahre 1708/09 wurde die von Walpergen dargestellte hölzerne Brücke auf den alten Steinpfeilern errichtet. Das verheerende Hochwasser 1784 führte zu ihrer Zerstörung. Dickes Eis schob sich an den Eisbrechern hoch, ohne zu brechen, hob die Holzbrücke von den Steinpfeilern und führte sie stromabwärts. Unter Kurfürst Carl Theodor wurde die heutige Brücke erbaut und

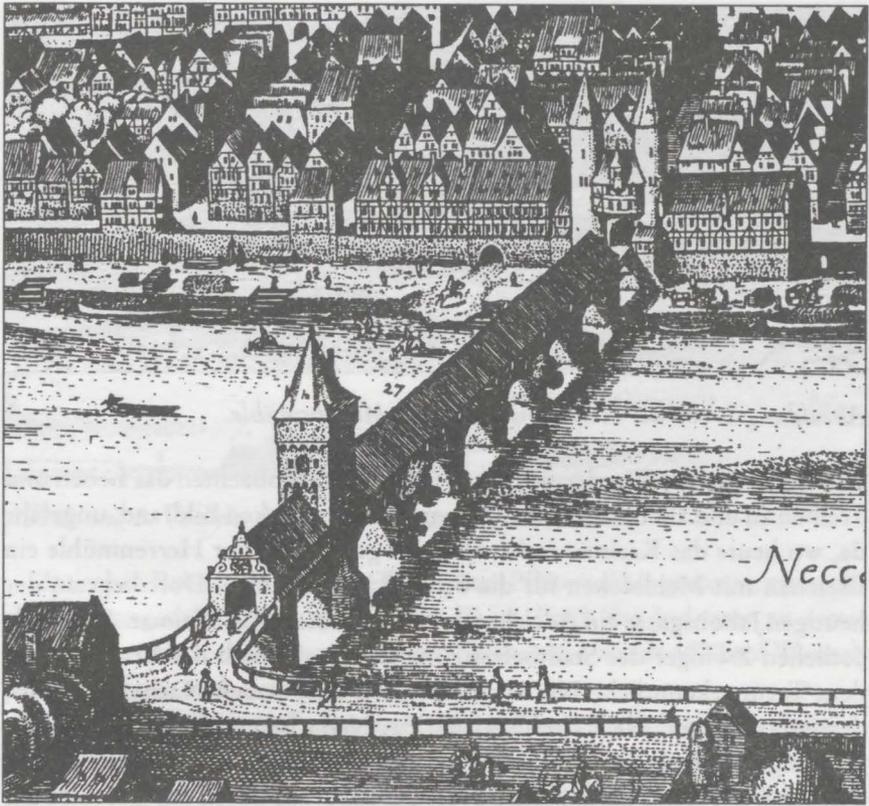


Abbildung 1. Die Alte Brücke.

1788 eingeweiht. Sie trägt sein Standbild und seinen Namen. Auf dem Pfeiler, der das Standbild der Athene trägt, stand zuvor der hl. Nepomuk, der jetzt die Anlage am Neuenheimer Ufer schmückt. Der Brückenbauer Obristleutnant von Mylius legte den mittleren Teil der Brücke höher als die Brückenköpfe, damit bei Eisgang keine Stauungen mehr auftreten konnten. Die spitzen Dächer der Brückentürme ersetzte er durch barocke Zwiebeldächer. Das Schicksal der Alten Brücke, ihre Sprengung und Wiederaufbau darf ich als bekannt voraussetzen.

Das Neckarufer im 17. Jahrhundert

Um zu veranschaulichen, in welcher Weise sich die beiden Ufer des Neckars im Laufe von mehr als dreihundert Jahren verändert haben, betrachten wir den Kupferstich des Chronisten Matthäus Merian aus dem Jahre 1620. Wir

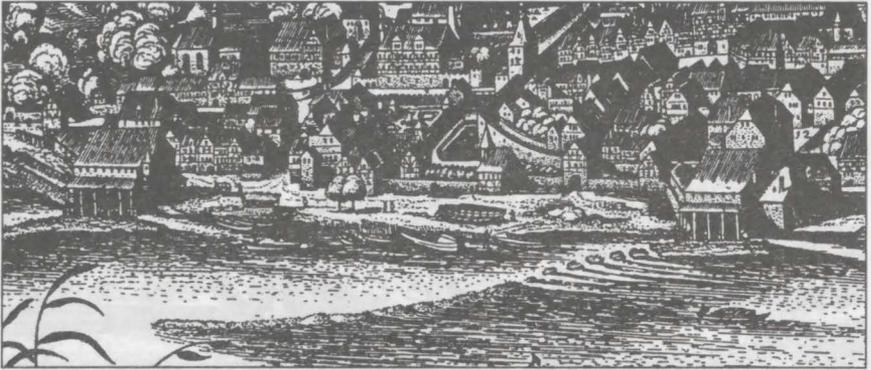


Abbildung 2. Von der Herrenmühle bis zur Mönchsmühle.

unternehmen eine Wanderung mit der Lupe und beobachten das Leben und Treiben an und auf dem Neckar. Beginnen wir am linken Bildrand, ungefähr da, wo heute das Karlstor steht. Da wird gerade vor der Herrenmühle ein Eselchen mit Mehlsäcken für die Schloßküche beladen. Dort liegt an der heutigen Jakobsgasse ein Adelshof mit Park, heute Palais Weimar. Am nordöstlichen Zwinger der Stadtbefestigung steht außerhalb der Mauer die an dem Turm erkenntliche Neckarmünze. Am Ufer haben Nachen angelegt, darunter auch ein „Neckarschlappen“. Der Name ist auf die gewölbte Überdachung am Heck zurückzuführen. Eines der Boote wird an Land ausgebessert. Der Neckarmünzplatz ist von der Stadt aus durch das Leyertor am Ende der Leyergasse zu erreichen. Weiter am Ufer entlanggehend kommen wir zur Mönchsmühle vor dem Hof des Klosters Schönau. Die Zeile der Mühle reicht weit hinaus bis in die Flußmitte. Sie hat den Zweck, den Wasserdruck zu den Mühlrädern zu verstärken. Zwischen Mühle und Brücke erstreckt sich ein Lagerplatz. In dem sumpfigen Gelände der Pferdeschwemme quakten die Frösche, weshalb die Gegend „Froschau“ hieß.

Die Pferde werden durch das Tränktor geführt, woran heute eine Gedenktafel über dem Tor erinnert. An das Brückentor, dessen Türme damals Spitzhelme trugen, schließt sich das kurfürstliche Kornhaus an. Seine Fundamente sind unterhalb der Ufermauer durch eingelegte Steine erkenntlich. Oben auf der Mauer sitzt heute der bronzene Brückenaaffe, der an die Spottfigur über dem Tor des ehemaligen Affenturms erinnern soll. Neben dem Kornhaus durch die Ufermauer führt in Verlängerung der Haspeltgasse die Haspelpforte. Ihr Drehkreuz hatte den Zweck, das zum Schlachthaus geführte Vieh am Zugang zum Ufer zu hindern. Die Pforte ist durch einen Gedenkstein in der Ufermauer gekennzeichnet. Das wappengeschmückte Schlachthaus oberhalb der Brücke ist noch erhalten.



Abbildung 3. Von der Mönchsmühle zur Alten Brücke.

Zwischen Brücke und Stadtmühle, später Pfistermühle genannt, erstreckt sich ein ausgedehnter Holzlagerplatz. Er ist durch das Judentor zu erreichen, das am Ende der Judengasse liegt. Die letztere wurde 1832 auf Wunsch der Anwohner nach dem Gasthof

„Zu den drei Königen“, der oben auf der Hauptstraße lag, in Dreikönigstraße umbenannt.

Den Abschluß der Uferbefestigung der Kernaltstadt bilden zwei Wehrtürme. Der am Ufer liegende heißt Frauenturm oder Käfig. In diesem waren Frauen inhaftiert, die sich vorbeibenommen hatten. Sie verrichteten Arbei-

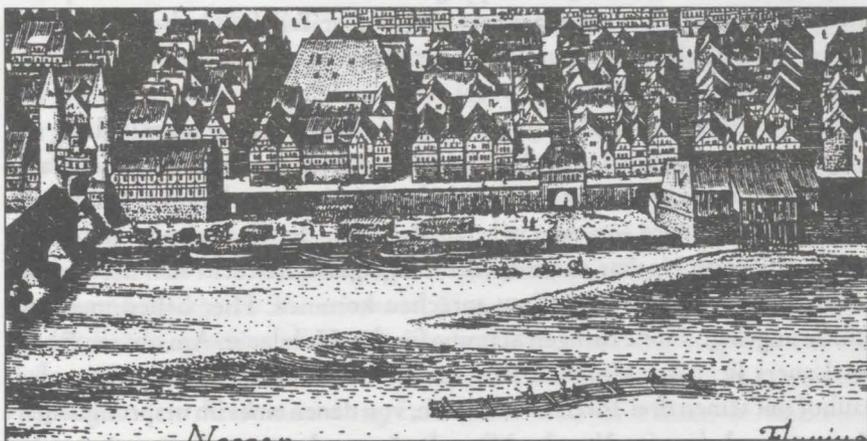


Abbildung 4. Von der Alten Brücke zur Stadtmühle.

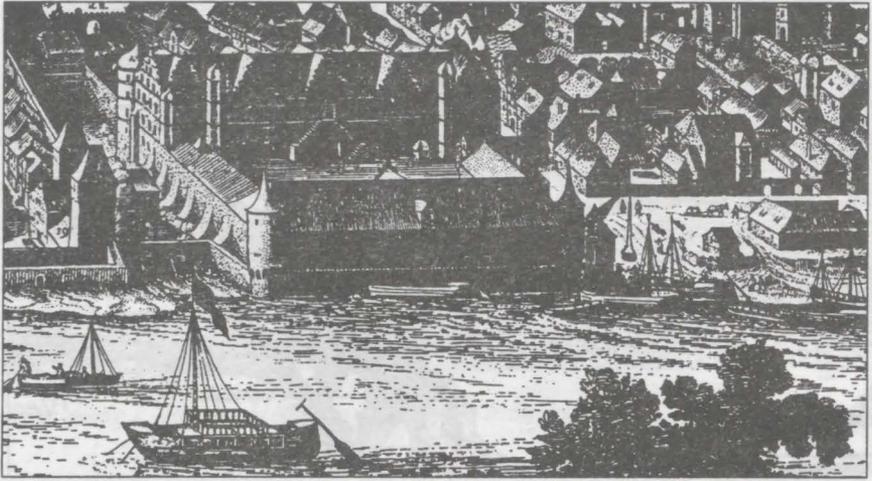


Abbildung 5. Vom Frauenturm (Heuscheuer) bis zum Zeughaus (Marstall).

ten zum Nutzen der Stadt in einem durch ein Gitter (Käfig) abgeschlossenen Teil des Turmes. Nach der Zerstörung der Stadt wurde aus Trümmersteinen die heutige Heuscheuer aufgebaut, welche jetzt Hörsäle der Universität enthält.

Von dem Frauenturm am Ufer zieht bergwärts die Befestigung der Kernaltstadt. Ihre Schwerpunkte sind das Mitteltor und der Hexenturm bis hinauf zum Schloßberg mit dem Keltortor. Zwischen diesen beiden Toren führen heute die beiden Autotunnels hindurch. Dort hat man ein Stück der alten Stadtmauer restauriert. Zwischen der Mauer, die vom Frauenturm ausgeht, und dem Marstall liegt der Stadtgraben, der ehemals auch als Festplatz und zum Armbrustschießen benützt wurde. Der Teil des Grabens, der zwischen dem Mitteltor und dem Hexenturm lag, wurde bei der Stadterweiterung 1392 zugeschüttet.

An der Ufermauer des Zeughauses legt ein Schiff an, um seine Ladung zu verzollen. Wir umgehen den „Marstall“ und kommen an den Kraneplatz mit dem Schwenkkran, dessen Grundriß mit Steinen markiert ist. Ein Schiff hat angelegt und wird ent- oder beladen. Zwischen der Westseite des Marstalls und der bis zum Neckar auslaufenden Ziegelgasse erstreckt sich der Große Lauerplatz, auf den wir noch zu sprechen kommen. Hier haben mehrere Schiffe angelegt. Flöße bringen Stämme für den Holzlauer. Am oberen Ende des Lauers liegt der Holzhof, eine quadratische Anlage. Dahinter ist der Bauhof mit seinen drei Toren zu erkennen, von denen eines im ursprünglichen Mauerzug erhalten ist. Von der Mitte des Lauerplatzes stadtwärts erstreckt sich der prächtige Garten des Schönberger Hofes. Der Besitzer des Freihofes,

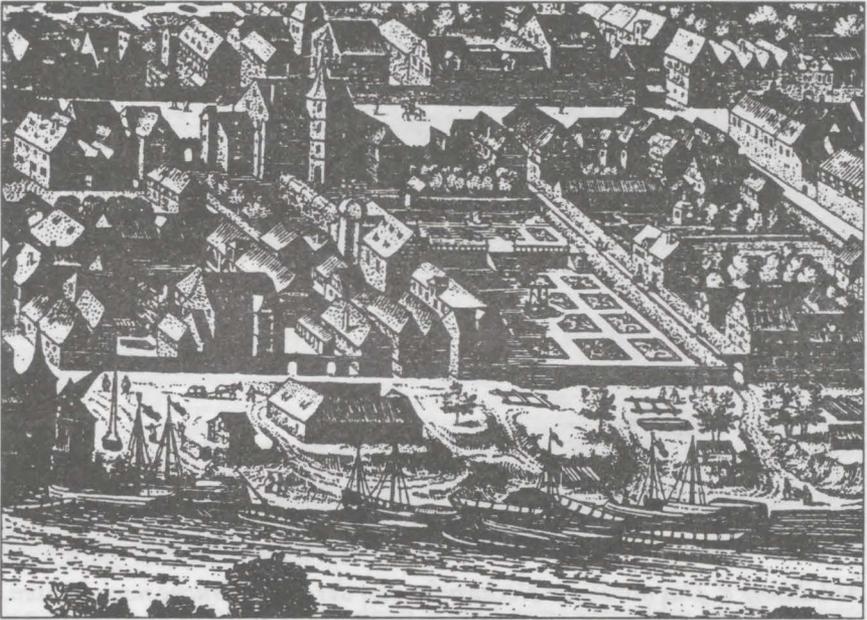


Abbildung 6. Vom Kranenplatz bis zum Schönberger Hof.

Meinhard von Schönberg, hatte am kurfürstlichen Hof das Amt des Erziehers von Kurprinz Friedrich inne. Er wurde später auch Berater Friedrichs V. und bestärkte den Kurfürsten in dem Entschluß, die Königskrone von Böhmen anzunehmen. Durch das Anwesen zieht heute die Bienenstraße. Auf ihrer rechten Seite wurden Reste des ehemaligen Gebäudes gefunden, das auf dem Kupferstich oben mit dem Treppenturm an der Hauptstraße stehend zu sehen ist. Wir gehen an den Häusern, die sich an den Schönberger Garten anschließen, entlang bis zur Ziegelgasse. Dort steht abseits der übrigen Häuser die Ziegelhütte. Die Gasse führt breit auslaufend auf den Neckar zu. Da fährt ein Fuhrwerk, beladen mit dem Gut von dort liegenden Schiffen, hinauf in die Stadt. Zwischen Ziegelgasse und Brunnengasse liegt der Komplex des Dominikanerklosters mit einer Kirche. Man sieht die hohe und mit Pfeilern abgestützte Ufermauer, die heute noch sichtbar ist. Am Neckarende der Brunnengasse auf der Westseite des Klosters kann man ein großes und ein kleines Tor erkennen. Das große Tor liegt über dem tief liegenden Fahrweg, während man durch das kleine und höher liegende Tor als Fußgänger gehen kann. Die nächste Gasse ist das Neckargäßl. Es erhielt im 19. Jahrhundert die Bezeichnung Fahrtgasse, weil die Fähren dorthin verlegt worden waren.

Den Abschluß der Vorstadt bildet die westliche Stadtmauer. Diese erstreckt

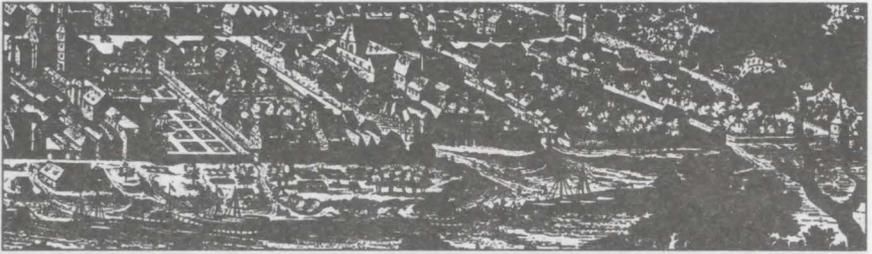


Abbildung 7. Vom Schönberger Hof bis zum Roten Turm.

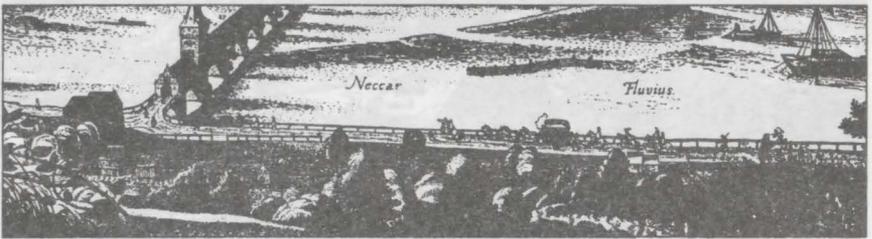


Abbildung 8. Das nördliche Neckarufer von der Alten Brücke nach Westen.

sich zwischen dem Roten, ziegelgedeckten Turm, dem Speyerer Tor und dem mit Schiefer gedeckten Blauen Turm.

Nehmen wir einmal an, diese von uns mit der Lupe durch die Stadtansicht von 1620 gemachte Wanderung habe Merian mit seinem Gesellen und Lehrling in Wirklichkeit gemacht. Er wollte den beiden zeigen, wie man in Stadtansichten Leben bringt. Dafür ist meist der Vordergrund geeignet. Günstig ist es bei Städten, die an einem Fluß liegen, wo Geschäftigkeit herrscht. Daß dieses Beleben des Stadtbildes bei Heidelberg vortrefflich gelungen ist, möge das Vorangegangene bewiesen haben.

Denken wir uns den Verlauf dieses Tages weiter aus: Die beiden Kameraden haben von ihrem Meister viel Wissenswertes und Lehrreiches gehört. Nun wollen sie sich auf einem Spaziergang am anderen Ufer, der Sonnenseite, erholen, und wir sind dazu eingeladen. Wir setzen in einem Fährboot über auf das Neuenheimer Ufer. Die „Näh“, die wir gerade noch erreichen, wird vom Kloster Schönau betrieben, genau wie die genannte Mönchsmühle. Am Neuenheimer Ufer ausgestiegen, erblicken wir in halber Bergeshöhe die Sandsteinbrüche wie gegenüber. Wir konnten damals nicht ahnen, daß ein Jahrhundert später aus ihnen das Mannheimer Schloß erbaut würde. Auf Holzrutschen wurden die Rohlinge über die Weingärten und die Uferstraße hinweg direkt in die angelegten Lastschiffe verladen. – Auf halbem Wege erleben wir eine Überraschung: Angeführt von einem Vorreiter fährt an uns eine Kutsche mit drei Doppelgespannen vorbei. Aus den weißen Halskrau-



Abbildung 9. Das Heidelberger Schloß.

sen schauen der Kurfürst Friedrich V. und seine Gemahlin Elisabeth heraus.

Um dem Staub der Nachreiter zu entgehen, wenden wir uns bergwärts und fragen die dort arbeitenden Weingärtner, ob wir auf ihrem Weinbergpfad hinauf zu einem Ruheplatz kommen könnten, was uns freundlich gewährt wird. Es ist der Platz, an dem Merian auf seinem Kupferstich die Windrose eingezeichnet hat. Von hier aus überblicken wir jetzt das Leben und Treiben auf dem Neckar. Vor uns liegt eine Jacht vor Anker, auf welcher der Kurfürst mit seinen Gästen zu Lustfahrten ins Neckartal fährt. Daneben zieht ein Fischer sein Tauchnetz hoch. Stromabwärts treibt ein Floß, das vielleicht seine Stämme bis nach Holland in eine Schiffswerft fährt. Oberhalb der Brücke schwimmen Kähne. Einer ist mit Prügelholz beladen, mit Eberbacher „Schälklepperle“. Warum sie so heißen? Die kurzen Stämme werden zunächst geschält, um den Gerbern die Rinde für ihre Lohe zu liefern. Die Prügel werden rasch trocken und hart, so daß sie beim Verladen klappern. Solche Hölzer brauchen hauptsächlich die Bäcker. Am Ufer oberhalb der Brückenkappelle wird ein Schiff auf dem Treidelpfad von einem Pferd, angetrieben durch den Treidler, flußaufwärts gezogen.

Zum Abschluß der Beobachtung eines Werktags im alten Heidelberg schauen wir hinüber zu den Bergen. Da steht das Schloß mit seinem Garten. An seiner Stützmauer wird gerade das Fundament für ein von Salomon de Caus erdachtes Lusthaus errichtet. Es sollte nie fertig werden. Die Fundamente wurden später als Schanze für die Schloßverteidigung ausgebaut. Im

Klingenteich können wir am Hang des Gaisbergs durchs Fernrohr eine Schafherde mit Schäfer und Hund erkennen. Inzwischen ist es an unserem Ruheplätzchen kühl geworden. Auch die Weingärtner haben den Weinberg verlassen, und wir gehen auf dem Schlangenwegel, wegen seiner Windungen so genannt, hinunter zur Uferstraße. Am Reitplatz vor der Brücke schauen wir kurze Zeit den Reitern zu. Wer hätte geglaubt, daß hier einmal eine Glockengießerei ihren Platz finden würde? Die Gießgruben wurden lange Zeit später beim Bau einer Villa gefunden. Wir kommen jetzt an den Brückenkopf, durchschreiten das Wappentor, das Tor des Affenturms und das Brückentor. Als wir durch die Haspelgasse die Heiliggeistkirche erreichen, sehen wir vor uns auf der Hauptstraße das Gasthaus zum Ritter mit seinem prächtigen Renaissancegiebel. Da wollen wir mit unseren neu gewonnenen Freunden hineingehen.

Einstmalige Lustbarkeiten auf dem Neckar

Eine der größten und auch teuersten Lustbarkeiten auf dem Neckar fand anlässlich der Hochzeitsfeier von Friedrich V. und Elisabeth statt. Es war ein Feuerwerk und Salutschießen oberhalb der Brücke, das in einem zeitgenössischen Kupferstich festgehalten ist. Auf Flößen waren Burgattrappen verankert. Von diesen wurden Raketen abgefeuert und sie wurden ihrerseits vom Ufer aus mit Raketen beschossen. Dazu knallten Soldaten von der Ostseite der Brücke mit ihren Büchsen ohne Kugeln. Am Berghang oberhalb der Hirschgasse stießen Hornisten in ihre Fanfaren. Das Schauspiel fand unterhalb des Schlosses in dessen Sichtweite statt. Von den Altanen sahen die Herrschaften zu, wie Schwärmer, Raketen, Leuchtkugeln und „Schlagende Wetter“ durcheinander prasselten und den Neckar in einen einzigen Feuerstrom verwandelten. Um den Lärm aufs höchste zu steigern, waren in den Weinbergen am anderen Ufer Pauker und Trompeter aufgestellt, die ohne Unterlaß in das Knattern und Krachen des Feuerwerks hineinlärnten. An den folgenden Tagen fanden zahlreiche Aufführungen und Ballette statt. Bei einem allegorischen Maskenzug durch die Triumphbögen in den Straßen war der ganze Olymp und das griechische Heldentum aufgeboten. In Schwetzingen fand eine große Jagd statt. Der Chronist schließt: „Als die letzten Gäste in ihre Heimat zurückgekehrt waren, hatte der Churfürst eine Rechnung von dreihunderttausend Gulden zu bezahlen. Die schöne Mitgift Elisabeths war dadurch zum großen Teil verschleudert.“ Aber auch das Volk amüsierte sich auf seine Weise. Auf dem Neckar fanden Fischerstechen statt, eine Art Turniere in Kähnen mit an dem Ende gepolsterten Stangen. Viel

Spaß machte das „Gockelstechen“. Auf Kähnen waren Gestelle aufgebaut, die in Schulterhöhe einen Käfig mit einer Schwenklappe trugen. Im Käfig saß jeweils ein Hahn. Die Teilnehmer mußten beim Vorbeirudern mit einer Stange die Klappe aufstoßen. Flog der Hahn heraus, dann flatterte er als ungeschickter Flugvogel knapp über dem Wasser davon. Daß dabei mancher Fänger ins Wasser fiel, wurde mit allgemeinem Gelächter begleitet. Ein anderes Spiel war das „Worschtschnappe“. An einer Angelrute ohne Haken hing eine Wurst. Der Angler stand in einem Kahn und die vorbeigeruderten „Schnapper“ mußten die Wurst schnappen. Daß viele dabei durch die List des Anglers ins Wasser fielen, ist begreiflich. Beliebt waren in späterer Zeit die „Zeilenfeste“. Sie hatten familiären Charakter und fanden auf den Zeileninseln beim Schein der Bootslaternen statt. Die Studenten trafen sich beim „Pfeilerschoppen“ auf den Pfeilerinseln. Diese waren zum Schutz der Fundamente vor Unterspülungen aufgebaut. Als der Neckar noch nicht gestaut war, konnte man auf ihnen um die Pfeiler gehen. Das Bierfaß wurde zuweilen von der Brüstung der Brücke heruntergelassen.

Die Wandlungen der Neckarufer

Die erste große Veränderung des Ufers östlich der Stadt war bedingt durch den Bau des Karlstors 1781. Die flache und tieferliegende Uferstraße mußte zunächst angehoben und gefestigt werden. Dazu war eine Blindbogenmauer oberhalb der Herrenmühle notwendig. Vor allem mußte für den schweren Torbau ein fest auf dem Granit aufsitzendes Fundament in sieben Meter Tiefe ausgeschlagen werden. Der Fundamentbau hat die Form eines Pyramidenstumpfes. Er ist architektonisch stilvoll gestaltet. Für das vom Berg herabfließende Wasser führt er einen gemauerten Kanal, der durch eine Pforte verschlossen ist. Über dem Kanal liegt das Torgefängnis, das von innen zugänglich ist. Von einer niederen Schiffsanlege führte eine Treppe beiderseits des Sockels jeweils vor und hinter das Tor. Der Neckar floß also einmal dicht an der Kaimauer und dem Torsockel vorbei. Um das Karlstor umgehen zu können, wurde das ganze Vorgelände aufgeschüttet. Das Fundament und die Kaimauer konnte der Verfasser bei Tiefbauarbeiten um das Karlstor nachweisen, welches heute, bedingt durch den Schleusenbau, mehr als 50 Meter vom Neckar entfernt ist. Eine weitere Veränderung des östlichen Neckarufers brachte der Bau der Neckartalbahn 1862, deren erster Bahnhof dicht am Tunnelausgang lag. Den neuen Bahnhof hat man genau vor das Karlstor gesetzt.

Betrachten wir die Wandlungen der beiden Neckarufer weiter: Das Neu-

enheimer Ufer hat sich in weit geringerem Maße als das Altstadtufer verändert. Auch der alte Treidelpfad zum Ziehen der Schiffe mit Pferden stromaufwärts ist erhalten, zwar recht holperig. Man sieht auch die Stützbogen der Neuenheimer Landstraße. Oberhalb des Brückenkopfes liegt die Uferrasse und an ihr steht die Figur des hl. Nepomuk. Er blickt hinüber zu dem Pfeiler der Brücke, auf dem er einmal stand, und wo jetzt das Standbild der Athene seinen Platz hat. Die Wandlung des linken Ufers ging jedoch weiter. Nach der Modernisierung der Herrenmühle floß ihr Kanal dicht an den Stützbögen des Gartens vom Palais Weimar, heute Völkerkundemuseum, vorbei. Den Neckarmünzplatz gab es noch nicht. – Der Schiffsverkehr war eine Haupterwerbsquelle auf dem Neckar. Um ihn stärker an Heidelberg zu binden, legte man im Jahre 1847 einen Winterhafen auf dem Bergheimer Gelände an. Er war jedoch in jeder Hinsicht eine Enttäuschung. Denn gerade jetzt ging durch die Zunahme des Eisenbahnverkehrs, insbesondere ins Neckartal, die Zahl der Schiffer zurück. Außerdem war der Hafen selbst eine Fehlkonstruktion. Wegen seiner schmalen Einfahrt war keine Durchspülung möglich, so daß er versumpfte und übel zu riechen begann. Bereits 1867 fing man an, ihn mit Schutt aufzufüllen, und nach zehn Jahren war er eben. Auf der Aufschüttung wurde der Bismarckgarten angelegt. Bei Ausschachtungen auf diesem Gelände in unserer Zeit stieß man auf die damaligen Aufschüttungen. Dabei konnte der Verfasser feststellen, daß eine der Schichten aus angeschlagenen Bierkrügen bestand, die von einer Gastwirtschaft stammten. Eine ganze Anzahl war nur wenig angeschlagen, was die Arbeiter bewog, sie zu säubern, mit dem Inhalt ihrer Bierflaschen zu füllen und als Andenken mitzunehmen.

Im Jahre 1877 war der Bau der zweiten Neckarbrücke, der Neuen Brücke, abgeschlossen. Später erhielt sie den Namen Friedrichsbrücke nach dem damaligen Großherzog von Baden. Es war eine Eisenkonstruktion und lag an der Stelle der heutigen Theodor-Heuss-Brücke. Auch sie wurde 1945 gesprengt und durch eine Holzbrücke, „Hölzerner Friedrich“ genannt, ersetzt. Im Zusammenhang mit der Neuen Brücke begann man, von hier stromabwärts und stromaufwärts den Neckarstaden anzulegen. Zunächst begann man mit der Aufschüttung entlang dem heutigen Altklinikum, welche heute Schurmanstraße heißt. Man erreichte dann das alte Zementwerk, das an der Stelle der heutigen Lutherkirche lag. Das Turbinenhaus des ehemaligen Werkes dient heute der Rudergesellschaft als Klubhaus und liegt am Mühlkanal der ehemaligen Bergheimer Mühle, deren Gelände jetzt eingeebnet ist. Das Zementwerk brannte im Jahre 1895 ab und wurde nach Leimen verlegt. Die Errichtung des Iqbalufers brachte eine weitere Veränderung des Neckarufers mit sich.

Im Jahre 1881 waren die Arbeiten am unteren Neckarstaden beendet. Nun begann der schwierige Teil der Ufererweiterung mit der Anlage des oberen Neckarstaden, zunächst vor dem Marstall. Zur Veranschaulichung betrachtete man die Stadtansicht von 1620. Da fließt der Neckar direkt an der Uferseite des Zeughauses vorbei. Im Jahre 1896 begannen die Aufschüttungen und waren 1897 beendet. Nach der Jahrhundertwende erfolgte von 1901 bis 1903 die Fortsetzung des Staden bis zur Neuen Brücke. Dabei war eine Verschiebung der alten Uferstraße um fünf Meter gegen den Fluß nötig. In einem Bericht über den Zustand des Neckarufers heißt es: „Der Weg am Ufer war noch seit 1870 der Ablagerungsplatz für verkäufliche und unverkäufliche Gegenstände.“ Soweit die Veränderung des Neckarufers an der Stadtseite durch den Ausbau des Neckarstaden. Aber auch große Veränderungen vollzogen sich seitlich des Staden auf dem Großen Lauerplatz.

Vom Holzlagerplatz zum Jubiläumsplatz

Zum Universitätsjubiläum 1886 galt es eine Festhalle zu bauen. Dafür gab es nur eine Möglichkeit innerhalb der Stadt, nämlich am Großen Lauerplatz. Die Festhalle wurde ein Holzbau im Stil einer Basilika mit Mittelschiff und zwei Seitenschiffen. Den Eingang bildeten drei Tore und darüber zwei Seitentürme am Giebel. Die Festhalle war für den Besuch von 5000 Gästen vorgesehen. Der Teil des Holzlagers davor erhielt einen festen Belag. Einige Zeit nach dem Universitätsjubiläum wurde die nach den Plänen des Architekten Josef Durm erbaute Festhalle wieder abgebaut. Der Jubiläumsplatz behielt seinen Namen und wurde in unserer Zeit als Grünanlage mit Bänken und Wasserspiel hergerichtet. An der Stelle der Festhalle ließ die Stadt Heidelberg in den Jahren 1901-1903 die Stadthalle erbauen.

Weiter stromabwärts, unmittelbar an der damaligen Friedrichsbrücke, entstand in den Jahren 1891-1893 nach den Plänen von Josef Durm das Gebäude des heutigen Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums. Es liegt an der Stelle einer Befestigung aus dem Jahre 1622, die sich an den ehemaligen Roten Turm anschloß, wie auf dem dortigen Gedenkstein zu lesen ist.

Die eingreifendste Veränderung des Flußlaufes und seiner Uferlandschaft brachte jedoch in den zwanziger Jahren der Ausbau des Neckars als Schifffahrtsstraße. Es entstanden die Wehre mit ihren Stauwalzen am Karlstor und bei Wieblingen. Weitere Veränderungen brachten in unserer Zeit der Ausbau des Iqbalufers im Stadtteil Bergheim und der Bau der Uferstraße B 37 am Altstadtufer.

Zu der genannten Schifffahrtsstraße sei noch folgendes berichtet: 1920 hat-

te die deutsche Nationalversammlung beschlossen, mit dem Ausbau des Neckars von Mannheim bis Plochingen zu beginnen. Der Fluß war damals nur bis Laufen für die Schifffahrt mit dem Kettenschlepper eingerichtet. Im selben Jahr wurde die Neckarbaudirektion, heute Wasser- und Schifffahrtsdirektion Stuttgart, als Reichsbehörde gegründet. Die Erträge, welche durch die am Neckar zu errichtenden Wasserkraftwerke eingingen, sollten für den Bau der Schifffahrtsstraße verwendet werden. Am 1. Juni 1921 wurde zwischen dem Reich und den Neckaruferstaaten der Neckar-Donau-Staatsvertrag geschlossen.

Der Höhenunterschied zwischen der Mündung des Neckars in den Rhein und dem Ende der Wasserstraße bei Plochingen beläuft sich auf 160 Meter und entspricht damit der Höhe des Ulmer Münsters. Zur Überwindung dieses Höhenunterschieds sind auf der 202 km langen Flußstrecke 27 Staustufen errichtet worden. 1935 wurde die 113 km lange Neckarstrecke Mannheim-Heilbronn eröffnet. Der Anteil Heidelbergs besteht in zwei Stauwehren und einem Stück Kanal. Bei Wieblingen ist noch ein Stück Altneckar mit bewachsenen Inseln, seichten Wasserstellen und Tierwelt erhalten geblieben.

Hans-Martin Mumm

Heidelberg als Industriestandort um 1900

Zur These von der besonderen Industriefeindlichkeit Heidelbergs

Ferdinand Rösiger, der Chronist für das Jahr 1912, stützte bei der traditionellen Rubrik „Industrie“:

„Die herkömmliche Überschrift paßt nicht recht für das Erwerbsleben unserer Stadt. Denn Industriestadt ist nun einmal Heidelberg nicht, wenn auch nach Süden zu am Neckar sich ein Dutzend Schornsteine erheben.“¹

Baden hatte schon 1875 den durchschnittlichen Industrialisierungsgrad Deutschlands erreicht.² Dieser Umbruch war auch an Heidelberg nicht spurlos vorübergegangen. Aber schon vor 1900 war die Industrialisierung der Stadt in eine Krise geraten. Nach einem Brand nötigte die Stadtverwaltung 1895 das Bergheimer Zementwerk zum Umzug nach Leimen; und 1900 verlegte die Waggonfabrik Fuchs ihre Produktion nach Rohrbach, weil es in der Weststadt keine Erweiterungsmöglichkeiten gab.

Diese beiden Betriebsverlagerungen dienen in der Diskussion seit 1960 als Beweise dafür, daß Bürgertum und Stadtverwaltung industriefeindlich eingestellt waren. 1961 bringt Ursula Keller für die Verlegung des Zementwerks zwar noch Verständnis auf, da dessen „dicker gelber Qualm“ das Leben in der Stadt beeinträchtigte; beim Wegzug der Waggonfabrik sei jedoch die „städtische Industriepolitik völlig ins Negative“ umgeschlagen.³ 1963 übernimmt Hermann Overbeck diese Sichtweise, verweist aber geographisch-vorsichtig nur auf das „vielfach Planlose der damaligen Industrieansiedlung“.⁴ 1968 sprechen Friedrich Schlipphak und Meinrad Schaab davon, daß die wirtschaftspolitischen Maßnahmen Heidelbergs damals „Rückschläge“ erlitten haben.⁵ Nur Herbert Derwein zeichnet eine positive Entwicklung:

„Heidelberg war noch lange eine idyllische Kleinstadt, die erst nach 1870 unter dem allgemeinen wirtschaftlichen Aufschwung einen Zug ins Moderne, Komfortable erhielt.“⁶

1981 greift Josef Wysocki in seiner Geschichte der Bezirkssparkasse die These von der besonderen Industriefeindlichkeit Heidelbergs pointiert auf und widmet einen ganzen Abschnitt der Überschrift „Nur keine Fabriken“:

„Die Universität war gegen die Industrie, ebenso die Fremdenverkehrswirtschaft und natürlich auch die vielen wohlhabenden ‚Rentiers‘, die zwar ihr Kapital in der Industrie arbeiten ließen, sich ihr im übrigen aber tunlichst fernzuhalten trachteten. So gab es denn bis ins 20. Jahrhundert hinein in Heidelberg nur eine Stimme: Keine Industrie! Als 1895 das Zementwerk verbrannte, sah man gelassen, wenn nicht gar erleichtert, seiner Verlegung nach Leimen zu. Auch die alteingesessene Waggonfabrik Fuchs ließ man 1890 [sic!] ungerührt in die Nachbarschaft ziehen.“⁷

Wysocki zeichnet ein holzschnittartiges Bild, das seither nicht angefochten worden ist. Hier soll nicht der Versuch unternommen werden, dieser Sicht einen umgekehrten Holzschnitt entgegenzusetzen. Es soll nur genauer als bisher nach den Ursachen und Abläufen dieser beiden und weiterer Fabrikverlegungen gefragt werden. Eine Durchsicht der Grundstücks- und Bauakten, soweit sie ans Stadtarchiv abgeliefert worden sind, erschließt einen bislang kaum beachteten Quellenbestand. Das Ergebnis läßt sich vorab in drei Thesen zusammenfassen:

1. An den Entscheidungen der Behörden wird deutlich, daß es vor 1900 eine kommunale Industriepolitik weder gab noch geben konnte, denn jegliche Wirtschaftstätigkeit war Privatsache. Erst ab etwa 1910 taucht in der politischen Debatte die Forderung nach einer örtlichen Standortpolitik auf, auf die der Bürgerausschuß 1914 mit dem Grundsatzbeschuß reagierte, im Pfaffengrund ein Gewerbegebiet auszuweisen.

2. Zwischen den Industrieanlagen und den Wohnquartieren hatte sich ein Hase-Igel-Verhältnis entwickelt. Seit 1860 waren viele Betriebe aus der Altstadt an den Siedlungsrand ausgewichen. Die gleichzeitige Ausdehnung der Wohnbebauung holte die neuen Fabrikanlagen wieder ein und gefährdete deren Standorte erneut.

3. Für die meisten Betriebsverlegungen waren die Pläne zur Verlegung des Bahnhofs verantwortlich. Seit dem Grundsatzbeschuß von 1901 mußten die Fabriken im Westen der Stadt mit dem Verlust ihres Bahnanschlusses rechnen; vor der Eröffnung des neuen Güterbahnhofs 1914 war aber auf Heidelberger Gemarkung kein Ersatzgelände zu finden.

1. Die Industrielandschaft zwischen 1895 und 1907

Nach dem Urteil von F. C. Freudenberg von 1912 ist

„Heidelberg nie eine Handels- oder Industriestadt gewesen. Doch hat es an dem allgemeinen Aufschwung teilgenommen.“⁸

Die Industrialisierung Heidelbergs begann und blieb auf einem niedrigen Niveau, aber sie hatte stattgefunden. Die Anfänge lagen in der Altstadt und seit 1840 im Bereich um den Bahnhof. Aufgrund der seit 1860 einsetzenden Abwanderung aus der Altstadt und durch Neugründungen waren die Industriestandorte bis zur Jahrhundertwende an die Siedlungsränder gezogen.

In der Altstadt hatten sich nur wenige Industriebetriebe halten und entwickeln können. Die Feuerspritzenfabrik Metz wurde 1895 von der Mönchsgasse und die Tabakfabrik Liebhold 1903 von der Neugasse nach Bergheim verlegt. 1907 gab es hier nur noch drei größere Betriebe: die Herrenmühle, die Druckerei Pfeffer und die Engelbrauerei.

Im Osten gab es kaum Entwicklungsmöglichkeiten. Immerhin wurde um 1900 an der Schlierbacher Landstraße ein Fabrikgebäude errichtet, das zunächst eine Maschinenbauanstalt, kurz darauf dann die chemische Reinigung und Färberei Grün beherbergte. Weiter oben in Schlierbach lag die Schuhfabrik Wilz, untergebracht in einer alten Mühle. Auch nördlich des Neckars gab es nahezu keine Industrie. Zu nennen ist lediglich die Füllhalterfabrik Koch, Weber und Co in Handschuhsheim, die 1897 aus einer Drechslerei für Federhalter hervorging.

Die älteste Industrieachse im Westen verlief entlang der Rohrbacher Straße. Die Ultramarinfabrik, Nachfolgerin der alten Krappfabrik aus der Karl-Theodor-Zeit, war schon 1875 nach Schweinfurt verlegt worden. Südlich davon stand an der Schlosserstraße die Eisengießerei und Maschinenfabrik Hefft. Etwa 1860 aus der Hauptstraße 21 hierher verlegt, wurde sie kurz vor 1900 geschlossen oder erneut verlegt. Dahinter, im Bereich der Zähringerstraße 1, lag die Farbmühle und chemische Fabrikation Keller & Cie, die nach einem Brand im März 1900 der heutigen Wohnbebauung weichen mußte.

Der Wegzug der Waggonfabrik Fuchs machte 1900 den gesamten Wohnbereich der Weststadt frei von Industrieanlagen. Nur weit draußen im Feld lag an der alten Alleestraße seit 1892 die Zinkornamentefabrik Schönenberger; auch sie war aus der Altstadt gekommen. Sie profitierte vom Boom des Wohnungsbaus, weil zu dieser Zeit aus Kostengründen zunehmend Sandsteinornamente durch Imitate aus Zink ersetzt wurden. Ihre einsame Lage sollte sich 1914 bewähren, als der Dampfkessel explodierte und die Fabrikgebäude abbrannten. Wiederaufgebaut und später in der Maschinenfabrik Autz Herrmann aufgegangen, hat sich dieser Standort bis heute halten können.

Heidelbergs einziges Gewerbegebiet lag in Bergheim. Entlang der damaligen Bahntrasse rauchte und lärmte es ohnehin, und die Fabriken hatten direkten Bahnanschluß. Allerdings trieben die Westwinde die Emissionen

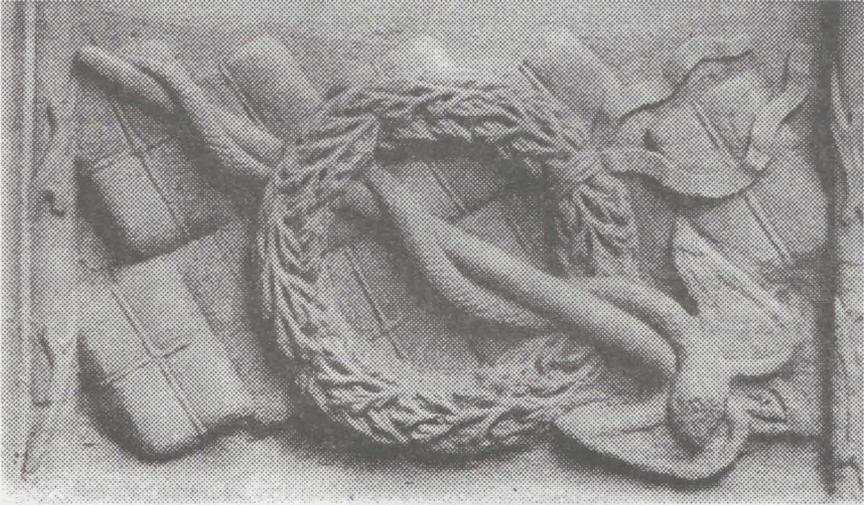
in den Trichter der Altstadt, und die Nähe zum neuen Klinikviertel, begonnen 1869, führte zu weiteren Unverträglichkeiten. Der eigentliche Großbetrieb war der 1840 eröffnete Bahnhof mit dem Bahnbetrieb, der Werkstatt und den Bauinspektionen. Die erste industrielle Großanlage war das 1853 errichtete Gaswerk, das 1877 in die Hände der Stadt übergegangen war. 1900 kam das städtische Elektrizitätswerk auf dem Nachbargelände dazu.

Östlich davon, am Beginn der Römerstraße, stand seit 1871 eine Fabrik für Kunstwolle. Auch hier brannte es 1903 verheerend. Wiederaufgebaut war diese Kunstfaserproduktion nach den drei großen Tabakfabriken der größte Industriebetrieb der Stadt. 1910 wurde sie geschlossen und die Anlagen nach Karlsruhe verkauft.

Nördlich des Gaswerks hatten sich um 1870 zwei Brauereien niedergelassen. Die Wirte Schrödl vom „Faulen Pelz“ und Kleinlein vom „Güldenem Schaf“ in der Altstadt hatten ihre Brautätigkeit industrialisiert und damit das traditionelle Verhältnis zwischen Wirt und Bier umgekehrt: Aus selbständigen Wirtschaften wurden nun Ausschankstellen der Großbrauereien. Während der Schrödl'sche Betrieb schon vor 1900 der Konkurrenz erlegen war, konnte sich die Brauerei Kleinlein, seit 1884 Aktiengesellschaft, bis heute halten. In der Nachbarschaft kamen Zulieferbetriebe dazu: die Bierkühlerfabrik Klotz und die Faßbürstenfabrik Mahler, Alte Bergheimer Straße 3. Dem Gaswerk direkt gegenüber arbeitete seit etwa 1905 die Schulbankfabrik Grauer in einem städtischen Gebäude. Nach einer Dampfkesselexplosion brannte die Werkhalle 1911 ab. Obwohl das Gaswerk akut gefährdet war, konnte die Schulbankfabrik bleiben.

Westlich des Gaswerks lagen zwei metallverarbeitende Betriebe. Die Firma C. Maquet, vormals Eduard Lipowsky, war um 1880 aus der Hauptstraße 25 hierher gezogen. Hergestellt wurden Sanitäranlagen und -artikel. 1895 wurde die Fabrik für Feuerlöschgeräte von Carl Metz dazugekauft und ebenfalls nach Bergheim verlegt. Maquet war 1907 der größte Metallbetrieb in Heidelberg. Zwischen Gaswerk und Maquet hatte 1891 Wilhelm Molitor aus Frankenthal eine Fabrik für Druckmaschinen gegründet. Der Standort Heidelberg war angesichts der Vielzahl von Druckereien günstig. Nach deren Konkurs kauften Karl Geiser und Wilhelm Müller, ebenfalls aus Frankenthal, 1985 Molitors Fabrik und bauten sie weiter aus. Der spätere weltweite Erfolg war um 1900 noch nicht zu erkennen.

1887 hatte der Bürgerausschuß den Beschluß gefaßt, den Schlachthof aus der Altstadt nach Westen zu verlagern. Ausschlaggebend für die Standortwahl war der günstige Bodenpreis. Neben dem neuen Schlachthof wurde 1902 das Depot der nun elektrifizierten Straßenbahn angelegt. Obwohl diese kommunalen Entscheidungen mit städtebaulichen Erwägungen nicht ver-



Sinnbild am Landfriedschen Familiengrab auf dem Bergfriedhof. Die Tabakballen im Hintergrund symbolisieren die Grundlage des Reichtums der Landfrieds. (Foto: Matthias Ernert 1996)

bunden waren, lösten sie doch eine weitere Umsiedlungswelle aus. Bald nach 1887 erwarb die Tabakfabrik Landfried das östlich angrenzende Grundstück, wartete aber den Wegzug des Zementwerks ab, da sich dessen Emissionen mit der Tabakverarbeitung nicht vertrugen. 1898 wurde die Fabrik dann von der Landfriedstraße nach Bergheim verlegt. Die Tabakfabrik Landfried war nach dem Wegzug der Zement- und der Waggonfabrik der größte Betrieb der Stadt mit weltweiten Handelsbeziehungen. 1895 zog die aus einer Hafnerei in der Bienenstraße hervorgegangene Ofenfabrik Heinstein an die Eppelheimer Straße in der Nähe des Schlachthofs. Auch die zwei nächstgrößeren Tabakfabriken verlegten ihren Sitz nach Bergheim. Die Firma Liebhold, 1884 in den heutigen Räumen der Rhein-Neckar-Zeitung in der Neugasse gegründet, errichtete 1903 einen Neubau auf einer Teilfläche des früheren Zementwerks, heute Sitz der Volkshochschule. Kurz darauf bezog die Zigarrenfabrik der Gebrüder Maier ihren Neubau etwas weiter westlich. Bemerkenswert an diesen neuen Werksanlagen ist die verdichtete und flächensparende Bauweise.

Der Westrand von Bergheim war eine Art Bretterzaun und Ende der Welt. Am Weg nach Wieblingen lagen die Epidemiebaracken und die Klärgruben der Müllabfuhr, am Weg nach Eppelheim die Seifenfabrik von Theobald Klar und die Knochensiederei Schwedt. Die städtische Baugenehmigungspraxis hatte mit etwas Erfolg Unverträgliches durch räumliche Trennung ausein-

Tabelle 1: Betriebe im verarbeitenden Gewerbe (ohne Bauindustrie) mit mehr als 50 Beschäftigten 1907⁹

Betrieb	Adresse	Umzug in HD	Motor- leistung in Ps	Beschäf- tigte
Tabakfabrik Landfried	Bergheimer Straße 143-147	1898	75	ca. 300
Eisenbahnwerkstatt	Bahnhof		10	182
Tabakfabrik Liebhold	Bergheimer Straße 76	1903	ca. 7	ca. 180
Tabakfabrik Maier	Bergheimer Straße 104-106	um 1905	ca. 7	ca. 180
Kunstwollefabrik Reis	Römerstraße 2-10, Alte Bergheimer Straße 11		350	155
Gaswerk	Eppelheimer Straße		53	150
Fabrik für Sanitätsgeräte Maquet	Eppelheimer Straße 17-19	um 1880	30	122
Ofenfabrik Heinstein	Eppelheimer Straße	1896	30	92
Druckerei Pfeffer	Brunnengasse 20-24		20	87
Fabrik für Bierkühl- apparate Klotz	Bergheimer Straße 159		36	86
Schneiderei			0	84
Herrenmühle	Hauptstraße 237-241		430	82
Aktienbrauerei Kleinlein	Eppelheimer Straße 8	um 1870	ca. 145	ca. 70
Chemische Reinigung und Färberei Grün	Schlierbacher Landstr. 3-5	um 1902	15	ca. 70
Engelbrauerei	Hauptstraße 67		ca. 130	ca. 60
Zuckerwarenfabrik			13	ca. 60

anderggezogen. Trotzdem war in Bergheim eine für die Zeit typische Gemengelage entstanden. Die Bergheimer Straße war Wohnstraße, die sich mit dem Kleingewerbe und den Tabakfabriken einigermaßen vertrug. Aber auch an der Eppelheimer Straße, heute Alte Eppelheimer Straße, dem eigentlichen Gewerbegebiet, füllten sich die Lücken zwischen den Fabrikanlagen mit Wohnhäusern.

Das Ensemble der Heidelberger Industrie war bescheiden. Die beiden Firmen, die auf dem Weg zum Großbetrieb waren, hatten Heidelberg ver-

lassen. Von den verbliebenen Unternehmen waren es zuerst die Tabakfabriken, die expandierten und sich an internationalen Märkten orientierten. Auch die Firmen Reis, Maquet und Heinstein verfügten über moderne Technik und überregionale Beziehungen. Bei den übrigen Betrieben war es der Bedarf der Stadt und ihrer Umgebung, der das Produktionsvolumen bestimmte. Bei aller Bescheidenheit der Heidelberger Industrie führten auch deren Flächenbedarf, Lärm, Dampf, Rauch, Abwasser und notorische Feuergefahr zu ständiger Beeinträchtigung und Belästigung der Wohnstadt Heidelberg.

2. Heidelbergs Industrie im Städtevergleich

Unter den badischen Städten mit mehr als 20 000 Einwohnern war Heidelberg das industrielle Schlußlicht. Das Zahlenwerk, das P. F. Walli 1906 zusammengetragen hat, indem er die Volkszählung von 1900 mit dem Fabrikkataster von 1902 in Beziehung setzt, mag in seiner Berechnungsmethode anfechtbar sein; nach gleichen Kriterien erhoben, bieten diese Zahlen aber Anhaltspunkte für einen Vergleich:

Tabelle 2: Bevölkerung, Betriebe und Beschäftigte nach den Zählungen von 1900 bzw. 1902¹⁰

Stadt	Bevölkerung	Betriebe	Beschäftigte	Beschäftigte am Ort wohnhaft	Sp. 3/ Sp. 2	Sp. 3/ Sp. 1 je Tsd.	Sp. 4/ Sp. 1 in %	Sp. 4/ Sp. 3 in %
	1	2	3	4	5	6	7	8
Mannheim	141.131	453	22.480	16.960	50	159	12,0	75,4
Karlsruhe	97.185	235	12.799	5.433	54	132	5,6	42,4
Freiburg	61.504	216	5.940	5.014	28	97	8,2	84,4
Pforzheim	43.373	681	18.278	8.122	27	421	18,7	44,4
Heidelberg	40.121	118	2.589	442	22	65	1,1	17,1
Konstanz	21.445	93	2.202	2.148	24	103	10,0	97,5

Bei der durchschnittlichen Betriebsgröße (Sp. 3) liegen Karlsruhe und Mannheim deutlich vorn. Das hochindustrialisierte, als Zentrum der Goldwarenproduktion aber monostrukturierte Pforzheim hat viele, aber erheblich kleinere Betriebe. Heidelberg liegt bei der Betriebsgröße noch hinter

dem kleinen Konstanz. Bei der Zahl der Industriebeschäftigten je 1000 Einwohner (Sp. 6) führt Pforzheim ebenso vor Mannheim wie beim Anteil der am Ort wohnenden Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung (Sp. 7). Der Vergleich zwischen Freiburg und Heidelberg, den beiden Universitätsstädten, die ihrer Struktur nach die meisten Ähnlichkeiten aufweisen, zeigt Heidelberg eindeutig hinten. Bemerkenswert ist das jeweilige Verhältnis zwischen der Zahl der am Ort wohnhaften und der einpendelnden Arbeitskräfte (Sp. 8). Schon in Pforzheim und Karlsruhe überwiegt der Pendleranteil, aber Heidelberg hat nahezu gar keinen Arbeitsmarkt am Ort. Die Zahl von 442 Beschäftigten (Sp. 4) zeigt, wie sehr Heidelberg mehr noch als für die Industrie ein ungünstiger Standort für Arbeiterhaushalte war.

Diese Zahlen reichen noch nicht aus, um die Entwicklung in Heidelberg zu erklären. Denn die Frage, ob das Industrialisierungsniveau hier mehr aus objektiven Gegebenheiten so niedrig war oder ob es durch behördliche Maßnahmen künstlich niedrig gehalten wurde, läßt sich nur durch vergleichende historische Untersuchungen der innerstädtischen Standortentwicklung und des Behördenverhaltens beantworten. 1989 hat Hermann Grees in seinem Aufsatz „Standort, Verkehr, Umwelt“ eine solche Untersuchung für Baden-Württemberg vorgelegt.¹¹ Die Fallbeispiele, die Grees aus südwestdeutschen Städten zusammengetragen hat, entsprechen genau dem, was auch in Heidelberg stattfand: Platzmangel und Bürgerproteste gegen Umweltbelastungen führten zur Abwanderung der Industrie aus den Stadtkernen in die Vororte. Läßt sich diese Entwicklung für das ganze 19. Jahrhundert beobachten, so nahm sie mit dem Wachstum der Städte nach 1860 erheblich zu und fand in den Boomjahren vor 1914 ihren Höhepunkt. Es gab regelrechte „Etappenwanderungen von Betrieben auf dem Weg zum optimalen Standort“, der in der Regel dann gefunden war, wenn das Gewerbe von den Wohnquartieren räumlich getrennt war:

„Zu der mehr linearen Anordnung der Industriestandorte entlang der Flüsse und Schienenwege gesellte sich eine mehr flächenhafte Ausdehnung der Fabriken von der damaligen städtischen Peripherie in die Umgebung, wo sie sich mit den Arbeiterwohnquartieren mischten.

Daneben setzte ... schon damals eine andere, noch weiter nach außen greifende Art zentrifugaler Entwicklung von Industriestandorten ein im Zusammenhang mit der Entstehung von Industrievororten im Anschluß an ländliche Nachbarorte. ...

Damit beginnt auch in Südwestdeutschland das Zeitalter der flächenhaften Verstädterung, der Bildung von Stadtregionen, von Ballungs- und Verdichtungsräumen.“¹²

Die Entwicklung in Heidelberg läßt sich also in die allgemeine Ent-

wicklung einordnen. Auch wenn Heidelberg als bürgerliche Wohn- und Universitätsstadt nur mäßig industrialisiert war, bewegten sich die Betriebsstandorte „zentrifugal“. Durch Verlagerung entstanden Industrievororte, die teilweise durch spätere Eingemeindungen nach Heidelberg zurückkehrten.

3. Betriebsverlegungen und -schließungen. Acht Fallbeispiele 1895 bis 1912

I. 1873 hatten die Gebrüder Schifferdecker die in Konkurs gegangene Bergheimer Mühle ersteigert. Sie hatten deren Wert als Energiequelle und den sich abzeichnenden Bauboom richtig erkannt und gründeten ein Zementwerk. Das Werksgelände dehnte sich zwischen Bergheimer Straße und Neckar, Fehrentz- und Kirchstraße aus. Im Februar 1895 zerstörte ein Feuer die Hälfte der Werksanlage.

Um den Wiederaufbau an Ort und Stelle zu verhindern, prüfte der Stadtrat die Frage, ob er einen Bauantrag ablehnen könne. Da das Zementwerk vermutlich vor Gericht mit Erfolg Bestandsschutz hätte gelten machen können, wurde beschlossen, „gütliche Verhandlungen“¹³ zu führen. Schon sechs Wochen nach dem Brand lag dem Bürgerausschuß das Verhandlungsergebnis vor. Der Vertrag regelte, daß die Stadt das Grundstück erwirbt und ein Drittel der Verlegungskosten trägt. Um den Steuerverlust von 18 000 Mark im Jahr auszugleichen, der sich aus Grund-, Gewerbe-, und Einkommensteuereinbußen zusammensetzte, verpflichtet sich im Gegenzug das Zementwerk, seine Verwaltung bis 1910 in Heidelberg zu belassen und für diese 15 Jahre die Hälfte des Steuerverlustes zu tragen. Die Universität, die zum Schutz ihrer benachbarten Kliniken ebenfalls auf die Verlegung drängte, war insofern beteiligt, als auch das Land für 15 Jahre jährlich 5 000 Mark an die Stadt zahlen soll. Im übrigen setzte der Stadtrat darauf, daß der Zuschuß an das Zementwerk durch die Erlöse beim Weiterverkauf des ehemaligen Werksgeländes gedeckt wird.

Die Verlegung des Zementwerks war eine sowohl städtebaulich wie betriebswirtschaftlich sinnvolle Entscheidung. Der Standort Bergheim wäre auf Dauer nicht zu halten gewesen. Es fehlte ein direkter Bahnanschluß; die Belieferung des Kalks erfolgte über Werksgleise quer durch Bergheim, die Heidelberg im Westen abriegelten. Der neue Standort in Leimen, bis heute unangefochten, lag näher an den Steinbrüchen und direkt an der Bahn. 1907 beschäftigte das Zementwerk 784 Menschen.¹⁴

Fabrikdirektor Friedrich Schott blieb in seiner Villa am Rand des aufgelassenen Werksgeländes, heute Fehrentzstraße 8, wohnen; später wurde er

Stadtrat und Präsident der Handelskammer. Auch das Turbinenhaus, heute Vereinsheim der Rudergesellschaft, blieb zunächst im Besitz des Zementwerks, das dort noch für 30 Jahre Strom erzeugte, bis die Stadt auch das Restgelände kaufte und den alten Mühlkanal zuschütten ließ.¹⁵

II. 1860 hatte Friedrich Daecke aus Lippstadt die Genehmigung für den Betrieb einer Lackfabrik erhalten auf dem Gelände des heutigen Landratsamtes.¹⁶ 1896 stellte C. F. Daecke, wohl der Sohn des Firmengründers, den Bauantrag für ein neues Schmelzhaus. Dieser Antrag wurde abgelehnt, weil die Ortsgesundheitskommission die „üble Ausdünstung“ rügte, die in das Klinikviertel zog.¹⁷ Daecke, auch er später langjähriger Stadtrat, widersetzte sich dieser Entscheidung nicht und verlegte seine Produktion an einen in der Akte nicht genannten Ort. Sein Werk in Bergheim führte er als Magazin weiter; 1907 hatte er dort nur 10 Beschäftigte.¹⁸

Die Anlage des Klinikviertels zwischen Industriegebiet und Neckar wäre nach heutigen Maßstäben als städtebauliche Fehlentscheidung zu werten. Aber beim Baubeginn 1869 gab es nur wenige Betriebe. Das Zementwerk, dessen Verlegung die Universität mitbetrieb, war erst 1873 gegründet worden. Die Lackfabrik war 1869 zwar schon in Betrieb, aber deren ungefilterte „Ausdünstung“ vertrug sich ohnehin nicht mit einem innerstädtischen Standort. Die Interessen des Klinikums waren konkret und nachvollziehbar. Eine allgemein industriefeindliche Haltung der Universität ist nicht zu erkennen.

III. 1844 hatte Johann Schäfer südlich des Bahngeländes in der noch unbebauten Weststadt eine Werkstatt für Eisenbahnzubehör und Waggonen gegründet. Nach dem Tod Schäfers 1862 übernahm Heinrich Fuchs aus Offenbach den Betrieb mit seinen 30 Beschäftigten und baute ihn zielstrebig aus. In den 90er Jahren prosperierte der Fuchs'sche Waggonbau. Auf dem Werksgelände beiderseits der heutigen Goethestraße und südlich noch über die Blumenstraße hinaus entstanden Jahr für Jahr neue Gebäude; 1895 verlegte die Bahn die Drehscheibe, über die die Waggonen aus dem Werk quer über die Bahnhofstraße auf die Bahntrasse gesetzt wurden; Fuchs mußte deshalb einen Neubau an der Bahnhofstraße gleich wieder umbauen; im Juli 1897 wurden eine neue Waggonhalle an der Häusser-, im Oktober eine weitere an der Landhausstraße genehmigt.¹⁹

Die Baugenehmigungen von 1897 erteilte der Stadtrat freilich nur widerwillig; das Unternehmen hätte, wann immer die Stadt so verfügte, ihre Hallen auf eigene Kosten abbrechen müssen. Es gab also bei der Stadt die feste Absicht, die Waggonfabrik zum Umzug zu bewegen. Carl Fuchs, selbst Mitglied im Stadtrat und über alle Pläne bestens informiert, protestierte dagegen nicht, sondern handelte als Unternehmer. Er kaufte 1899 ein Grundstück zwischen Rohrbach und Kirchheim direkt an der Bahnlinie und stellte

im Mai 1900 den Bauantrag für eine Montage- und Lackierhalle.²⁰

Ausschlaggebend für die Eile bei diesem Umzug war aber nicht die Absicht der Stadt, die Weststadt als reines Wohngebiet und Villenviertel zu gestalten, sondern die Pläne der Bahn, den Kopfbahnhof aufzugeben und weiter westlich einen neuen Güter- und Personenbahnhof zu bauen. Diese Überlegung, die schon länger zurückreichte, führte 1901 zu einem Grundsatzbeschluss, der freilich noch verschiedene Varianten für die neue Bahntrasse vorsah. Gerade einen Waggonfabrikanten mußte diese Planung schon im Vorfeld alarmieren. Das neue Werksgelände war Richtung Süden die Heidelberg nächstgelegene Stelle, die von keiner der Trassenvarianten tangiert war. Nur so war sichergestellt, daß die Baumaßnahmen zur Bahnhofsverlegung die Fertigung nicht unterbrachen. Auf Heidelberger Gemarkung gab es kein Grundstück, daß dieser Anforderung hätte genügen können.

Im August 1900 erschien in der Presse die amtliche Mitteilung über die Verlegung der Fabrik. Die große Montagehalle wurde zerlegt und in Rohrbach wieder aufgestellt, wo sie im Moment noch steht. Es zeigt sich hier wie auch in anderen Fällen, daß Betriebsverlegungen alles andere als ein Unglück für die Unternehmen sind: Der Bau neuer Anlagen ist in der Regel erheblich günstiger als ein Umbau im Bestand. Die Bauanträge der Jahre 1903 bis 1907 zeigen die rasche Entwicklung der Produktion: Insgesamt wurden sieben Dampfhammer aufgestellt mit einem Fallgewicht von zusammen 3,6t.²¹ Das wäre am alten Standort kaum möglich gewesen. Und waren es 1900 rund 500 Beschäftigte, so standen 1907 bereits 924 Männer in Arbeit.²²

Den Umzug finanzierte das Unternehmen, indem es zwei Drittel des alten Geländes an die Stadt verkaufte. Carl Fuchs war dabei nicht auf eine maximale Verwertung aus. Das alte Schäfersche Haus erweiterte er zu einer Villa, die er inmitten eines großen Gartens bis zu seinem Tod 1905 bewohnte. Das kurze Straßenstück südlich davon baute er auf seine Kosten zu einer „Avenue“ aus mit einer ovalen Grünanlage in der Mitte.²³ Noch heute heißt der Spielplatz dort im Volksmund „Fuchse-Ei“.

IV. 1862 war das Phosphorlager der Materialienhandlung von Christoph Keller in der Hauptstraße 118 in Brand geraten. Daraufhin zog die Firma 1863 in die Weststadt auf ein weitläufiges Gelände südlich der Zähringerstraße zwischen Gaisberg- und Rohrbacher Straße. Aus der Materialienhandlung war nun die „Farb- und Gewürzmühle Keller & Cie“ geworden, also eine chemische Fabrikation. Um 1890 verkaufte die Firma den westlichen Teil ihres Geländes an der Rohrbacher Straße und gab es zur Wohnbebauung frei. Damit holte sie die Gegner, die das Ende der Fabrik herbeiführten, in ihre Nachbarschaft.

Im März 1900 brannte das Werk erneut ab; die im Keller gelagerten Spiri-



Der Giebel der Häuserstraße 8 nach dem Umbau zur Villa 1902. Der Fuchskopf zwischen Eichen- und Pinienzweigen symbolisiert Weitsicht und Klugheit der Fabrikantenfamilie Fuchs. (Foto: Matthias Ernert 1996)

tusvorräte drohten zu explodieren.²⁴ Der Stadtrat war fest entschlossen, den Wiederaufbau der Fabrik zu verhindern. Formal genoß sie aber Bestandschutz. Nun wurde Bauantrag auf Bauantrag wegen Kleinigkeiten abgewiesen, bis Keller & Cie nachgaben und sich 1901 den Bau eines Wohnhauses genehmigen ließen.²⁵ Parallel dazu fanden doppelseitige Verhandlungen statt: Die Stadt bot der Firma eine Entschädigung an für den Verzicht auf den Wiederaufbau, und die Anlieger sammelten Geld, um zu der Entschädigung beizutragen. Die wichtigste private Spenderin war die Heidelberger Wohnungsbaugesellschaft, die Grundstücksverwaltung der Tabakfabrikanten Landfried.

Im September 1901 nannten Keller & Cie ihre Forderung: 40 000 Mark. Im November wurden Voranfragen nach anderen Standorten negativ beschieden. Auch der Vorschlag, in die Alleestraße zu ziehen neben die Zinkornamentfabrik, wurde im April 1902 vom Stadtrat abgelehnt, diesmal mit dem Hinweis auf die Pläne zur Bahnhofsverlegung. Im Mai lag dem Bürgerausschuß der ausgehandelte Vergleich zur Abstimmung vor: Die Weststadt sei zum „Villenviertel“ bestimmt, eine Fabrik passe dort nicht hin. Als Entschädigung erhält die Firma 25 000 Mark; die Anliegerbeiträge von 8 500

Mark sind darin einberechnet.²⁶ Im Juni 1902 bekräftigte Obmann Leonhard im Bürgerausschuß die Haltung der Stadt. „Eine derartige Fabrik passe nicht in einen so schönen Stadtteil.“²⁷ Der Vertrag mit Keller & Cie wurde einstimmig gebilligt. Das Nachspiel geriet zur Posse. Im Januar 1903 wurde bekannt, daß die ganze Zeit über im Hinterhof weiterproduziert worden war. Das wurde abgestellt. Die Firma zog in die Bergheimer Straße 59, wo sie wohl nur noch einen Handel unterhielt und nicht mehr produzierte. Gleichzeitig weigerten sich einige der Anlieger, die zugesagten Beträge zum Entschädigungsfond zu leisten. Der Streit darüber wurde erst 1907 beigelegt.

Nicht ganz ehrlich seitens der Stadt war der Hinweis auf das „Villenviertel“. Bei dem ganzen Quartier handelt es sich um verdichteten Geschoßwohnungsbau. Das neue Haus auf dem Fabrikgelände zeigt die Jahreszahl 1903; die Pracht seiner Jugendstilfassade dient aber nur dazu, die Baumasse zu kaschieren.

V. Carl Metz hatte 1842 in der Heiliggeiststraße eine Fabrik für hydraulische Apparate und Feuerspritzen gegründet. 1895 wurde die berühmte Spritzenfabrik an die Firma Maquet verkauft. Der Standort in der Altstadt wurde aufgegeben und die Produktion auf das Werksgelände in Bergheim verlegt.

Die Bauakte der „Vereinigten Fabriken C. Maquet“ zeigt einen normalen Geschäftsgang.²⁸ Im Februar 1891 beschwert sich die Firmenleitung bei Bürgermeister Walz über Grundstücksabtretungen: Die Projektierung der heutigen Mittermaierstraße schneide das Werksgelände von seinen Erweiterungsmöglichkeiten ab. Im Mai 1899 erhält die Fabrik die Auflage, ihre Entwässerung an das städtische Kanalnetz anzuschließen. Im September 1899 wird die Aufstellung eines Dampfhammers genehmigt, da kein Einspruch vorlag. Ende 1899 äußert Bürgermeister Walz Bedenken gegen den Bau einer Verzinnerei, die dann im Folgejahr doch genehmigt wird.

1905 wurde die Firma Carl Metz nach Karlsruhe verkauft; in Heidelberg blieb nur eine Verkaufsniederlassung zurück. Die Firma Maquet hatte die Produktion von Feuerspritzen in ihre Fertigung von Sanitätsartikeln nicht integrieren können und bereinigte nun ihre Produktpalette. Eine Beeinflussung dieser kaufmännischen Entscheidung durch die Stadt ist nicht zu erkennen.

VI. 1856 hatten Lazarus und Simon Reis in der Alten Bergheimer Straße 11 einen Lumpenhandel eingerichtet. Sie waren als Landjuden von Wallenberg nach Heidelberg gekommen und begannen einen beispielhaften Aufstieg ins industrielle Bürgertum. Die Söhne von Lazarus Reis spezialisierten sich: Eduard übernahm die Sparte Wolle, Wilhelm die Sparte Baumwolle.

Die Baumwollabfälle wurden zunächst in der Bergheimer Straße 59, dann



Das Wohnhaus von Lazarus und Simon Reis, Alte Bergheimer Straße 11. Rechts daneben der Schuppen des ursprünglichen Lumpenhandels, aus dem 1871 die Kunstwollefabrik auf der Straßenseite gegenüber hervorging. (Foto: Matthias Ernert 1996)

in der Nr. 107 zu Putzwolle und als Rohstoff zur Papierherstellung verarbeitet. Auch hier führte die Planung der Bahnstreckeverlegung zum Entschluß umzuziehen. Edwin Reis wartete nur den Tod seines Vaters Wilhelm ab, bis er 1903 das Grundstück Bergheimer Straße 107, das sich entlang der Blutschlistraße bis zum Gaswerk erstreckte, an die Stadt verkaufte.²⁹ Während die Familie in Heidelberg blieb und schließlich die große Villa Hölderlinweg 8 bezog, entwickelte sich der Betrieb an seinem neuen Standort Friedrichsfeld rasch. Ein Brief an die Stadt vom Mai 1904 trägt die stolze Adresse „Reis & Co., Heidelberg, Boston, Manchester“ und zeigt im Kopf das weitläufige neue Werksgelände. 1907 hatte die Firma 138 Beschäftigte.³⁰ Ohne jedes Zutun der Stadt hatte Heidelberg ein entwicklungsfähiges Industrieunternehmen verloren.

VII. Die Sparte Wolle des Reis'schen Lumpenhandels hielt sich knapp ein Jahrzehnt länger in Heidelberg. 1870 war dort, wo heute das neue Polizeipräsidium steht, ein vierstöckiges Fabrikgebäude errichtet worden. Noch bevor es in Betrieb ging, hatte die Familie Reis der Stadt den Neubau als Reservekriegslazarett angeboten, eine patriotische Geste.³¹ Seit 1871 wurden hier Wolleabfälle in einem thermischen Verfahren zu Kunstfasern verarbeitet. 1889 genehmigte die Stadt den Betrieb einer großen „Carbonisirtrom-

mel“.³² 1901 beschloß der Bürgerausschuß, daß der nördliche unbebaute Zwickel des Werksgeländes an die Stadt abzutreten sei, um dort am Anfang der Alten Eppelheimer Straße einen öffentlichen Platz anzulegen.³³ Bei dem einstimmigen Beschluß, der ohne Aussprache erfolgte, war es einzig Eduard Reis, der sich als Eigentümer der Stimme enthielt.³⁴ Der Fabrik wurde die Auflage gemacht, ihre Fenster, die nun an der Straße lagen, mit Milchglas-scheiben zu versehen: Der Städtebau diene dem öffentlichen Wohl, die Industrie war Privatsache.

1903 brannte das Fabrikgebäude ab. Das wäre der richtige Zeitpunkt gewesen, um sich angesichts der Bahnhofsverlegung nach einem neuen Standort umzusehen. Die Familie Reis entschied sich für einen Neubau an Ort und Stelle.³⁵ Die Stadt machte nun auch gestalterische Auflagen: Der Neubau sollte nur noch zwei Stockwerke haben. Durch den größeren Flächenverbrauch war damit aber das Werksgelände westlich der Römerstraße vollständig überbaut. 1907 stellte die Firma Reis einen Bauantrag für die Grundstücke Römerstraße 1-3, also auf der Ostseite im Anschluß an das Reis'sche Wohnhaus. Das Bezirksamt lehnte den Bau eines Schuppens ab, weil die Römerstraße um 8 m verbreitert werden sollte. Die Bahnhofsverlegung hatte stadtplanerische Euphorien ausgelöst. Zwar hatte die Stadt das östlich angrenzende Grundstück – die spätere Glockengießerei – gekauft, um die betroffenen Eigentümer entschädigen zu können, teilte dies den Anliegern jedoch nicht mit. Aber Julian Reis, der Sohn von Eduard Reis, saß nun auch im Bürgerausschuß und hätte die Planungen und das Angebot zum Umtausch kennen müssen. Diese Kette von Unterlassungen und Mißverständnissen führte dazu, daß die Familie Reis 1908 beschloß, die Kunstwollefabrik aufzugeben.

Aufschlußreich ist der der Bauakte beigefügte Schriftwechsel zwischen Firma und Stadt. Am 11.5.1908 teilt Julian Reis dem Bezirksamt den Entschluß zum Weggang mit und klagt darüber,

„dass unserem Werke, das eine führende Stellung in der Textilindustrie in Europa einnimmt, fast bei jeder Gelegenheit Schwierigkeiten bereitet werden, die einen geregelten Geschäftsbetrieb ungeheuer erschweren.“

Verallgemeinernd heißt es weiter:

„Dies ist auch der Grund, warum wir es vorziehen, unser Werk von Heidelberg wegzulegen, da unter den hier herrschenden industriefeindlichen Verhältnissen ein Fortarbeiten unmöglich ist.“

Als dieser Brief im Rathaus bekannt wurde, fragt am 27.5.1908 der Stadtrat nach den Gründen. Die Briefentwürfe tragen als Paraphe ein „W“, stammen also wohl von Bürgermeister Walz. In seiner Antwort vom 12.6. verweist Julian Reis darauf, daß er im Bürgerausschuß immer wieder darauf

hingewiesen habe, daß die Stadtverwaltung die Interessen der Industrie nicht berücksichtige. Zur Schließung der Fabrik schreibt er:

„Man verhindert nach monatelangem Verschleppen des Baugesuches eine[r] der größten einheimischen industriellen Gesellschaften, eine dringend erforderliche Vergrößerung vorzunehmen wegen eines Strassenverbreiterungsprojektes, das vielleicht in 8 - 10 Jahren zur Ausführung kommen wird und hält es dabei noch nicht einmal für nötig, durch persönliche Aussprache in irgend einer Weise zu versuchen, den der Gesellschaft zugefügten grossen Schaden zu vermeiden. Ein derartiges Verhalten ist nur denkbar in einer Stadt, in der man an massgebender Stelle für die Förderung der Industrie nichts übrig hat und berechtigt sehr wohl, wie zweifelsfrei in den Versammlungen des Verbandes süddeutscher Industrieller festgestellt, zu der Bezeichnung, dass hier industrie-feindliche Verhältnisse herrschen.“

Erneut beklagt sich Reis über „unnötige und störende Belästigungen“ und den „oft sehr zeitraubenden Besuch von staatlichen und städtischen Beamten sowie der Polizei“.

In seiner Antwort vom 17.6.1908 geht der Stadtrat die Anwürfe Punkt für Punkt durch, kann aber das, was zuvor an Gesprächen versäumt worden war, nicht mehr ausgleichen. Im Bürgerausschuß sei die Intervention von Julian Reis auf einhellige Ablehnung gestoßen, so daß er sogar auf seinen Antrag verzichtet habe. Das Baugesuch sei mit Zustimmung der Antragsteller zurückgestellt worden. Im übrigen sei die Ausweitung der Römerstraße ein dringendes Erfordernis, wie auch Bezirksamt und Ministerium bestätigen würden. Die vermißte Aussprache „war aber doch Ihre Sache und nicht Sache der Stadt“. Zu dem Vorwurf der Belästigung durch städtische Beamte heißt es: Die Stadt

„beschränkt sich auf die Untersuchung Ihrer Fabrikabwässer, die von Zeit zu Zeit, und zwar, ohne daß irgend eine Störung Ihres Betriebes damit verbunden wäre, zu dem Zwecke vorgenommen wird, um festzustellen, ob die Zusammensetzung dieser Abwässer den Wandungen der städtischen Kanäle keinen Schaden zufügt.“

Mit diesen Begründungen wird der Vorwurf der Industriefeindlichkeit entschieden zurückgewiesen.

Noch einmal werden 1908 Briefe gewechselt, ohne daß es zu neuen Einsichten kommt. Am 5.3.1910 schreibt Julian Reis, diesmal persönlich und direkt an Bürgermeister Walz:

„Ich beehre mich, Ihnen mitzuteilen, daß nach heute abgeschlossenen Verträgen die Firma Gebrüder Reis G.m.b.H. an die Firma Vogel & Schnurmann G.m.b.H. in Karlsruhe übergeht. ... Die Beamten und Arbeiter werden, soweit sie nicht nach Karlsruhe übernommen werden, zum 30. Juni entlassen.“

Ernst Walz beschließt diesen Briefwechsel, indem er am 18.3.1910 höflich, kurz und kühl seinem „aufrichtigen Bedauern“ Ausdruck gibt.³⁶

Julian Reis oder das Ende der Kunstwollefabrik ist der einzige ernstzunehmende Kronzeuge für die These von der Industrie feindlichkeit der Heidelberger Kommunalpolitik, zumal dieses Stichwort hier fällt. Die Stadt und die ihr übergeordneten Behörden wurden zu Recht der Willkür und der Gleichgültigkeit gegen ein florierendes Unternehmen bezichtigt. Das Projekt „Erweiterung der Römerstraße“ war eine stadtplanerische Eintagsfliege. Der Bebauungsplanentwurf für das freiwerdende Bahngelände von 1913 sparte die Industrieflächen in Bergheim aus und ließ die Römerstraße so breit, wie sie war.³⁷ Das Grundstück Römerstraße 1-3 ist bis heute unbebaut.

Auch die Haltung, die Stadtrat und Bürgermeister zur Frage einnahmen, wer wen zuerst anzusprechen habe, wirkt befremdlich. Der Grundsatz, daß Städtebau öffentlich, die Industrie jedoch privat sei, war um 1907 nicht mehr aufrechtzuerhalten, nachdem auch in Heidelberg die Einsicht gewachsen war, daß die Industrie auf städtebauliche Planungen angewiesen war. Umgekehrt verhartete aber auch Julian Reis bei diesem alten liberalen Grundsatz. Sein Protest gegen jegliche Fabrikinspektion und Abwasserkontrolle richtete sich gerade gegen das öffentliche Interesse an der Industrie.

Nicht auszuschließen ist, daß die Behörden sich auch von judenfeindlichen Motiven leiten ließen. Julian Reis beginnt seinen Brief an das Bezirksamt mit dem Gesuch um einen Reisepaß für einen Verwandten „ohne Einsetzung der Konfession“. In der Bevölkerung gab es zu dieser Zeit heftige antisemitische Stimmungen. In der Akte taucht dieses Motiv aber nicht weiter auf, so daß sich nähere Anhaltspunkte für diesen Verdacht nicht ergeben.

So stur die Behörden waren, so trotzig war die Reaktion der Unternehmerfamilie Reis. Julian Reis, ein promovierter Chemiker, blieb in Heidelberg. Daß sein weiteres Leben ohne Fortüne war, mag zum Verständnis dieses Vorgangs beitragen. Im Garten seiner Villa Erwin-Rohde-Straße 11 betrieb er ein Laboratorium, in dem er Pflanzenschutzmittel erzeugte. Niemand scheint an dieser kleinen Giftfabrik mitten in den Gärten von Neuenheim Anstoß genommen zu haben. 1923 kaufte Reis als erster Privatinvestor ein Grundstück im neuen Industriegebiet Pfaffengrund, um eine Fabrik für Pflanzenschutzmittel zu bauen. „Giftige Gase oder andere schädliche Ausdünstungen kommen nicht in Betracht“, versichert er.³⁸ Nachdem er die Verpflichtung, bis 1925 mit dem Bau zu beginnen, nicht einhielt, mußte er 1929 das Grundstück zurückgeben; zugleich war die „Chemische Fabrik Dr. Reis GmbH“ zahlungsunfähig. Julian Reis hatte vielleicht als Chemiker, nicht aber als Kaufmann Erfolg gehabt. Wäre die Kunstwollefabrik kaufmännisch

besser geführt gewesen, hätte sie vielleicht in Heidelberg oder einem der Vororte bleiben können. Mit dieser Vermutung sind aber Stadtrat und Bezirksamt aus ihrer Verantwortung nicht entlassen.

VIII. Die Tonofenfabrik von Jean Heinstein, aus einer Hafnerei in der Bienenstraße hervorgegangen, zog 1895 an den Weg nach Eppelheim. Sie baute dort eine moderne Betriebsstätte; die Öfen wurden mit Gas betrieben.³⁹ Schon 1899 wurde die Fabrik erweitert. Obwohl das Gelände seit 1901 im Planungsgebiet für die neue Bahntrasse lag, hoffte die Firma, bleiben zu können. Erst 1911, als bereits die Hälfte der Erdarbeiten ausgeführt und fast alle Straßenquerungen gebaut waren, mußte die Ofenfabrik dem Bau der Czernybrücke weichen. Es herrschte großer Zeitdruck. Der Abbruch der Fabrik wurde für Anfang 1912 verfügt, noch bevor ein Ersatzgrundstück gefunden war. Bei dem Enteignungsverfahren gab es offenbar erstmals Hilfe durch staatliche Stellen bei der Suche nach einem neuen Standort. Fast zwei Jahre ruhte die Produktion, bis am Ochsenkopf das neue Heinsteinwerk 1913 in Betrieb genommen wurde.⁴⁰ Die Unterbrechung war rasch wieder aufgeholt; die neue Fabrikanlage zählte zu den modernsten Europas. Auch wenn sich die Idee, am Ochsenkopf ein größeres Gewerbegebiet anzulegen,⁴¹ nicht verwirklichte, bewährte sich der neue Standort. Erst 1995 wurde dort die Fertigung von Keramikerzeugnissen eingestellt.

4. Der Weg zum ersten geplanten Industriegebiet

Zwei Standortentscheidungen der Stadt hatten das Bergheimer Industriegebiet eröffnet und erweitert: 1853 der Bau des Gaswerks und 1887 der Bau des Schlachthofs. Handelte es sich dabei um Einzelentscheidungen, so kamen sie doch städtebaulichen Gesten gleich und zogen weitere Industrieansiedlungen nach sich. Daß sich dann um 1900 allmählich stadtplanerische Erwägungen entwickelten, wie das Verhältnis von Wohnen und Arbeiten neu zu ordnen sei, hatte zunächst nur negative Gründe. In dem Maß, wie sich die Industrie anfänglich inmitten von Wohngebieten entwickelt hatte, war auch die Zahl der Beschwerden gegen die Belastungen angestiegen. Seit 1889 sammelte die Stadtverwaltung solche Beschwerden und erließ 1890 eine ortspolizeiliche Vorschrift zur Abwehr von Belästigungen „durch Rauch, Ruß, Lärm und üble Ausdünstungen“.⁴² Gewerblichen Neuanlagen konnte nun effektiver als bisher die Genehmigung versagt oder mit Auflagen verbunden werden. Angebote für Alternativstandorte waren dabei nicht vorgesehen und wurden zunächst auch nicht eingefordert. Im Grundsatz hatte damit auch in Heidelberg die Entwicklung begonnen, die 1933 in der Char-

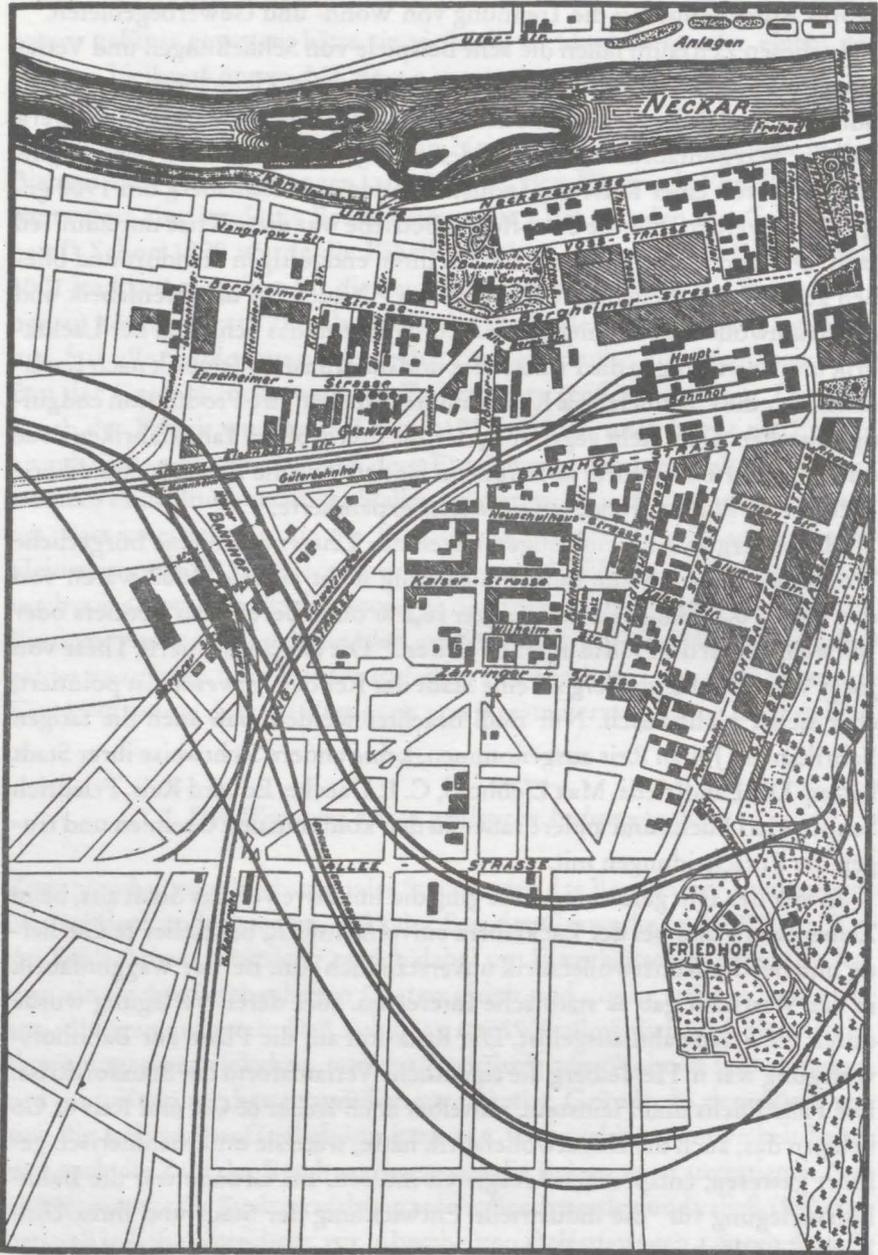
ta von Athen mündete: die Trennung von Wohn- und Gewerbegebieten.

In diesen Zeitraum fallen die acht Beispiele von Schließungen und Verlegungen. In sieben Fällen wurde die Produktion in Heidelberg eingestellt, nur die Ofenfabrik Heinstein blieb in der Stadt. Da mit dem Zementwerk und der Waggonfabrik auch die beiden einzigen Großbetriebe verloren gingen, kann von einer Krise des Industriestandortes Heidelberg um 1900 gesprochen werden. Für die betroffenen Betriebe war diese Krise nur zum Teil fatal. Die beiden Großbetriebe fanden ihren endgültigen Standort und blieben auch dem Arbeitsmarkt erhalten; das gilt auch für die Ofenfabrik und die Baumwollverarbeitung Reis & Co. Während das Schicksal der Lackfabrik unklar ist, gingen die Firma Metz und die Kunstwollefabrik nach Karlsruhe. Nur die Chemiefabrik Keller mußte offenbar ihre Produktion endgültig einstellen. Dem steht gegenüber, daß die drei größten Tabakfabriken neue und dauerhafte Standorte in Bergheim fanden; nur die Firma Liebhold zog 1926 in den Pfaffengrund, wo sie weiter expandierte.

Heidelberg war im einhelligen Urteil der Zeitgenossen eine bürgerliche Wohnstadt, die sich zur Industrialisierung nicht eignete. 1907 waren von den gut 10 000 Haushaltsvorständen 16,2% ohne Beruf, also Rentiers oder Witwen, davon die Hälfte unter 60 Jahren.⁴³ Die eingangs zitierte These von Josef Wysocki, Heidelberg sei eine Stadt der Rentiers gewesen, ist pointiert, aber sicher nicht falsch. Nur muß beachtet werden, daß auch die tätigen Fabrikanten, Julian Reis ausgenommen, keine andere Sichtweise ihrer Stadt hatten. Die Landfrieds, Max Liebhold, C. F. Daecke, Eduard Reis, Friedrich Schott, Carl Fuchs und andere saßen in den kommunalen Gremien und trugen die Entscheidungen mit.

In vier der acht genannten Fälle ging die Initiative von der Stadt aus, beim Zementwerk und bei der Lackfabrik einvernehmlich, bei Keller & Cie heftig und bei der Kunstwollefabrik unverständlich stur. Bei der Waggonfabrik in der Weststadt gab es städtische Interessen, aber deren Verlegung wurde durch die Staatsbahn ausgelöst. Die Reaktion auf die Pläne zur Bahnstreckungsverlegung war in Heidelberg die eigentliche Verlaufsform der Standortkrise: Die Fälle Fuchs und Heinstein, mittelbar auch Keller & Cie und Reis & Co belegen das; auch die Kunstwollefabrik hätte, wäre sie unternehmerisch geführt gewesen, entsprechend reagieren müssen. Im Grunde war die Bahnstreckungsverlegung für die industrielle Entwicklung der Stadt und ihres Umlands ein Glück und kein Pech. Sie ersparte oder verkürzte lange und quälende Standortauseinandersetzungen, die aufgrund des Wachstums der Wohnstadt unvermeidlich stattgefunden hätten.

Gestützt auf die Gewerbeordnung des Reichs erließ die Stadt seit 1905 weitere Vorschriften über das Verbot gewerblicher Anlagen in Wohngebiete-



Planskizze von 1901 mit Varianten zur Bahnstufverlegung
 (Vorlage an den Bürgerausschuß, 2.7.1901)

ten. Dabei kam erstmals die Idee eines besonderen Industriegebietes auf. In der entsprechenden Akte findet sich ein Bebauungsplanentwurf von 1905 für das 1903 eingemeindete Handschuhsheim; während der Ort großzügig zum Wohngebiet erweitert ist, steht in großen Lettern quer über das Handschuhsheimer Feld „Industriegebiet“.⁴⁴ Der Begriff war also da, nur die vorgesehene Fläche ungeeignet, weil sie ohne Bahnanschluß und nur durch die Nebenbahn der OEG erschlossen war.

Der erste realistische Ansatz zu einem Industriegebiet erwuchs aus einer dritten kommunalen Standortentscheidung. Die Bahnhofsverlegung erforderte auch für das Gaswerk einen neuen Standort. 1905, also relativ spät, faßte der Stadtrat den Beschluß, daß „das stetige Anwachsen unserer Stadt und die ungeeignete Lage unseres derzeitigen Gaswerks“ dessen Verlegung erfordere.⁴⁵ Bei der Umsetzung dieses Beschlusses ließ sich die Stadt freilich Zeit, wartete den Fortgang der Arbeiten an den Schienenwegen ab und begann den Neubau des Gaswerks erst 1913.⁴⁶

Dazwischen trat nun seit etwa 1910 die politische Forderung nach einer aktiven Industriepolitik der Stadt. Ferdinand Rösiger, der Chronist für 1912, setzt die einleitend zitierte Passage so fort:

„Der Wunsch, daß mehr Industrie sich in Heidelberg ansiedeln möchte, ist allerdings vorhanden und besonders die Fortschrittspartei hat darauf ausgehende Anregungen wiederholt geäußert, denen die Stadtverwaltung im ganzen zugestimmt hat.“⁴⁷

Es dauerte noch bis 1914, bis die Anregungen zu Beschlüssen führten. Am 1.4.1914 setzte der Stadtrat eine Kommission ein, die „die Vorbereitungen zum Beizug von Industrie nach Heidelberg übernehmen soll“.⁴⁸ Im Anschluß an das neue Gaswerk sollte ein Industriegebiet angelegt werden. Es sollte noch ein Jahrzehnt vergehen, bis Heidelbergs erstes Industriegebiet im Pfaffengrund realisiert wurde.⁴⁹ Denn die Krise vom August 1914 stornierte alle Planungen dieser frühen Phase der Industrialisierung und setzte ganz andere Fragen auf die Tagesordnung.

Anmerkungen

- 1 Chronik der Stadt Heidelberg für das Jahr 1912, Heidelberg 1915, S. 110
- 2 Das Großherzogtum Baden in geographischer, naturwissenschaftlicher, geschichtlicher, wirtschaftlicher und staatlicher Hinsicht dargestellt. Nebst vollständigem Ortsverzeichnis, Karlsruhe 1885, S. 482
- 3 Ursula Keller: Die Entwicklung der Industrie in Heidelberg im Rahmen ihrer geographischen und industriepolitischen Voraussetzungen, Heidelberg 1961, S. 48f
- 4 Hermann Overbeck: Die Stadt Heidelberg und ihre Gemarkung im Spiegel der Wandlungen ihrer Funktionen, insbesondere seit dem 19. Jahrhundert, in: Heidelberg und

- die Rhein-Neckar-Lande. Festschrift zum XXXIV. Deutschen Geographentag vom 5. bis 7. Juni 1963 in Heidelberg, hrsg. von Gottfried Pfeifer, Hans Graul und Hermann Overbeck, Heidelberg und München 1963, S. 74-111, hier S. 88
- 5 Friedrich Schlipphak und Meinrad Schaab: Industrie, in: Die Stadt- und Landkreise Heidelberg und Mannheim. Amtliche Kreisbeschreibung Bd. II: Die Stadt Heidelberg und die Gemeinden des Landkreises Heidelberg, hrsg. von der Staatlichen Archivverwaltung Baden-Württemberg in Verbindung mit den Städten und den Landkreisen Heidelberg und Mannheim, 1968, S. 203-219, hier S. 203
- 6 Herbert Derwein: Geschichte der Stadt, in: Die Stadt- und Landkreise (wie Anm. 5), S. 8-82, hier S. 72
- 7 Josef Wysocki: Heidelberg. Von Arbeit, Leben und Geld in 150jähriger Geschichte der Sparkasse, hrsg. von der Bezirkssparkasse Heidelberg, Heidelberg 1981, S. 87f
- 8 Friedrich Carl Freudenberg: Die neuzeitliche Volkswirtschaft und die Existenzbedingungen der Familien in der badischen Pfalz. Nach der Berufs- und Betriebszählung vom 12. Juni 1907 und Steuermaterial, Karlsruhe 1012, S. 54
- 9 Nach Freudenberg (wie Anm. 8), S. 241-254 und Adreßbuch befunden
- 10 Nach P. F. Walli: Die Dezentralisation der Industrie und der Arbeiterschaft im Großherzogtum Baden und die Verbreitung des Mehrfamilienhauses (Mietskaserne) auf dem Lande (Volkswirtschaftliche Abhandlungen der Badischen Hochschulen VIII, Bd. 4, Erg.bd.), Karlsruhe 1906, S. 11, 35, 76, 89, 95, 107
- 11 Hermann Grees: Standort, Verkehr, Umwelt, in: Otto Borst (Hrsg.): Wege in die Welt. Die Industrie im deutschen Südwesten seit Ausgang des 18. Jahrhunderts, Stuttgart 1989, S. 129-174
- 12 Ebd. S. 161f
- 13 StA Vorlage an den Bürgerausschuß, 13.3.1895
- 14 Freudenberg (wie Anm. 8), S. 245
- 15 StA AA 93 Fasz. 1
- 16 StA UA 147 Fasz. 4 I
- 17 StA AA 281/8 Fasz. 6
- 18 Freudenberg (wie Anm. 8), S. 245
- 19 StA AA 281/11 Fasz. 16
- 20 StA VA Rohrbach 35 Fasz. 6 d
- 21 StA VA Rohrbach 35 Fasz. 6 a, 6 b, 6 c, 6 e
- 22 Freudenberg (wie Anm. 8), S. 284
- 23 StA AA 326 a Fasz. 6
- 24 StA AA 281/21 Fasz. 10
- 25 StA AA 281/21 Fasz. 9
- 26 StA Vorlage an den Bürgerausschuß, 30.5.1902
- 27 StA Protokoll des Bürgerausschusses vom 26.6.1902
- 28 StA AA 281/27 Fasz. 10
- 29 StA AA 90 Fasz. 5
- 30 Freudenberg (wie Anm. 8), S. 286
- 31 StA UA 166 Fasz. 6
- 32 StA AA 281/33 Fasz. 18
- 33 StA Vorlage an den Bürgerausschuß, 9.10.1901
- 34 StA Protokoll des Bürgerausschusses vom 31.10.1901
- 35 StA AA 281/33 Fasz. 19

- 36 Alle Briefzitate ebd.
- 37 Meinhold Lurz: Erweiterung und Neugestaltung der Heidelberger Stadtmitte. Pläne vor, während und nach dem Dritten Reich zur Verlegung des Hauptbahnhofs und zur Neugestaltung der frei werdenden Gleisanlagen im Bereich der heutigen Kurfürstenanlage (Schriftenreihe der Stadt Heidelberg 1), Heidelberg 1978, S. 7
- 38 StA AA 124/z1 Fasz. 14
- 39 StA AA 281/16 Fasz. 22
- 40 StA AA 281/16 Fasz. 42
- 41 Chronik für 1912 (wie Anm. 1), S. 110, für 1913 S. 109
- 42 StA AA 255 Fasz. 4 und 5
- 43 Freudenberg (wie Anm. 1), S. 58, 60, 66
- 44 StA AA 266 Fasz. 7
- 45 StA AA 68 Fasz. 1
- 46 Wilhelm Veith: Das Gaswerk Heidelberg. Seine Entstehung und Entwicklung in 60 Jahren, Heidelberg 1914, S. 45
- 47 Chronik für 1912 (wie Anm. 1), S. 110
- 48 StA AA 112 Fasz. 1
- 49 Siehe Peter Blum : Aufbruch aus der Krise. Heidelbergs später Weg zu aktiver Industriepolitik, in: Zwischen Tradition und Moderne. Heidelberg in den 20er Jahren. Katalog zur Ausstellung „Widerstreit der Bilderwelten – Kunst und Kultur der 20er Jahre“, hrsg. vom Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg, Heidelberg 1994, S. 35-48



75
Jahre



Bauen und Gestalten in sozialer Verantwortung

- Mietwohnungen, Eigentumswohnungen, Eigenheime
- Alten- und behindertengerechte Wohnungen. Betreutes Wohnen
- Bau von Kindergärten und an deren Einrichtungen

Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH
Bluntschlistr. 14, 69115 Heidelberg
Telefon 06221 / 53050, Fax 06221 / 28032

Das Wohnungsunternehmen der Stadt Heidelberg

Manfred Benner/Achim Wendt

„Heidelberga incognita“

Archäologische und bauhistorische
Ergebnisse zu den Anfängen Heidelbergs

Wenn anlässlich der achthundert Jahre zurückliegenden Ersterwähnung die Gründungszeit wieder stärker in den Blickpunkt des allgemeinen Interesses rückt, lesen wir dieser Tage selbst an prominenter Stelle immer noch von der Entwicklung der Stadt aus einer unbedeutenden Ansiedlung von Fischerhütten am Neckar oder einer Entstehung der heutigen Schloßbauten ab dem 15. Jahrhundert und einer irgendwo darunter verborgenen Burg des 12. Jahrhunderts. Dies sind unbestätigte, aber zähe Vermutungen, die bereits in der Literatur zur Zeit des letzten Jubiläums vor immerhin einhundert Jahren Eingang in das Allgemeinwissen gefunden haben.

In neuerer Zeit hat sich nur Meinrad Schaab mit der frühen Geschichte der Stadt und des unteren Neckarraumes beschäftigt; die grundlegende Arbeit liegt nun ihrerseits bald vierzig Jahre zurück. Seither konnte zum Thema von historischer Seite nichts wesentlich Neues mehr beigetragen werden. Erst die Ergebnisse der jüngsten archäologischen Untersuchungen, die in den achtziger Jahren im Stadtkern durchgeführt wurden, vermögen seit kurzem den Bestand an aussagekräftigen Zeugnissen zur Geschichte des hochmittelalterlichen Heidelbergs sprunghaft zu erweitern. Erstmals gelang es, direkte Einblicke in die Siedlungsaktivitäten vor und während der Stadtgründung zu nehmen.

Es liegt im Wesen der archäologischen Überlieferung, daß sie vor allem Beiträge zur baulichen Entwicklung, Struktur und Datierung siedlungsgeschichtlicher Vorgänge liefert. Ihre Bedeutung für die Grundlagenforschung steigt reziprok zu dem Nachlassen der historischen Überlieferung. So haben die Ergebnisse der Mittelalterarchäologie in den letzten dreißig Jahren das Bild von der Entwicklung der europäischen Stadt im Früh- und Hochmittelalter grundlegend Neubestimmt. Zu Beginn der archäologischen Erforschung Heidelbergs durch Wissenschaftler des Landesdenkmalamtes Baden-Württemberg stand zu erwarten, daß auch unter dem Pflaster der Altstadt einige Überraschungen verborgen liegen. Mit fortschreitender Aus-

wertung der Grabungsergebnisse bestätigen sich diese Vermutungen in unerwarteter Weise. Denn, das sei an dieser Stelle bereits vorweggenommen, wir können die bisher vermutete Identität der Stadtsiedlung auf dem Grundriß der heutigen Altstadt mit dem 1196 erwähnten Heidelberg nicht mehr aufrecht erhalten!

Bei der zutage geförderten Informationsfülle wird die wissenschaftliche Auswertung der verschiedenen Großgrabungen noch Jahre in Anspruch nehmen. Wenn auch heute noch keine endgültigen Ergebnisse zu präsentieren sind, stellt sich anlässlich des Stadtjubiläums doch die Aufgabe, den bisherigen Kenntnisstand zur Archäologie der Stadtgründung zusammenzufassen und einem breiteren Publikum vorzustellen.

Ausgehend von der archäologischen Belegbasis vertreten wir bewußt einen erweiterten Ansatz, welcher der Denkmälertopographie und Sachüberlieferung größeres Gewicht beimißt, als dies die traditionell beinahe ausschließlich an Schriftzeugnissen orientierte historische Forschung bisher getan hat. Das bedeutet auch, daß auch die bisher stark vernachlässigte Baugeschichte der beiden Heidelberger Burgen teilweise Neubestimmt werden muß.

Da bei weitem noch keine umfassende Übersicht zum gesamten Themenspektrum der Stadtgründung geleistet werden kann, legen wir den Schwerpunkt auf die Beantwortung von Fragen, die bisher offen bleiben mußten und auf Ergebnisse, die bereits zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine Revision der bisherigen Vorstellungen andeuten.

Das ist zum ersten die datierende Einordnung der einzelnen Kristallisationskerne – die beiden Burgen, die Peterskirchensiedlung und die Neugründung in Gestalt der heutigen Altstadt – in einen festen chronologischen Rahmen. Zum zweiten die ersten konkreten Aussagemöglichkeiten zu baulichem Gefüge und Erscheinungsbild.

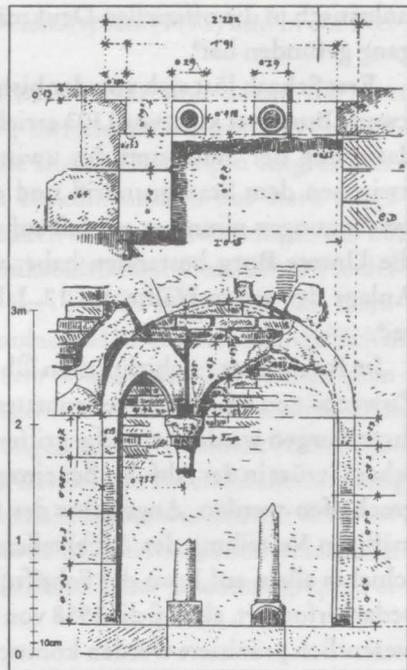
In der gesamten Forschungsgeschichte zur Frühzeit Heidelbergs wird der Festlegung des Baualters der beiden Heidelberger Burgen große Bedeutung beigemessen. 1225 wird eine, 1303 zwei Burgen erwähnt. Bis zu diesem Zeitpunkt erscheint in den Schriftquellen immer nur ein „castrum“. Danach wird in eine obere und eine untere Burg unterschieden. 1421 trägt die obere, auf dem Felssporn der Molkenkur gelegene Anlage die Bezeichnung „Alte Burg“. Aus der topographischen Lage dieser Anlage und der unteren auf dem Jettenbühl schloß die lokale Geschichtsschreibung auf eine frühe Datierung der Molkenkurburg vor 1225 und einen späten Beginn der Anlage auf dem Schloßareal zwischen 1294, dem Regierungsantritt Pfalzgraf Rudolfs, und 1303¹.

1897 wurde eine spätromanische Fenstergruppe, in einem nach Koch/Seitz zur Ursprungsanlage gehörigen Bauteil in situ aufgefunden². Die Fen-

ster waren in Erstverwendung in der westlichen Giebelwand des Gläsernen Saalbaus eingebaut und wurden von ihrem Entdecker C. Schäfer in die Zeit zwischen 1210 und 1215 recht eng datiert. Sein Kollege an der Karlsruher Technischen Hochschule und Architekt der Heidelberger Universitätsbibliothek J. Durm³, mit Schäfer über die Frage des möglichen Wiederaufbaus des Schlosses tief zerstritten, erweiterte diesen Ansatz auf die spätere zweite Hälfte des 12. und Beginn des 13. Jahrhunderts, jedenfalls aber vor 1225. Damit führte auch er den Ursprung des Heidelberger Schlosses auf Konrad von Staufen zurück. Durms Analyse ist jedoch aus heutiger Sicht nicht mehr haltbar. Sie beruht auf Datierung und Vergleich von Einzelphänomenen mit romanischen Sakralbauten in Südfrankreich und England, die der deutschen Entwicklung zur Frühgotik weit vorausgehen.

Der überraschende Neufund von 1897 brachte die der traditionellen Methode der Sammlung und Interpretation schriftlicher Quellen verpflichtete Historiographie in nicht unerhebliche Bedrängnis, schien er doch die geltenden Datierungsgrundlagen der beiden Burgen ins Wanken zu bringen. Das Verdikt Huffschmids gegen die bauhistorischen Forschungen Kochs und Seitzens und wohl auch eine gewisse Unsicherheit in architektonischen Fragen scheinen nicht wenige Historiker bewegt zu haben, die Bedeutung der Sachquellen und Baudenkmäler in ihrer Funktion als historische Quelle als zu problematisch einzuschätzen. So wurde künftig die Gelegenheit einer ernsthaften Auseinandersetzung mit den bauhistorischen Befunden kaum wahrgenommen. Wohl deshalb wurde aufgrund der Negation einer zweiten Burg lange vor 1303 der Fensterbefund kurzerhand als Teil eines klerikalen oder anderen Gebäudes nicht aber einer Burg gedeutet.

Die Weichen für diese weitreichende Fehlinterpretation stellte A. v. Oechelhaeuser⁴, dessen kunsthistorische Beschreibung der Schloßbauten noch heute das meist verwendete Werk zur Schloßgeschichte darstellt und



Außenansicht des spätromanischen Fensterbefundes aus dem Gläsernen Saalbau. Aufnahme J. Durm, 1898.

unkritisch in die offiziellen Denkmälerinventare und jüngste Literatur Eingang gefunden hat⁵.

Erst Schaab löst sich von der bisher unverrückbaren Vorstellung, daß die zweite Burg erst kurz vor 1303 errichtet sein könnte. Aufgrund seiner Frühdatierung der Stadt und des zwingend erscheinenden Zusammenhangs zwischen dem Stadtgrundriß und der darauf Bezug nehmenden Schloßbefestigungen nimmt er an, daß auf dem Jettenbühl bereits zu Konrads Zeit die Untere Burg bestanden habe, während die Obere auf eine Wormser Anlage der ersten Hälfte des 12. Jahrhunderts zurückgehe und wohl älter sei⁶.

Im forschungsgeschichtlichen Überblick wird transparent, daß mit jedem Zuwachs neu edierten Quellenmaterials die Gründungsfrage der Stadt und ihrer Burgen wieder neu aufgegriffen werden mußte. Ein festes chronologisches Gerüst in der Abfolge der einzelnen Kristallisationskerne konnte nicht geschaffen werden. Angesichts des spärlichen Bestands und der ungleichmäßigen Verteilung der Archivalien wird deutlich, daß die Gründungsgeschichte allein auf Basis der Schriftquellen einen zu hohen Interpretationsbedarf erfordert, als daß die 1958 von Schaab gewonnenen Erkenntnisse noch wesentlich präzisiert werden könnten.

Alternativen bietet ein umfassender Ansatz, der neben der traditionellen Quellenanalyse vor allem dem baulichen Gefüge, der Topographie und Grundrißtypologie größeren Aussagewert beimißt und die Entwicklung des Stadtgefüges mit einschließt. Diese Richtung hat die strikt stadtgeschichtlich orientierte Forschung bereits in den dreißiger Jahren eingeschlagen und hätte vielleicht auch in Heidelberg auf eine längere Tradition zurückblicken können. Sowohl Derwein als auch Schaab haben bereits entsprechende Ergebnisse berücksichtigt aber damals noch nicht weiter vertieft. Mit der in diesem Band vorliegenden Arbeit J. Goetzes über den Altstadtgrundriß werden nun auch diese Quellenkategorien neu erschlossen und der Heidelberger Stadtgeschichtsforschung weitere Perspektiven eröffnet.

Die archäologischen Quellen

Drei Großgrabungen im Bereich der Kernaltstadt, auf dem Karlsplatz (1976), dem Kornmarkt und in der Neuen Universität (1986/87), eine größere Untersuchung in der Apothekegasse 3 sowie begrenzte Sondagen am Karlsplatz (1988), in der Semmelgasse (1992) und der Hauptstraße 136 (1994), stellen die archäologischen Grundlagen für den in Frage kommenden Zeitraum des 12. und 13. Jahrhunderts. Hinzu kommen ergänzend Altgrabun-

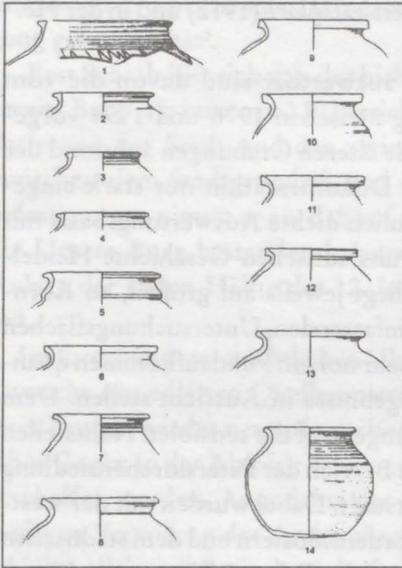
gen auf der Molkenkur (1901), dem Universitätsplatz (1912) und in der Heiliggeistkirche (1936/37)⁷.

Unter wissenschaftlichem Standard auswertbar sind davon die vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg zwischen 1976 und 1994 vorgenommenen Untersuchungen, während die älteren Grabungen aufgrund der damaligen Methoden und lückenhaften Dokumentation nur stark eingeschränkte Aussagen zulassen. Eine erfreulich dichte Auswertungsbasis mit wesentlichem Informationsgehalt zur frühstädtischen Geschichte Heidelbergs liefern die Großgrabungen. Hier liegt jeweils auf großen, an Kornmarkt und Karlsplatz ganze Baublöcke umfassenden, Untersuchungsflächen Befundsubstanz vor, die mit stellenweise sehr hohem Fundaufkommen quantifizierbare und damit repräsentative Ergebnisse in Aussicht stellen. Dem entspricht auch die Verteilung der Grabungen auf die sensiblen Nahtstellen der Siedlungsentwicklung im vermuteten Bereich der Peterskirchensiedlung sowie im unmittelbaren Zentrum der Altstadt. Dabei wurden mit der westlichen Stadtmauer, den ehemaligen Bettelordensklöstern und dem städtischen Hospital zentrale Funktionsbereiche mittelalterlicher Stadtopographie erfaßt.

Datierungsgrundlagen

Für das 12. und 13. Jahrhundert bieten gegenwärtig die Keramikfunde unsere Datierungsgrundlage⁸. Es liegen von jeder größeren Untersuchungsstelle für diesen Zeitraum ausreichend quantifizierbare Samples von mehreren Tausend Scherben vor, die größtenteils stratifiziert sind, d.h. konkreten Schichtkontexten und damit Siedlungsvorgängen zugewiesen werden können. Wesentlich für die Datierungseingrenzung ist dabei der Stand der regionalen Keramikchronologie. Durch die intensive Tätigkeit des Landesdenkmalamtes im Bereich der Mittelalterarchäologie sind wir heute in der Lage, für das Neckarmündungsgebiet und den Kraichgau eine eigenständige Keramikentwicklung zu erkennen und einzelne Waren- und Formengruppen zu definieren, die über Münz- und dendrochronologische Datierungen in eine feste zeitliche Abfolge eingeordnet werden können. Für den in Frage kommenden Zeitraum besteht der Glücksfall, daß um 1200 ein wesentlicher Umschwung in der gesamten mittelalterlichen Keramikentwicklung einsetzt, der die Differenzierung einzelner Zeithorizonte erheblich erleichtert.

Im Heidelberger Keramikbestand ist ein früher Horizont klar abzugrenzen. Die ältesten Fundkomplexe werden von der für das 11. und 12. Jahrhundert am Oberrhein charakteristischen „älteren grautonigen Drehschei-



Datierende Keramikleitformen zur Frühgeschichte im 12. und 13. Jh. 1-8, 14: 12./13. Jh. 1-5 Topfränder der älteren Drehscheibenware Typ „Stetten“. 9-13: 13. Jh. 9-12 Leistenränder der jüngeren Drehscheibenware.

benware“ dominiert. Daneben kommt mit einem recht hohen Anteil „Glimmerware“ vor, deren Datierung regional noch nicht genauer faßbar, doch wesentlich auf das Hoch- und frühe Spätmittelalter beschränkt ist. Ein wichtiger Faktor ist das Fehlen importierter rot bemalter Keramik „Pingsdorfer“ Machart bzw. deren Imitationen. Diese häufig als datierendes „Leitfossil“ verwendete Warenart kommt in benachbarten Fundorten des 9. bis 12. Jahrhunderts zwar mit geringem, doch regelmäßigem Anteil vor. Ihr Auslaufen wird um die Wende zum 13. Jahrhundert angenommen. Da diese Keramik in Ladenburger Fundkomplexen des 10./11. Jahrhunderts gut vertreten ist⁹ und im Material der spätsalisch-frühstauischen Burganlage auf dem Schanzenköpfe bei Hirschberg-Leutershausen immer noch vorkommt¹⁰, in Heidelberg aber für den älteren Keramikhorizont nicht nachzuweisen ist, deutet dies tendenziell auf einen relativ

späten Ansatz unseres älteren Horizonts gegen Ende der Produktions-/Importzeit.

Diese Tendenz unterstreichen auch die vorhandenen Randformen. Noch sehr häufig treten die chronologisch wichtigen Ränder des Typs „Stetten“ in Erscheinung, die mit Halsriefung und dreieckiger, oben schräg abgeplatteter Randpartie eine charakteristische Form des 11./12. Jahrhunderts stellen, in der vorliegenden Ausprägung aber bereits einer entwickelteren Stufe zuzuordnen sind. Da diese Randform in der dendrochronologisch auf 1190-1220 datierten untersten Schicht der Wasserburg Eschelbronn schon nicht mehr vorkommt und auch sonst aus Fundkomplexen des frühen 13. Jahrhunderts nicht bekannt ist¹¹, werden auch die Heidelberger „Stettener Ränder“ bis in diesen Zeitraum hinein in den Boden gekommen sein. Als jüngste Funde kommen jedoch auch bereits in geringer Anzahl schmale, leistenartig ausgebildete Ränder vor, die schwerpunktmäßig erst in jüngeren Befunden des 13./14. Jahrhunderts vertreten sind und so, wie das Fehlen der

Pingsdorfer und pingsdorftiger Keramik auf eine Enddatierung des älteren Keramikhorizonts kaum vor 1200 verweisen. Für die Anfangsdatierung stimmen wir mit Carroll-Spilecke überein, aufgrund der erkennbaren Tendenzen das Einsetzen des Fundniederschlags nicht lange vor die Mitte des 12. Jahrhunderts, mit Sicherheit aber nicht vor 1100 anzusetzen.

Der folgende Keramikhorizont wird ganz überwiegend von „jüngerer Drehscheibenware“ dominiert und ist in der älteren Phase noch nicht vertreten. Diese, während des Spätmittelalters bestimmende, Keramik stellt den Anschluß an die ältere grautonige Drehscheibenware und hat sich spätestens im zweiten Viertel des 13. Jahrhunderts im Neckarmündungsgebiet durchgesetzt. Eine Übergangszeit von recht uneinheitlich gebrannten Erzeugnissen läßt sich mit der erwähnten Eschelbronner Phase I zwischen 1190 und 1220 beobachten. Heidelberger Fundkomplexe, die neben älterer Drehscheibenware bereits die spätmittelalterliche Keramik kennen, liegen nur in ganz geringem Umfang vor. Der jüngere Keramikhorizont zeigt nur in diesen Kontexten noch einen regelhaften Anteil an Glimmerware, während diese ansonsten kaum noch ins Gewicht fällt.

Das Randformenspektrum wird jetzt deutlich von einem gewichtigen Anteil massiver leistenartiger Randbildungen geprägt, während Ränder vom Typ Stetten fehlen. Wesentlich für die Einordnung ist auch das fast vollständige Fehlen geriefelter Halspartien, wie sie im 12. Jahrhundert charakteristisch sind. Leistenränder in Kombination mit diesen Merkmalen, die den Übergang an der Wende vom 12. zum 13. Jahrhundert markieren, sind nur so vereinzelt vertreten, daß sich die relativ späte Enddatierung, die sich für den älteren Horizont ergibt, damit bestätigt. Wir können daher nach derzeitigem Kenntnisstand den Übergang frühestens mit der Jahrhundertwende, tendenziell eher im ersten Drittel des 13. Jahrhunderts fassen.

Topographische Verteilung datierbarer Fundkomplexe

Grundlegende Aussagemöglichkeiten zu den frühesten Kristallisationspunkten der Stadt ergibt die topographische Verteilung der entsprechend datierbaren Fundkomplexe. Das wohl wichtigste Ergebnis ist die beinahe ausschließliche Konzentration des älteren Horizonts auf die Grabung in der Neuen Universität. Anzuschließen sind vermutlich ein kleiner Grubenkomplex in der Hauptstraße 136 und der Fund eines Keramiktopfes der Glimmerware aus dem Innenbereich des „Harmonie“-Gebäudes an der Ecke der Haupt- und Theaterstraße. Dieser Topf galt bisher isoliert als ältester mittelalterlicher Nachweis im Heidelberger Altstadtbereich.

Demgegenüber steht das Fehlen der älteren Keramik in den Fundstellen des kernstädtischen Bereichs. Der Auswertungsstand der Kornmarktgrabung erlaubt uns mittlerweile einen guten Einblick in die stratigraphische Entwicklung der ältesten Siedlungsschichten im mittelalterlichen Stadtzentrum: in verschwindend geringem Maße lassen sich lediglich noch Belege des oben skizzierten „Übergangshorizontes“ anführen. Diese Funde sind als Verlagerungen aus Schwemmschichten oder Gräbern des Spitalfriedhofes aufzufassen. Sämtliche konkreter greifbaren Siedlungsbefunde enthalten Material des jüngeren Keramikhorizontes.

Um dieses Ergebnis abzusichern, haben wir zusätzlich das gesamte Fundmaterial der noch unausgewerteten Karlsplatzgrabung durchgesehen. Hier findet sich für die Frühzeit der Stadt eine mit um 10 000 Einzelnachweisen erheblich größere Fundmenge als am Kornmarkt, die einer Besiedlungsphase vor dem um 1320 an dieser Stelle errichteten Franziskanerkloster zuzuordnen und in der Zusammensetzung dem Fundspektrum des 13. Jahrhunderts der Nachbargrabung gleichzusetzen ist. Mit einer derartig breiten Materialbasis kann damit heute der Besiedlungsnachweis für diese zentral gelegenen Quartiere der mittelalterlichen Gründungsstadt sowohl im Fundniederschlag als auch noch eindeutiger im Befund nicht vor dem 13. Jahrhundert angesetzt werden.

Einzig im äußersten Südwesten, im Innenhof der Neuen Universität, läßt sich der Übergang vom älteren zum jüngeren Horizont in den Befunden erfassen: Gebäudeabbruch, Planierungen von Brandschutt und Überlagerung durch Auffüllschichten markieren hier stratigraphisch das Ende der älteren Phase. Die darauf folgende Besiedlung ist in ihrem Fundspektrum wiederum mit den älteren Fundkomplexen der Kornmarkt- und Karlsplatzgrabungen gleichzusetzen.

Mit den Befunden in der Neuen Universität ist die seit langem im Bereich der Peterskirche vermutete Vorgängersiedlung der Stadt erfaßt. Von der Datierung her wären die beiden erwähnten Fundstellen an der Ecke Hauptstraße/Augustinergasse und am Theaterplatz anzuschließen. Der fehlende Befundzusammenhang für den Einzelfund und die sehr geringe Materialbasis des Abfallgrubenbefundes in der Hauptstraße 136 lassen jedoch ohne Absicherung durch weitere Fundpunkte nur eine Wahrscheinlichkeitsaussage zu.

Die Befunde zur Siedlungsstruktur

Der geöffnete Ausschnitt in der Neuen Universität zeigt an dieser Stelle für die älteste Heidelberger Ansiedlung eine zweiphasige Schichtenfolge. Zuerst findet sich auf dem gewachsenen Boden eine Kulturschicht, die auf eine nicht näher identifizierbare Nutzung zurückzuführen ist. Es folgt darüber eine massive Überbauung durch wenigstens zwei Steinbauten und mehrere zuzuordnende Entwässerungsgräben, Gruben und vielleicht auch Erdkeller. Der nördliche der beiden Steinbauten ist mit einer 1,20 Meter starken Fundamentierung und mindestens 9 Metern nachgewiesener Außenwandlänge mit Sicherheit als außergewöhnlich dimensioniertes Gebäude, sehr wahrscheinlich als Wohnturm zu identifizieren. Auf gehobene Wohnansprüche der Bewohner verweisen zahlreiche Ofenkachelfunde, die sich mit den Häusern verbinden lassen.

Steinbauweise wie Ofenkacheln stellen im 12. Jahrhundert gleichermaßen Anzeiger für repräsentative Architektur und sind archäologisch ganz überwiegend in sakralem oder adeligem Kontext nachweisbar. Unschwer ist darüber die bereits von Bader 1862 postulierte Funktion als „Siedlung der Dienstleute...“ auszumachen, die in ihrem Kern allerdings nicht von den genannten „Wohnhütten“ geprägt ist. Anders als mit den Wohnsitzen von Adeligen oder Ministerialen ist der ergrabene Ausschnitt kaum zu interpretieren. Diese Befunde fügen sich widerspruchslös in die von der älteren Forschung angenommene gleichnamige Vorgängersiedlung Heidelbergs, ein Burgweiler zu Füßen des pfalzgräflichen castrums.

Wir können dafür eine zweiphasige Entwicklung annehmen, die erst in ihrem jüngeren Ausbau eine zentralörtliche Funktion sichtbar werden läßt. Da das Fundmaterial dieser beiden Vorgänge nicht weiter zu differenzieren ist, muß mit einer verhältnismäßig raschen Entwicklung gerechnet werden, deren Beginn keinesfalls vor 1100, sondern im fortgeschrittenen 12. Jahrhundert angesetzt werden kann.

Das Ende der jüngeren Bebauung schlägt sich im Befund eindeutig durch planmäßigen Abbruch und Planierungen des Bauschutts nieder. Direkt in diese Schichten schneidet der älteste nachweisbare Zug der neuen, 1235 erstmals erwähnten Stadtmauer. So wird in diesen Befunden der Gründungsvorgang der Stadt Heidelberg mit ihrem noch heute erhaltenen, planmäßig angelegten Grundriß erstmals sichtbar. Mit dem Übergang der beiden Keramikhorizonte und dem Fundspektrum der Altstadtgrabungen kann archäologisch kein Ansatz vor der Wende zum 13. Jahrhundert aufrecht erhalten werden.

Im Altstadtbereich erlaubt gegenwärtig der fortgeschrittene Auswertungs-

stand der Kornmarktgrabung den sichersten Einblick in frühe Besiedlungsvorgänge. Älteste Hinweise mittelalterlicher Siedlungstätigkeit liefern mit Holzkohle versetzte Schwemmschichten, deren Zustandekommen mit Überschwemmungen durch Neckarhochwasser oder Hangwasser erklärt werden kann. Diese Bereiche waren nach Ausweis zahlreicher Wurzelgänge noch größtenteils bewachsen. Darüber folgen Kulturschichten, die mit einem geringen Anteil von Mörtel und Fachwerklehmpartikeln auf nahe Bauaktivitäten deuten. Ganz vereinzelt sind dieser Phase Nutzungshorizonte, vielleicht auch zwei Mauerstümpfe zuzuordnen. Der hiermit verbundene sehr geringe Fundniederschlag enthält noch Material der Übergangszeit zum jüngeren Keramikhorizont. Diese durch spätere Überbauung stark gestörten Überreste könnten vielleicht den in der Neuen Universität nachgewiesenen Gründungsvorgang der Stadtanlage bezeichnen.

Darauf folgend sind erste konkrete Besiedlungsnachweise in Form von vereinzelt Pfostenlöchern, Fußböden und Grubenbefunden mit flächendeckenden Kulturschichten zu verbinden, die neben einer Durchmischung mit Bauschutt stellenweise auch zahlreiches Keramikmaterial enthielten. Diese erste sichere Bauphase wird durch die groß angelegte Einrichtung einer Spitalanlage mit Friedhof abgelöst. Mit einem Holzсар von 1272 liegt eine jahrgenaue Dendrodatierung vor, die über zwei unmittelbar darunter liegende Bestattungen beweist, daß Friedhof und erste Spitalbauten noch um einiges älter sein müssen. Wir halten damit den Bau der ältesten Spitalhalle um die Mitte des Jahrhunderts für gerechtfertigt. Dieser Phase läßt sich ein weiterer großer Steinbau zuordnen. Beide Gebäude setzen in ihren Lagebezügen zum späteren Baublock bereits die heute noch bekannte Parzellierung voraus. Im späteren 13. Jahrhundert wird über den Anbau einer Kapelle und Erweiterungsbauten bereits eine Verdichtung der noch offenen Bauflächen sichtbar.

Die noch unbearbeitete Großgrabung auf dem Karlsplatz läßt für das ehemals hier befindliche Stadtquartier derzeit kaum Aussagen zu. Die Durchsicht der Befundunterlagen und eine kleinere Sondage im Jahr 1988 zeigen aber auch hier eine wenigstens zweiphasige Besiedlungsfolge bis zur Errichtung des Franziskanerklosters. Der sehr hohe Fundniederschlag zeugt von intensiver Wohnnutzung. Soweit gegenwärtig bekannt, läßt sich bereits vorab feststellen, daß mit stellenweise dichten Abfolgen von Lauf- und Fußbodenhorizonten, zahlreichen Pfostenlöchern, Schwellgräben und Mauerstreifen hier Fachwerkbauten bestanden, die sich entlang der Haupt- und Karlsstraße aufreiheten. Die hinteren Grundstücksbereiche scheinen noch relativ unüberbaut.

Nicht unähnlich gestaltet sich auch die weitere Entwicklung im Areal der Neuen Universität. Hier läßt sich die Phase der Stadtgründung bisher am

deutlichsten fassen. Nach dem Stadtmauerbau entstanden an dieser Stelle nebeneinander zwei hölzerne Pfostenbauten, die heute noch als die beiden ältesten im Grundriß faßbaren Häuser der Stadt gelten dürfen. Es handelt sich vermutlich um kleinere Speicherbauten, die in dem aus verteidigungstechnischen Gründen offengehaltenen Bereich hinter der Stadtmauer angelegt wurden. Diese Bebauung wurde nach Ausweis einer flächendeckenden Brandschicht gegen Ende des 13. Jahrhunderts vernichtet und durch größere Fachwerkhäuser auf Schwellmauern ersetzt. Direkt nördlich benachbart ist das ab 1279 erwähnte Augustinerkloster nachzuweisen, dessen Grundriß bereits 1912 freigelegt wurde. Damit ist auch am westlichen Stadtrand ab dem späteren 13. Jahrhundert eine zunehmende bauliche Verdichtung zu konstatieren.

Fassen wir die gegenwärtig vorliegenden archäologischen Fakten zusammen, so ergibt sich zum einen der endgültige Nachweis für die vermutete Peterskirchensiedlung. Mit einer unerwartet massiven Bebauung dürfte in dem aufgedeckten Bereich zwischen Hexenturm und Marsiliusplatz ein Teil des präurbanen Siedlungskerns erfaßt sein. Hierüber lassen sich die bisherigen Indizien für einen frühen Verwaltungsmittelpunkt am unteren Neckar, eine vorburgartige Dienstmannensiedlung, bestätigen.

Zum anderen aber können wir eine Datierung der geplanten Stadanlage in das 12. Jahrhundert nicht aufrecht erhalten. Nur das Fundspektrum des ältesten Siedlungshorizonts im Bereich der Neuen Universität gehört eindeutig dieser Periode, besonders der zweiten Hälfte an. Der Übergang zur sich östlich anschließenden Gründungsstadt ist hier wie auch im Stadtkern frühestens an der Wende zum folgenden Jahrhundert zu beobachten. Die mehr als ausreichend quantifizierbaren Fundmengen aus dem Stadtkern verlegen den nachweisbaren Siedlungsbeginn in die ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts.

Die Gründungsphase der Stadt zeichnet sich in den meist stark gestörten untersten Siedlungsschichten andeutungsweise ab: bis Ende des 13. Jahrhunderts lassen sich punktuell bereits zwei größere Bebauungsphasen belegen. Während ein erster Baubeginn gegenwärtig mit dem Stadtmauerbau und Resten kleinerer Fachwerkbauten sichtbar wird, deuten sich bereits ab Mitte des Jahrhunderts mit Errichtung einer Spitalanlage, der Ansiedlung des Augustinerklosters und weiterer Ausbauphasen in die rückwärtigen Bereiche der Parzellen bereits ausgesprochen städtische Züge an, die für einen raschen Aufbau und eine erfolgreiche Gründungsphase sprechen. Soweit derzeit sichtbar, bewegt sich dieser Prozeß von Anfang an im Rahmen des heute noch im wesentlichen erhaltenen städtischen Parzellierungsgefüges.

Die Bauarchäologie der frühen Heidelberger Burgen

Mit den Untersuchungen von Koch und Seitz verfügen wir heute über ein zu Unrecht beinahe in Vergessenheit geratenes, detailliertes Werk, das, methodisch sorgfältig bearbeitet und am Baubestand größtenteils auch heute noch überprüfbar, die grundlegenden Voraussetzungen zur Disposition auch der ursprünglichen Schloßanlage liefert. Wir haben uns daher zur Aufgabe gestellt, auf dieser Basis die gegenwärtig verfügbaren Kenntnisse zu den beiden Heidelberger Burgen zu überprüfen, zusammenzufassen und in den gültigen Forschungsstand zur Burgenforschung einzuordnen. Überlieferungsbedingt muß sich die Betrachtung auf die heute noch stehende Schloßanlage konzentrieren, da über die Burg auf der Molkenkur derzeit nur spärliche Informationen vorliegen.

Befund und Rekonstruktion

Orientieren wir uns für eine Neubewertung zunächst strikt am Baubestand, um dem in der Vergangenheit so folgenschweren Fehler einer vorschnellen Interpretation durch die Vermischung von Schrift- und Sachquellen vorzubeugen. Über konstruktive Verbände, Bezüge der Baufluchten und die Mauertechnik ergibt sich aus der oben wiedergegebenen Sachlage der eindeutige Zusammenhang des spätromanischen Gebäudes mit dem inneren Bering der Schlossanlage. Diese Tatsache erfordert allerdings die Auflösung des Widerspruchs, der sich aus der von Koch und Seitz beschriebenen Mauer-Verbindung mit dem Krautturm ergibt.

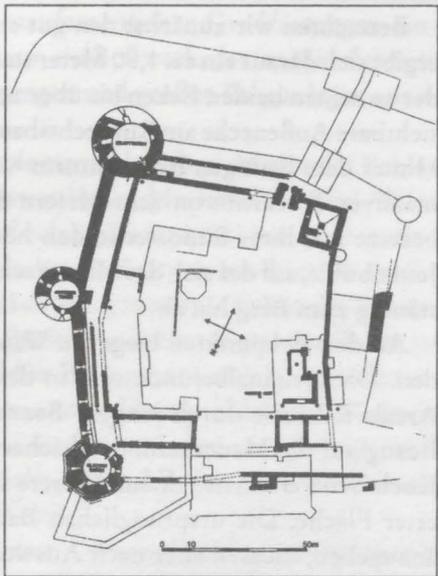
Einen ersten wichtigen Hinweis liefert die Mauertechnik. Allgemein gelten heute sogenannte Kleinquaderverbände mit sorgfältiger Lagerführung in Sandsteinregionen als charakteristisch für romanische Baugewohnheiten. In gotischer Zeit ergibt sich demgegenüber ein zunehmender Trend zu unregelmäßiger Ausführung in Verbänden und Material¹². Mittlerweile sind wir in der Lage, diese Entwicklung auch regional beispielhaft zu belegen. Soweit nicht, was selten ist, ausgesprochen aufwendige Quaderungen verwendet werden, findet der Mauerwerkstypus, den der innere Schloßbering zeigt, im 13. Jahrhundert und früher in Heidelberg und Umgebung weite Verbreitung. Exemplarisch ist der Wechsel zu unregelmäßigen Verbänden in nachromanischer Zeit am Kornmarkt oder im Michaelskloster auf dem Heiligenberg abzulesen. Vor diesem Hintergrund erscheint auf der Schloßanlage des 15. Jahrhunderts die gleichzeitige Anwendung der „Kleinquader-

bauweise“ mit dem groben und unregelmäßigeren Mauerwerk des Krauturms höchst problematisch.

Die Überprüfung der fraglichen Mauerbefunde an der heute noch über dem Laufniveau sichtbaren Baufuge zeigt eindeutig, daß die dort befindliche Südostecke des inneren Walls zwar in die Außenschale des Turms integriert, nicht aber damit verzahnt ist. Eine derartige Verbindung erfolgt nach Koch/Seitz lediglich in den untersten Steinlagen bei inkohärenter Schichtung im untersten Fundamentbereich. Vor dem Hintergrund eines in den letzten hundert Jahren grundlegend veränderten Forschungsstandes fordert diese Beobachtung heute eine neue Deutung.

Abgesehen von den chronologisch unterschiedlich zu bewertenden Mauertechniken ergibt sich für die statisch sinnlose und für einen Wehrbau an einem so sensiblen Bereich unvorteilhafte Art der Verbindung keine zweckmäßige Begründung. Entsprechend findet auch der gegebene Lagebezug von Turm und gleichzeitiger Mauerecke andernorts keine Vergleiche. Die Auflösung des Problems liegt in den erwähnten Anomalien, die sich am einfachsten mit einem älteren Mauerteil erklären, der, heute verdeckt, von der inneren Mauereckensohle weiter nach unten in die Schale des später errichteten Krautturms führt und von diesem überbaut wird. Insofern könnte in der Tat eine echte „Verzahnung“ beobachtet worden sein, die dann aber nicht gleichzeitig mit dem Turm sein muß. Denkbar ist dafür ein Pfeiler, der die auf der Granitklippe am höchsten Punkt des Schloßterrains angelegte Mauerecke sichert und in dieser exponierten Situation zahlreiche Parallelen an mittelalterlichen Burgen findet.

Die Befunde des durch einheitlichen Kleinquaderverband gekennzeichneten Rechtecks der inneren Ringmauer sollten nach dieser Indizienlage älter als der äußere Befestigungswall einzuordnen sein. In jedem Fall sind aber die



Mauerbefunde zur Baugeschichte des Heidelberger Schlosses vor dem 16. Jh. nach Vorlage von J. Koch und F. Seitz.

- Kernanlage des 13. Jh.
- ▨ Ausbauphase im inneren Bering im 13.-14. Jh.
- ▧ Äußere Wallbefestigungen des 15. Jh.

überprüfbar und eindeutigen konstruktiven Beobachtungen im Bereich des Gläsernen Saalbaus gegenüber der problematischen Befundbeobachtung Kochs und Seitzens am Krautturm höher zu bewerten. Für die Entstehung des Mauergevierts ergibt sich mit diesen auf die Nordostecke bezogenen Gebäudeteilen ein *Terminus ante quem*.

Es bleibt nun anhand des gegenwärtigen Standes zur Burgenforschung zu überprüfen, ob die von Koch/Seitz abgelehnte Interpretation des inneren Berings als eigenständige mittelalterliche Burg auf diesen Befund zutrifft, ob und wie sich für eine derartige Anlage baupatologische Vergleiche finden lassen und inwieweit die dafür bekannten Datierungen zutreffen.

Betrachten wir zunächst den gut erhaltenen Befund an der Südseite. Es ergibt sich daraus ein ca. 1,80 Meter starker Mauerzug von 79 Metern Länge, der an seinen beiden Ecken bis über zehn Meter hoch erhalten ist. Die noch sichtbare Außenecke am Ruprechtsbau ist durch eine Quaderkette verstärkt. Hinter dem heutigen Brückenturm war im Verband mit der Südmauer ein massiver Torturm von acht Metern Seitenlänge aufgeführt. Diese Mauer besetzt mit ihrer Südostecke den höchsten Punkt der Spornterrasse des Jettenbühls, auf der sich das Mauerrechteck entwickelt und riegelt diese vollständig zum Berg hin ab.

An den Eckpunkten biegt die Wand beiderseits im Verband nach Norden. Die Originalbefunde sind in der rückwärtigen Hälfte des umbauten Areals teilweise durch jüngere Baumaßnahmen gestört, ergeben aber im Bezug auf die Mauerbefunde gleicher Technik an der Neckarseite das von Koch/Seitz erstmals erkannte innere Geviert von nahezu 8000 m² ummauerter Fläche. Die ursprünglichen Bauhöhen sind im Norden nicht mehr anzugeben, müssen aber nach Ausweis des Fensterbefundes im Gläsernen Saalbau zumindest abschnittsweise ebenfalls über zehn Meter betragen haben.

Die Mauerbreiten dieser Umfriedung wurden gegen Süden und Osten am stärksten ausgelegt. Ebenso verweist für die westliche Seitenwand im Bereich des Ruprechtsbaus ein deutlicher Vorsprung vor der Südwestecke auf eine intentionierte Verstärkung bis 2,20/2,30 Meter gegen die Bergseite. Dahinter bleiben die nordwärts gerichteten Abschnitte der Westmauer mit 1,30 bis 1,50 Meter Breite ebenso wie die zum Tal gerichtete Mauer schwächer dimensioniert.

Fortifikatorisch bestimmt die weite Fläche der Spornterrasse die große Ausdehnung der Gesamtanlage. Das Mauerrechteck bezieht in der planerischen Konzeption die gegen Südosten und Osten gelegene Granitklippe zwischen dem späteren Kraut- und Glockenturm in den Bering ein, setzt sich aber in der symmetrischen Regelmäßigkeit insgesamt deutlich über die

vorgefundenen Geländeverhältnisse hinweg. Mit der Platzwahl auf einer Spornterrasse, der Einbeziehung der höchsten Geländepunkte vor der Senke zum Berg, der Abriegelung durch eine an dieser Stelle verstärkten und sehr hoch angelegten Mauer ist eine ausgesprochene Schutzlage gegeben, wie sie seit dem 12. und besonders dem 13. Jahrhundert im Burgenbau bevorzugt wird.

Die im frühen 13. Jahrhundert errichtete Heidelberger Stadtmauer gleicher Breite, auch der über eine dendrochronologische Datierung für das Jahr 1196 abgesicherte Beginn des Baus der Wormser Stadtmauer von acht Metern Höhe beweisen eindrücklich, daß die zur Angriffsseite orientierte Schloßmauer durchaus den Vorstellungen stauferzeitlicher Großfestungen entspricht. Es handelt sich offensichtlich um ein Bollwerk, das im Mittelalter in diesen Dimensionen bei Stadtbefestigungen und großen Burganlagen anzutreffen ist.

Für die Binnen- und Funktionsgliederung der Anlage scheint das Fehlen bergfriedartiger Turmbauten ein wesentliches Merkmal zu sein. Trotz gezielter Nachforschungen konnten Koch und Seitz an keiner potentiellen Stelle Hinweise für einen Bergfried finden. Bedeutung hat diese Beobachtung besonders für die beiden, der Feldseite zugewandten Ecken des Mauerberings, wo besonders am höchsten Punkt der Spornterrasse ein Turm zu erwarten wäre, der Befund aber sowohl im Beringinneren als auch im Krauturm keine geeigneten Rekonstruktionsmöglichkeiten liefert. In Analogie zu einigen vergleichbaren Anlagen ist die Existenz von vom Bering nach innen abgerückten Türmen letztlich nicht auszuschließen, doch für den vorliegenden Baubestand eher unwahrscheinlich.

Die enorme Überhöhung, die sich durch die südöstliche Mauerecke auf der Kuppe der Granitklippe ergibt, machte hier vermutlich einen zusätzlichen Turmbau überflüssig. Aus der westwärts abfallenden Topographie ergibt sich, daß die Frontmauer im Verlauf zur Südwestecke ganz wesentlich abgestuft worden sein muß. Für diese Ecke läßt sich über die Mauerverstärkung ebenfalls die Absicht einer Erhöhung feststellen, die ihrerseits einen abgestuften Verlauf nach Norden erschließen läßt. Der Einbau des Torturms zeigt eindrücklich, daß man hier bewußt auf einen Eckturm verzichtete. Diese Eigenschaften verleihen der Südwand abschnittsweise den Charakter einer Mantelmauer, wie sie ganz ähnlich für die erhöhte Ecksituation der Heidelberger Stadtmauer in der heutigen Heuscheuer nachzuweisen ist. Diese Verbindung läßt sich über gleichartige Mauertechnik und die Verwendung ähnlicher Plattenfensterformen wie auf dem Schloß noch enger knüpfen.

Für die innerhalb der ummauerten Fläche nachgewiesenen Bauten kann gegenwärtig nirgends eine Verzahnung mit der Ringmauer abgesichert wer-

den. Dies bedeutet, daß im Bauvorgang zuerst die Ringmauer geschaffen und später die Gebäude daran bzw. darauf gesetzt wurden. Unklar bleibt die Bauabfolge der Binnengliederung. Die genaue Zeitstellung der Vorgänger von Ruprechts- und Ludwigsbau muß gegenwärtig offen bleiben. Für die Ursprungsanlage können, mit einiger Wahrscheinlichkeit, lediglich der erste Vorgänger des Frauenzimmerbaues und, über die Fenster, das Gebäude an der Stelle des Gläsernen Saalbaus abgesichert werden. Damit ist für die beiden größten nachzuweisenden Bauten eine axiale, auf die dem Tor gegenüberliegende Talseite orientierte Anordnung auszumachen.

In der Zusammenschau ergibt sich aus den ältesten Überresten des Heidelberger Schlosses ein schlichtes, stark die Ringmauer betonendes Konzept, das offenbar weitestgehend auf Verstärkungen durch Turmbauten verzichtet, aber durch die enorme Ausdehnung und die hohen Wände die gesamte Spornterrasse dominiert. Der Grundriß zeigt in der klaren Symmetrie, die natürliche Annäherungshindernisse zwar mit einbezieht, die Geländebeziehungen insgesamt aber nur teilweise berücksichtigt, einen ausgeprägten Formwillen. Das Innere des Mauerrechtecks bildet eine weite, offene Freifläche, um die sich, dem Prinzip der Randhausburg folgend, Wohn- und Nebengebäude gruppieren. Die zentralen Funktionen des Palas, vermutlich auch der Kapelle, sind auf die sichere Nordseite des Gevierts orientiert.

Die bauhistorische Einordnung in die Entwicklung des Burgenbaus

Im Verlauf des fortgeschrittenen 12. Jahrhunderts kann im deutschen Burgenbau allgemein eine stetige Entwicklungstendenz vom polygonal gebrochenen zum geometrisch regelmäßigen Bering festgestellt werden¹³.

Die Dominanz der regelmäßig angelegten Ringmauer und das Fehlen der Ecktürme stellt den Heidelberger Grundriß neben idealtypische Anlagen wie Babenhausen und Biebelried. Formal ließe sich dafür der Bautyp des „Mauerkastells“¹⁴ anführen. Besonders zu Babenhausen ergeben sich darüberhinaus über die Einschaltung eines Torturms und der gegenüberliegenden axialen Anordnung von Wohnbauten weitere Parallelen. Einer zu enggefaßten Einordnung steht jedoch die bemerkenswerte Dimension der Heidelberger Anlage entgegen.

Die bauhistorischen Voraussetzungen können damit eine Entstehung der Burg vor der Wende zum 13. Jahrhundert kaum rechtfertigen, schließen aber in ihrer richtungsweisenden Konzeption und Ausdehnung auch eine jüngere Anlage des 13./14. Jahrhunderts nicht zwingend aus. Die am Bauegefüge

selbst ablesbaren Datierungskriterien bestätigen jedoch mit der Fensterarkade im Gläsernen Saalbau, dem einheitlichen Kleinquaderverband mit gequaderten Ecken und stellenweise erhaltenen rundbogigen Schlitzfenstern eine spätromanisch-frühgotische Datierung. Ein präziserer Datierungsansatz kann gegenwärtig nur über eine Neubestimmung des Fensterbefundes von 1897 erfolgen, der einen terminus ante quem für die Entstehung der Ringmauer liefert.

Datierung – der Fensterbefund im Gläsernen Saalbau

Die Fensterarkade liegt in der heutigen Trennwand zwischen dem Gläsernen Saalbau und dem Friedrichsbau, die als westliche Giebelwand des ursprünglichen Gebäudes an dieser Stelle diente. Ursprünglich befanden sich hier zwei Fenstergruppen, von denen noch eine in situ weitgehend erhalten, die andere in Resten erhalten war. Die Spolien lagern heute im Badischen Landesmuseum, Karlsruhe. Die einzig exakte Zeichnung ist von J. Durm veröffentlicht worden¹⁵.

Drei spitzbogige, von zwei Säulen unterteilte Lanzettfenster ruhen in einer rundbogig überwölbten Nische. Basis, Schaft und Kapitell der Säulen sind aus einem Stück gefertigt. Ein Vergleich der Säulenbasen zeigt, daß eine die Form eines umgedrehten Würfelkapitells besitzt, während die andere aus einem einfachen, regelmäßigen Quader besteht. Mit einem schmalen Wulst als unterem Abschluß weist der Schaft bei 19 cm Stärke unten und 16 cm oben sowie einer Gesamtlänge der Säule von 1,86 m schlanke Proportionen auf, ebenso das durch einen linsenförmigen Astragal vom Schaft abgesetzte hohe und unverzierte Kelchkapitell. Der die Last der Spitzbogenplatten aufnehmende Kämpfer hat die Form eines umgedrehten Pyramidenstumpfs. Von gestreckter Form sind die Spitzbögen, deren Außenkanten wie auch die der Gewände abgefast wurden.

Während der Übergangsperiode von der Spätromanik zur Frühgotik begegnet in der Gestaltung der Lichtöffnungen immer wieder die auch am Heidelberger Fenster zu beobachtende gleichzeitige Verwendung von Rund- und Spitzbögen, Würfel- und verschiedenen, oft schlanken, meist im Blatt- und Knospendekor verzierten Kelchkapitellformen. Diese, von Nordfrankreich ausgehende, Stilentwicklung strahlt über Lothringen schon recht früh in die rechtsrheinischen Regionen aus. Ein Führungsbauwerk wie der Limburger Dom, aber auch das Hospital des Zisterzienserklosters Eberbach zeigen dies sehr eindrucklich¹⁶. In den Datierungstendenzen geht die Sakralarchitektur dem Profanbau voraus.

Im Sakralbau der oberrheinischen Kunstregion stehen für diese Entwicklung beispielhaft die um 1210/15 datierten Arkaden der westlichen Kirchenvorhalle des Klosters Maulbronn¹⁷ und die, im Einflußbereich der Wormser Bauschule in das spätere erste Drittel des dreizehnten Jahrhunderts zu datierenden Westportale der Zisterzienserabtei Otterberg und von St. Martin in Worms, sowie das Oratorium des Westbaus von St. Paul in Worms¹⁸. Weiter entfernt bietet eine Fenstergruppe im Nordturm des im zweiten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts begonnenen und wenige Jahre vor der Weihung 1237 fertiggestellten Bamberger Ekbert-Doms gute Vergleichsmöglichkeiten mit dem Heidelberger Fenster. In einer rundbogig gekuppelten Nische im fünften Obergeschoß des Nordostturms stehen spitzbogige Zwillingfenster, die von einer Säule mit unverziertem Kelchkapitell unterteilt sind. Andere Turmfenster tragen „das vergessen geglaubte Würfelkapitell“¹⁹.

Neben den modernen Varianten des Spitzbogens, der schmalen Säule und des Kelchkapitells zeigt das Heidelberger Fenster im Gläsernen Saalbau ein nicht zu unterschätzendes Verharren in romanischen Formvorstellungen zum einen im Aufbau, zum anderen mit der Verwendung des gedrehten Würfelkapitells als unterem Abschluß der Säule. Sicherlich läßt sich, wie Durm belegt, eine Säulenbasis in dieser Form bereits in der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts in allerdings weit entfernten Gebieten nachweisen. Die gestreckte Form des Spitzbogens setzt aber die Existenz gotischer Stilelemente in der Region bereits voraus. Auch die schlanke Form der Säule und ihres Kelchkapitells weist in diese Richtung. Da bei einer Vermischung von Stilformen die jüngsten Elemente datieren, ist das Fenster des Gläsernen Saalbaus im 12. Jahrhundert kaum vorstellbar. Im Gesamteindruck läßt sich eine Weiterentwicklung über die Fensterarchitektur Wimpfener Gepräges der Zeit um 1200 hinaus ablesen.

In Anbetracht der zahlreichen Beispiele bei anderen Burgen, die im zweiten Viertel des dreizehnten Jahrhunderts in einem regelrechten Burgenbauboom entstanden, läßt sich der Heidelberger Befund und damit auch das zugehörige Gebäude zwanglos in diese Reihe einordnen. Eine exakte kunsthistorische Parallelisierung mit anderen Fundorten läßt sich zwar nicht erreichen, aber es ist doch möglich, auch bei dem Heidelberger Fenster das für die eklektizistische letzte Phase der Spätromanik charakteristische Wechselspiel konservativ-romanischer und modern-gotischer Stilelemente zu erkennen und in die Entwicklung der Burgenarchitektur in Süddeutschland einzuordnen.

Der Fund eines weiteren Fensterfragments (1976) in einer Schuttschicht unweit der Nordostecke des Ruprechtsbaus²⁰ unterstützt unsere Datierung.

Es handelt sich um den oberen Abschluß eines Dreipaßfensters, für das es einen nahezu identischen Vergleich in dem um 1225 erbauten Palas der Burg Wildenberg gibt. Dieser Fund läßt sich nicht mehr eindeutig einem bestimmten Gebäudeteil zuordnen, dürfte aber in der Tat auf rege Bautätigkeit in dieser Periode verweisen und könnte darauf hindeuten, daß mit einem weiteren repräsentativen Wohnbau in der Kernanlage des Heidelberger Schlosses zu rechnen ist.

Für die kulturhistorische Zuordnung der Kunstformen fällt auf, daß die Gestaltung der Heidelberger Fensterarkade außergewöhnlich schlicht und ohne plastischen Schmuck ist. Zurückhaltendes Dekorationsbestreben erscheint vor allem für die Baukunst der Zisterzienser charakteristisch. Bereits Schäfer sah in deren Wirkungsbereich die naheliegendsten Vergleiche zu seinem neu entdeckten Fenster. So findet sich auch im Innenraum der um 1240/50 errichteten Sakristei des Mainzer Doms die unverzierte Kapitellform wieder. F. Arens hat auf den eindeutig zisterziensischen Charakter dieses Raumes hingewiesen, in dem sich Marienstätter und Schönauer Formen treffen²¹.

Bei der engen Verbindung der Pfalzgrafen mit Schönau seit Konrad von Staufen liegt es auf der Hand, daß die Bauhütte des Klosters beim Bau der Burg auf dem Jettenbühl beteiligt war, wie das auch für die nahegelegenen Burgen Neckarsteinach/Hinterburg und Schriesheim/Strahlenburg vermutet wird²². Da zu dieser Zeit auch in Schönau gebaut wurde, waren es wohl durchweg praktische Gründe der Verfügbarkeit geeigneter Bauhandwerker, die Elemente zisterziensischen Formenschatzes hier Eingang finden ließen.

Die durch Baufugen faßbare relativchronologische Zuordnung des Gläsernen Saalbaus zur Ringmauer zeigt, daß diese im Bauvorgang früher angesetzt werden muß. Zwischen dem Baubeginn der eigentlichen Festungsanlage und den Wohnbauten im Innern liegt in der Regel eine ganze Anzahl von Jahren. Aus dem Grundriß der Kernanlage ergibt sich, wie wir gezeigt haben, daß der Bau dieser Burg kaum vor 1200 stattgefunden haben kann. So ist aus bau- und kunsthistorischer Sicht für den Baubeginn das erste Viertel des dreizehnten Jahrhunderts gut vorstellbar, die Ausstattung mit repräsentativen Palasbauten wird im zweiten Viertel entstanden sein.

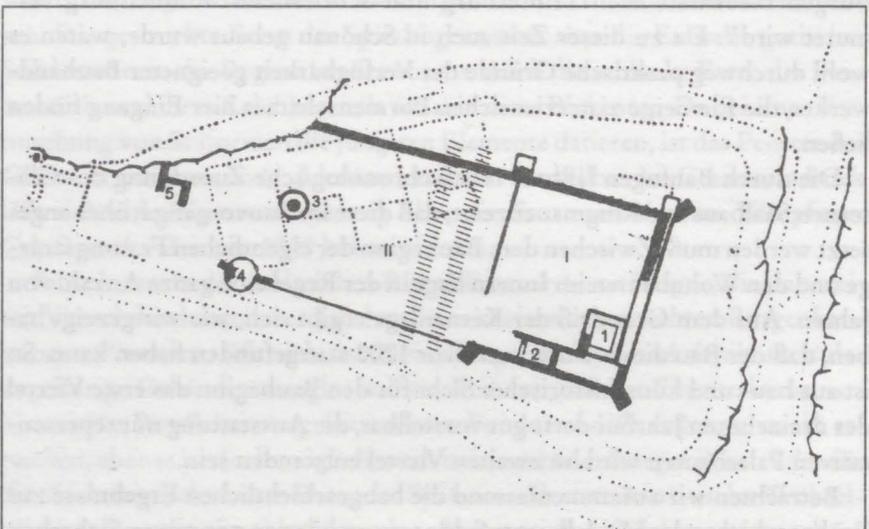
Betrachten wir zusammenfassend die baugeschichtlichen Ergebnisse zur Frühgeschichte des Heidelberger Schlosses, so können wir mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen Ursprung als einheitlich geplante Festungsburg während der ersten Jahrzehnte des 13. Jahrhunderts annehmen. Die baugeschichtlichen Anfangsdatierungen der Baumaßnahmen auf dem Jettenbühl decken sich exakt mit dem archäologisch nachweisbaren Vorgang

der Stadtgründung, so daß die Vorstellung einer gemeinsamen Burg- und Stadtgründung nun als gesichert gelten darf.

Die Burg auf der Molkenkur

Aus der Datierung der Kernanlage des Heidelberger Schlosses folgt, daß die heute verschwundene „Burg zu Berge“ auf der Molkenkur diejenige Anlage sein muß, auf die in der Eberhardsvita für die 1180er Jahre Bezug genommen wird, der das Suburbium am Austritt des Klingenteichbaches seine Entstehung verdankt und von der diese Ansiedlung den Namen Heidelberg übernahm. Die im ausgehenden Mittelalter überlieferte Bezeichnung „Alte Burg“ können wir damit ebenso als zutreffend bestätigen wie die schon früh geäußerte Ansicht, daß es sich bei der Errichtung der zweiten Burg auf dem Jettenbühl um den für die Zeit des späten 12. und frühen 13. Jahrhunderts charakteristischen Vorgang einer Verlegung auf tiefer gelegene und siedlungsnahere Spornlagen handelt.

Der Sporn auf der Molkenkur nimmt die bei weitem beherrschende strategische Stellung im Heidelberger Taltrichter ein. Das Gelände ist von seinen topographischen Gegebenheiten hervorragend für einen mittelalter-



1900/01 ergrabene Fundamentbefunde der Oberen Burg nach Umzeichnungsvorlage von L. Merz. I Kernburg, vermutlich spätes 12. Jb.; 1 Bergfried, 2 Nebengebäude; II Vorburgerweiterung, vermutlich 13.-14. Jb.; 3 Zisterne, 4 Flankierungsturm, 5 vermutlicher Torbau.

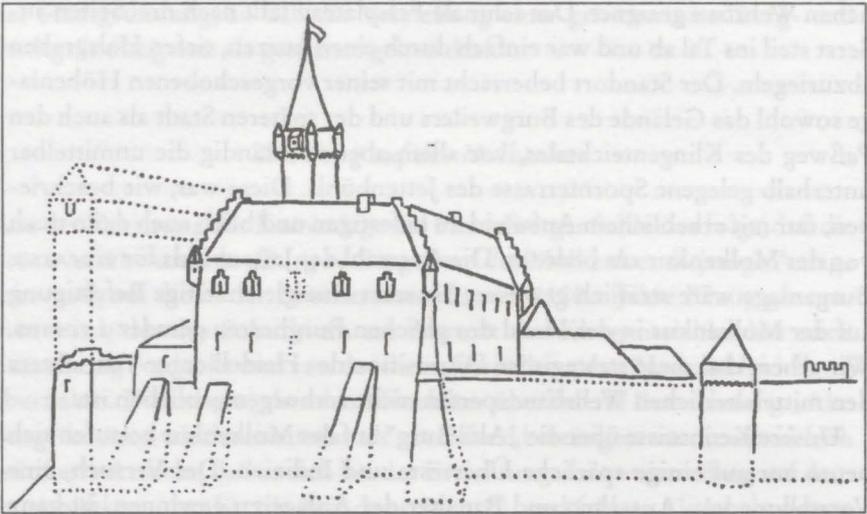
lichen Wehrbau geeignet. Das schmale Felsplateau fällt nach drei Seiten äußerst steil ins Tal ab und war einfach durch einen kurzen, tiefen Halsgraben abzuriegeln. Der Standort beherrscht mit seiner vorgeschobenen Höhenlage sowohl das Gelände des Burgweilers und der späteren Stadt als auch den Paßweg des Klingenteichtales, vor allem aber vollständig die unmittelbar unterhalb gelegene Spornterrasse des Jettenbühls. Diese war, wie beschrieben, nur mit erheblichem Aufwand zu befestigen und blieb auch dann noch von der Molkenkur aus bedroht. Die Auswahl des Jettenbühls für eine erste Burganlage wäre sträflich gewesen. Sie setzt eine gleichzeitige Befestigung auf der Molkenkur in der Hand des gleichen Burgherren geradezu voraus. Wir sehen, daß diese strategische Disposition des Heidelberger Taltrichters den mittelalterlichen Wehrbauexperten nicht verborgen geblieben ist.

Unsere Kenntnisse über die „Alte Burg“ auf der Molkenkur belaufen sich heute nur auf einige spärliche Überreste und Indizien. Der Versuch, eine Vorstellung von Aussehen und Baualter der Anlage zu gewinnen, ist ganz wesentlich auf die Ergebnisse der von Karl Pfaff 1900/01 vorgenommenen Ausgrabungen angewiesen, die abgesehen von dem geringen noch sichtbaren Originalbestand und alten Abbildungen gegenwärtig immer noch die grundlegende Informationsquelle zum Baubefund bieten.

Bereits hier sind einer zuverlässigen Darstellung enge Grenzen gesetzt, da die Grabungsberichte und Aufmaßpläne ihrerseits eine historische Quelle geworden sind, deren Originale offensichtlich nicht auffindbar sind. Wir sind daher auf eine jüngere Umzeichnung und einen Vorbericht angewiesen, den Pfaff in seinem bekannten, unlängst wieder aufgelegten Heidelberg-Führer publizierte.

Die Überprüfung der von Ludwig Merz²³ veröffentlichten Umzeichnung ergab, daß sie sich in hohem Maße mit den noch sichtbaren Originalbefunden und der Beschreibung von Pfaff deckt, so daß wir von einer vereinfachten, im wesentlichen korrekten Wiedergabe ausgehen können. Folgen wir also den Pfaffschen Ergebnissen, so markiert ein Mauerviereck auf dem südlichen Teil der Spornterrasse, die heute den Parkplatz der Molkenkur-Gaststätte trägt, den Bering der Kernburg. Leider war der Ruinenrest bereits durch Planierungen bei der Anlage einer Schanze des Dreißigjährigen Krieges und beim Bau der Molkenkurstation stark gestört, so daß bereits die Ausgrabungen der Jahrhundertwende nur noch Teile der untersten Fundamentbereiche freilegen konnten.

Der ergrabene Mauerbestand vermag aber immerhin eine Vorstellung des zugrundegelegten Anlageschemas zu geben: es ergibt sich daraus ein sehr regelmäßig angelegter Grundriß fast quadratischer Form, der zur Angriffsseite hin schildmauerartig verstärkt wurde. Das einen ausgeprägten Gestal-



Darstellung der oberen Burg von L. Merz nach der Zeichnung des Pfalzgrafen Otttheinrich 1537.

tungswillen verratende Rechteck von 38 auf 32 Meter ummauerter Fläche setzt sich über die vorgefundenen Geländebeziehungen hinweg und zeigt daher an den Ecken zusätzliche Sicherungen durch massive Stützpfeiler. Reste der Innenbebauung waren nur noch an der Westseite der Anlage festzustellen. Der Grabungsplan deutet hier Gebäude an, die längs der Ringmauer orientiert waren. In einem über zwei Meter breiten Fundamentrest, der auf die Südwestecke des Mauergevierts Bezug nimmt, vermutete Pfaff einen Turm. Möglicherweise handelt es sich dabei um den gegen die Angriffsseite geschobenen Bergfried. Im Bereich der ehemaligen Südostecke der Burg sind auf einer Sandsteinklippe letzte Reste der Schildmauer noch sichtbar, die auf einen Fundamentbereich aus Kleinquadern verweisen. Ein im alten Mauerverband und weitere in den rezenten Stützmauern des Geländes verbaute Buckelquader deuten auf eine qualitätvolle Mauertechnik. Gegen die Bergseite wurde die Burg durch einen tiefen, zum Berg hin in den anstehenden Bundsandstein geschroteten Halsgraben gesichert, der sich in Teilen im Einschnitt der heutigen Fahrstraße erhalten hat. Pfaff konnte auch auf der Rückseite des Mauerrechtecks einen breiten Graben nachweisen, der belegt, daß die weiter nordwärts ergrabenen Mauerreste erst einer späteren Ausbauphase der Kernburg angehören.

Für diese jüngere Phase läßt der Befund die Erweiterung durch eine langrechteckige Vorburg erkennen, für die sich gegen die Nordwestecke eine

rundturmartige Verstärkung andeutet. Am Westende verweisen mehrfach abgewinkelte Fundamente vielleicht auf ein Kammertor. Reste einer Innenbebauung wurden nicht erfaßt. In den Kellern der heutigen Gaststätte haben sich jedoch Mauerreste, eine Zisterne und ein Stollen erhalten, die es wahrscheinlich machen, daß zumindest in Teilbereichen noch weitere Befundsubstanz vorhanden ist.

Pfaff verwies für den Grabungsbefund auf eine frappierende Übereinstimmung mit einer Pfalzgraf Ottheinrich zugewiesenen Handzeichnung, die die Obere Burg darstellen soll. Wenn die Darstellung authentisch ist, zeigt die auf 1537 datierte Skizze die Anlage in ihrem letzten Bestehensjahr. In der Tat wiederholt die Darstellung bis hin zu den starken Stützpfählern das Anlageschema mit schildmauerbewehrter Kernburg und angeschlossener Vorburg, die vorn mit runden Türmen versehen ist. Die Kernanlage erscheint als hohes, massives Mauerrechteck, das dem Betrachter einen über Eck gestellten, an die Ringmauer gelehnten Palasbau zuwendet. Vor der gegenüberliegenden Ecke erhebt sich, der Andeutung im Grabungsbefund entsprechend, ein rechteckiger Bergfried. Ein ganz ähnliches Konzept läßt auch die älteste Darstellung Heidelbergs, 1526 von Sebastian Münster angefertigt, erkennen, die etwas schematisch eine Burg mit Ringmauer, hohem Bergfried und westlich vorgelagerten Rundtürmen abbildet. In Übereinstimmung mit Pfaff ist zu vermuten, daß die Kombination der verfügbaren Quellen die grundlegenden Strukturen der Anlage wiedergibt.

Wir haben es dem Befund nach mit einer sehr regelmäßigen, kompakten Kernanlage zu tun, die mit rund 1200 m² umbauter Fläche den im 12./13. Jahrhundert gängigen Dimensionen der südwestdeutschen Adelsburg entspricht. Wieder handelt es sich um einen sehr fortschrittlichen, symmetrischen Grundriß, der als beinahe ausgewogenes Quadrat auf Höhenburgen kaum vor der Wende zum 13. Jahrhundert auftritt. Aus dem Bestand lassen sich zur Zeit keine konkreteren Datierungsindizien ableiten, doch darf die Umsetzung derartiger Planungsprinzipien in vorstaufischer Zeit ausgeschlossen werden. Es ergeben sich daraus zwei Denkmöglichkeiten: 1. Die Anlage wurde an der Stelle eines älteren Vorgängers in dieser Form erst im 13./14. Jahrhundert geschaffen. 2. Es handelt sich um eine ausgesprochen richtungsweisende Planung, die nur im engsten Umfeld staufischer Reichsbaukunst auch schon in der Barbarossazeit möglich ist.

Vergegenwärtigen wir uns zunächst noch einmal die historischen Eckpunkte, die für die erste Heidelberger Burg überliefert sind. Die Eberhardsvita berichtet, daß Pfalzgraf Konrad von Staufen seinen Hauptwohnsitz von Bacharach nach Heidelberg übertrug. Dafür können nach den überlieferten Lebensdaten Eberhards die siebziger bis achtziger Jahre des 12. Jahrhun-

derts in Anspruch genommen werden. Dieser Vorgang wird in der dynamischen Entwicklung des Burgweilers greifbar, wo im selben Zeitraum die Errichtung von Ministerialensitzen einsetzt. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß diese Entwicklung im Zusammenhang mit einer bedeutenden Burganlage steht. Wenn diese nicht bereits vorhanden war, ist ein umfangreicher Aus- oder Neubau unter Konrad zu erwarten.

Eine sichere Zuweisung der Fundamentreste können letztlich nur die Originaldokumente der Grabungen von 1900/01 oder zukünftige Untersuchungen bringen, die bei Baumaßnahmen auf dem Gelände notwendig werden. Die Existenz einer ersten Heidelberger Burg auf dem Felsplateau der Molkenkur ist aber heute nicht mehr in Frage zu stellen. Mit einer gewissen Wahrscheinlichkeit darf in den ergrabenen Ruinen eine staufische Idealanlage vermutet werden, die ihre Entstehung Pfalzgraf Konrad von Staufen verdankt. Hinweise auf noch ältere Vorgängeranlagen lassen sich gegenwärtig nicht erschließen.

Archäologie und schriftliche Überlieferung

Überblicken wir die archäologisch und bauhistorisch verfügbaren Ergebnisse, so ergibt sich daraus eine erhebliche Präzisierung unserer Vorstellung von chronologischem Ablauf und Struktur der siedlungsgeschichtlichen Vorgänge, die zur Entstehung der Stadt führten. Die abschließende Aufgabe wird daher sein, diese Einzelbeobachtungen miteinander in Beziehung zu setzen und mit der schriftlichen Überlieferung zu verknüpfen. Unser Ziel ist, über eine Synthese von Sach- und Schriftüberlieferung die Gründungsphasen Heidelbergs zu rekonstruieren.

Burg und Burgsiedlung Heidelberg

Vergegenwärtigen wir uns eingangs noch einmal die bau- und siedlungsarchäologischen Kernaussagen.

Zwischen Peterskirche, Augustinergasse und Theaterplatz ergibt sich aus dem archäologischen Befund- und Fundaufkommen ein ältester mittelalterlicher Siedlungsbereich, der mit Sicherheit in der zweiten Hälfte des 12. Jahrhunderts bestanden hat. Anzeichen für einen deutlich früheren Beginn fehlen. Ein planmäßiger Abriss von zentralen Teilen dieser Ansiedlung, der dem Bau einer ersten Stadtmauer der späteren Kernstadt vorausging, konnte durch Ausgrabungen im Hof der Neuen Universität nachgewiesen werden. Wir

sind mit Sicherheit in der Lage, einen präurbanen Siedlungskern festzulegen. Die archäologischen Datierungen für den Übergang zur Stadtgründung lassen sich gegenwärtig auf den Zeitraum von der Jahrhundertwende bis zum zweiten Drittel des 13. Jahrhunderts eingrenzen.

Mit diesem praeurbanen Gemeinwesen beginnt die erste Phase der Heidelberger Stadtgeschichte. Die alte Hypothese einer Vorgängersiedlung, gegründet auf die „extra muros“ gelegene Peterskirche, findet damit endgültig Bestätigung. Handelt es sich dabei um die vielzitierten „Wohnhütten der Fischer, Händler und Dienstleute“ oder historisch begründeter, um die feste Niederlassung von Burgmannen einer Heidelberger Burg?

Erstmalige Einblicke in die Bebauungsstruktur der Ansiedlung ermöglichen die Untersuchungen im Hof der Neuen Universität. Tatsächlich wurden hier neben kleineren Holz-Erde-Bauten Reste großer Steinhäuser angeschnitten, die gemeinsam mit Anzeigern für eine hohe Ausstattungsqualität auf einen Wohnstandard schließen lassen, der zu dieser Zeit nur in adeligem oder sakralem Milieu anzusiedeln ist. Lagebezug und Massivität der Mauerbefunde verweisen sogar auf die Existenz eines romanischen Steinbaus und eines Wohnturms. Gemeinsam mit der südwestlich benachbarten Peterskirche wird hier eine Baugruppe faßbar, die mit dem zentralörtlichen Charakter in Einklang steht, der in den ältesten Schriftquellen für das frühe Heidelberg durchscheint. Ohne Zweifel haben wir hier den Kern der Burgmannensiedlung des in der Vita Eberhards von Stahleck erwähnten „Castrums“ vor uns.

Die lange gesuchte Antwort nach der Lokalisierung der ältesten Heidelberger Burg lag vor allem im Entstehungszeitpunkt der jüngeren Schloßanlage begründet. Abweichend von zahlreichen anderen Verlautbarungen sind auf dem Jettenbühl bis in die Gegenwart Anhaltspunkte für eine Vorgängeranlage weder aufgetaucht noch erkennbar. Selbst bei einem optimistischen Datierungsansatz läßt sich heute keine Entstehung vor dem 13. Jahrhundert rechtfertigen. Für die in der Vita Eberardi als Hof und Wohnsitz Konrads von Staufen bezeichnete Pfalzgrafenburg des 12. Jahrhunderts kommt dafür nur die „alte Burg“ auf dem Sporn der Molkenkur in Frage. Wenn auch lange nicht beweisbar, so galt diese Lösung aufgrund der topographischen Voraussetzungen von vornherein als die wahrscheinlichere. Die ergrabenen Mauerreste auf der Molkenkur zeigen den Grundriß einer staufischen Idealanlage, wie sie frühestens im späten 12. Jahrhundert denkbar ist. Glauben wir der Eberhardsvita, so muß um 1180/83 eine Burg bestanden haben, auf die zumindest zeitweise die Hofhaltung des Pfalzgrafen transferiert wurde. Die übliche Bauzeit von fünf bis zehn Jahren eingerechnet, müßte das Bauwerk dann spätestens in den siebziger Jahren begonnen worden sein. Mit

Verweis auf die Herkunft des Auftraggebers erscheint uns die Zuordnung der Fundamente zu einem richtungsweisenden Neubau Konrads von Staufen als erwägenswert.

Wie verbinden sich nun die archäologischen Befunde des 12. Jahrhunderts mit der frühen schriftlichen Überlieferung?

Faßt man die Kernaussagen zusammen²⁴, bleibt ein recht nüchternes Ergebnis: das Heidelberg Konrads von Staufen verliert sich beinahe völlig im Dunkeln. Einzig über die Vita Eberardi ist ab den achtziger Jahren des 12. Jahrhunderts die zunehmende Bedeutung der Burg für die Hofhaltung des Pfalzgrafen zu erschließen. Erst für die Zeit der beiden Welfen im Pfalzgrafenamt lassen dann Hinweise auf „munitiones“, also Befestigungen und schließlich mit dem Nachweis der Peterskirche ein größeres, von einem 1203 erwähnten Schultheißen verwaltetes Gemeinwesen erkennen. In der notariellen Tätigkeit des Plebans für den Pfalzgrafen, die sich aus seiner Stellung in der Zeugenliste der Urkunde von 1196 ergibt, werden Beziehungen deutlich, die schon damals zwischen Einrichtungen der Talsiedlung und der in der Heiligenvita erwähnten Burg und Hofhaltung bestanden haben müssen.

Mit einer zweiten, diesmal vergleichsweise dichten Überlieferungsphase seit 1214/17 bündeln sich dann Nachweise für auffällig fortgeschrittene Organisationsstrukturen²⁵. Die Konzentration von Ministerialen und Verwaltungsinstanzen reflektiert die zentralörtliche Funktion, die der Ort im zweiten Jahrzehnt des 13. Jahrhunderts für die pfälzische Herrschaft im unteren Neckarraum besessen hat.

Begründet durch diesen weit entwickelten Zustand sowie die schon früher, um 1200, faßbare kirchliche und weltliche Ämterstruktur innerhalb von Ortsbefestigungen, so auch in Heidelberg, hat Schaab auf eine Stadtgründung im späten 12. Jahrhundert zurückgeschlossen. Frei von solchen Rückprojektionen liefern die in den Archivalien ermittelten Organisationsstrukturen jedoch keine zwingenden Beweise für die Existenz einer städtischen Gemeinde vor 1225.

Im gleichen Zeitraum und im Zusammenhang mit den Pfalzgrafen sind sowohl das Schultheißenamt als auch der Leutpriester in nichtstädtischen Gemeinden nachzuweisen, die nie oder erst später zur Stadt erhoben wurden, so z.B. 1230 ein „Ortliebus, scultetus de Sickenheim“²⁶ für das nahegelegene Dorf Seckenheim. Sehr eindrücklich berichtet die Eberhardsvita von einer Vision über die Bestimmung des noch ungeborenen Sohnes der „sculteta in Bacherach ... Ipse portat Hertwinum plebanum in Bacherach“²⁷. Diese Textstelle bietet für die frühen Heidelberger Verhältnisse gute Parallelen, da Bacherach den alten Kristallisationskern der Pfalzgrafschaft und Herrschaftsschwerpunkt Konrads darstellt. Wir finden hier ebenfalls eine Burg

mit einem offenbar ähnlich organisierten, wenn auch rechtlich zwischen dem Pfalzgrafen und dem Bischof von Köln umstrittenen, Burgweiler als Wohnort der zugehörigen Dienstleute. Eberhard selbst entstammte einer dieser Ministerialenfamilien. Als Zentralort ist Bacharach also schon vor 1196 auszumachen, als Stadt aber erst Mitte des 13. Jahrhunderts faßbar. Der Bau einer Stadtmauer wird sogar erst 1344 begonnen.

Auch aus den am weitesten zurückreichenden Hinweisen der „Vita Eberardi“ ist strenggenommen lediglich die Existenz der pfalzgräflichen Burg und Hofhaltung für die achtziger Jahre abzulesen. Ein „burgus“ im Tal wird *expressis verbis* nicht erwähnt. Schaabs Rückschluß auf ein größeres Gemeinwesen am Fuße des Burgberges erfolgte aufgrund der Armenfürsorge, die Eberhard im Auftrag des Pfalzgrafen vorzunehmen hatte. Quellenkritisch sollte jedoch eingewendet werden, daß die Textstelle keineswegs ein zwingender Anzeiger für ein stadähnliches Gemeinwesen sein muß, da die Hervorhebung der Armenfürsorge mit der Nennung von sieben bzw. zwölf Armen als integrativer Bestandteil mittelalterlicher Heiligenviten zu werten sein und daher auch als *Topos* interpretiert werden kann. Abseits davon gingen derartige Maßnahmen nicht nur von Städten, sondern von größeren Hofhaltungen besonders aber der Kirche aus, für die im Mittelalter die Armenspeisung eine feste religiös begründete Einrichtung war. Die Bedürftigen kamen in diesen Fällen zu den Institutionen und nicht umgekehrt. Es ist also nicht sicher zu entscheiden, ob Eberhard sich in seiner Funktion als Armenpfleger in der Talsiedlung um die Peterskirche aufgehalten hat und ob sich dort so früh eine größere Gruppe fürsorgebedürftiger Bewohner eingefunden hat.

Mit diesen Beispielen vor Augen fällt es schwer, aus den Heidelberger Quellen bereits um 1200 eine städtische Gemeinde abzuleiten. Auch die viel zitierte Erwähnung der „munitiones“, also nicht näher bezeichneter Befestigungen, kann dafür ebensowenig in Anspruch genommen werden, wie die noch 1217 - 1225 benutzten Begriffe „burgus“ und „burgenses“. Es bleibt dafür so viel Spielraum offen, daß es sich bis zu diesem Zeitpunkt ebensogut um eine größere, befestigte Burg- oder Marktsiedlung handeln kann. Erst die Bezeichnung als „civitas“ spricht eine deutlichere Sprache²⁸.

Die gegenwärtig für den Burgweiler vorliegenden archäologischen Datierungen lassen nach oben einen gewissen Spielraum offen. Sicher ist aber, daß diese Siedlung erst zur Zeit der bisher angenommenen Stadtgründung richtig faßbar wird und offenbar um einiges länger existiert haben muß. Darüber wird deutlich, daß ein Großteil der schriftlich überlieferten Gemeindestrukturen ohne weiteres noch auf den archäologischen Befund des Burgweilers übertragen werden kann.

Der für das fortgeschrittene 12. Jahrhundert nachgewiesene massive Ausbau deckt sich mit den später für Heidelberger Ministeriale überlieferten Bautypen der Türme und Steinhäuser, die sich in deren Namen widerspiegeln: Burkhardus de turri, Rudigerus de domo lapidea. Ein romanischer Vorgänger der Peterskirche muß in diesem Zeitraum ebenfalls bestanden haben, wird aber nach Ausweis der ältesten Siedlungsschichten in der unmittelbar benachbarten Neuen Universität sehr wahrscheinlich auch nicht viel früher entstanden sein. Der für die Zeit um 1200 gebrauchte Begriff „munitiones“ wäre allein schon über die Existenz steinerner Turmbauten zu rechtfertigen. Der vorburgartige Charakter als Verwaltungs- und Militärsiedlung läßt aber auch an der Existenz umfassender Befestigungsanlagen kaum zweifeln. In Analogie zu bisher erforschten Siedlungen des „Vorburgtyps“²⁹ ist recht wahrscheinlich ein das Areal umgebendes Graben-Wallsystem mit Palisadenbefestigung anzunehmen.

Die Verlagerung des pfalzgräflichen Hofes von der Burg Stahleck auf das „castrum Heidelberg“ spätestens in den frühen achtziger Jahren stimmt mit der archäologischen Datierung des Burgweilers überein. Vermutlich wird es daher kein Zufall sein, daß sowohl der nachgewiesene Steinausbau, die Existenz der Peterskirche und der frühest mögliche Ansatz für den Burgen Grundriß auf der Molkenkur mit diesem Zeitraum zusammenfallen.

Es ist dies die Zeit, in der Konrad von Staufen als Inhaber der Wormser Hochstiftsvogtei spätestens ab 1174 am unteren Neckar Herrschaftsrechte ausübt und, ab 1184 faßbar, als Schirmherr der Zisterze Schönau auftritt, wo er 1195 auch begraben wird. Über die Sach- und Schriftquellen wird damit übereinstimmend für die siebziger und achtziger Jahre des 12. Jahrhunderts der Aufbau eines pfalzgräflichen Zentrums um die Burg Heidelberg deutlich. Es sprechen also gewichtige Argumente dafür, sowohl in der Oberen Burg als auch in dem zugehörigen Burgweiler eine gemeinsame Neuschöpfung Konrads von Staufen zu sehen. Hinweise auf Vorgänger sind für beide Bereiche bisher nicht nachzuweisen. Die Aktivitätsverdichtung im Rhein-Neckarraum, die durch die Schönauer Schriftquellen für die siebziger und achtziger Jahre des 12. Jahrhunderts eine städtische Neugründung vermuten ließ, ist also auf den Auf- oder Ausbau des Burgweilers und sehr wahrscheinlich auch auf den Neubau einer Pfalzgrafenburg zu beziehen.

Die Neugründung der „Civitas Heidelberg“

Mit dem Vorwissen um die chronologische Abfolge der beiden Siedlungen versteckt sich hinter den 1217 erstmals in einem Rechtsakt über die Heidel-

berger Neckarfähre erwähnten burgenses und boni viri nicht nur eine fortgeschrittene Gemeindeorganisation, sondern der Personenverband, der die Stadtgründung im Auftrage des Pfalzgrafen vornahm. Es waren dies Einwohner des Burgweilers, die ihre alten Wohnsitze abbrachen und hinter der Mauer des Altstadtgevierts wieder aufbauten. Diese Personen werden in denselben pfalzgräflichen Zeugenreihen erwähnt wie die Namen von Ministerialen und Niederadligen der umgebenden Dörfer. Dazu zählt auch der zuerst nach Bergheim benannte Vogt Sibodo. Für diese pfälzischen Dienstleute ist etwa ab 1220 entweder direkt mit Hausbesitz oder über die Aufgabe ihrer alten Herkunftsbezeichnungen eine zunehmende Verlagerung nach Heidelberg nachzuweisen. Es wird ersichtlich, daß es sich auch hierbei um eine Personengruppe handeln muß, die für den Aufbau der Stadt herangezogen wurde.

Von einigem Interesse ist der in den Archivalien durchscheinende Bindungsprozeß der auswärtigen Ministerialengruppe um Sibodo an Heidelberg. Vor 1220 ist diese zentrale Personengruppe zwar im Gefolge des Pfalzgrafen, nicht aber im Ort selbst nachzuweisen. Erst in diesem Jahr ist mit der Einordnung des Vogts unter die Heidelberger Burgensen die Verlegung des Vogtssitzes von Bergheim nach Heidelberg faßbar. In dichter Folge mehrten sich entsprechende Hinweise für weiteren Niederadel. 1223 wird der nach Handschuhsheim benannte „miles“ Ernfriedus Zappo als „civis“ bezeichnet, für Schaab ein erster Hinweis auf dessen zusätzlichen Rechtsstatus als Heidelberger Bürger³⁰. 1228 wird auch der bereits 1197 zusammen mit Sibodo von Bergheim als ursprünglich Hermann von Walldorf zu den Heidelberger Bürgern gerechnet.



Siedlungskerne Heidelbergs im 12. u. 13. Jh. 1 Obere Burg (12. Jh.). 2 Untere Burg (13. Jh.). 3 Peterskirche (12. Jh.). 4 Grabung Neue Universität: präurbaner Siedlungskern (12. Jh.). 5 Siedlungsbefund in der Hauptstraße 136 (12./13. Jh.). 6 Keramikfund im „Harmonie“-Gebäude (12./13. Jh.).

Im selben Jahr erscheinen Angehörige des Geschlechts der später als „miles de Heidelberg“ bezeichneten Ingram von Handschuhsheim erstmals im Zusammenhang mit Heidelberger Bürgern oder in Heidelberg ausgestellten Urkunden.

Wohl nicht ganz zufällig begegnen im selben Zeitraum die ersten Belege für Hausbauten dieser Oberschicht. 1228 wird ein wohl schon 1220 vorhandenes Haus Sibodos und seiner Frau Adelheid erwähnt. Ein Jahr später findet sich sogar ein solches Gebäude für das Geschlecht der Fiugulin (Vögelin) noch im Bau begriffen. 1239 wird ein noch freier Bauplatz am Neckar zum Bau einer Mühle an Schönau geschenkt, die Keimzelle des späteren Mönchshofs und der gleichnamigen Mühle. In diesem Jahr läßt sich auch erstmals in den Archivalien die am Marktplatz gelegene Heiliggeistkirche fassen, für die zusätzlich ein spätromanischer Grundriß unter dem heutigen Bau nachgewiesen ist.

Die zumindest in der Überlieferung auffällige Aktivität und Ausweitung der Heidelberger Bewohnerschaft korrespondiert wiederum mit der vermehrten Erwähnung kichlicher Ämter. Neben dem seit 1196 hin und wieder genannten Pleban begegnet 1220 ein „vicepastor“ und 1223 ein „archipresbyter de Heidilberc“. Das Amt wurde vielfach als Beweis für die Loslösung der Peterskirche von ihrer Mutterkirche in Bergheim gesehen³¹. Diese nicht ganz unbegründete Annahme kann letztlich leider nicht abgesichert werden, würde sich aber für die Festlegung der Stadtgründung von erheblicher Bedeutung erweisen.

Zusätzliche Indizien liefert das Präsenzverhalten der Stadtherren. Betrachten wir zunächst die überlieferten Beurkundungen im Rhein-Neckarraum, so ist für die welfischen Pfalzgrafen und auch für Ludwig von Wittelsbach bis 1217 keine einzige Amtshandlung in Heidelberg selbst nachzuweisen. Trotz der sehr dünnen Überlieferungsbasis treten Schönau und Worms, dort auch der Schönauer Hof, deutlich in Erscheinung. 1217 kann wahrscheinlich, aber erst 1220 die nahezu sicher in Heidelberg ausgestellte Urkunde nachgewiesen werden. Seit dieser Zeit ist dann bis 1236, einmal von Unterbrüchungen durch den Kreuzzug 1221/22 und der Übernahme des Herzogtums Bayern durch Otto II. mit den folgenden kriegerischen Auseinandersetzungen in Österreich 1231-33 abgesehen, eine regelmäßige Amtstätigkeit der Pfalzgrafen in Heidelberg nachzuweisen. Es fällt auf, daß zugleich mit dem Einsetzen der Beurkundungsbelege in Heidelberg Schönau als Ausstellungsort verschwindet und Worms erheblich an Bedeutung verliert.

Daß diese Tendenz durchaus repräsentativ zu sein scheint, unterstützt die Überprüfung des pfalzgräflichen Itinerars zwischen 1214 und 1236. Für

die im Besitz der Bayernherzöge befindlichen Zentralorte lassen sich neben Straubing und der alten Herzogspfalz Regensburg mit jeweils sechs und Landshut mit vier Ausstellungen, in Heidelberg dagegen neun sichere und sechs wahrscheinliche Beurkundungen festmachen. Alle anderen Ortschaften spielen keine wesentliche Rolle. Es wird in jedem Falle deutlich, daß der Ort ab 1220 ganz unvermittelt zu den wichtigsten Stützpunkten der Wittelsbacher überhaupt zählt. Dies wird noch unterstrichen durch die Geburt Ludwigs II. 1229 und die Inhaftierung König Heinrichs VII. 1235 in Heidelberg.

In den. Wenn das neue Gemeinwesen 1225 bereits mit eigenem Siegel als „Civitas“ erscheint, dürfen wir daraus schließen, daß der im Befund erfaßte Stadtmauerbau bereits in Angriff genommen war. Die Ablösung des Burgweilers durch die geplante Gründungsstadt wird demzufolge im ersten Viertel des 13. Jahrhunderts erfolgt sein.

Die landesgeschichtliche Dimension

Vergegenwärtigen wir uns abschließend die Ergebnisse zur Frühgeschichte Heidelbergs, so verfügen wir heute über ein Netz bauhistorischer und archäologischer Befunde und Funde, das die Zuordnung und Abfolge der verschiedenen Burgen und Siedlungskerne erstmals festlegen kann. Der anschließende Vergleich mit der historischen Überlieferung zeigte erfreulicherweise dieselben Aktivitätsphasen, so daß auf zwei verschiedenen Wegen eine widerspruchsfreie Chronologie der Siedlungsentwicklung entsteht. Die jetzt auf zwei klar zu differenzierende Kristallisationskerne zu beziehenden Schriftquellen werden damit in ihren Aussagemöglichkeiten ungleich konkreter als zuvor. Es gelingt darüber, sowohl die verbleibenden Datierungsspielräume der Sachquellen weiter einzuzugrenzen als auch die rechts- und sozialgeschichtlichen Vorgänge um den Aufbau des Burgweilers und die daraus entstehende Stadtgründung schärfer zu beleuchten.

Als eines der bedeutendsten Ergebnisse ist zu werten, daß die praeurbane Burgsiedlung um die Peterskirche zur Zeit der bisher angenommenen Stadtgründung 1170/80 noch bestanden hat, ja sogar ihre große Ausbauphase erlebte. Konrad von Staufen bleibt damit nach wie vor eine Schlüsselfigur für die Anfänge Heidelbergs. Der Stadtgründer war er jedoch nicht.

Damit ist die Stadt Heidelberg keine staufische Gründung mehr sondern um einiges jünger als gedacht. Wir kommen in der Gründungsfrage also wieder auf die ältere Forschung zurück, die sich unmittelbar auf die Erstnen-

nung der Bürgergemeinschaft 1217 und die „Civitas“-bezeichnung von 1225 bezog. Eine mögliche Eingrenzung der Gründungszeit auf einen bestimmten Stadtgründer kann nur über die territorialpolitischen Voraussetzungen erfolgen.

Entstehung und Aufbau – die staufische Phase im 12. Jahrhundert

Kommen wir zunächst auf die Anfänge in der Mitte des 12. Jahrhunderts zurück. Das Entstehen des präurbanen Heidelbergs muß im Zusammenhang mit der staufischen Reichspolitik gesehen werden. „Konrads Herrschaftsgebiet stellte die Brücke dar vom staufischen Land am Neckar und in Franken zum großen Königsbesitz in der linksrheinischen Pfalz.“³² Gelang dem Kaiserhaus der Ausgriff ins Neckartal und dessen Nachbargebiete in Odenwald und Kraichgau, dann konnte eine direkte Verbindung und damit ein geschlossenes staufisches Machtgebiet geschaffen werden.

1156 wurde Konrad, der nachgeborene Halbbruder Barbarossas, mit der rheinischen Pfalzgrafschaft belehnt. Über die Vogteirechte gelang es ihm, große Teile Wormser und Lorscher Kirchenbesitzes an der Bergstraße und ihm Odenwald an sich zu ziehen und die Zisterze Schönau zu seinem Hauskloster zu machen. Die einzigartige Machtkonzentration des Pfalzgrafen im unteren Neckarraum war ohne Unterstützung seines kaiserlichen Bruders nicht möglich. So wurde im Zuge staufischer Hausmachtspolitik in der nördlichen Oberrheinregion, wo die Zeitgenossen die „maxima vis imperii“ sahen, um den Preis eines eigenen pfalzgräflichen Territoriums ein strategischer Ansatzpunkt geschaffen, von dem aus die Verbindung mit dem staufischen Schwerpunkt um Heilbronn durch das Neckartal vorangetrieben werden konnte.

Unsere Datierungen zeigen, daß man offenbar sofort nach Übernahme der Wormser Vogtei, die 1174 erstmals greifbar wird, die Chance einer Festsetzung an der Neckarmündung wahrnahm und baulich Fakten schuf. Die strategische Absicht, mit einer Burg das Neckartal zu blockieren und gleichzeitig einen Ausgangspunkt für den Ausgriff nach Osten zu schaffen, liegt auf der Hand. Zugleich war sie das gebaute Symbol staufischer Macht.

Mit dem Festsetzen der Staufer in Wimpfen wird kurze Zeit später auch der Aufbau einer Ausgangsposition am östliche Eintritt des Neckars in den Odenwald deutlich. 1182 begann hier die Serie der staufischen Kaiser- und Königsbesuche. Spätestens jetzt war das untere Neckartal von zwei Seiten in die Zange genommen. Wenig später markierte hier der großartige Bau der

Kaiserpfalz „den Höhepunkt der staufischen Territorialpolitik im Neckarland und im Besitzgebiet des Bischofs von Worms“³³.

Es handelt sich zunächst um eine Burg, um die ein landesherrliches Zentrum aufgebaut werden sollte. Der zugehörige Herrschaftsbezirk ist schon bald in den Umrissen des späteren Amtes Heidelberg sichtbar. Die Strukturen dieser Ansiedlung zeigen durchaus gewisse Parallelen zu dem bisherigen Zentrum der Pfalzgrafschaft Stahleck mit Bacharach. Schon die topographische Lage ist ähnlich: am Austritt eines Baches aus dem Gebirge in das Rheintal liegt das Suburbium mit Kirche und benachbartem Herrschaftshof unmittelbar zu Füßen der Burg. Mit den Ämtern eines Plebans und eines Schultheißen erweist sich auch die im späten 12. Jahrhundert greifbare Organisationsform als vergleichbar. Offenbar hat man sich in Heidelberg an den gängigen zentralörtlichen Strukturen der Zeit orientiert und nicht zu dem neuartigen, ungleich aufwendigeren Mittel einer Stadtgründung gegriffen.

Es fällt auf, daß für das spätere 12. Jahrhundert bisher in der Region vergleichsweise wenig Hinweise auf bauliche Maßnahmen zu Herrschaftssicherung und Landesausbau zu konkretisieren sind. Die genaue Chronologie der Siedlungsvorgänge ist noch weitgehend ungeklärt, gerade im Neckartal und südlichen Odenwald scheint die Aufsiedlung nur zögernd einzusetzen. Dies steht zunächst scheinbar im Gegensatz zu den dynamischen Territorialisierungsprozessen, die gerade in dieser Zeit anheben.

Ganz anders dann die Situation gegen die Jahrhundertwende. Geradezu unvermittelt setzt nun für die nächsten dreißig bis vierzig Jahre eine Gründungs- und Ausbauwelle ein. Den Anfang macht vermutlich die Pfalzgründung in Wimpfen. Es folgt das Wormser Bistum mit einem groß angelegten Ausbau der Stadtbefestigung, deren Baubeginn neuerdings auf 1196 festgelegt werden konnte. Etwa gleichzeitig wird das alte Wormser Zentrum im Lobdengau, die Stadt Ladenburg um mehr als das Doppelte erweitert und neu befestigt. Auf dem Dilsberg legen die Grafen von Lauffen um das Jahr 1200 eine neue Zentralburg an. Die meisten Burgen im Neckartal erleben um diese Zeit prägende Ausbauphasen oder werden jetzt erst gegründet. Initiatoren sind meist die Staufer oder die Lauffener. Bis gegen 1225 erfolgt mit Heidelberg die erste planmäßige Stadtgründung. Eberbach und Neckargemünd folgen kurz darauf. Diese recht unvermittelt anhebende Aktivitätsverdichtung ab dem Ende des Jahrhunderts erfordert eine Erklärung.

Man wird nicht fehlgehen, die verschiedenen Bauaktivitäten, die ja im wesentlichen als Befestigung entstanden und damit der militärischen Sicherung dienten, miteinander in Zusammenhang zu bringen. Die Datierungen dieser Anlagen korrespondieren auffällig mit dem wieder auflebenden stau-

fisch-welfischen Gegensatz nach dem Tode Barbarossas 1190, insbesondere mit den Auseinandersetzungen während der bürgerkriegsähnlichen Zustände des Thronstreits zwischen 1197 und 1208.

Für die Heidelberger Situation von besonderem Interesse sind die Aktivitäten im Lobdengau. In jedem Falle bestand für das Wormser Bistum die Gefahr, daß die Welfen den Heidelberger Burgweiler gegen Ladenburg richten konnten. Nach den archäologischen Daten in Ladenburg kam man dem durch die Erweiterung der alten Gauhauptstadt zuvor und versuchte damit, einer möglichen Konkurrenzgründung die Grundlage zu entziehen.

Im Überblick machen die Vorgänge dieser Jahre den Eindruck einer durch zunehmende Verunsicherung veranlaßten „Rüstungsspirale“. Es wäre durchaus zu erwarten, daß nun auch in Heidelberg ein weiterer Ausbau erfolgt wäre. Dies war mit größter Wahrscheinlichkeit jedoch nicht der Fall. Der Grund ist in der weiteren politischen Entwicklung zu sehen. Etwa zugleich mit der Übernahme der Pfalzgrafschaft durch den Welfen Heinrich gelangte mit Lupold von Scheinfeld ein äußerst tatkräftiger Anhänger der Staufer auf den Wormser Bischofssitz. Mit Unterstützung des Königs konzentrierte er zusätzlich als Abt von Lorsch und gewählter Erzbischof von Mainz genügend Macht in seinen Händen, um die Welfen vom nördlichen Oberrhein zu vertreiben. Für die Dauer des Thronstreits waren in Heidelberg die Voraussetzungen für eine welfische Stadtgründung nicht gegeben.

Nach der Ermordung König Philipps von Schwaben 1208 in Bamberg gewann die welfische Partei unter dem jetzt unbestrittenen König Otto IV. die Oberhand. Der staufertreue Lupold von Scheinfeld ging nach Italien in die Verbannung, wo er zu den ersten und einflußreichsten Anhängern des späteren Kaisers Friedrich II. zählte. Zu dieser Zeit begegnen im unteren Neckarraum wieder Aufenthaltsnachweise Pfalzgraf Heinrichs. Er und sein gleichnamiger Sohn, der 1211 die Nachfolge antrat, konnten die unter Konrad geschaffene Macht der Pfalzgrafschaft für sich beanspruchen. Nach den politischen Rahmenbedingungen wäre nun die Gelegenheit der Neugründung Heidelbergs gegeben, die auch mit den frühest möglichen archäologischen Datierungen korrespondieren könnte. Falls dieser Plan vorhanden war, blieb für die Umsetzung keine Zeit. Bereits 1214 starb der junge Pfalzgraf söhnelos. Damit kam es als Folge der dynastischen Verbindung zwischen Welfen und Wittelsbachern, die Otto IV. 1212 befürwortet hatte, zu dem Übergang der Pfalzgrafschaft an den Herzog von Bayern.

Die Stadt – die wittelsbachische Phase im 13. Jahrhundert

Als Vertreter seines noch unmündigen Sohnes Otto und der Agnes, der Schwester des verstorbenen Pfalzgrafen und Enkelin Konrads von Staufen, die miteinander verlobt wurden, war Ludwig I. von Wittelsbach von dem jungen König Friedrich II. mit dem freigewordenen Pfalzgrafenamt belehnt worden. Das Herausbrechen der Pfalzgrafschaft aus der staufischen Hausmacht konnte dadurch zwar nicht mehr rückgängig gemacht werden, doch sicherte sich der Stauferkönig mit dem Bayernherzog einen zuverlässigen Verbündeten und konnte damit versuchen, das im Entstehen begriffene pfälzische Territorium in die raumpolitische Konstellation der staufischen Politik wieder einzufügen.

Umgekehrt wird dem Wittelsbacher großer Einfluß auf den Staufer zugesprochen. Während des ersten langen Aufenthalts Friedrichs II. in Deutschland zwischen 1214 und 1220 trat der neue Pfalzgraf beständig an der Seite des Königs auf. 1221 war er bei der Kaiserkrönung in Rom zugegen. Auf dem darauf folgenden Kreuzzug wurde ihm der Befehl über das Kreuzfahrerheer anvertraut. Später führte er als Reichsvikar stellvertretend für Friedrichs Sohn, den noch unmündigen König Heinrich VII., die Amtsgeschäfte im Reich. Dieser Hintergrund machte den Herzog von Bayern und Pfalzgrafen bei Rhein zu einem der mächtigsten Fürsten im Reich.

Wie hat sich diese einzigartige Stellung nun auf die weitere Entwicklung Heidelbergs ausgewirkt? „Der Lehnsakt von 1214 hatte zwar die entscheidende Relevanz, bedurfte jedoch noch mancherlei anderer, ergänzender Maßnahmen, um auch in der Region am Mittelrhein und Unterneckar die Bayernherzöge zu Landesherrn werden zu lassen.“³⁴ Diese grundlegende Feststellung A. Gerlichs kennzeichnet die Aufgabenstellung, mit der sich die Wittelsbacher nach Übernahme der Pfalzgrafschaft konfrontiert sahen. Wenn Ludwig die neu erworbene, räumlich aber weitab von den angestammten Schwerpunkten liegende, Besitzmasse für das eigene Haus nutzbar machen wollte, mußte er am Rhein sichtbar in Erscheinung treten und Maßnahmen zur Herrschaftssicherung ergreifen. Die fast ausschließlich reichspolitisch orientierte Quellenlage ließ bisher kaum erkennen, ob und wie dabei vorgegangen wurde.

Hier kommen uns nun die neuen Befunde und Daten zur Entstehung der Heidelberger Altstadt zu Hilfe. Wenn nach allem, was heute bekannt ist, der Stadtgrundriß erst in den frühen Dezennien des 13. Jahrhunderts entstanden ist, die Voraussetzungen für eine Gründung durch die Welfen aber nicht gegeben waren, muß die Stadt auf die Initiative der Wittelsbacher zurückgehen. Die historischen Daten von 1223 und 1225 zeigen, daß die Civitas be-

reits im Entstehen war. Eine Gründung durch den Stadtherrn sollte damit noch vor dem Rom- und Kreuzzug Friedrichs II. 1220-22 angesetzt werden. Damit ist Ludwig I. von Wittelsbach als Stadtgründer Heidelbergs anzusehen³⁵.

Dieser Ansatz liefert erstmals einen konkreten Eindruck von der Tätigkeit des Bayernherzogs im unteren Neckarland. War man sich bisher unsicher, ob Ludwig I. bei seiner engen Bindung an die Reichspolitik überhaupt bis 1225 wesentliche Maßnahmen zum Ausbau der eigenen Landesherrschaft am Rhein umsetzen konnte, zeigt sich nun gleich zu Beginn sein Engagement in der Herrschaftssicherung durch eine erfolgreiche Stadtgründung und die Neuanlage der Burg auf dem Jettenbühl.

Betrachtet man die Befunde zu dieser Gründungsmaßnahme, gewinnt man recht detaillierte Einblicke in Planvorstellungen und Ziele des Pfalzgrafen. In Heidelberg war die raumpolitisch günstige Disposition und verkehrsgeographische Lage am Ausgang des Neckartals und dem Übergang der Bergstraße über den Fluß bereits durch den Burgweiler vorweggenommen. Man hätte nun die ältere Siedlung einfach erweitern können, tat dies aber nicht, sondern baute darüber und daneben eine völlig neue Struktur auf. Warum also eine erheblich aufwendigere Maßnahme und warum die Verlagerung in das hintere Ende des Taltrichters und nicht in die verkehrsgeographisch günstigere Ausrichtung auf die Ebene?

Die Antwort gründet in den strategischen Planungsdeterminanten für die neu zu bauenden Befestigungslinien: Die Ausdehnung der Längsachse der Stadt wird durch die Ausläufer der beiden Burgberge bestimmt. An diesen fortifikatorisch günstigen Punkten setzte man die Stadtbefestigung an. Jeweils darüber erhoben sich am Berghang die beiden Burganlagen, deren jüngere, gleich einer Stadtburg, in der hinteren Ecksituation mit dem Bering in Verbindung stand. Bindeglied und Schlüsselstellung bildete die alte Pfalzgrafenburg in beherrschender Position. Dieses Burgensystem machte die Stadt auf der empfindlichen Bergseite faktisch unangreifbar. Auf der Nordseite bildete der Neckar, gleich einem wassergefüllten Graben, das Annäherungshindernis. Zur Ebene hin riegelte man das Stadtgelände gleich zu Beginn durch einen Mauerbau ab. Zusätzlichen Schutz gewährte an dieser Stelle der Klingenteichbach, der einfach in den Stadtgraben geleitet werden konnte, bzw. dessen Lage mitbestimmte.

Der Stadtplan verrät in einem Höchstmaß die Berücksichtigung fortifikatorischer Voraussetzungen. Es wird deutlich, daß dem Festungskonzept bzw. dem Gedanken der städtischen Großburg vor wirtschaftlichen Erwägungen der Vorzug gegeben wurde. Betrachtet man die in Bezug auf die Stadt errichtete Kastellburg auf dem Jettenbühl, verstärkt sich dieser Ein-

druck noch. Hier entstand eine Festungsburg, deren Ausdehnung ihresgleichen sucht. Im Gegensatz zur gewöhnlichen Adelsburg liegt der Zweck solcher weitläufiger Anlagen in der Regel in ihrem Charakter als Stützpunkt für eine große Landesherrschaft.³⁶ Die Funktion kommt der einer Pfalz nahe und als solche wird das Heidelberger Schloß mit dem Ausdruck „*nostrum palacium*“ erstmals 1260 auch bezeichnet. Mit dem Wissen um die Gestalt dieser Anlage und ihren Gründer liegt der Gedanke nicht fern, die Bezeichnung wörtlich zu nehmen, dies umso mehr, wenn man in die Interpretation die Verdichtung der landesherrlichen Beurkundungstätigkeit in Heidelberg ab etwa 1220 und die Geburt Ludwigs II. 1229 einbezieht. Solange der Schwerpunkt der Aktivitäten des Pfalzgrafen und Bayernherzogs am Rhein lag, ist Heidelberg mit Abstand als bedeutendster Aufenthaltsort auszumachen.

Die außergewöhnlichen Ausmaße der Burg- und Stadtanlage, denen unter den süddeutschen Neugründungen des 13. Jahrhunderts wenig Vergleichbares zur Seite steht, spiegeln die weitgesteckten Erwartungen und Absichten, die Ludwig I. mit dem Erwerb der Pfalzgrafschaft verknüpfte. Offensichtlich griff er am Neckar sofort zu den gleichen Mitteln, deren sich die Wittelsbacher in Bayern bereits seit längerem mit großem Erfolg bedienten. Zum Aufbau ihres Territoriums agierten die Herzöge in ihren Kernlanden besonders erfolgreich mit Burgen-, Markt- und Stadtgründungen. Die wesentliche Aufgabe dieser Gründungen bestand vor allem in ihrer militärisch sichernden und herrschaftsbildenden Wirkung in Grenzlagen und Konkurrenzsituationen³⁷.

Gut vergleichbar mit der raumpolitischen Zielsetzung bayerischer Stadtgründungen ist auch die Platzwahl Heidelbergs innerhalb der regionalen Konstellation: Theoretisch hätte man auch Alzey, das weniger peripher zur rheinischen Besitzlandschaft lag und schon früher Pfalzgrafensitz war, zu einem zentralen Stützpunkt ausbauen können. Im Hinblick auf die Rückgewinnung und zukünftigen Ausbaumöglichkeiten der unter Konrad von Staufern geschaffenen Machtbasis im unteren Neckarraum zwangen konkurrierende Interessenüberschneidungen mit den Staufern und dem Wormser Bistum zum Handeln in dieser Region. Zum besseren Verständnis ist es wichtig anzumerken, daß trotz der engen Zusammenarbeit des Kaisers mit dem Pfalzgrafen und dem Bischof von Worms, die auf den Machterhalt des staufischen Königtums abzielte, auf reichspolitischem Feld erhebliche Konkurrenz im Bereich der Territorialpolitik an Rhein und Neckar bestand.

Auf die Ballung staufischer Machtpositionen an Neckar und Oberrhein mußte der Bayernherzog reagieren. Noch war die Wittelsbacher Landes-

herrschaft am Rhein allenfalls de jure, aber nicht de facto etabliert. Es hat den Anschein, daß Ludwig I. sofort nach Übernahme der Pfalzgrafschaft zur Herrschaftsbildung schritt. Erster und bedeutendster Ansatzpunkt war offensichtlich die groß angelegte Burg- und Stadtgründung in Heidelberg, aller Wahrscheinlichkeit nach zwischen 1214 und 1220. Vermutlich führten der Einfluß Ludwigs I. auf den Kaiser und seine Verdienste in ihrer bisherigen guten Zusammenarbeit in der Reichspolitik zu der vorläufigen Kompromißlösung von 1225, mit der der Pfalzgraf für den Verlust der Lorscher Vogtei durch die Belehnung über Heidelberg und die Grafschaft auf dem Stahlbühl abgefunden wurde. Diese alte Lauffener Grafschaft im Lobdengau, über die seit dem Wegfall der Grafen der König als Wormser Lehensmann verfügt hatte, stellte bedeutende Herrschaftsrechte, die den Pfalzgrafen zur Arrondierung ihrer Herrschaft an der Neckarmündung noch gefehlt hatte. Damit war „die Entscheidung für ein pfälzisches Territorium am unteren Neckar ... gefallen.“³⁸

Die Datierung der Stadtgründung zwischen 1214 und 1220 macht deutlich, daß der Entschluß Ludwigs I., Heidelberg zur „Herzogspfalz“ und Großburg auszubauen, unmittelbar auf die politischen Machtverschiebungen am Mittelneckar reagierte. Wenn der Aufbau der Kaiserpfalz und Stadt Wimpfen als Höhepunkt staufischer Territorialisierungsbestrebungen empfunden wird, so ist Heidelberg als direkte Konkurrenzgründung und Gegenpol der Pfalzgrafen am Unterneckar zu werten. Das Ergebnis zeigt, daß die Entstehung der weiteren staufischen Stadtgründungen im Neckartal, Eberbach und Neckargemünd mit Heidelberg in unmittelbarer Wechselwirkung stehen.

War die politische Entscheidung zu der Belehnung Ludwigs sicherlich vom Kaiser ausgegangen, erfolgte der Belehnungsakt durch den nur noch nominalen Herrn der unteren Neckarlande, den Bischof von Worms. Wie in Wimpfen, das auf zweifelhafter Rechtsgrundlage von den Staufern ausgebaut worden war, mußte er sich im Falle Heidebergs den vom Pfalzgrafen mit der Stadtgründung und dem Burgenbau geschaffenen Fakten beugen und sie nachträglich sanktionieren. In beiden Fällen erfolgte die Stadtgründung zu Lasten der Wormser Kirche auf rechtlich unsicherem Grund, ein Vorgang, der als eindeutige Willensbekundung aufzufassen ist, auch das weitere Umfeld zu beherrschen. Mit dem Verlust Wimpfens und Heidebergs zahlte die Wormser Kirche, als schwächstes Glied in der territorialen Kräftekonstellation den Preis für die expansive Hausmachtspolitik der Stauer und Wittelsbacher.

Nun, da wir von einer Stadtgründung Heidebergs im unmittelbaren Vorfeld der Belehnung von 1225 ausgehen dürfen, erscheint die enge Verbin-

dung, die in der Urkunde zwischen Heidelberg und der alten Grafschaft im Lobdengau zum Ausdruck kommt, in einem neuen Licht. Die Gründungsmaßnahme zielte offenbar von vornherein darauf ab, der Landschaft an der Neckarmündung ein neues urbanes Zentrum zu geben. Dem alten Hauptort des Lobdengaus, dem weiterhin in Wormser Besitz befindlichen Ladenburg, wurde dadurch die Grundlage entzogen. Heidelberg war der gebaute Bedeutungsträger, der den Machtanspruch der Wittelsbacher als Landesherrn und die Ablösung der Wormser Herrschaft durch die Pfalzgrafen symbolisierte.

Anmerkungen

- 1 M. Huffschnid, Zur Geschichte des Heidelberger Schlosses von seiner Erbauung bis zum Ende des 16. Jahrhunderts, in: N.A. Bd. III, H. 1, 1895
- 2 C. Schäfer, Zentralblatt der Bauverwaltung Nr. 39 vom 25. Sept. 1897, 435
- 3 J. Durm, Die Gründungshypothesen des Heidelberger Schlosses, Mitt. z. Gesch. d. Heidelberger Schloßes, Bd. IV, 1903, S.78ff
- 4 A. von Oechelhäuser, KDM VII, 2. Abt. Kreis Heidelberg 1913, S. 364 und ders., Das Heidelberger Schloß, besorgt v. Joachim Göricke, Heidelberg, 1987
- 5 u.a. G. Dehio, Handbuch der deutschen Kunstdenkmäler, Baden-Württemberg, bearbeitet von F. Piel, Darmstadt, 1964, 192ff; H. Ehmer, Heidelberg, Residenz der Pfälzer Kurfürsten bis 1720, in: Arbeitsgemeinschaft für geschichtliche Landeskunde (Hrsg.), Oberrheinische Studien 10, 1992, 298ff
- 6 M. Schaab, Geschichte der Kurpfalz, Bd. 1, 1988, 57
- 7 Neue Universität: M. Carroll-Spillecke, Die Untersuchungen im Hof der Neuen Universität, Materialhefte zur Archäologie in Baden Württemberg, Stuttgart, 1993. Kornmarkt: Landesdenkmalamt Baden-Württemberg, Vor dem Großen Brand, Archäologie zu Füßen des Heidelberger Schlosses, Stuttgart, 1992, Katalog zur Kornmarktausstellung 1992 mit weiterführender Literatur. Apothekergasse: Chr. Balharek u. D. Lutz, Die Geschichte einer Parzelle. Untersuchungen in der Apothekergasse 3 in Heidelberg, in: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg, 1993, 293ff. Die Grabung auf dem Karlsplatz sowie die Sondagen in der Hauptstraße 136 sowie der Semelsgasse sind noch unpubliziert. Molkenkur: K. Pfaff, Heidelberg und Umgebung, Heidelberg, 1995, 2. Nachdruck. Universitätsplatz: H. Schrieder, Das Augustinerkloster, in: Oechelhäuser, a.a.O., 1913, 345ff. Heiliggeistkirche: E. Zahn, Die Heiliggeistkirche zu Heidelberg, Veröffentlichungen des Vereins für Kirchengeschichte in der evang. Landeskirche Badens, XIX, 1960.
- 8 U. Gross, Mittelalterliche Keramik zwischen Neckarmündung und Schwäbischer Alb, Forsch. u. Ber. Arch. MA 12 (1991); zwei Dissertationsprojekte über den Befund und die Keramikfunde durch A. Wendt und M. Benner in Vorbereitung
- 9 E. Schallmayer, U. Gross, Die mittelalterlichen und neuzeitlichen Befunde und Funde der Grabungen auf dem Gelände des Domhofes in Ladenburg, Rhein-Neckar-Kreis. Forsch. u. Ber. Arch. MA 8 (1983) 79ff
- 10 M. Benner, A. Wendt, Die archäologischen Prospektionen abgegangener Burganlagen

an südlicher Bergstraße und vorderem Odenwald, Fundberichte in Baden-Württemberg, derzeit in Vorbereitung

- 11 Gross, a.a.O., 52
- 12 zur Steinbearbeitung, allgemein: K. Maier, Mittelalterliche Steinbearbeitung und Mauertechnik als Datierungsmittel. Bibliographische Hinweise, ZAM 3, 1976, 209ff; G. Binding u.a., Bibliographie zum mittelalterlichen Baubetrieb Westeuropas, ZAM 16/17, 1988/89, 185ff; beispielhaft für Schwäbisch Hall: Chr. Schaez, D. Bönsch, Ein unterirdisches Geschichtsbuch, in: Hausgeschichten, Katalog zur Ausstellung im Hällisch-Fränkischen Museum Schwäbisch Hall, 1994, 243 ff; für das Neckartal: F. Arens, Die Baugeschichte der Burgen Stolzeneck, Minneburg und Zwingenberg, Jahrbuch für schwäbisch-fränkische Geschichte 26, 1969, 5ff
- 13 Grundlegend zur Burgenentwicklung im süd- und mitteleuropäischen Raum sind: W. Bornheim gen. Schilling, Rheinische Höhenburgen, Bd. 1-3, Neuss, 1964. H.-M. Maurer, Bauformen der hochmittelalterlichen Adelsburg in Südwestdeutschland, ZGO 115, H. 2, 1967, 61ff. W. Hotz, Pfalzen und Burgen der Stauferzeit, Darmstadt, 1981. A. Antonow, Planung und Bau von Burgen im süddeutschen Raum, Frankfurt am Main, 1993.
- 14 K.-H. Clasen, Artikel Burg, RDK III, 1954
- 15 Durm, a.a.O., Fig. 2
- 16 W. Haas, Artikel Fenster, RDK VII, 1981, 1273ff, 1304ff
- 17 G. Binding, M. Untermann, Ordensbaukunst in Deutschland, Darmstadt, 1985, 227, Abb. 229f
- 18 W. Hotz, Wormser Bauschule 1000-1250, Darmstadt, 1985, 201ff
- 19 D. v. Winterfeld, Der Dom in Bamberg, Bd. I. Die Baugeschichte bis zur Vollendung im 13. Jahrhundert a.O., 159, Abb. 521
- 20 J. Göricke, Zwei Neufunde zur frühen Baugeschichte des Heidelberger Schlosses, Forschungen und Berichte der Archäologie des Mittelalters in Baden-Württemberg 6 (1981), 181ff
- 21 E. Coester, Die frühgotische Mainzer Domsakristei. Ein Bauwerk aus dem Hüttenkreis der rheinischen Cistercienser, Mainzer Zeitschrift 70, 1975, 81ff
- 22 J. Steinmetz, Th. Biller, Die Strahlenburg bei Schriesheim an der Bergstraße, Burgen und Schlösser, 1990/I, 7ff
- 23 L. Merz, Das „Alte Schloß“ über Heidelberg, Badische Heimat 57, Heft 2, 1977, 221ff
- 24 Alle Nennungen bei M. Schaab, Die Entstehung des pfälzischen Territoriums am unteren Neckar und die Anfänge der Stadt Heidelberg, ZGO 106, 1958
- 25 Schaab, a.a.O., 1958, 263ff
- 26 A. Koch und J. Wille, Regesten der Pfalzgrafen am Rhein, 1214 - 1518, Bd. I, Innsbruck 1894, Nr. 340
- 27 F. Schneider, Die Vita Eberardi de Commeda (auch de Stalecke genannt) als rheinische Geschichtsquelle für die zweite Hälfte des 12. Jahrhunderts, ZGO 110, 1962, 60
- 28 Vgl. M. Schaab, Städtlein, Burg-, Amts- und Marktstellen Südwestdeutschlands in Spätmittelalter und früher Neuzeit, in: H. Glaser (Hrsg.), Die Zeit der frühen Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig dem Bayern, Wittelsbach und Bayern I/1, München-Zürich, 1980, 219ff
- 29 R. Kaiser, Dorf - Flecken - Stadt: ihre Umfriedungen und Befestigungen im Mittelalter, in: Institut für Denkmalpflege an der ETH Zürich, Stadt- und Landmauern, Bd. 1, Zürich, 1995

- 30 Schaab, a.a.O. 1958, 266f
- 31 Diese auf R. Sillib, Heidelbergs Ursprung und Aufbau, in: A. von Oechelhäuser, KDM VII, 2. Abt., Kreis Heidelberg, 1913 zurückgehende Vermutung hat unlängst noch N. Bosslet OSB (Abtei Neuburg), Der kirchliche Einfluß auf die Entstehung Heidelbergs, Rhein-Neckar-Zeitung vom 27./28. Januar 1996 in der RNZ-Serie ‚800 Jahre Heidelberg‘ geäußert.
- 32 a.a.O. 1958, 274
- 33 H. Schwarzmaier, Geschichte der Stadt Eberbach am Neckar bis zur Einführung der Reformation 1556, Sigmaringen 1986, 58
- 34 Gerlich, Die rheinische Pfalzgrafschaft in der frühen Wittelsbacherzeit, in: H. Glaser (Hrg.), Die Zeit der früher Herzöge. Von Otto I. zu Ludwig d.B., Wittelsbach und Bayern I,1. München-Zürich 1980, 309.
- 35 Daß Ludwig in den Quellen zwischen 1214 und 1217 in Heidelberg selbst nicht faßbar ist, macht ihn als Stadtgründer nicht unwahrscheinlich. In dieser Zeit hielt er sich nahezu ausschließlich im süd- und westdeutschen Raum auf, mit Schwerpunkt am Mittel- und Oberrhein und konnte auf seinen Reisen immer wieder in Heidelberg nach dem Rechten sehen, wo unter der Leitung des Vogts der Aufbau der Stadt- und Burganlage voranging. Auch in den bayerischen Neugründungen Landau oder Straubing, die ohne Frage auf ihn zurückgehen, ist er in den Quellen nur sehr selten faßbar.
- 36 Antonow, Planung und Bau von Burgen im südwestdeutschen Raum, 2. Aufl. 1993, 136
- 37 W. Liebhart, Die frühen Wittelsbacher als Städte- und Märktegründer in Bayern, in: Glaser a.a.O., 309
- 38 Schaab, a.a.O., 1958, 275

Jochen Goetze

Gassen, Straßen und Raster
oder die Anfänge der Stadt Heidelberg.

Überlegungen und Gedanken zum Heidelberger Stadtgrundriß¹

Die Stadtgeschichtsforschung hat sich mit dem Heidelberger Stadtgrundriß bisher kaum beschäftigt; er scheint nur allzu geläufig für die um 1200 entstandenen Städte, scheint sich unauffällig in die Menge ähnlicher frühgotischer Beispiele einzufügen, wird, wenn überhaupt, als ‚typischer frühgotischer Leitergrundriß‘ charakterisiert. Darunter ist ein System aus zwei langen parallelen Strassen mit Querverbindungen zu verstehen, einer Leiter ähnlich. Diese Charakterisierung setzt voraus, daß die so gegliederte Stadt nicht allmählich um einen Kern entstanden, sondern nach bestimmten Planungsprinzipien angelegt worden sein muß. Dieses setzt weiter voraus, daß nicht nur der in der Regel stadtherrschaftliche Wille zur Anlage einer Stadt vorhanden ist, sondern weitere Bedingungen erfüllt sein müssen: die lokale Topographie muß geeignete Voraussetzungen bieten, die Stadt muß mit Bewohnern besiedelt werden können, es muß eine günstige Verteidigungslage vorgesehen werden, die möglichst unangreifbare Grundversorgung mit Wasser und Nahrungsmitteln muß gewährleistet sein, die Stadt muß wirtschaftlich autark sein können. Erst wenn diese Voraussetzungen erfüllt werden können, ist die Anlage möglich, und erst dann kann nach Abwägung der einzelnen Kriterien daran gegangen werden, für die geplante Siedlung einen Grundriß zu entwerfen, der den Planungszielen in möglichst idealer Weise Rechnung trägt.

Die Fragestellung nach dem Stadtgrundriß, seinen Planungsgrundlagen und -prinzipien ist daher gleichzeitig eine Frage nach den Anfängen der Stadt, und vielleicht können die Gedanken und Überlegungen zu den frühen Formen des Stadtgrundrisses ein wenig mehr aussagen, als es die knappen Quellenaussagen vermitteln.

Der Name Heidelberg wurde 1196 erstmals erwähnt, zufällig, denn einer der in der Urkunde genannten Zeugen einer Schenkung Pfalzgraf Heinrichs an das Kloster Schönau war Pleban der Peterskirche in Heidelberg; Heidel-

berger Verhältnisse berührt die Urkunde gar nicht. Wir erfahren aus der Urkunde lediglich, daß es in diesem Jahre einen Ort namens Heidelberg mit einer Peterskirche gab. Auch die nächsten Erwähnungen der Stadt sagen zu unserer Frage wenig aus: 1217 wird ein Streit zwischen den Mönchen von Schönau und Heidelberger Bürgern um den Besitz einer Fähre über den Neckar berichtet – die genaue Lage der Fähre wird dabei allerdings nicht genannt. 1235 wird erstmals eine Stadtmauer um Heidelberg erwähnt, allerdings hatten bereits 1225 die Schönauer Mönche eine Niederlassung innerhalb der ‚munitiones‘, der Befestigungen der Stadt Heidelberg erhalten. Es kann daraus wohl mit Recht geschlossen werden, daß die Stadt in diesen Jahren bereits über entsprechende Befestigungswerke verfügte, andernfalls hätten die Schönauer ihre Güter nicht in Heidelberg lagern wollen. Die Mönche erhalten in der gleichen Urkunde auch das Recht, zum eigenen Gebrauch Frucht und Wein ohne Zoll, Ungelt und Weinschrötergebühr ein- und auszuführen. Dieses setzt voraus, daß in Heidelberg wenigstens Frühformen einer ausgebildeten herrschaftlichen Finanz- und Steuerverwaltung existierten, daß die Stadt in ihren wesentlichen Strukturen bereits bestand.

Ihr Areal deckt sich mit dem der heutigen Kernaltstadt zwischen Graben- und Plankengasse, zwischen südlichem Neckarufer und dem nördlichen Schloßbergabhang. Die dann im Jahre 1235 erstmals genannte Stadtmauer dürfte die der späteren Jahrhunderte gewesen sein und keine wesentlichen Veränderungen mehr erfahren haben.

Eines jedoch gibt zunächst Rätsel auf: die Peterskirche liegt außerhalb der Stadt und muß nach ihrer Nennung im Jahre 1196 älter sein als die Stadt. Wir brauchen hier nicht auf die Erörterungen darüber einzugehen, ob sie auf Bergheimer Gemarkung errichtet worden ist oder ob sie eine Filialkirche der Bergheimer war. Nach M. Schaab (1958) kann als gesichert angenommen werden, daß Stadt und Kirche ohne rechtliche Abhängigkeit von Bergheim entstanden sind.

Als gesichert kann weiter gelten, daß die Peterskirche das Gotteshaus einer kleinen, älteren Siedlung im Klingenteichtal war. Diese hier gut gesichert angelegte Siedlung in der südlichen Verlängerung der heutigen Grabengasse war das ‚suburbium‘ (Burgweiler) der älteren der beiden Burgen oberhalb der Stadt, gleich welche diese nun gewesen sein mag, das heutige Schloß oder die 1537 durch Blitzschlag und Brand zerstörte und später abgetragene an der Stelle der heutigen Molkenkur. Hier, im Klingenteichtal sind die Anfänge der späteren Stadt Heidelberg zu suchen. Wenden wir uns daher zunächst dieser Siedlung zu.

Der heutige Name ‚Klingenteich‘ geht auf ein in der frühen Neuzeit untergegangenes Wort hin: Klinge = mittelhochdeutsch Talschlucht, Gebirgs-

bach, Wasserbecken, zu dem man in der Neuzeit erklärend die Bezeichnung ‚Teich‘ hinzufügte. Dieses Tal eignete sich hervorragend für eine Rodungs-siedlung: es lag relativ versteckt, verfügte über ausreichende Mengen Frischwasser und war überschwemmungssicher. Die Siedlungsgrundstücke wurden durch Rodung gewonnen, wie die heute noch weitgehend unveränderten Grundstücksgrenzen und -proportionen zeigen: schmale und weit in das Gelände hineingerodete Grundstücke mit unregelmäßig verlaufenden Grenzlinien, wie sie durch die Unebenheiten der Geländeformation und zutage liegendes Gestein bedingt sind. Vom südlichen Abschluß des Tals konnte man halbwegs bequem die oberhalb liegende Burg erreichen.

Vor dem Tal, auf einem kleinen Schwemmkegel Richtung Neckar erbaute man die Siedlungskirche, die heutige Peterskirche. Die jetzige, aus der Mitte des 19. Jahrhunderts stammende Bauform erinnert überhaupt nicht an den ältesten Vorgängerbau, der seinerseits noch um die Mitte des 15. Jahrhunderts gotisch erneuert wurde. Bei den Umbauarbeiten im 19. Jahrhundert konnten jedoch romanische Baureste im Turm der Kirche festgestellt werden – stilchronologisch entspricht das eindeutig der ersten Nennung der Kirche im Jahre 1196.

Das St. Peterspatrozinium deutet auf die Zugehörigkeit zur Diözese Worms hin. Zunächst noch war St. Peter die Pfarrkirche der später entstandenen Gemeinde in der heutigen Altstadt Heidelberg, bis diese Rechte – vermutlich im 13. Jahrhundert – auf die Heilig-Geist-Kirche übertragen wurden.

Weitere Kenntnisse über die Klingenteichsiedlung und die zugehörige Peterskirche sind nicht vorhanden, können jedoch hypothetisch aus späteren Erscheinungen erschlossen werden.

Nach einem möglicherweise raschen Wachstum der Siedlung im engen Tal war kein Platz mehr für den Bau einer Kirche vorhanden, also verlegte man den Kirchenbau auf den Schwemmkegel vor der Talsiedlung, eben an die Stelle der heutigen Peterskirche und erbaute hier den romanischen Vorgängerbau der heutigen Kirche.

Das Suburbium im Klingenteich war nun ohne Anbindung an die regionalen und überregionalen Verkehrswege nicht denkbar. Setzen wir voraus, daß der Weiler im Gefolge und zur wirtschaftlichen Versorgung einer Burg entstanden ist, mußte er an die Verkehrswege angebunden werden. Nächster Verkehrsweg war der Neckar oder eine parallel dazu von West nach Ost verlaufende Straße mit einem Kreuzungsanschluß an die alte von Nord nach Süd verlaufende Bergstraße, die den Neckar vermutlich in Höhe der heutigen Ziegelgasse entweder durch eine Furt oder eine Fähre querte; für diese Stelle ist auch später noch eine Fähre bezeugt.

Aus der Sicht der Talsiedlung war der nächste Weg der durch die heutige Sandgasse und ihre Verlängerung zum Neckar, die heutige Schiffgasse. Diese Straßenverbindung muß ursprünglich als Einheit gesehen worden sein, denn noch im 17. Jahrhundert wird die Sandgasse als ‚Obere Schiffgasse‘ benannt. Die Bezeichnung Schiffgasse legt aber auch nahe, daß diese Gasse nicht in eine Landstraße am Ufer des Neckars mündete, sondern an einer Schiffsanlegestelle im Unterlauf der im Mittelalter vielbefahrenen Schiffahrtsstraße Neckar.

Neben dieser Schiffslände am südlichen Neckarufer wird sich eine Art ‚Gewerbegebiet‘ der Talgemeinde entwickelt haben, denn trotz der Erweiterung der Stadt im Jahre 1392 durch Verlegung der Gemeinde Bergheim in das Areal der heutigen Voralstadt zwischen Grabengasse und Sophienstraße wurde das Gelände zwischen dem heutigen Marstall und dem Jubiläumplatz bis in das 19. Jahrhundert hinein als ‚Allmende‘ bezeichnet (Allmende = kommunaler Besitz, der als Weide, Wirtschafts- oder Gewerbeareal den Gewerbetreibenden einer Kommune gemeinschaftlich zur Nutzung überlassen wurde). Bezeichnenderweise wurde am östlichen Ende der Allmende um die Mitte des 16. Jahrhunderts das kurfürstliche Zeughaus (heute Marstall genannt) errichtet. Seit dem 15. Jahrhundert hatte allgemein eine herrschaftliche Inanspruchnahme und Besitzergreifung ursprünglich in kommunalem Besitz befindlicher Allmenden stattgefunden, so auch in Heidelberg.

Die Verbindung Sandgasse-Schiffgasse zum Neckar dürfte wohl eine der ältesten Wege in Heidelberg sein, und sie liegt bezeichnenderweise quer vor der später entstandenen Stadt. Die heutige Grabengasse war ursprünglich ein Bachgraben, dessen Sohle etwa 4 m unter der jetzigen Straßenoberfläche lag. Er war zum Begehen nicht geeignet, da er zumindest saisonal das Überschußwasser aus dem Klingenteichtal in den Neckar leitete, gewissermaßen als natürliche Forstetzung des Tales. Mit der zunehmenden Perfektionierung der Wasserversorgung der Stadt aus dem Wasser der Berghänge südlich der Stadt wurden die Quellen in die städtischen Brunnenstuben umgeleitet, sodaß der Graben im 15. Jahrhundert bereits trocken war und als Übungsplatz für das Armbrustschießen genutzt werden konnte.

Bei der Anlage der Stadt Heidelberg konnte man diesen Graben als natürliche Begrenzung der Stadt nach Westen hin nutzen, eine der topographischen Bedingungen, die bei der Anlage des Stadtgrundrisses zu berücksichtigen waren.

Haben wir oben feststellen können, daß die Verbindung Sandgasse-Schiffgasse vor die Zeit der Stadtanlage zurückgehen muß, so sollten wir den später entstandenen und noch heute gültigen Stadtgrundriß auf weitere Spuren der Talsiedlung untersuchen.



Vom Klingenteich zum Neckartal

Die Ausgrabungen im Innenhof der Neuen Universität anlässlich der Erbauung des Tiefenmagazines der Universitätsbibliothek haben in unmittelbarer Nähe der späteren Stadtmauer die Fundamente einer Hofanlage zutage gefördert, deren Hauptgebäude wohl aus einem turmartigen Wohn- und Wehrbau bestanden. Die außerordentlich kräftigen, nahezu quadratischen Fundamente dieses Baues legen den Schluß nahe, daß es sich hier nicht um das Wohnhaus eines Handwerkers oder Kleinkaufmannes gehandelt haben kann, sondern daß es die Wohn- und Hofstelle eines Mannes aus dem Gefolge des Pfalzgrafen gewesen ist. Dieses Gebäude muß zur Zeit der Errichtung der westlichen Stadtmauer in den 20er Jahren des 13. Jahrhunderts bereits abgetragen gewesen, möglicherweise auch wegen der Errichtung der Stadtmauer abgebrochen worden sein. Die Hofanlage mit kleineren Nebengebäuden kann daher nur mit der Talsiedlung und ihrer Ausdehnung nach Norden hin in Zusammenhang gebracht werden, sie zeigt aber auch, daß hier bereits vor 1200 größer dimensionierte Anwesen außerhalb des eigentlichen Tales bestanden haben, und daß sich die Ausdehnung der Talsiedlung nach Norden Richtung Neckar nicht nur auf die Achse Sandgasse-Schiffgasse beschränkte.

Ein Blick auf den Stadtplan des mittelalterlichen Heidelberg zeigt im westlichen Teil der Kernaltstadt eine Unregelmäßigkeit, die wiederum nur auf die Existenz einer Ausdehnung der Talsiedlung in Richtung auf den Neckar erklärt werden kann. Die Regelmäßigkeit der Anlage von drei parallel geführten Straßenzügen – Untere Straße, Hauptstraße, Ingramstraße – wird an der Kettengasse unterbrochen: hier endet die Ingramstraße, ohne – wie die Untere Straße an der westlichen Stadtmauer sich entlangziehenden Großen Mantelgasse endend – bis zur Augustinergasse durchgezogen worden zu sein: die Ingramstraße endet an ihrer Einmündung in die Kettengasse. Warum wurde sie nicht über die Heugasse bis zur Augustinergasse durchgezogen? Hier sind zwar im 18. Jahrhundert durch die Jesuitenbauten einschneidende Veränderungen vorgenommen worden, doch läßt sich die mittelalterliche Situation rekonstruieren: die heutige Merianstraße bestand noch nicht, ebensowenig die Schulgasse, auch sie – nach der Jesuitenschule benannt – wurde erst im 18. Jahrhundert geschaffen. Die Heugasse, heute vor der Jesuitenkirche endend, zog sich vor dem Bau der Kirche von der Hauptstraße bis zur heutigen Seminarstraße hin. Im Gegensatz zur Lösung der nördlichen Parallele der Hauptstraße, der Unteren Straße, war der südwestliche Teil der mittelalterlichen Stadt durch drei von Nord nach Süd laufende Gassen ohne west-östliche Querverbindung strukturiert. Dieses entspricht in keiner Weise den auf größtmögliche Regelmäßigkeit unter Berücksichtigung der topographischen Bedingungen bedachten Anlage des Stadtgrundrisses. Offen-

sichtlich wurde hier ebenfalls auf ältere, bereits bestehende Verhältnisse Rücksicht genommen. Von alters her befand sich auf dem Gelände des heutigen Anglistischen Seminars der Universität an der westlichen Seite der Ketten-gasse der kurfürstliche Marstall mit seinen Nebengebäuden, Wagnerei, Schmiede und ähnlichen Werkstätten, die sich etwa bis zur heutigen Merianstraße erstreckten. Warum nun war der herrschaftliche und pfalzgräfliche Marstall hier untergebracht und nicht in nächster Nähe zum Aufgang zur Burg, welche der beiden auch immer die ältere sein mag? Die Frage ist einfach zu beantworten: die pfalzgräfliche Herrschaft legte ihn bereits an, bevor der Grundriß der Kernaltstadt geschaffen wurde und die Talsiedlung allein die Versorgung der herrschaftlichen Burg wahrnahm.

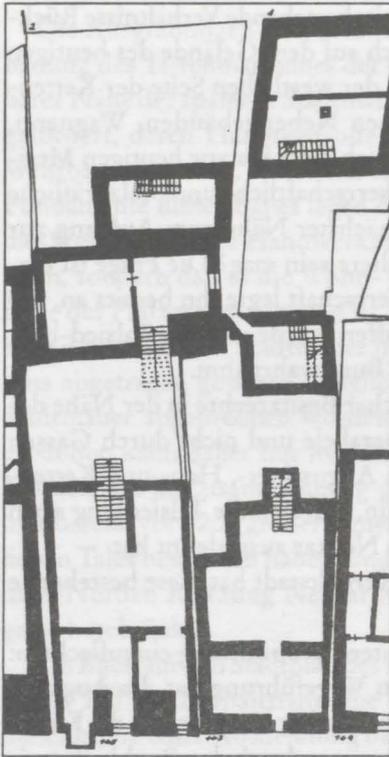
Dieses, die Existenz älterer herrschaftlicher Besitzrechte in der Nähe des Burgweilers im Klingenteichtal und die parallele und nicht durch Gassen miteinander verbundene Wegführung von Augustiner-, Heu- und Ketten-gasse bis zur Hauptstraße deuten darauf hin, daß sich die Talsiedlung noch vor 1200 in die Ebene in Richtung auf den Neckar ausgedehnt hat.

Der wohl um 1200 angelegte Plan der Kernaltstadt hat diese bestehende Situation berücksichtigen müssen.

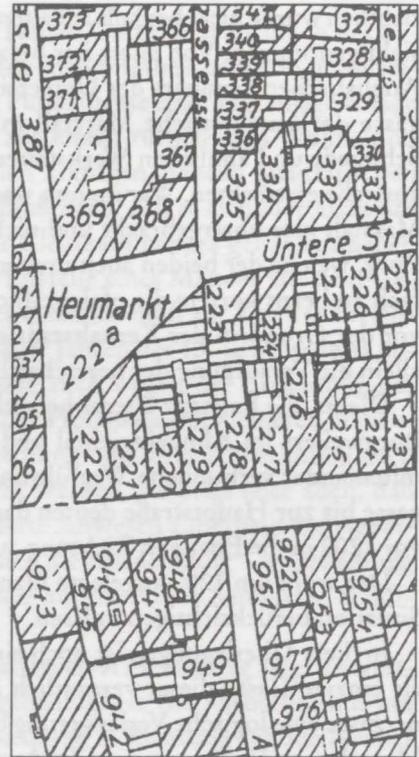
In diese Überlegungen ist noch eine weitere Beobachtung einzuflechten: als einzige Gasse dieser vermutlich älteren Wegführung hat die Augustinergasse eine logische Verlängerung bis zum Neckar hin, nämlich die Kleine Mantelgasse. Verlängert man die Augustinergasse durch den Baublock zwischen Hauptstraße und Unterer Straße hindurch, ergibt sich eine geradlinige Verbindung. Diese Beobachtung wird unterstützt durch die Tatsache, daß die westlichen Grenzen der in Frage kommenden Grundstücke in diesem Bereich jeweils eine Verbindung von Augustiner- und Kleiner Mantelgasse durch den Baublock hindurch bilden (Flurstück 218 = Hauptstraße Nr. 145 und Flurstück 223 = Untere Straße Nr. 2).

Betrachten wir die Situation an dieser Stelle etwas genauer und ziehen die Kellerpläne der Altstadt zu Hilfe. Der Keller des Hauses Hauptstraße 145 weist an den Außenwänden deutliche Abstände zu den Nachbarkellern auf, ein Hinweis, daß dieser Keller nachträglich eingegraben wurde. Auch auf dem Grundstück Untere Straße 2 finden wir eine Situation, die unsere Vermutung bestätigt. Das Haupthaus an der Unteren Straße hat gar keinen Keller, nachträglich aber wurde im nicht überbauten Hof des Anwesens ein Keller gegraben, ebenso im Hof des Anwesens Hauptstraße 145.

Betrachten wir die Situation der Klingenteichtalgemeinde noch einmal, so finden wir eine Siedlung im Tal und eine Kirche am Talausgang, eine Hofanlage von beachtlicher Größe im Innenhof der heutigen Neuen Universität, Wege, die von der Talsiedlung zum Neckar führen und herrschaft-



Keller Hauptstraße 145 und 147



Kataster zwischen Hauptstraße
und Unterer Straße

lichen Grundbesitz am Ostrand dieser Siedlungserweiterung. Die Talsiedlung muß also innerhalb einer kurzen Zeit eine beachtliche Ausdehnung erfahren haben.

Zu einem nicht näher bekannten Zeitpunkt, aller Wahrscheinlichkeit nach um 1200, scheint die Talsiedlung mit ihrer Erweiterung nach Norden den gewachsenen Ansprüchen und Anforderungen nicht mehr genügt zu haben, die Siedlung mußte vergrößert werden.

Aus Mangel an Quellen ist nicht bekannt, was in diesen Jahren geschah. Pfalzgraf Konrad, der Stiefbruder Kaiser Friedrich Barbarossas, hatte bis zu seinem Tode 1195 die Vogteirechte über den weltlichen Besitz der Diözese Worms und damit auch über das untere Neckarland inne. Nach seinem Tode gingen die Rechte an seinen Schwiegersohn Heinrich, den Sohn Heinrichs des Löwen über, der sie 1211 an seinen Sohn Heinrich den Jüngeren abtrat. Dieser starb bereits 1214 und hinterließ eine Tochter, die mit dem noch unmündigen Otto von Witteisbach verlobt war. An dessen Stelle übernahm

der Vater Ludwig die Regentschaft und zog sich nach der Volljährigkeit seines Sohnes nach Bayern zurück.

Doch nicht nur der schnelle Wechsel der Pfalzgrafen, auch deren Häuser – von den Staufern über die Welfen zu den Wittelbachern – ließen in der Pfalz die Verhältnisse schwankend werden, dies insbesondere auch dadurch, daß nach der Doppelwahl des Jahres 1198 – Otto von Braunschweig und Philipp von Schwaben wurden zu Königen gewählt – wechseln die Parteinahmen, die die Pfalz schwächten. Erst 1214 tritt mit der förmlichen Belehnung des jungen Otto von Wittelsbach durch den 1212 gewählten Friedrich II. Stabilität ein. Gleichwohl wurde die Stellung der Pfalzgrafen durch den Verlust von Vogteirechten geschwächt.

Seit diesen Jahren kristallisieren sich bereits Schwerpunkte der pfälzischen Verwaltung heraus: Bacharach, Alzey, Neustadt und Heidelberg, ohne daß eine Entscheidung für die Bevorzugung eines dieser Orte als mögliche Residenz gefallen wäre: alle vier Orte erfahren in diesen Jahren Aufschwung und Förderung.

In einer im Jahre 1220 von Ludwig als Vormund seines Sohnes Otto für das Kloster Schönau ausgestellten Urkunde werden einige Ministeriale als Zeugen genannt; sie werden als ‚burgenses de Heidelberg‘ bezeichnet. ‚Burgenses‘ kann in diesem Zusammenhang nicht als ‚Stadtbürger‘ im späteren Sinne des Wortes übersetzt werden, gibt vielmehr nur an, daß diese Gefolgsleute des Pfalzgrafen im ‚burgus‘ Heidelberg ihren Wohnsitz hatten. ‚Burgus‘ ist auch nicht Stadt, sondern eher als Synonym zu ‚suburbium‘ = Burgweiler zu verstehen. Wichtig ist auch nicht die Nennung Heidelbergs, denn unter diesem Namen kann wohl auch noch der Burgweiler im Klingenteichthal verstanden sein, wichtig ist die Nennung der Personen in Verbindung mit Heidelberg. Dieselben erscheinen auch in einigen anderen Urkunden Ludwigs in diesen Jahren als Zeugen. Sie gehören offensichtlich zur engeren Umgebung des Pfalzgrafen, zu seinem Gefolge. Sie sind es, die Gebäude wie die Hofanlage unter dem Innenhof der Neuen Universität besessen haben, noch in den 50er und 60er Jahren des 13. Jahrhunderts werden Ministeriale mit der Bezeichnung ‚de turri‘ = vom Turm oder ‚de domo lapidea‘ = vom steinernen Haus erwähnt, Hinweise auf adlige und ministeriale Wohn- und Lebensformen.

Wenn Leute aus dem Gefolge des Pfalzgrafen ihren festen Wohnsitz in Heidelberg haben, muß sich hier ein Verwaltungsschwerpunkt gebildet haben, und der Ort muß bereits eine entsprechende Infrastruktur entwickelt haben, um ihre Bedürfnisse befriedigen zu können.

Aus dem Jahre 1239 wird die Schenkung der Mühle der Hildegund Rüdiger an das Kloster Schönau beurkundet, die spätere Mönchsmühle in Höhe

der heutigen Mönchgasse. Sie wird sicher nicht erst im Jahre 1239 erbaut worden sein, sondern einige Jahre früher. Hatten wir oben bereits gesehen, daß die Stadt 1225 bereits über ‚munitiones‘, Befestigungen verfügte, daß die Schönauer Mönche 1217 mit Heidelberger Bürgern um den Besitz einer Neckarfähre stritten, daß ab 1220 zunehmend von ministerialen Leuten aus dem Gefolge des Pfalzgrafen berichtet wird, daß die Infrastruktur der kleinen Gemeinde im Klingenteichal diesen Anforderungen nicht mehr gewachsen sein konnte, so ist die Anlage des heutigen Grundrisses der Heidelberger Kernaltstadt auf die Zeit vor etwa 1220 zu datieren.

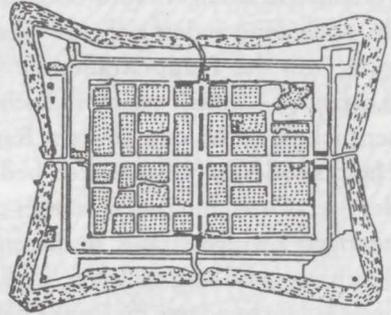
Dieser Grundriß ist nicht zufällig entstanden, sondern planvoll angelegt, wie in vielen anderen Gründungsstädten dieser Zeit auch. Freilich berücksichtigt die Anlage im westlichen Teil bereits vorhandene Strukturen der älteren Siedlung, und sie berücksichtigt die topographische Situation des Geländes zwischen Neckar und Schloßberghang.

Die nördliche Begrenzung bildet der Neckar, allerdings nicht in seinem heutigen Lauf. Am Karlstor reichte sein südliches Ufer etwa bis unter das Tor; das um die Mitte des 16. Jahrhunderts errichtete Gebäude des Zeughauses (Marstall) war noch am Neckarufer errichtet; mit einem Wort, die heutige Bundesstraße 37 ist erst in späterer Zeit dem Neckar abgewonnen worden.

Die südliche Begrenzung bildeten die Gebäude auf der Bergseite der heutigen Karlstraße und die Stadtmauer in der heutigen Zwingerstraße, weiter die Seminarstraße. Im Osten wurde die Anlage durch das ‚Obere Tor‘ auf der Hauptstraße in Höhe der Plankengasse begrenzt, im Westen durch den natürlichen Graben unter der heutigen Grabengasse. Die topographische Lage bedingte einerseits eine Einschnürung der im Idealfall in einem langen Rechteck von West nach Ost angelegten Stadt in Höhe der Kettengasse durch den hier vorspringenden Berghang, andererseits eine Geländesprung längs durch die Länge der Stadt. Die Hauptstraße, deswegen früher auch Obere Straße genannt, liegt am Heumarkt deutlich höher als die Untere Straße; erst ab der Mönchgasse beginnt sich diese Höhendifferenz nach Osten hin auszugleichen. Bei der Planung der Stadt hat man dieses berücksichtigt und die von der Großen Mantelgasse bis zur Mönchgasse parallel zur Hauptstraße verlaufende Untere Straße in einem sanften Bogen an die Hauptstraße herangeführt, bis sie an der Leyergasse die gleiche Höhe wie die Hauptstraße erreicht hat und in spitzem Winkel auf diese stößt. Im Süden wird die Hauptstraße von der Plankengasse bis zur Einmündung in die Kettengasse von der heutigen Karlstraße und der Ingramstraße parallel begleitet. Hier muß freilich angemerkt werden, daß die Ingramstraße nach den Planungsvorstellungen des 18. Jahrhunderts zwischen den sie kreuzenden Gassen begradigt



La Scarperia



Elburg

wurde, sodaß der ursprünglich sanfte S-Schwung dieser Straße verloren ging.

Den Mittelpunkt der Stadt bildet der Marktplatz; bis auf eine minimale Meßgenauigkeit liegt er jeweils von Nord nach Süd und von West nach Ost gemessen haargenau im Zentrum der mittelalterlichen Stadt.

Vergleichen wir diese Feststellungen mit der Planung und Anlage anderer Städte aus der gleichen Zeit, können wir eine überraschende Übereinstimmung zwischen den Planungsprinzipien in unterschiedlichen europäischen Regionen feststellen. Als Beispiele seien Kulm und Elburg (Niederlande), die Neustadt von Rostock, La Scarperia und San Giovanni Val d'Arno (beide Toskana) genannt.

Um das erkennen zu können, müssen wir den Heidelberger Grundriß aus seinen topographischen Bedingungen entzerren: wir stoßen auf eine rational geplante Anlage mit drei parallelen Straßenzügen, die durch Querachsen miteinander verbunden sind: der Plan, der für das 13. Jahrhundert als Idealplan bezeichnet werden muß.

Betrachten wir die Details des Planes, so wird deutlich, daß er außerordentlich flexibel angewendet worden ist, nicht nur, daß Hauptstraße und Untere Straße jeweils in den Geländeabschnitten angelegt worden sind, in denen der Höhenunterschied wieder in eine weitgehend ausgeglichene Geländesituation übergeht; beide Straßen treffen sich auch an der Stelle, wo sich die Differenz ausgleicht (Leyergasse). Die Ingramstraße konnte ohne Berücksichtigung topographischer Bedingungen weitgehend parallel zur Hauptstraße geführt werden.

Ähnlich die Anlage der Nord-Südstraßen, die in Heidelberg bis auf die Dreikönigstraße alle als Gassen bezeichnet werden: die unregelmäßige Anordnung südlich der Hauptstraße ist hier durch die trapezförmige Gestaltung des Areals bedingt. Die alte Heugasse und auch die Kettengasse verlaufen in strenger Nord-Südrichtung, genau rechtwinklig zur Hauptstraße, doch dann ändert sich von Westen nach Osten der Winkel der Abzweigung von der Hauptstraße; die Gassen verlaufen – in unregelmäßigen Abständen – immer weiter in Richtung Südosten. Dieses wird zwar im wesentlichen durch den ab dem Rathausmarkt feststellbaren Schwung der Hauptstraße nach Nordosten bedingt, folgt aber mehr noch dem Verlauf der nach Osten hin immer stärker nördlich abknickenden Stadtmauer in der heutigen Zwingerstraße. In diesem Bereich der Stadt sind die Gassen fast durchweg gradlinig angelegt, und es scheint fast, als habe der Stadtplaner des 13. Jahrhunderts im Punkt des zeichnerischen Zusammentreffens von Hauptstraße und südlicher Stadtmauer in Höhe der Plankengasse auf der Hauptstraße den Zirkel angesetzt, als Winkelhalbierende ab dem heutigen Kornmarkt die Ingramstraße genommen und von da an nach Westen bis auf die Höhe der Floringasse die dazwischenliegenden Gassen jeweils im rechten Winkel die Ingramstraße queren lassen. Freilich knickt die Ingramstraße in Höhe der Apothekegasse (von Ost nach West gesehen) nach Norden ab und entfernt sich vom Ideal der Winkelhalbierenden. Möglicherweise mußte auch hier auf bereits bestehende Besitzverhältnisse Rücksicht genommen werden, dieses legt die Tatsache nahe, daß die Ingramstraße nach Westen nicht weiter durchgezogen wurde, sondern mit der Einmündung in die Kettengasse endet; wäre sie weiter geführt worden, hätte sie das in pfalzgräflichem Besitz stehende Gelände des Marstalls durchschnitten. Hier stieß die Neuplanung der Stadt offensichtlich auf zu berücksichtigende ältere Besitzstrukturen, die nicht verändert werden konnten. Auffällig ist in diesem Bereich jedoch die Grenze der Grundstücke am südöstlichen Ende der Ostseite der Kettengasse. In einer Parallele und in nahezu gleichem Abstand wie von der Ingramstraße zur Hauptstraße verläuft die Grundstücksgrenze zwischen den Flurstücken 996, 996 a und 997 in dieser Richtung. Die südlich dieser Grenze liegenden Grundstücke waren ursprünglich Eigentum der Herren von Walldorf, die den Grund bei dem Eintritt eines ihrer männlichen Mitglieder in den Deutschen Ritterorden im Jahre 1280 übergaben, können damit sehr wohl noch zum Bereich der Ausdehnung der Talsiedlung gehört haben. Auch die Herren von Walldorf lassen sich bereits früh in der Umgebung der Pfalzgrafen nachweisen. Da der Verlauf der Grundstücksgrenzen östlich dieser Situation keine erkennbare Fortsetzung hat, scheint es so, daß hier die Stadtplaner des 13. Jahrhunderts eine Planänderung voll-



Kataster Zwingerstraße

zogen haben. Verlängert man die Linie der Grundstücksgrenze nach Osten, stößt man ab der Apothekergasse, wo die Zwingerstraße (= Stadtmauer) einen leichten Knick nach Süden macht (von Osten in Richtung West gesehen), auf die lineare Verlängerung der Grenze nach Osten.

Ebenso wie im südwestlichen Bereich der Hauptstraße stoßen wir im nordwestlichen Bereich auf bereits älter angelegte Strukturen. Sämtliche Gassen zwischen der Großen Mantelgasse und der Steingasse sind in sich gebogen, weisen unregelmäßige Abstände zwischen den Einmündungen in die Untere Straße auf und erweitern sich zur Gassenmitte hin, zudem zweigt keine der Gassen genau im rechten Winkel von der Unteren Straße ab – alle weisen Winkelabweichungen von $3 - 5^\circ$ auf, und alle diese Gassen führen

direkt auf den Neckar hin. In diesem Bereich der Stadt haben immer die sozial Schwächeren gelebt: Fischer, Tagelöhner und kleine Handwerker. Von wenigen Ausnahmen abgesehen sind die an den Gassen liegenden Grundstücksbreiten gering, betrachten wir die Kellerpläne, zeigt sich, daß die an den Gassen liegenden Häuser kaum unterkellert sind. Wenn sie es sind, wurden die Keller später nachgegraben, wie die häufig mit deutlichem Abstand zu den Fundamenten der Hausmauern innenliegenden oder nachträglich in un bebauten Höfen gegrabenen Keller beweisen. Hier wohnte eine Bevölkerungsschicht, die sich eine haushälterische Bevorratung nicht leisten konnte und daher keine Keller benötigte. Überdies ist dieser Teil der Stadt besonders hochwassergefährdet, so daß schon aus diesem Grunde die Wohlhabenderen mit ihren Bevorratungskellern dieses Gebiet mieden.

Die Abstände zwischen den einzelnen Gassen dieses Stadtbezirkes sind unterschiedlich; die Gassen selbst sind nicht parallel angelegt, lediglich die Dreikönigstraße – früher Judengasse – und die Pfaffengasse verlaufen einigermaßen parallel. Kleine Mantelgasse, Bussemergasse, Dreikönigstraße und Pfaffengasse weisen noch eine Besonderheit auf: sie werden zur Mitte hin breiter und schnüren sich an der Einmündung zur Unteren Straße und auf die heutige Lauerstraße hin deutlich ein. Der Grund für diese Gestaltung ist in verkehrslenkenden Maßnahmen zu suchen: man wollte den Durchgangsverkehr mit Pferdewagen behindern, da die Gassen selbst häufig genug als Arbeitsplatz dienen mußten. Um aber den Verkehr vom Neckar dennoch zu gewährleisten, wurde die Dreikönigstraße besonders breit gestaltet, auf ihr konnte der Verkehr mit Lastwagen vom und zum Neckar ungestört vonstatten gehen.

Eine Sonderstellung im mittelalterlichen Straßengefüge nahmen die Haspel- und die Steingasse ein. Die Haspelgasse zeichnet sich schon durch ihre besondere Breite vor den anderen Gassen aus, und in beiden Gassen befanden sich im Mittelalter die meisten Gasthäuser – bis zur Gegenwart hat sich an dieser Situation übrigens nichts geändert. Der Grund dafür liegt darin, daß in diesem Bereich die schon 1217 erwähnte Fähre über den Neckar zu suchen ist, und daß hier wohl um 1280 die erste Neckarbrücke errichtet wurde. Der von Norden kommende Verkehr wurde über die Stein- und die Haspelgasse in die Stadt geleitet, zudem war in der Haspelgasse das städtische Kaufhaus errichtet (heute Haus Nr. 12). Der Warenverkehr vom und zum Kaufhaus erforderte natürlich Platz auf der Straße, wohl aus diesem Grunde ist die Haspelgasse so ungewöhnlich breit angelegt.

Die Gassen östlich der Steingasse, die Fischergasse und die Semmelgasse zeigen wiederum die typische Gestaltung der Gassen nördlich der Hauptstraße: leicht geschwungen und sich an den Enden einengend.



Baublöcke zwischen Hauptstraße und Ingrimstraße mit den Wassergräben

Die Mönchgasse wurde erst zu Beginn des 20. Jahrhunderts aus einem schmalen Gässchen auf die heutige Breite gebracht. Davon östlich erstreckte sich bis zur Leyergasse der Wirtschaftshof des Zisterzienserklosters Schönau bis hin zur Leyergasse. Dieser gesamte Komplex ist als Grundstückseinheit in sich völlig ungegliedert, keine öffentliche Gasse durchzieht ihn.

Betrachten wir noch einige Planungsdetails, die sich in der heutigen Stadt immer noch finden und die die rationale Durchplanung deutlich machen.

In vielen Baublöcken zwischen den Gassen ist heute noch die ursprünglich angelegte und durchweg von Nord nach Süd verlaufende Grundstücksgrenze etwa in der Mitte des Baublocks zu erkennen. Häufig ist an Ort und Stelle auch noch ein schmaler Zwischenraum in der Bebauung festzustellen, der früher als Wasserabfuhrasse zwischen den Grundstücken diente. Die Wasserversorgung der Stadt spielte offensichtlich bereits in der Frühzeit der Stadt eine wesentliche Rolle, stand doch mit den zahlreichen Quellen am Nordhang des Königstuhle genügend Wasser für die Bedürfnisse der Stadt zur Verfügung; es brauchte nur in die Stadt geleitet zu werden. Das muß bereits frühzeitig realisiert worden sein. Unter dem Haus Apothekergasse 3 wurden bei baugeschichtlichen Untersuchungen zwei parallel verlaufende tonerne Wasserleitungen gefunden, die dem Datierungsbefund nach nur aus dem 13. Jahrhundert stammen können. Wenn sich also Fließwasser auf den Grundstücken befand, mußte konsequenterweise auch für den Abfluß des nicht verbrauchten Wassers gesorgt werden. Es finden sich in manchen Baublöcken daher auch noch in Sandstein gehauene Abwasserrinnen.

Die Ausrichtung Wassergässchen von Süden nach Norden ergibt sich aus der schon berührten Tatsache, daß sich beiderseits der Hauptstraße das Gelände absenkt, zum Berghang nach Süden und zum Neckar nach Norden hin. Die südlich der Hauptstraße gelegenen Baublöcke entwässerten daher in den Graben an der südlichen Stadtmauer, die nördlichen in Richtung Neckar. Als wohl gegen Ausgang des Mittelalters die unter den Straßen und Gassen verlaufenden Kanäle angelegt wurden, machte diese topographische Situation erhebliche Schwierigkeiten: in einem komplizierten System entwässerten die Gassen südlich der Hauptstraße in einen Sammelkanal unter der Ingramstraße. Dieser wurde dann sehr tief – um das notwendige Gefälle herzustellen – unter der Apothekegasse und dem Marktplatz hindurch nach Norden in Richtung Neckar abgeleitet.

Doch noch eine weitere Beobachtung am Heidelberger Stadtgrundriß führt uns in die Frühzeit der Stadt zurück: viele der Einzelgrundstücke in der Stadt weisen heute noch dieselben Proportionen auf, die sie bei der Besiedlung der Stadt im Mittelalter erhalten haben. Üblicherweise wurde das Stadtareal in etwa gleichgroßen Parzellen an die Stadtbürger gegen die jährliche Zahlung eines Arealzinses abgegeben. Der soziale und rechtliche Hintergrund ist der, daß eine mittelalterliche Stadt in erster Linie ein Personenverband der Bürger war, der das Stadtareal kollektiv besaß und damit gewissermaßen einen Oberbesitz über alle Grundstücke in der Stadt ausübte, so daß die persönlichen Besitzrechte der Bürger an Grund und Boden eingeschränkt waren; das System läßt sich am ehesten mit dem heutigen Erbbauprinzip vergleichen. Der Arealzins floß in den Reichsstädten in die Stadtkasse, in Heidelberg kassierte ihn die kurfürstliche Hofküchenschreiberei.

In den meisten Fällen sind die ursprünglichen Einzelgrundstücke durch Über- oder Unterschreitung der ursprünglichen Grenzen im Laufe der Jahrhunderte geringfügig verändert worden; da wurde dann eine Hausmauer um nur ein geringes Maß auf das nachbarliche Grundstück gesetzt, und man einigte sich in irgend einer Weise. Trotz dieser Veränderungen fällt bei der Betrachtung eines heutigen Katasterplanes der Altstadt die Gleichförmigkeit vieler Grundstücke ins Auge, so beispielsweise Dreikönigstraße 25 (Ecke Untere Straße) und die Nachbargrundstücke Untere Straße 24, 26 und 28, wobei die drei erstgenannten die der mittelalterlichen Synagoge und seit 1390 Marienkapelle der Universität. sind Die Universität hatte die drei Synagogengrundstücke von 1390 bis 1703 in Besitz, und während dieser Jahre sind an den Gebäuden keinerlei bauliche Veränderungen vorgenommen worden, so daß hier mittelalterliche Originalmaße vorliegen. Die Fronten der Häuser zur Unteren Straße messen mit geringfügigen Abweichungen 2 Ruten, 2 Schuh und 4 Zoll = 9,58 m. Ein anderes sehr häufig anzutreffendes Maß ist

1 Rute, 9 Schuh = 6,97 m; es findet sich sehr ausgeprägt noch an der westlichen Seite des Heumarktes, in der Großen und der Kleinen Mantelgasse, aber auch in den kleinen Gassen südlich der Hauptstraße bei den Grundstücken, deren Besitzer zu den unteren sozialen Schichten gerechnet werden müssen. Da in diesen Familien Besitzwechsel selten stattfinden und einmal vorhandener Besitz durchweg über Generationen in der Familie gehalten wird, kann davon ausgegangen werden, daß hier im Laufe der Zeit auch nur wenige bauliche Veränderungen vorgenommen wurden, die Maße also im wesentlichen gleich blieben.

Diese beiden Maße sind am häufigsten anzutreffen, davon abweichende sind selten. Die beiden Hauptmaße stehen etwa im Verhältnis 3:4 zueinander. Die anderen anzutreffenden Maße nehmen das Maß von 1 Rute und 9 Schuh im wesentlichen in Drittelschritten wieder auf, sodaß wir dieses als Grundmaß bezeichnen können.

Diese Beobachtung wird ergänzt durch das Stegzinsbuch aus dem Jahre 1607 (Generallandesarchiv Karlsruhe). Nachdem das Vorgängerbuch verloren gegangen war, legte man es im Jahre 1607 neu an, wie die beiden amtierenden Bürgermeister der Stadt in einem in urkundlicher Form gehaltenen Nachwort erklären. Im Stegzinsbuch sind die einzelnen Grundstücke der Stadt mit den damaligen Besitzern und den Vorbesitzern straßenweise aufgelistet und der von jedem Grundstück zu entrichtende Stegzins verzeichnet. Für ein Grundstück unseres Grundmaßes war jährlich zu Martini der Zins in Höhe von 2 Heller zu zahlen, für das nächstgrößere Maß 3 Heller etc. Für das Haus Große Mantelgasse 24, das etwa im doppelten Grundmaß errichtet wurde, wird ein Arealzins von 4 Hellem entrichtet, und das Stegzinsbuch begründet dieses damit, daß hier zwei Grundstücke zusammengelegt worden seien.

Im Stegzinsbuch findet sich also in Form der unterschiedlichen Zinsbemessungen für die einzelnen Grundstücke eine Entsprechung zu den festgestellten Arealen der Stadt, und es scheint daher so, daß die Aufsiedlung der Stadt und die Verteilung der einzelnen Grundstücke nach einem in sich flexiblen Rastersystem vorgenommen wurde, wie es auch für andere Städte, zum Beispiel Lübeck, nachgewiesen ist.

Die Anfänge Heidelbergs sind in einer noch namenlosen Vorgängersiedlung im Klingenteichtal zu suchen, die sich allmählich zum Neckar hin ausdehnte. Um 1200 reichte auch dieses Areal nicht mehr aus, und man begann die Anlage einer neuen, an den Planungsprinzipien des frühen 13. Jahrhunderts orientierten Stadt, wobei freilich einige Kompromisse geschlossen werden mußten: die uneinheitliche Topographie und bereits bestehende Besitzverhältnisse machten es schwierig, einen idealen Plan zu realisieren, den-

noch ist zu erkennen, daß eine Lösung gewählt wurde, die allen Bedingungen Rechnung trug. Wenig nur hat sich im Laufe der folgenden Jahrhunderte an diesem Plan geändert und selbst im Wiederaufbau des 18. Jahrhundert nach der Zerstörung der Stadt 1693 blieb die Idee des 13. Jahrhunderts noch so lebendig, daß man auf Eingriffe weitgehend verzichten konnte.

Quellen

- Stegzinsbuch von 1607, Generallandesarchiv Karlsruhe, Sign. 66/3495
 Gudenus, V. L.: Sylloge I variorum diplomatiorum ... I, 1728
 Koch, A. u. Wille, J.: Regesten der Pfalzgrafen am Rhein, 1214 – 1400, Innsbruck 1914
 Kellerpläne der Stadt Heidelberg, Amt für Stadterneuerung und Liegenschaften.

Literatur

- Carroll-Spillecke, Maureen: Die Untersuchungen im Hof der Neuen Universität in Heidelberg. Materialhefte zur Archäologie in Baden-Württemberg, Heft 20, hrg.v. Landesdenkmalamt, Stuttgart 1993
 Braunfels, Wolfgang: Abendländische Stadtbaukunst, Herrschaftsform und Stadtgestalt, Köln 1976
 Derwein, Herbert: Die Flurnamen von Heidelberg, Heidelberg 1940
 Egli, Ernst: Geschichte des Städtebaues, Bd. II, Ansbach 1962
 Goetze, Jochen: Die (Alte) Brücke im Rahmen der Heidelberger Stadtentwicklung, in: Die Alte Brücke in Heidelberg, Hrg. v. H. Prückner, Heidelberg o. J. (1988)
 Gruber, Karl: Die Gestalt der deutschen Stadt, München 1977, 3. Aufl.
 Hall, Thomas: Mittelalterliche Stadtgrundrisse, Stockholm 1978
 Planitz, Hans: Die deutsche Stadt im Mittelalter, Graz-Köln 1965.
 Schaab, Meinrad: Die Entstehung des pfälzischen Territoriums am unteren Neckar und die Anfänge der Stadt Heidelberg, in Zeitschr. f. d. Gesch. d. Oberrheins, Bd. 106/1958
 Ders.: Geschichte der Kurpfalz, Bd. 1, Stuttgart 1988

Martin Krauß

Die Geschichte der Wieblinger Mühle

Rechts- und Besitzverhältnisse bis ins 18. Jahrhundert

Im zweiundzwanzigsten Jahr der Regierung Karls des Großen (789) schenkte der Priester Erlevalt dem Kloster Lorsch eine Reihe von Besitzungen in Wieblingen, darunter einen Mühlplatz. Die Wieblinger Mühle ist damit eine der ältesten Mühlen im Rhein-Neckar-Raum und zugleich die letzte erhaltene Flußmühle am Neckar in Heidelberg. Um das Jahr 1220 gelangte die Mühle in den Besitz des Klosters Schönau, das 1558 infolge der Reformation aufgelöst wurde. Die Mühle ging in das Eigentum der Pfälzer Kurfürsten über, die sie als Erblehen an Adelige vergaben. Diese betrieben die Mühle nicht selbst, sondern verpachteten sie an einen Müller.¹

Die Mühle wurde im Verlauf der Kriege des 17. und frühen 18. Jahrhunderts mehrfach zerstört, zuletzt zu Beginn der 1720er Jahre. Der Lehnsherr Johann Friedrich von Bernstein, kurpfälzischer Oberstleutnant und Herr zu Oberpolenz und Höchst, ließ sie zunächst nicht wieder aufbauen, obwohl in Wieblingen selbst, aber auch in Mannheim Bedarf nach einer Mühle bestand. Zwischen 1725 und 1728 richtete die Gemeinde Wieblingen mehrere Gesuche an die Landesherrschaft mit der Bitte, von Bernstein zum Wiederaufbau der Mühle aufzufordern. Mit dem Mannheimer Zimmermeister Caspar Deegen fand man im September 1728 schließlich einen Pächter, der bereit war, die Mühle auf eigene Kosten wiederherzustellen. Deegen wurden 15 pachtfreie Jahre zugestanden, danach sollte er jährlich acht Malter Korn an den Lehnsherrn zahlen. Gleichzeitig erhielt er das Recht, die Mühle zu vererben oder zu verkaufen.²

Deegen errichtete eine nach zeitgenössischen Maßstäben große Mühle. Im Jahr 1740 waren sechs Mahlgänge für unterschiedliche Mehlsorten sowie ein Schälengang zum Enthülsen des Dinkels vorhanden. Hinzu kamen eine Hanfreibe, eine Sägemühle und eine Ölmühle. Als Antrieb dienten acht unterschlächtige Wasserräder, die in zwei Gerinnen liefen. Zur besseren Ausnutzung der Wasserkraft baute Deegen diese *Peterich* genannten Gerinne weiter als ursprünglich gestattet in den Neckar hinaus. Nach Ansicht der kurpfäl-



Wohnhaus (links) und Mühlengebäude (rechts)

zischen Verwaltung hatte sich der Müller damit unberechtigterweise Kamealgut angeeignet. Behördliche Sanktionen gegen ihn blieben jedoch aus, da die erweiterte Mühle den Ort besser als bisher vor Hochwasser schützte.³

Nach Caspar Deegens Tod ging das Erbbestandsrecht im Juni 1746 auf dessen Schwiegersohn Johann Friedrich Wolf über. Die jährliche Pacht in Form von 25 Maltern Korn, *saubere und dürre Frucht*, hatte Wolf *halb auf Martini und halb auf Ostern parat zu halten*, und dem Lehnsherrn von Bernstein *ohn allen Nachlaß drey Stund wegs weit zu liefern*. Der Erbbeständer verpflichtete sich außerdem, die Mühle innerhalb eines Jahres wiederaufzubauen, falls sie durch Kriegsergebnisse, Feuer oder Hochwasser zerstört werden sollte.⁴

Die Mühle wechselte bald darauf erneut den Besitzer. Im Jahr 1752 war der Bäcker Michael Schmitt Pächter; er hatte sie für 12.000 Gulden erworben und wollte sie an die kurpfälzische Landesherrschaft verkaufen. Die Mannheimer Hofkammer lehnte das Angebot jedoch ab.⁵ Schmitt war verschuldet und offenbar zahlungsunfähig; beim Kauf der Mühle hatte er auch die finanziellen Verpflichtungen seiner Vorgänger Deegen und Wolf mit über-

nommen. Auf Betreiben der Gläubiger Schmitts wurde die Mühle am 18. August 1755 zwangsversteigert. Sie ging für 9.600 Gulden an den *kurpfälzischen geistlichen Administrationsrat* Trapp.⁶ Dieser betrieb die Mühle nicht selbst, sondern verpachtete sie im Jahr 1756 an den Schriesheimer Müller Nicolaus Helmreich.⁷

In den 1770er Jahren erwarb ein Geheimrat von Weiler die Erbpacht, ein genaues Datum ist nicht belegt. Nachdem die letzten Angehörigen der Familie von Bernstein verstorben waren, ging das Lehnsrecht im Jahr 1777 für 11.000 Gulden an den *Fürstlich Solms'schen geheimen Rat* Johann Heinrich Tabor. Dieser verkaufte es gegen Ende der 1780er Jahre an den kurpfälzischen Hofkammerrat Karl von Maubisson, der es an seinen Sohn Ludwig weitervererbte.⁸

Von Weilers Erben verkauften die Mühle und das Erbbestandsrecht am 6. Juni 1782 an Nicolaus Helmreichs Sohn Georg Michael und dessen Ehefrau Anna Margaretha. Die Eheleute Helmreich zahlten für die Wieblinger Mühle 16.000 Gulden, wovon 4.000 Gulden am 9. Juni 1782 und weitere 4.000 an Weihnachten des selben Jahres zu zahlen waren. Die restlichen 8.000 Gulden waren in vier Halbjahresraten bis Weihnachten 1784 fällig und mit fünf Prozent zu verzinsen. An den Lehnsherrn Tabor waren weiterhin 25 Malter Korn im Jahr zu liefern, außerdem mußte Helmreich monatlich zwei Gulden *Schatzung* an das kurfürstliche Rentamt zahlen.⁹

Die Mühlentechnik des 18. Jahrhunderts

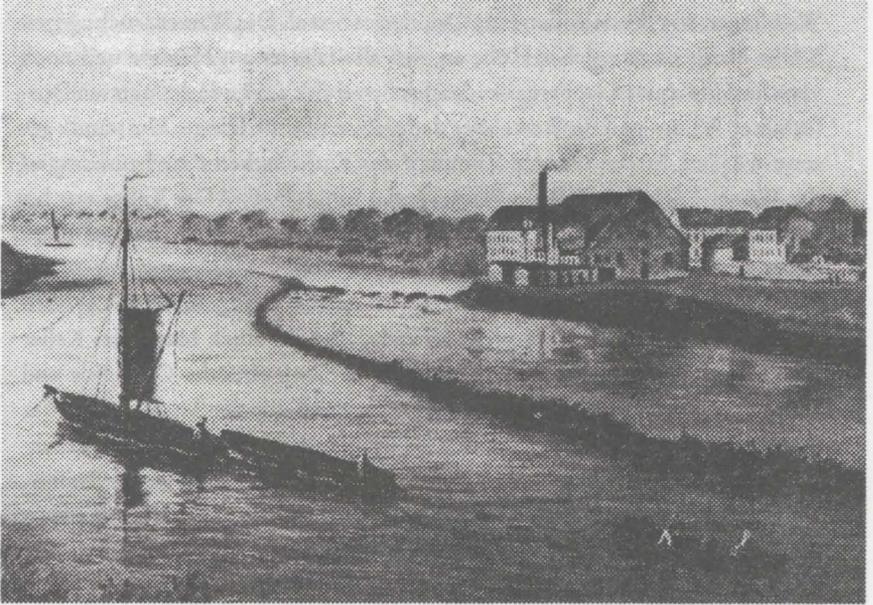
Aus den Jahren 1774 und 1782 sind Inventare der Wieblinger Mühle überliefert, die ein detailliertes Bild ihrer Konstruktion liefern.¹⁰ Die Mühle war eine nach zeitgenössischen Maßstäben relativ große und technologisch hoch entwickelte Wasserkraftanlage. Sie verfügte über fünf Mahlgänge für unterschiedliche Mehlsorten, eine Ölmühle und eine Hanfreibe. Der Antrieb erfolgte über sieben Wasserräder, die alle als sogenannte Panster-Räder ausgeführt waren. Diese konnten durch ein *Auszugs-Werk* angehoben oder gesenkt und somit dem jeweiligen Wasserstand des Neckars angepaßt werden. Die Panster-Mühle stellte im Vergleich zu den herkömmlichen Mühlen mit fest montierten unterschlächtigen Wasserrädern eine wesentliche konstruktive Verbesserung dar, ihre Technik war aber auch aufwendiger und teurer. Die *Auszugs-Werke* sowie die Lager der Wasserräder und Wellbäume mußten hohe Kräfte aufnehmen und dementsprechend stabil konstruiert sein. Außerdem waren zusätzliche Getriebe für den Antrieb der Mahlgänge notwendig.

Die fünf Mahlgänge der Wieblinger Mühle wurden jeweils von einem eigenen Wasserrad angetrieben. Die Wasserräder sowie die zahlreichen Wellbäume, Kamm- und Stockräder der Getriebe waren fast vollständig aus Holz gefertigt, nur die Lager der Wellen und Räder bestanden teilweise aus Eisen. Die Mahlgänge setzten sich jeweils aus einem fest montierten *Bodenstein* und einem sich drehenden *Läuferstein* zusammen. Der für den Mahlvorgang wichtige Abstand zwischen den Mühlsteinen konnte mit einer eisernen *Aufhelf-Schraube* eingestellt werden. Beide Steine waren von einer hölzernen *Zarge* umschlossen, auf der ein *Tremme* genannter Trichter zum Einschütten des Getreides montiert war. Zur Trennung von Mehl und Kleie war an den Mahlgängen jeweils ein *Beutelkasten* mit *Vorkasten* angebracht. Der *erste Gang* verfügte außerdem noch über eine *Schwingmühle*, mit der die Mahlprodukte Mehl, Grieß und Kleie besser gesichtet werden konnten.¹¹

Zur Verarbeitung von Dinkel diente ein sogenannter Schälengang, der vom Wasserrad des fünften Mahlganges mit angetrieben wurde. Die Getreidesorte Dinkel war in Süddeutschland bis gegen Ende des 19. Jahrhunderts weit verbreitet. Die Dinkelnkörner lösen sich beim Dreschen nicht von den Spelzen, daher müssen sie vor der Vermahlung enthülst werden. Dies erfolgte in den Mühlen mit Hilfe eines sogenannten Schäl- oder Gerbganges, der wie ein gewöhnlicher Mahlgang mit zwei Mühlsteinen konstruiert war, jedoch mit größerem Abstand zwischen Läufer und Bodenstein und mit höherer Umdrehungsgeschwindigkeit arbeitete. Im Schälengang wurden die Dinkelnkörner aus den Spelzen gelöst, aber nicht vermahlen. Ein nachgeschalteter Ventilator mit *Windrohr* trennte die schwereren Körner von den leichteren Spelzen. Derartige Schälgänge waren in vielen süddeutschen Mühlen anzutreffen.

In der Wieblinger Mühle verarbeitete man auch Ölfrüchte wie Raps, Leinsamen oder Nüsse. Die Ölmühle verfügte über ein eigenes Wasserrad und bestand im wesentlichen aus einem Kollergang,¹² einer Stempelpresse und einem Rührwerk. Die Ölsaaten wurden im Kollergang zunächst grob zerkleinert, anschließend in *Preßmappen* aus Leinen gefüllt und mit Hilfe der Stempelpresse ausgepreßt. Die in den *Preßmappen* zurückbleibenden *Ölkuchen* wurden häufig nochmals im Kollergang zerrieben, danach unter ständigem Umrühren erhitzt und erneut ausgepreßt. Anschließend fanden sie als Viehfutter Verwendung. Zur Ölmühle kam noch eine Hanfreibe hinzu, die zur Gewinnung von Fasern aus Hanfstengeln diente und über ein separates Wasserrad als Antrieb verfügte. Die Hanfreibe ähnelte einem Kollergang und war mit einem kegelförmigen Stein ausgestattet.

Außer der Mühleneinrichtung sind in den Inventaren noch einige zusätzliche Mühlsteine und Getriebeteile sowie zahlreiche Werkzeuge, Hohlmaße und andere Gebrauchsgegenstände aufgeführt. Das ganze Anwesen umfaß-



Ansicht der Wieblinger Mühle und der Nagelfabrik Helmreich um 1850

te neben der eigentlichen Mühle noch ein Wohnhaus, ein Brauhaus, Stallungen und weitere Nebengebäude sowie rund vier Morgen Äcker und Gärten.

Hochwasser und Eisgang im Jahr 1784

Mit der Wasserkraft des Neckars verfügte die Wieblinger Mühle über eine kostenlose und unerschöpfliche Energiequelle, die nach dem Stand der Technik des 18. Jahrhunderts optimal genutzt wurde. Gleichwohl barg der Betrieb der Mühle eine Reihe von Risiken, die den Müller in seiner Existenz gefährden konnten. In allen Mühlen herrschte relativ große Brandgefahr, auch Mehlstaubexplosionen waren keine Seltenheit. Hinzu kamen Hochwasser oder Eisgang, worunter vor allem die Wasserräder und ihre Gerinne litten. Ein hölzernes Wasserrad mußte im Durchschnitt alle fünf bis zehn Jahre komplett erneuert werden.

Eine außergewöhnliche Naturkatastrophe war das mit extremem Eisgang einhergehende Hochwasser vom Januar und Februar 1784, das die Heidelberger Neckarbrücke wegriß und auch die Wieblinger Mühle schwer beschädigte. Die erste Flutwelle passierte den Ort am 18. Januar 1784. Der zeitgenössische Chronist Ernst Ferdinand Deurer berichtete darüber:¹³

Wieblingen war diesseits der erste Ort, den es betraf. Das Wasser wuchs gegen 5 Uhr Morgens zu solcher Höhe an, daß alle Häuser am Hamme und noch verschiedene in der Klappergasse, desgleichen einige am Ende des unteren Dorfes unter Wasser und die Bewohner dadurch in sehr bedrängte Umstände gesetzt wurden. In den unteren Zimmern des Katholischen Pfarrhauses stand das Wasser 1 Schuh 3 Zoll, im Pfarrgarten 3 Schuh hoch.¹⁴ Der Keller war bis oben mit Wasser angefüllt, welches zwei Fuderfässer mit Wein auf den Kopf stellte. [...] Aber weit schrecklicherem Anfall war die Mühle ausgesetzt. Das Wasser kehrte alle Mahlgänge um, zerbrach einige, drang durch den großen Peterich ein, beschädigte einige Wasserräder und ein Stück Mauer, im Keller warf es ein Gewölb ein, drang in den zweiten Stock ober der Oelmühle und verdarb 16.000 Rebskuchen. Das Eis thürmte sich vor der Mühle bis an das Dach auf, und blieb so stehen, gleich als drohendes Vorbild künftiger unausbleiblicher Zernichtung. [...] Dem Meister Helmreich gereicht es zum Ruhme, daß er bei all seiner Not seine Nebenmenschen nicht vergaß, indem er seinen nothleidenden Mitbürgern mit seinen Leuten beisprang, auch ihnen mit Holz und Lebensmitteln aushalf.

Noch wesentlich stärkere Schäden verursachte die zweite Flutwelle am 27. Februar 1784, als sich das auf dem Neckar gestaute Eis löste:¹⁵

Der Eisstoß erfolgte Freitags den 27. Hornung nach Mittag um halb 4 Uhr, nachdem die Auflösung schon gegen 2 Uhr ihren Anfang genommen und sich ein Stück Wegs fortgeschoben hatte. Hier [in Wieblingen] hat es das Wendel Seizische Haus mit Schoppen und Stallung ganz weggerissen, noch etliche zum Einsturze, überhaupt aber 33 im Wasser gestandene Häuser theils mehr theils weniger beschädiget, durch Einstoßung der Giebelmauern, Gefächern, Mauern, Backöfen, Keller u. dgl. Die Gärten sind sehr verwüstet und fast alle Lauben zerrissen, viele Wingert gänzlich verdorben. In dem Katholischen Pfarrhause stand das Wasser 8 Schuhe hoch, auch ist dasselbige einiger Maßen vom Eise beschädiget worden. Es würde ein Steinhafen geworden seyn, wenn nicht die neuerbaute Kathol. geistliche Administrations-Hauptgartenmauer, so wie die Helmreichische Mühle, ein Schutz gewesen wäre. Diese berühmte Mahlmühle, vor welcher die Eisfelsen über 5 Wochen lang bis an das Dach aufgethürmet lagen, welche in 10 Wochen nicht mahlen konnte, ist aller vor Augen geschwebten großen Gefahr zum Wunder nicht zu Grunde gegangen, ein Beweis ihrer ausnehmenden Dauerhaftigkeit. Indessen stürzte dennoch die vordere 5 Schuh dicke und 27 Schuh hohe Giebelmauer nebst einigen Nebengebäuden und Ställen ein, der eine Wasserpfeiler verschob sich, der andere wurde gänzlich, und der Dachstuhl über der Wasserstube, über welchen das Eis drei Schuh hoch ging, zur Hälfte weggerissen, vier Mühlräder und 5 Wellbäume wurden zerschmettert, und das innere Mühlwesen ganz unbrauchbar gemacht,

der übrigen Beschädigungen in dem Hause, Keller, etc. nicht zu gedenken. Ihre gänzliche Schleifung wäre der Ruin von zwei Theilen des Ortes gewesen. So groß nun das Unglück war, so muthig griff der Eigenthümer sogleich das Werk zur Ausbesserung wieder an: in einigen Wochen stellte er schon einen Mahlgang wieder in Lauf, und in einigen Monaten gedachte er mit allem übrigen fertig zu seyn. Bei dieser Mühle lag ein Eisfels, welcher, nachdem er schon einige Tage abgeschmolzen, als man ihn genau maß, noch eine senkrechte Höhe von 35 Schuhen hatte.¹⁶ Andere dergleichen fest vor der Mühle eingefrorene Eisfelsen waren für sie ein Schutz.

Der soziale Aufstieg der Familie Helmreich

Knapp zwei Jahre nachdem Georg Michael Helmreich die Wieblinger Mühle intakt übernommen hatte, mußte er sie nach dem verheerenden Hochwasser nahezu komplett neu errichten. Nach den Bestimmungen des Erbbestandsvertrags war er verpflichtet, den Wiederaufbau innerhalb eines Jahres zu bewerkstelligen. Im März 1784 ersuchte Helmreich das Oberamt Heidelberg um einen Zuschuß zum Wiederaufbau der Mühle, da sie den Ort vor Hochwasser geschützt und schlimmere Zerstörungen verhindert habe. Außerdem bat er um Reduzierung der auf der Mühle lastenden Schatzungsgebühren von zwei Gulden monatlich.¹⁷

Als einziger Müller genoß Helmreich in Wieblingen und den Orten der Umgebung eine Monopolstellung, die er gegen unliebsame Konkurrenten verteidigte. Im Frühjahr 1784 beantragte der Wieblinger Bürger und Wirt Paul Riedinger beim Oberamt Heidelberg die Genehmigung zur Errichtung einer *Roßölmühle*, d.h. einer kleineren, mittels Göpelwerk von Pferden angetriebenen Ölmühle. Der Zeitpunkt war geschickt gewählt, da Helmreichs vom Hochwasser beschädigte Ölmühle offenbar noch nicht wieder betriebsbereit war. In einer Stellungnahme sprach sich Helmreich gegen Riedinger aus und betonte, daß er ohnehin *nur einen Tag in der Woche für Mahlgäste Öl zu schlagen habe*, und die Ölmühle in der übrigen Zeit still stehe. Das gleiche gelte für die Hanfreibe, die nur wenige Tage im Jahr benötigt werde. Daher sei in Wieblingen kein Bedarf für eine *Roßmühle* vorhanden.¹⁸

Um das Jahr 1790 hatte sich Helmreichs wirtschaftliche Situation gefestigt. Er zählte zur dörflichen Oberschicht und amtierte als Zehntschoffe. Am 2. Juni 1790 ernannte ihn die kurpfälzische Regierung zum Schultheiß von Wieblingen. Dieses Amt übte er über 40 Jahre lang aus, und der badische Großherzog verlieh ihm deshalb am 27. Juni 1834 eine goldene Verdienstmedaille.¹⁹

Im Juni 1789 erweiterte Helmreich seinen Grundbesitz und kaufte von der geistlichen Administration ein an die Mühle grenzendes Gartengrundstück zum Preis von 235 Gulden. Dort errichtete er noch im gleichen Jahr eine Scheune und 1791 einen Tabakschuppen, die Baukosten betragen insgesamt 1.650 Gulden. Beide Gebäude gerieten im Jahr 1795 durch einen Hautbitzenschuß österreichischer Truppen in Brand. Getreide, Tabak, Eichenholz und Vieh wurden vernichtet, der Gesamtschaden betrug wegen der kriegsbedingten Teuerung 15.000 Gulden.²⁰

Im Jahr 1792 wechselte erneut die Lehnsherrschaft über die Wieblinger Mühle. Der Freiherr Christoph Anton von Hautzenberg, kurpfälzischer Generalleutnant der Kavallerie, erwarb das Lehen von der Familie von Maubisson mit dem Recht, es an die Kinder seiner Schwester weiterzuerben.²¹ Hautzenberg verstarb 1805, und das Lehnsrecht ging an den kurtrierischen Geheimrat und *Obriststallmeister* Johann Ignatz von Thünefeld über. Erbpächter Helmreich bestätigte aus diesem Anlaß dem neuen Lehnsherrn den einwandfreien Zustand der Mühle.²²

Um 1820 übergab Georg Michael Helmreich die Mühle seinem Sohn Georg, der sie an den Schriesheimer Müller Georg Käß verpachtete. Als Pachtzins erhielt Georg Helmreich über das Jahr verteilt 550 Malter Getreide und außerdem noch *vier fette Schweine*. Vergleichsweise niedrig war dagegen die von Käß an den Lehnsherrn zu zahlende Erbpacht von 35 Maltern Getreide.²³

Georg Helmreich starb bereits 1828 im Alter von 41 Jahren. Seine Witwe führte den Betrieb weiter, bis der 1815 geborene Sohn Hermann Wilhelm die Mühle übernehmen konnte. Am 14. März 1832 lösten Georg Helmreichs Erben das Erblehen des in Augsburg lebenden Freiherrn von Thünefeld ab, wodurch sie alleinige Eigentümer der Mühle wurden. Die Ablösesumme betrug 17.000 Gulden, außerdem mußten sie neun Prozent der Kaufsumme an den badischen Fiskus zahlen.²⁴

Der neue Eigentümer Hermann Wilhelm Helmreich erneuerte die Mühle im Jahr 1839. Ölmühle und Hanfreibe wurden abgerissen und neu aufgebaut.²⁵ Außerdem modernisierte man die Mahlmühle und optimierte die Nutzung der Wasserkraft, so daß zwei Wasserräder für andere Zwecke verwendet werden konnten.²⁶ Helmreich nutzte sie als Energiequelle für eine Nagelfabrik, die bald in den Mittelpunkt seiner Geschäftstätigkeit rückte. Die Mühle verpachtete er im Juli 1841 an Johann Georg Reudelhuber.²⁷

Das Pachtverhältnis begann am 1. April 1842 und war auf zwölf Jahre befristet. Neben der Mühle mit Ölmühle und Hanfreibe bestand das Anwesen aus einem 1825 neu erbauten Wohnhaus mit sieben Zimmern, Küche, Waschküche, Keller- und Speicherräumen. Hinzu kamen mehrere Stallun-

gen, eine Scheune und eine Werkstatt mit *Holzmagazin*. Als Pacht für die Mühle standen Helmreich pro Jahr 148 Malter Dinkel, 185 Malter Gerste, 74 Malter Korn, und $36\frac{1}{2}$ Malter *gemischte Frucht* zu. Er erhielt das Getreide allerdings nicht mehr in natura, der Pächter mußte es selbst verkaufen und den Erlös vierteljährlich an Helmreich abführen, wobei die im Heidelberger Wochenblatt veröffentlichten Getreidepreise als verbindliches Richtmaß galten. Außerdem mußte Reudelhuber jährlich noch 900 Gulden in bar als Pacht für die Ölmühle und die Hanfreibe zahlen.

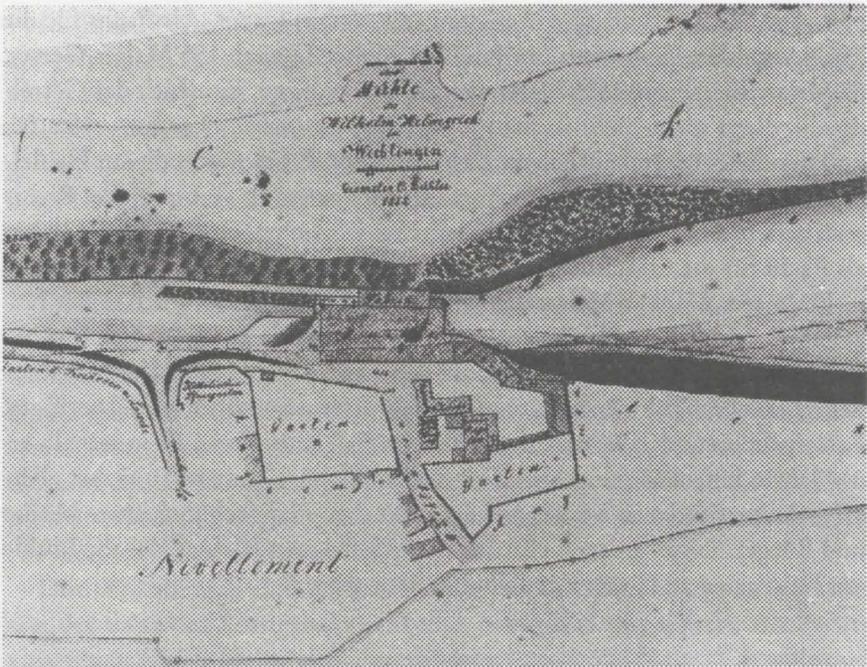
Hermann Wilhelm Helmreich wollte sich langfristig nur noch seiner Nagefabrik widmen und beabsichtigte daher, die Mühle zu verkaufen. Im Oktober 1845 bot er sie dem Pächter an, dem ein Vorkaufsrecht zustand. Reudelhuber lehnte jedoch ab, da er nicht über die notwendigen Mittel verfügte. Er verpflichtete sich jedoch, die Mühle im Fall eines Verkaufs innerhalb eines Jahres entschädigungslos zu räumen.²⁸ Helmreich fand zunächst allerdings keinen anderen Käufer, sondern mit dem Handschuhshheimer Müller und Bürgermeister Lorenz Hübsch nur einen neuen Pächter, der die Mühle am 31. August 1848 von Reudelhuber übernahm.²⁹

Der Verkauf an Wilhelm Bühler

Rund fünf Jahre später, am 7. Juni 1853, verkaufte Hermann Wilhelm Helmreich die Mühle dann an seinen erst 21 Jahre alten Neffen Wilhelm Bühler, dessen Eltern verstorben waren. Wilhelm Bühler verfügte über ein Vermögen von rund 16.000 Gulden, sein Vater Georg Michael war Müllermeister auf der Bergheimer Mühle gewesen.³⁰

Der Preis der Mühle betrug 94.965 Gulden und 56 Kreuzer. Zum Zeitpunkt des Verkaufs waren die Liegenschaften mit einer Grundschuld von 30.000 Gulden zu Gunsten des Mannheimer Kaufmanns Friedrich Bassermann belastet. Die Zahlungsbedingungen waren für Bühler relativ günstig. Innerhalb von 14 Tagen mußte er 10.000 Gulden an Helmreich zahlen, weitere 30.000 Gulden waren binnen vier Wochen entweder an den Verkäufer direkt oder an dessen Gläubiger Bassermann zu entrichten. Im letzteren Fall entfiel die vertraglich vereinbarte Verzinsung von fünf Prozent für die ersten 10.000 Gulden. Die Restschuld von 54.965 Gulden und 56 Kreuzern zuzüglich fünf Prozent Zinsen konnte Bühler in 22 Jahresraten à 4.075 Gulden bis zum 1. Oktober 1876 begleichen.³¹

Anläßlich des Pächterwechsels im Jahr 1848 hatte man ein Inventar der Mühle erstellt, das 1853 unverändert Bestandteil des Kaufvertrags zwischen Helmreich und Bühler war. Die gesamte Anlage wurde zu diesem Zeitpunkt



Plan des Mühlenareals aus dem Jahr 1852

von sechs Wasserrädern angetrieben. Die Getreidemühle verfügte über vier Mahlgänge, zwei *Weißgänge* für feineres Mehl und einen Schälgang zum Enthülsen des Dinkels. In der 1839 modernisierten Ölmühle kamen zwei Kollergänge, zwei Stempelpressen und eine Schrotmühle zum Einsatz. Auch die Hanfreibe hatte man erneuert, hier waren die meisten Getriebeteile bereits aus Eisen gefertigt.³²

Der Kaufvertrag regelte auch die gemeinschaftliche Nutzung der Wasserkraft durch die Mühle und die unmittelbar daran angrenzende Nagelfabrik von Helmreich, Moll & Cie. Beide Parteien verpflichteten sich, ihre jeweiligen Rechte zu achten und Betriebsstörungen durch eine Reduzierung oder Unterbrechung des Wasserdurchflusses im Fabrik- bzw. Mühlenkanal möglichst zu vermeiden.³³

Ein Jahr nach dem Verkauf mußte der bisherige Pächter Hübsch die Mühle vertragsgemäß räumen. Wilhelm Bühler wollte sich in Wieblingen niederlassen und die Mühle selbst betreiben. Er beantragte das Bürgerrecht in Wieblingen, wozu eine besondere Genehmigung des Oberamts erforderlich war, da Bühler noch nicht das gesetzlich vorgeschriebene Mindestalter von 25 Jahren erreicht hatte. Der Wieblingener Gemeinderat unterstützte Bühlers

Gesuch, da er sich durch ein *vollkommen gutes Betragen* auszeichnete und über die *Charakterfestigkeit und Reife des Verstandes, welche zur selbständigen Geschäftsführung erforderlich ist*, verfügte. Das Oberamt Heidelberg erteilte Bühler daraufhin am 13. Mai 1854 das Bürgerrecht in Wieblingen.³⁴

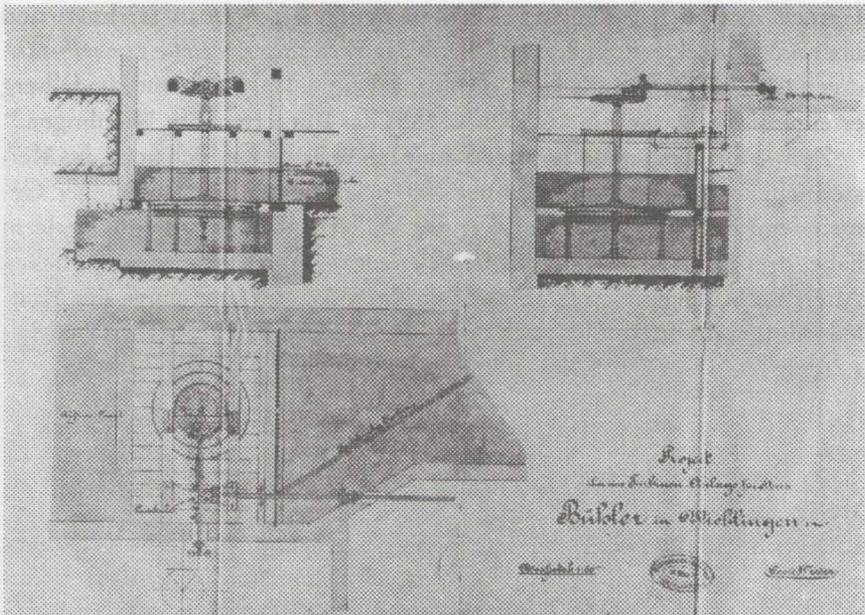
Zum selbständigen Betrieb der Mühle fehlte Bühler jedoch noch das Meisterrecht, um das er im Dezember 1854 nachsuchte. Der Wieblinger Gemeinderat bescheinigte ihm, daß er das Müllerhandwerk ordentlich erlernt habe, drei Jahre auf Wanderschaft gewesen und trotz seines jugendlichen Alters im Mühlenwesen erfahren sei.³⁵ Nach den Bestimmungen der Mühlenordnung mußte Bühler noch eine theoretische und eine praktische Meisterprüfung absolvieren, die er beide bestand.³⁶

Die Modernisierung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Rund zehn Jahre später hatte sich Bühler als Müller in Wieblingen etabliert, so daß er seinen Betrieb grundlegend modernisieren und vergrößern konnte. Die sechs unterschlächtigen Wasserräder wurden durch zwei Turbinen mit wesentlich höherem Wirkungsgrad ersetzt, und an die Stelle des hölzernen Räderwerks in der Mühle traten leistungsfähigere Getriebe aus Eisen. Am 13. Oktober 1865 schlossen Wilhelm Bühler und der Maschinenfabrikant Daniel Straub aus Geislingen an der Steige einen Vertrag über die Lieferung und Montage zweier Turbinen sowie der Antriebsmechanik für zehn Mahlgänge. Die neue Mühle sollte auch bei Hoch- und Niedrigwasser funktionsfähig bleiben und innerhalb von 24 Stunden 200 Zentner *glatte Frucht* verarbeiten können.³⁷

Die neue Antriebsanlage bestand aus zwei Jonval-Turbinen, die jeweils rund 30 PS leisten sollten. Sie waren mit einer Vorrichtung zur Regulierung des Wasserdurchflusses ausgestattet, um eine gleichmäßige Umdrehungszahl zu gewährleisten. Die Turbinen trieben über konische Zahnräder eine 24 Meter lange Hauptwelle an, die als zentraler Antrieb aller Maschinen diente. Außer den Turbinen lieferte Straub das *Eisenwerk* für elf Mahlgänge und die Transmissionen zum Antrieb von Schälgang, Ölmühle und Hanfreibe. Hinzu kamen mehrere Sichtzylinder und Gießputzmaschinen, ein Elevator sowie zahlreiche weitere Geräte und Werkzeuge. Die neue Mühlenanlage kostete inklusive Montage 25.315 Gulden, hiervon bezahlte Bühler bis August 1866 jedoch nur 14.000 Gulden.³⁸

Die Turbinen erreichten nicht die gewünschte Leistung, was wohl auf ihre mangelhafte Regulierbarkeit und das vergleichsweise niedrige Nutzgefälle von nur 90 Zentimetern zurückzuführen war. Im Juni 1868 einigten

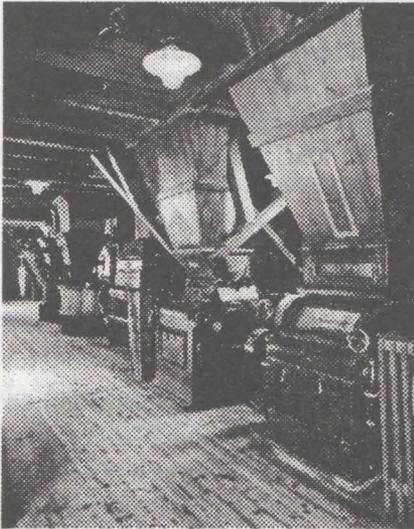


Konstruktionszeichnung für den Neubau der Turbinenanlage von 1889

sich Bühler und Straub auf einen Kompromiß zum Ausgleich ihrer Interessen. Bühler verzichtete auf die vertraglich vereinbarte *Garantie bezüglich der Leistungsfähigkeit des Werkes bei Hoch- und Niedrigwasser*, Straub auf alle noch ausstehenden finanziellen Forderungen an Bühler. Darüber hinaus verpflichtete sich Straub, zwei neu konstruierte *Deckvorrichtungen* zur Regulierung des Wasserdurchflusses in den Turbinen einbauen zu lassen. Danach sollten alle gegenseitigen Verbindlichkeiten erlöschen.³⁹

Wenige Jahre später, im Frühjahr 1875, brannte das Mühlengebäude ab, Wohnhaus und Nebengebäude blieben erhalten. Wilhelm Bühler begann unverzüglich mit dem Wiederaufbau der Mühle.⁴⁰ Die Maschinenfabrik der Gebrüder Seck in Bockenheim bei Frankfurt installierte neun Mahlgänge, zwölf Sichtzylinder und einige Gießputzmaschinen. Mehrere Elevatoren dienten zum Transport von Getreide und Mehl zwischen den einzelnen Maschinen. Zur Reinigung des Getreides von Fremdkörpern und Unkrautsamen wurden drei Aspirateure und ein Trieur montiert. Außerdem baute man einen Sackaufzug, einen Fahrstuhl und eine Mehlmischmaschine ein. Die gesamte Anlage kostete rund 19.000 Gulden und wurde im Januar 1876 fertiggestellt.⁴¹

Nach dem Tod von Wilhelm Bühler im April 1879 führte zunächst seine Witwe Barbara den Betrieb weiter, bis ihr Sohn Hermann Wilhelm die Mühle



Walzenstühle (vorn) und Mahlgänge (hinten) in der Bühlerschen Mühle



*Geöffneter Mahlgang; der Boden-
stein ist fest montiert, der Läuferstein
kann mit Hilfe eines Steinkrans an-
gehoben werden.*

um 1885 übernehmen konnte. Dieser ließ 1888 durch die Handschuhheimer Maschinenfabrik Jacob Schlicksupp zwei neue Turbinen einbauen, da die alten nie die gewünschte Leistung erbracht hatten. Das nutzbare Gefälle wurde auf 1,5 Meter erhöht, und die neuen Turbinen leisteten bei einem Wirkungsgrad von 75 Prozent zusammen rund 100 PS. Der Neubau der Turbinenanlage kostete 31.200 Mark, den durch den Stillstand der Mühle in den Monaten September bis Dezember 1888 verursachten Verdienstaussfall veranschlagte Bühler mit 19.300 Mark. Neben den Turbinen war zu diesem Zeitpunkt in der Mühle auch eine Dampfmaschine vorhanden, die als zusätzliche Antriebsmaschine bei Niedrigwasser diente.⁴²

Um wettbewerbsfähig zu bleiben, stellte Hermann Wilhelm Bühler auch die ersten Walzenstühle in der Mühle auf. Die Entwicklung des Walzenstuhls in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war eine zentrale Innovation in der Mühlentechnik. Mit dieser neuen Technologie konnte das Getreide wesentlich besser und schonender als mit traditionellen Mahlgängen verarbeitet werden. Mit der Einführung des Walzenstuhls ging auch die Industrialisierung der Müllerei einher. In Mannheim und Ludwigshafen entstanden ab den 1870er Jahren große Industriemühlen, die mit Dutzenden von Walzenstühlen arbeiteten. Kleine und mittlere Mühlen waren im Lauf der Zeit immer stärkerem Konkurrenzdruck ausgesetzt und konnten ihre

Marktposition auf Dauer nur halten, wenn sie sich spezialisierten oder über einen festen Stamm von Lieferanten und Kunden verfügten. In dieser Situation war es für Hermann Wilhelm Bühler sinnvoll, seinen Betrieb zu verkleinern. Er verkaufte daher am 20. September 1900 einen Teil des Mühlengebäudes mitsamt einer Turbine für 135.000 Mark an die expandierende Nagelfabrik Helmreich, die bis dahin nur über eine Turbine sowie eine Dampfmaschine verfügte und zusätzliche Wasserkraft benötigte.⁴³

Der Bau eines Wasserkraftwerks

Im Zuge der Kanalisierung des Neckars baute man in den 1920er Jahren oberhalb von Wieblingen ein Wehr, das die Hauptmenge des Wassers in einen Schiffahrtskanal ableitet. Den Firmen Bühler und Helmreich bzw. ihren Rechtsnachfolgern muß jedoch eine Wassermenge von mindestens zehn Kubikmetern pro Sekunde zum Betrieb ihrer Wasserkraftanlagen verbleiben.

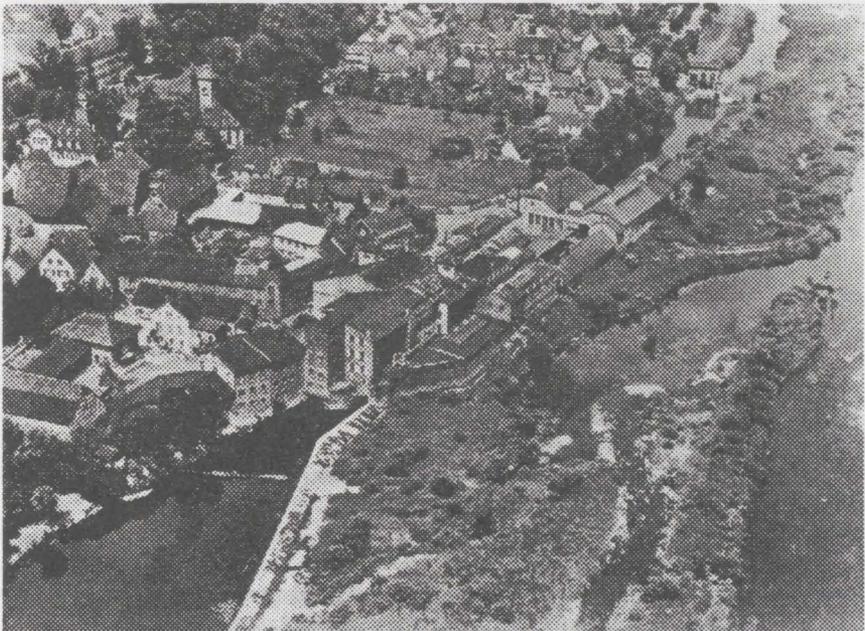
Ab Mitte der zwanziger Jahre planten beide Unternehmen, die insgesamt drei Turbinen, welche die Energie noch rein mechanisch über Getriebe und Wellen in die Betriebe lieferten, durch ein Wasserkraftwerk zur Erzeugung elektrischer Energie zu ersetzen. Helmreich & Cie. reichten bereits im Juli 1924 einen entsprechenden Antrag beim Bezirksamt Heidelberg ein. Heinrich Wilhelm Bühler, seit 1919 Betreiber der Mühle, erhob jedoch Einspruch gegen diesen Alleingang. Beide Parteien einigten sich im Januar 1927 auf die Errichtung eines gemeinsamen Wasserkraftwerks unterhalb der bestehenden Mühlen- und Fabrikanlagen, das die gesamte zur Verfügung stehende Wassermenge ausnützen sollte. Im August 1927 erteilte das Bezirksamt Heidelberg die Baugenehmigung und rund ein Jahr später war das Kraftwerk fertiggestellt. Man baute eine von der Maschinenfabrik Escher, Wyss & Cie. in Ravensburg gelieferte Kaplan-Turbine ein, die bis zu zwölf Kubikmeter Wasser pro Sekunde aufnehmen kann. Das Nutzgefälle beträgt 2,20 Meter. Die Turbine treibt einen BBC-Drehstromgenerator an, der rund 250 Kilowatt leistet.⁴⁴ Das Kraftwerk belieferte Mühle und Nagelfabrik mit elektrischem Strom und ist auch heute noch im wesentlichen unverändert in Betrieb.

Die Umstellung auf elektrische Energie machte in der Mühle Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen notwendig. Die Turbine und der dazugehörige Zentralantrieb wurden entfernt, als Ersatz montierte man mehrere Elektromotore. Hermann Wilhelm Bühler schaffte in den zwanziger und dreißiger Jahren auch zahlreiche neue Walzenstühle, Plansichter und andere Maschinen an, die bis heute den Kern der technischen Ausstattung der Mühle bilden.

Die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg

Wenige Tage vor Ende des Zweiten Weltkriegs wurde die Mühle am 23. März 1945 bei einem der wenigen Bombenangriffe auf Heidelberg schwer beschädigt. Bereits im Sommer 1945 war sie wieder eingeschränkt betriebsfähig, da man sie für die Lebensmittelversorgung der Bevölkerung dringend benötigte. Ein Teil des beschädigten Gebäudes wurde allerdings nicht wieder aufgebaut. Im Frühjahr 1948 waren in der Mühle drei Walzenstühle, zwei Mahlgänge und ein Plansichter in Betrieb. Bis 1957 stellte man noch zwei weitere Walzenstühle und einen zusätzlichen Plansichter auf.⁴⁵

Die letzte Modernisierung der Mühle erfolgte im Jahr 1966 im Bereich der Getreideannahme und -lagerung. Ursprünglich lieferten die Bauern ihr Getreide in Säcken zu je 100 Kilogramm in der Mühle ab, wo es auf Schüttröden gelagert wurde. Die Getreideanlieferung erstreckte sich nach der Ernte über einen Zeitraum von mehreren Wochen oder Monaten. Dies änderte sich mit dem zunehmenden Einsatz von Mähdreschern in den 1960er Jahren. Das Getreide wurde nun unmittelbar vom Feld zur Mühle transportiert und dort lose angeliefert. Die gesamte Erntemenge mußte innerhalb weniger Tage eingelagert werden. Diese Entwicklung machte den Einbau einer



Luftaufnahme der Bühler'schen Mühle und der Nagelfabrik Helmreich um 1965

Einschüttgasse, einer automatischen Waage und eines Getreidetrockners notwendig. Außerdem mußte man 1967 zwei Silos aufstellen, um höhere Lagerkapazitäten zu schaffen.⁴⁶

Im Juli 1990 stellte Karl-Wilhelm Bühler den Betrieb der Wieblinger Mühle aus Altersgründen ein. Von 1947 bis 1990 verarbeitete sie rund 600 Tonnen Getreide pro Jahr. In der Nachkriegszeit arbeiteten bis zu zwölf Personen in der Mühle, in den letzten Jahrzehnten nur noch zwei. Das Unternehmen war trotz der Konkurrenz der Großmühlen rentabel, da man das Getreide unmittelbar von Bauern aus Wieblingen und den Nachbarorten bezog. Die Hauptabnehmer des Mehls waren örtliche Bäckereien, die teilweise über mehrere Generationen hinweg Kunden der Mühle waren.

Die Wieblinger Mühle ist zur Zeit noch vollständig erhalten. Die meisten Maschinen und Geräte stammen aus den zwanziger und dreißiger Jahren und sind weitgehend funktionsfähig. Die gesamte Anlage stellt ein einzigartiges technisches Kulturdenkmal dar, das möglichst auf Dauer erhalten werden sollte.

Anmerkungen

- 1 Zur Frühgeschichte der Wieblinger Mühle vgl. Neu, Heinrich: Aus der Vergangenheit von Wieblingen, Heidelberg 1929, S. 76; Weisert, Hermann: 1200 Jahre Wieblingen, Anlage zur Ruperto Carola 18, Bd. 40, 1966, S. 6; Schaab, Meinrad: Die Zisterzienserbauerei Schönau im Odenwald, Heidelberg 1963; S. 112 u. S. 189.
- 2 GLA 229/113569; vgl. Neu: Aus der Vergangenheit von Wieblingen, S. 77.
- 3 GLA 229/113496, Stellungnahme des Wieblinger Schultheißen vom 13.10.1740.
- 4 Privatarchiv Bühler, Erbbestandsbrief vom 27.6.1746.
- 5 Ebd., Schreiben der kurpfälzischen Hofkammer vom 29.3.1752.
- 6 Ebd., Auszug aus dem Protokoll des kurpfälzischen Hofgerichts vom 22.8.1755.
- 7 Vgl. Opel: Alte Mühlen im unteren Neckarraum, Bd. 2, S. 62.
- 8 Vgl. Neu: Aus der Vergangenheit von Wieblingen, S.78; Privatarchiv Bühler, Entwurf eines Erbbestandsbrief von Ludwig v. Maubisson für Georg Michael Helmreich.
- 9 Ebd., Kaufvertrag vom 6.6.1782.
- 10 Ebd., Inventare der Wieblinger Mühle vom 10.6.1774 und 10.6.1782.
- 11 „Sichten“ ist ein Fachbegriff der Müllerei und bedeutet „Sieben“.
- 12 Ein Kollergang ist ein Mahlwerk mit zwei senkrecht stehenden Mühlsteinen, die sich im Kreis und gleichzeitig um die eigene Achse drehen.
- 13 Deurer, Ernst Ferdinand: Umständliche Beschreibung der im Jänner und Hornung 1784 die Städte Heidelberg, Mannheim und andere Gegenden der Pfalz durch die Eisgänge und Überschwemmungen betroffenen großen Noth; nebst einigen voraus angeführten Natur-Denkwürdigkeiten des vorhergehenden Jahres, Mannheim 1784, S. 56f; vgl. Fricke, Werner: Der Bericht von E.F. Deurer über das Eishochwasser von 1784.

- Eine Erklärung der Naturkatastrophe, in: Prückner, Helmut (Hg.): Die alte Brücke in Heidelberg 1788-1988, Heidelberg 1988, S. 41-60.
- 14 Ca. 0,9 Meter (1 Schuh ca. 0,3 Meter).
 - 15 Deurer: Umständliche Beschreibung, S. 135-137.
 - 16 Ca. 10,5 Meter.
 - 17 Privatarchiv Bühler, Schreiben Helmreichs an das Oberamt Heidelberg vom 24. März 1784. Ob seinem Gesuch entsprochen wurde, ist nicht mehr festzustellen.
 - 18 Ebd., Schreiben Helmreichs an das Oberamt Heidelberg vom 10.4.1784
 - 19 Ebd., Kopie der Ernennungsurkunde mit Notiz von Georg Michael Helmreich.
 - 20 Ebd., Kaufvertrag vom 26.6.1789 und undatierte Zusammenstellung der Baukosten.
 - 21 Ebd., Erbbestandsbrief vom 24.10.1792.
 - 22 Ebd., Urkunden Helmreichs vom 25.5. und 1.6.1805; vgl. Neu: Aus der Vergangenheit von Wieblingen, S. 79.
 - 23 Privatarchiv Bühler, Kopie des Pachtvertrags vom 2.2.1820.
 - 24 Ebd., Kopie des Wasserrechtsbuchs des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Abt. I, Nr. 627.
 - 25 StadtA Heidelberg, Amtsbücher Wieblingen, Nr. 605: Feuerversicherungsbuch 1832.
 - 26 Privatarchiv Bühler, Kopie des Wasserrechtsbuchs des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Abt. I, Nr. 627.
 - 27 Ebd., Pachtvertrag vom 11.7.1841.
 - 28 Ebd., Nachtrag zum Pachtvertrag vom 31.10.1845.
 - 29 Ebd., Pachtvertrag vom 20.1.1848.
 - 30 GLA 356/6034, Stellungnahme des Wieblinger Gemeinderats zum Bürgerannahmegesuch von Wilhelm Bühler vom 11.5.1854; vgl. Sobkowiak, Franz (Bearb.): Wieblinger Familien vor 1900, Heidelberg 1990, S. 54.
 - 31 Privatarchiv Bühler, Kaufvertrag vom 7.6.1853.
 - 32 Ebd., Inventar vom 5.7.1849
 - 33 Ebd., Kaufvertrag vom 7.6.1853.
 - 34 GLA 356/6034, Stellungnahme des Gemeinderats von Wieblingen zum Bürgerannahmegesuch von Wilhelm Bühler vom 11.5.1854.
 - 35 Ebd. Schreiben des Gemeinderats von Wieblingen an das Oberamt Heidelberg vom 12.12.1854 und 4.1.1855.
 - 36 Ebd., Protokolle der theoretischen Prüfung in Ziegelhausen vom 10.2.1855 und der praktischen Prüfung in Wieblingen vom 1.3.1855.
 - 37 Privatarchiv Bühler, Vertrag vom 13.10.1865.
 - 38 Ebd. Rechnungen und Quittungen von März bis August 1866.
 - 39 Ebd., Vereinbarung vom 20. Juni 1868.
 - 40 Stadt Heidelberg, Baurechtsamt, Bauakten zum Grundstück Wundtstraße 7, Baugenehmigung vom 11.6.1875.
 - 41 Privatarchiv Bühler, Korrespondenz und Verträge zwischen Wilhelm Bühler und den Gebrüdern Seck von Mai 1875 bis Januar 1876.
 - 42 Ebd., Korrespondenz und Verträge zwischen Wilhelm Bühler und Jacob Schlicksupp von Mai bis Dezember 1888.
 - 43 Ebd., Kaufvertrag zwischen Hermann Wilhelm Bühler und der Firma Helmreich & Cie. vom 20.9.1900. Bei Helmreich & Cie. waren im Oktober 1902 insgesamt 186, in der Mühle dagegen nur 12 Personen beschäftigt (GLA 356/Z.1969/10/434, Verzeichnis der Gewerbebetriebe).

44 Ebd., Kopie des Wasserrechtsbuchs des Regierungspräsidiums Karlsruhe, Abt. I, Nr. 627.

45 Ebd., Einschätzung der Mühleneinrichtung für die Feuerversicherung vom 18.4.1948 und vom 22.1.1957.

46 Ebd., Diverse Rechnungen von März 1966 bis Mai 1967.

Bildnachweis

Abb. 2, 3, 4, 7: Privatarhiv Bühler; Reproduktion: Landesmuseum für Technik und Arbeit in Mannheim (LTA)

Abb. 1, 5, 6: Klaus Luginland (LTA)

Raban von der Malsburg

Die Architektur des Heidelberger Rathauses

Ein Spiegel der Stadtgeschichte

Ein Städtchen, das von seiner eigenen Schönheit und Bedeutung so überzeugt ist wie Heidelberg, braucht natürlich auch ein ganz besonderes Rathaus. Und so kann ich vielleicht Ihr Wohlgefallen finden, wenn ich formuliere: Die schöne Stadt am Neckar schmückt sich mit einem Rathaus, das als barockes Juwel Ausdruck von Bürgerstolz und Demokratie ist.

Das rastet ein. Und wenn in diesem opulenten Satz noch das Wörtchen „Mythos“ einen Platz gefunden hätte, so wäre eigentlich schon alles gesagt. Leider aber ist das schöne Klischee mehr falsch als richtig: Die spärlichen Reste des „barocken Juwels“ machen von den Fassaden des Baukomplexes knapp 15% aus, von der Grundfläche etwa 2%. Und Bürgerstolz und De-



Das Heidelberger Rathaus

mokratie kommen noch schlechter weg: Aus barocker Zeit prangt über dem Portal das Wappen des Kurfürsten. Und auch lange, nachdem 1832 die Selbstverwaltung Einzug gehalten hatte, fanden es Heidelberger Kommunalpolitiker passend, sich im großen Rathaussaal ab 1890 nicht unter dem Wappen der Stadt, sondern unter dem des deutschen Kaiserreiches zu versammeln. Die zentrale bildliche Aussage des Saals bezog sich nicht auf die Geschichte der Stadt, – man fand nichts Geeignetes –, sondern auf die Reform der Universität, offenbar auch in früheren Zeiten ein Dauerthema von großer Faszination.

Um die provozierende Schlußthese vorwegzunehmen: An diesem Bau und seiner Geschichte ist mehr falsch als richtig, mehr unpassend als passend, mehr ärgerlich als befriedigend. So gesehen war die laue Barockkopie der Rathäuserweiterung ‚Prinz Carl‘ am Ende des 20. Jahrhunderts eine konsequente Fortsetzung der Rathausbaugeschichte.

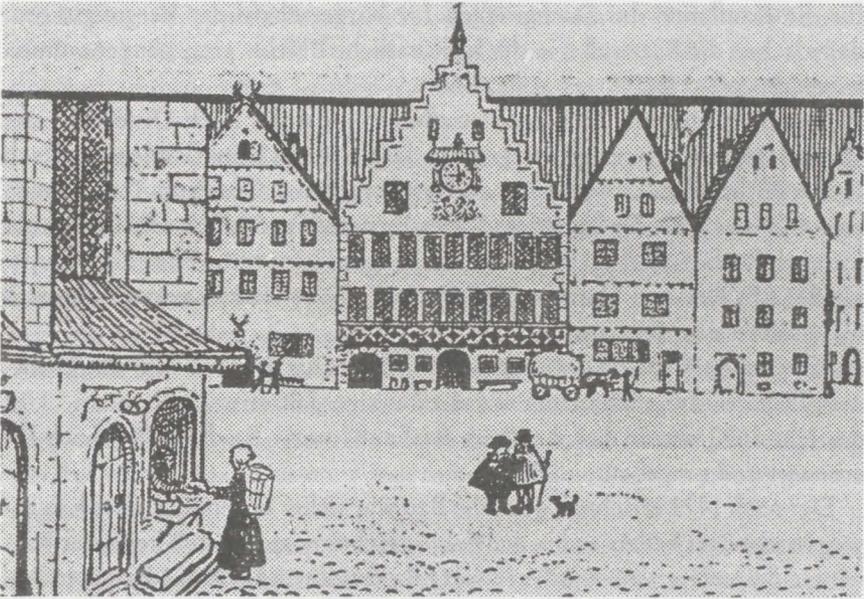
Und doch ergibt das Ganze ein beeindruckendes Ensemble, das sich trotz seiner Fehler und Brüche in die Stadt einfügt und sogar Leitbild für ihre barocke Gestalt geworden ist.¹

Der gotische Bau

Am 16. Dezember 1472 erwarb die Stadt Heidelberg das „gehuse, genant zum sterne zu Heidelberg uff dem marckt gelegen“, um ein Rathaus zu errichten. Der Kurfürst mußte den Kauf genehmigen. Über die Zeit davor können wir nur Vermutungen anstellen. Möglicherweise war das Rathaus in der Nähe provisorisch untergebracht; möglicherweise war es auch im großen Kaufhaus an der Haspeltgasse einquartiert, denn die Funktionen von Rathaus und Kaufhaus waren im Mittelalter ähnlich eng verbunden wie im heutigen Rathaus von Ludwigshafen, das sich dem erstaunten Besucher als C&A-Filiale präsentiert.

Die äußere Erscheinung des gotischen Rathauses aus den Jahren nach 1472 ist schlecht dokumentiert. Die Ansichten von Münster und Merian geben einen ungefähren Eindruck; die Darstellung der Hinrichtung des Pfarrers Silvanus im Darmstädter Thesaurus Picturarum von 1572 zeigt lediglich die unteren Geschosse.

Danach hatte der erste bekannte Rathausbau drei Vollgeschosse und einen ebenso hohen Stufengiebel mit zwei weiteren Geschossen darüber. Im Erdgeschoß lagen zwei breite Tore, das mittlere wohl als Eingang, das seitliche als Zugang zu Waage- oder Gerichtslaube. Die beiden Obergeschosse waren ganz von neun dicht gestellten Fenstern eingenommen.



Rekonstruktion des gotischen Rathauses um 1480 von Ludwig Schmieder

Im ersten Obergeschoß lief ein Altan mit durchbrochener Steinbrüstung über die ganze Breite der Fassade. Darüber noch ein zweites Obergeschoß und schließlich im Giebfeld ein künstliches Uhrwerk mit Figurenspiel. Wenn die volle Stunde schlug, erschienen ein alter Mann, der den Hut zog, ein Hahn, der krächte und die Flügel schlug, und fechtende Soldaten. Der Stufengiebel selbst gab dem Gebäude noch einmal die doppelte Höhe.

Eine Inschrift über dem Altan mahnte: „qui consilium dat, prestare fidem non eventum debet“. Also etwa: Wer einen Rat erteilt, der bürgе dafür, daß er's ehrlich meint. Aber für den Erfolg gibt es keine Gewähr.²

Im Keller des Gebäudes waren ein Gefängnis und eine Folterkammer untergebracht; das gehörte zu einem anständigen Rathaus, das ja zugleich auch Gericht war. Im Erdgeschoß wurden Waren gelagert, Mehl, Brot, Käse, Butter, und gewogen. Im ersten Obergeschoß befanden sich der Ratssaal für etwa 15 Personen und die Ratsstube. Der Balkon zum Platz hin diente der Verkündung von Urteilen, Gesetzen und Beschlüssen. Unter dem Dach befand sich ein Raum für „Schauspiele“, wohl für Schausteller, Fechter und Akrobaten; eine Art Karlstorbahnhof, ohne erkennbare Spuren in der Kulturgeschichte der Stadt.³

Mehr wissen wir über das gotische Rathaus nicht. Die Stadtverwaltung nahm darin jedenfalls fast eine untergeordnete Rolle ein: Das Erdgeschoß

für die Kaufleute, das Dachgeschoß für bürgerschaftliche Vergnügungen, dazwischen die Ratsstube, in der kurfürstliche Befehle entgegengenommen wurden.

Nördlich, also zur Heiliggeiststraße hin – damals noch Untere Straße, später Hirschstraße genannt –, grenzte das Gasthaus Zum Goldenen Hirsch an das Rathaus an. Es war das erste Haus am Platze. Götz von Berlichingen stieg hier ab, auch der legendäre Ritter Rodenstein. Südlich schloß sich die Hohenlohsche Schaffnei an das Rathaus an und formte die Ecke zur Hauptstraße. Ein weiteres Haus lag dazwischen. Diese Bauten versteckten sich nicht neben dem Rathaus.

Eine Rekonstruktion des gotischen Rathauses hat der verdienstvolle Denkmalfleger Ludwig Schmieder in den zwanziger Jahren unternommen.⁴ Um das Jahr 1600 wurde das „kostbare Rathaus“ unter Kurfürst Friedrich IV. erneuert und umgebaut.

Der nach 1472 errichtete gotische Bau war sicher ordentlich, aber keineswegs besonders bedeutend in der Folge prächtiger spätmittelalterlicher Rathäuser, die anderenorts Ausdruck von Bürgerstolz und Selbständigkeit mächtig gewordener Städte waren. Hier wäre z.B. das Rathaus von Regensburg, das sogenannte Tanzhaus, zu nennen, das um 1335 bis 1350 errichtet wurde und nach dem Neubau eines barocken Rathauses 1660-62 übrigens dem Immerwährenden Reichstag des Heiligen Römischen Reiches als Tagungsstätte überlassen wurde. Die Raumaufteilung entspricht auffällig dem Heidelberger Rathaus; die Lage am Platz hebt indessen die Längsseite hervor.

Nach Bedeutung und Schmuck sollten wir das Heidelberger Rathaus aber wohl eher mit dem von Neumarkt in der Oberpfalz vergleichen, das in der ersten Hälfte des 15. Jahrhunderts errichtet wurde. Es gehörte ja auch zum selben Herrschaftsgebiet. Auch das alte Rathaus von Esslingen am Neckar, das um 1430 als Fachwerkbau errichtet wurde und 1586 eine neue Renaissancefassade erhielt, schließt hier an, und auch das reizende kleine Rathaus von Dettelbach in Mainfranken entspricht diesem Bautyp und erlaubt auch heute noch einen Blick in das Innere.⁵

Der barocke Bau

Am 24. Oktober 1688 hatten die Truppen von Frankreichs König Ludwig XIV. Heidelberg besetzt. Am 2. März 1689 verließ die französische Besatzung die Stadt und steckte sie in Brand. Das Rathaus brannte völlig aus, die Giebelwand stürzte ein und fiel auf den Marktplatz. Der Wiederaufbau kam

nur äußerst schleppend voran, und als die Franzosen am 22. Mai 1693 erneut die Stadt besetzten, wunderten sie sich, daß noch kaum etwas zum Aufbau der Stadt unternommen worden war und selbst das Schloß recht erbärmlich dalag.⁶

Ludwig XIV. hatte zwar befohlen, die Festungswerke zu schleifen, die Wohngebäude aber zu erhalten. Dennoch ging die Stadt bei der Einnahme durch die französischen Truppen erneut in Flammen auf, obwohl hierzu kaum militärische Veranlassung bestand, da die kurpfälzischen Verteidiger schon wegrannten, bevor sie richtig angegriffen wurden, so daß die Franzosen sich verwundert die Augen rieben, wie mühelos ihnen die Einnahme von Stadt und Festung gelang. Entgegen dem Befehl des Königs machten sich nun 4000 Arbeiter daran, die Stadt niederzureißen und das Schloß zu verminen. Am 6. September 1693 zogen die Franzosen wieder ab und sprengten das Schloß, das indessen wegen unbrauchbaren Pulvers „nit so gar übel ruiniert“ wurde.

Im November wohnten von ursprünglich rund 7.000 Einwohnern wieder 153 Familien in den Ruinen der Stadt, überwiegend arme Leute, die zuvor in den umliegenden Wäldern gehaust hatten. Bis zum Frieden von Rijswijk am 29. September 1697 war bei schwerer Strafe der Wiederaufbau der Stadt verboten. Der Rat der Stadt tagte im Haus zum Ritter.

Dort wohnte seit 1695 auch ein Ingenieur aus Düsseldorf, der Residenzstadt von Kurfürst Johann Wilhelm. Dieser Mann namens Flemal – Vorna-
me und Geburtsdatum sind nicht überliefert –, stammte aus einer Lütticher Künstlerfamilie und hatte wohl im Rheinland, wahrscheinlich in Köln, sein Handwerk als Architekt und Ingenieur gelernt. Johann Wilhelm hatte ihn schon vor dem Friedensschluß in die verwüstete Residenzstadt geschickt, um zunächst einmal Stadt und Schloß aufzumessen und einen verlässlichen Katasterplan zu fertigen, der Meßpunkte für den bevorstehenden Wiederaufbau liefern könnte.

Flemal arbeitete außerdem an der Sicherung der Schloßruine und an einem Erweiterungsplan für das Schwetzingen Schloß. Ein wichtiger Auftrag des Kurfürsten stammte vom 28. August 1698: Der Kurfürst wünschte von Flemal einen Entwurf für „modellmäßig gleichförmige Bürgerhäuser“. Es war also ein einheitlicher Baustil ins Auge gefaßt worden, der die mittelalterliche Stadt zu einer barocken Mustersiedlung nach einheitlichem Schema machen sollte. Der italienisch-österreichische Architekt Domenico Martinelli legte 1699 den Plan für eine Begradigung und Systematisierung der Straßenzüge vor, der indessen weder eine wirkliche Systematisierung mit sich brachte, noch mit seinen lächerlich abgetreppten Straßenzügen als funktionstüchtig gelten konnte. Er wurde auch nicht berücksichtigt, jedoch wur-

de vor den Toren der Stadt eine prächtige Barockstadt mit einem gigantischen Schloß geplant, was der Altstadt die Systematisierung wohl ersparte.⁷

Um jedoch ein Zeichen für den Wiederaufbau zu setzen, drängte der Kurfürst die Stadt zum baldigen Bau eines Rathauses. Sein Architekt Flemal legte dem Rat der Stadt Pläne für einen Neubau des Rathauses im Frühjahr 1699 vor. Der Rat zögerte, der Kurfürst drängte. Am 21. Juni 1699 stimmte der Rat widerwillig zu; Flemal wurde für seinen Plan mit 9 Gulden ausbezahlt, ein übler Lohn. Im folgenden Jahr ist er wieder nach Düsseldorf abgereist; vermutlich wütend.

Im Juli 1701 wurde der Schutt vom Bauplatz abgefahren. Jeder Bürger, der ein Pferd besaß, hatte drei Tage dabei zu helfen. Am 17. September 1701 wurde der Grundstein für den Neubau gelegt. Alle Bürger waren mit Gewehr und fliegenden Fahnen auf dem Marktplatz aufgezo-gen. Der kurfürstliche Kanzler Freiherr von Wieser setzte den Grundstein, Schultheiß und Ratsherren folgten ihm nach. 1923 hat man den Grundstein wieder gefunden; die Gründungsurkunde war durch Wasser verdorben.

Die Ausführung übernahmen Heidelberger Handwerker: Der Steinhauer und Stadtwerkmeister Johann Martin Laub, der Maurermeister Hans Georg Röscher, der Stadtzimmermeister Friedrich Engler. Der ungarische Bildhauer Heinrich Charrasky, der auch den Herkulesbrunnen schuf, meißelte das mächtige kurfürstliche Wappen über dem Balkon bis 1705.

Nach nur neun Monaten Bauzeit wurde am 4. Juli 1702 das Richtfest gefeiert. Die erste Sitzung des Rates konnte im neuen Rathaus am 13. Februar 1703 stattfinden, in dem Saal, in dem bis 1914 die 14 Mitglieder des Stadtrats tagten und in dem noch heute die Ausschüsse des Gemeinderates tagen, im ersten Obergeschoß, in der Mitte des Gebäudes, mit Licht und Krach vom Platze aus.

1751 wurde am Balkon das kunstvoll geschmiedete Gitter mit dem Namenszug des Kurfürsten Karl Theodor angebracht. Der Heidelberger Schlossermeister Thomas Pfeterle hatte es in Rokokoformen geschaffen. Der Entwurf stammte wohl vom Mannheimer Baumeister Franz Wilhelm Rabaliatti. 1766 wurde an der Rückseite des Hofes ein kleiner Bau angefügt, ein besserer Schuppen für die Registratur und eine Arrestzelle. Später stand hier die Feuerspritze, und der Rückbau wurde durch eine überdachte Galerie mit dem Vordergebäude verbunden.

Das neue Rathaus umfaßte das Grundstück des gotischen Rathauses, erweitert um eines der beiden südlich angrenzenden Gebäude. Damit erhielt das Rathaus eine querechteckige, breit gelagerte Frontseite. Der hintere Hof wurde abgeschlossen am schmalen Rathausgäßchen, das in der Verlängerung der Semmels-gasse verlief und später überbaut wurde.

Die Grundstückslage gibt ein Katasterplan von 1773 wieder, den das Stadtarchiv bewahrt. Der Plan zeigt ein dicht bebautes Quartier, so wie wir es heute noch in den Bereichen zwischen Unterer Straße und Neckar finden. Auch die Hinterhöfe waren dicht bebaut. Jedoch ist das östliche Ende des Quartiers an der Mönchgasse teilweise unbebaut. Die Mönchgasse ist nur halb so breit wie die ohnehin schon schmalen Straßen der Umgebung und hat an der Kreuzung mit der Heiliggeiststraße einen scharfen Knick.

Ein Plan von 1810, der sich im Generallandesarchiv befindet, gibt die damalige Situation im Grundriß gut wieder. In der Mitte des Gebäudes verläuft in der ganzen Tiefe ein Gang. Links und rechts befinden sich die Waagen für Butter und Mehl. Eine schmale Treppe führt ins Obergeschoß. Auf der Rückseite des Hofes der spätere Bau für Feuerspritze und Arrestzelle. Im Obergeschoß des Hauptbaus der Ratssaal, am Platz des heutigen kleinen Ratssaals, daneben die Ratsstube. Im zweiten Obergeschoß Büroräume, später ein einfacher Saal.

Die Übertragung des alten Grundrisses auf den heutigen Grundriß zeigt, daß das ursprüngliche Gebäude um etwa 1,5 Meter weniger tief war und der Anbau etwa da stand, wo beim heutigen Bau die Druckerei in den Hof eingefügt wurde.

Eine Ansicht von Walpergen zeigt die Platzfassaden dieser Straßenfront detailreich und zuverlässig. Ein dreigeschossiger Bau von sieben Achsen erhebt sich nunmehr deutlich über die angrenzenden Gebäude. Das Erdgeschoß ist als dorisches Rustika-Sockelgeschoß abgesetzt; die beiden Obergeschosse sind durch eine ionische Kolossalpilastergliederung zusammengefaßt. Darüber ein Mansarddach, in dessen Mitte ein Zwerchhaus mit korinthischer Ordnung und Segmentbogengiebel steht. Das Zwerchhaus in der Mittelachse bekrönt eine durch alle Geschosse durchlaufende zusätzliche Fassadenschicht, die Hauptportal, Balkon und kurfürstliches Wappen betont.

Das Erdgeschoß bildeten offene Lauben mit breiten Rundbogenportalen. In den Obergeschossen dominierten hochrechteckige Fenster; das erste Obergeschoß war dabei durch Segmentbogengiebel deutlich als das Hauptgeschoß betont.

Man hat für die stilistische Einordnung die Herkunft von Flemal aus Lütich, seine Ausbildung im Rheinland, auch Vorbilder aus Münster oder gar den Übertater Andrea Palladio bemüht. Von all dem ist am Bau bei Licht betrachtet nicht viel zu bemerken. Auf den ersten Blick ist man sogar geneigt, die Suche in der Ferne insgesamt für abwegig zu halten. Der Bau steht scheinbar in gesicherter, fester Tradition süddeutscher Baukunst, nicht mehr und nicht weniger. Und dennoch: Die gleichzeitigen Bauten von Antonio



Das barocke Rathaus in einer Ansicht von Peter Friedrich von Walpergen, um 1760

Petrini aus Franken, der 1698 in Schwetzingen und Weinheim für den Kurfürsten arbeitete, sprechen doch eine ganz andere Sprache. Der Name Flemal selbst kann uns keine Hilfe sein, da andere nennenswerte Bauten von ihm unbekannt sind. Und wenn man nach den anderen, so zahlreichen Barock-Rathäusern Süddeutschlands Ausschau hält, so stellt man fest, daß sie in aller Regel – sofern architektonisch bedeutsam – erst später entstanden sind.

Im Sommer 1699 war aber auch Domenico Martinelli in Heidelberg. Martinelli – heute weniger bekannt – galt zu seiner Zeit als Star-Architekt, in Rom ausgebildet und als akademischer Lehrer tätig, in Wien berühmter geworden als die heute so geehrten Fischer von Erlach und Lukas von Hildebrandt. Martinelli hatte nicht nur die genannten Pläne für die Regulierung der Altstadt, sondern auch Vorschläge für die Instandsetzung der Heiligeistkirche, für Schwetzingen und für das Düsseldorfer Schloß vorgelegt. Nichts davon wurde ausgeführt. Aber es wäre doch möglich, daß der Vielgerühmte sich auch mit der wichtigen Aufgabe des Rathauses beschäftigt haben könnte.

Dabei fallen Gemeinsamkeiten mit einem der Hauptwerke Martinellis, dem Gartenpalais Liechtenstein in Wien, ins Auge. Das Gartenpalais Liech-



Wien, Gartenpalais Liechtenstein von Domenico Martinelli 1689–1705

tenstein galt als einer der prominentesten Bauten seiner Zeit. Fürst Liechtenstein hatte 1687 einen weitläufigen Baugrund in der Roßau gekauft, um hier als einer der ersten Adligen Wiens einen großen Gartenpalast zu errichten. Nach erfolglosem Bemühen um Pläne aus Venedig und Rom scheint er um 1688 Fischer von Erlach mit der Planung beauftragt zu haben. Doch dessen extravagante Pläne stießen auf Ablehnung. Der Fürst beauftragte 1689 sowohl Domenico Egidio Rossi aus Prag wie auch Domenico Martinelli, Pläne für einen dreigeschossigen Baukörper zu entwerfen. Martinelli erhielt schließlich den Zuschlag. Während er in Heidelberg zu Gast war, wurde in Wien am Rohbau gearbeitet. Die Pläne des Gartenpalais Liechtenstein hat er mit Sicherheit auf seiner Akquisitionsreise dabei gehabt.

Das Gartenpalais und das Heidelberger Rathaus haben beachtliche Ähnlichkeiten: Rustika-Erdgeschoß mit Rundbögen; zwei Obergeschosse, die durch Kolossalpilaster zusammengefaßt sind; Segmentbögen über den Fenstern des Hauptgeschosses. Doch auch die Unterschiede sind beträchtlich: Vor allem geben das flache Walmdach und das ruhig durchgezogene Gebälk über den Pilastern dem Wiener Bau ein deutlich italienisches Gepräge, das dem Heidelberger Bau so ganz abgeht. Auch das Zwerchhaus über der Mittelachse hätte Martinelli nicht passieren können. Immerhin kann es hier als

Referenz an den Bautyp Rathaus gelten, insofern es an den üblichen Rathausurm erinnert. Klarer noch wird die Differenz in den Details, die außer dem Zeitüblichen kaum eine Gemeinsamkeit erkennen lassen. Auffällig zum Beispiel die Volutenkonsole am Balkonfenster des Rathauses, die Martinelli mit Vorliebe in der strengeren Form der dorischen Triglyphe entworfen hätte – auch im ionischen Kontext.

In der Summe: Es bleibt eine unverkennbare Anregung durch Martinelli am Heidelberger Rathaus festzustellen in der Disposition der Fassade. Wichtige Einzelheiten weichen jedoch von Martinelli ab, so daß ein anderer Entwurf oder Detailplanung verfaßt haben muß. Wir können aber durchaus nicht sicher sein, ob der in den Akten genannte Flemal dieser Planverfasser war. Und wir wissen nicht, wieviel davon die einheimischen Werkmeister möglicherweise geändert haben. Jedenfalls zeigt der Stilvergleich, der noch auszuführen wäre, den Einfluß aus Wien, der seinerseits auf Rom zurückläuft. Er belegt hingegen nicht den Einfluß des kurfürstlichen Oberbaudirektors Alberti aus Venedig oder gar bayrischer oder französischer Elemente.

Eines aber ist sicher: Dieser Bau, der als einer der ersten zwischen den Ruinen entstand, wurde zum „Modell“ für zahlreiche Bürgerhäuser der nahen Umgebung in der Heidelberger Altstadt. Allein ein Gang durch die Untere Straße, deren Erdgeschosse besser bewahrt wurden als die der Hauptstraße, zeigt eine Fülle von Bauten, die sich in der Gestaltung des Erdgeschosses – Rundbogen in einer Rustikagliederung – oder des Obergeschosses – einfache Rechteckfenster mit hohen Gewänden und gelegentlich mit Segmentbogengiebeln – an das Vorbild des Rathauses anlehnen.

Auf diesem Wege hätte Kurfürst Johann Wilhelm mit seinem Wunsch nach modellmäßigen gleichförmigen Bürgerhäusern doch noch Erfolg gehabt, wenn auch sein eigentliches Ziel, nämlich Häuser wie Soldaten zu reihen, in der lebenswerten Vielfalt einer barocken Stadt auf mittelalterlichem Grundriß dankenswerterweise unterging.

Das barocke Rathaus erhob sich nun deutlich über seine Umgebung, aber es wurde auch von zwei durchaus selbstbewußten Nachbarn eingefast: Nördlich entstand 1706 wieder das Gasthaus Zum Goldenen Hirschen. Das kleine Gebäude an der südlichen Platzecke war 1720 für Domenico Brentano errichtet worden und diente später als Dienstwohnung des Stadtschreibers, der damals im Gegensatz zu Bürgermeister und Ratsherren ein rechtsgelehrter Herr war.

Bei dieser Gelegenheit ein Wort zu den Organen des Stadtregimentes: An der Spitze des Rathauses stand der Schultheiß, seit 1717 mit dem Titel Stadtdirektor versehen. Er war kurfürstlicher Beamter, in aller Regel dem Adel entstammend, allein dem Kurfürsten verantwortlich, seiner Weisung unter-

worfen, vom Kurfürsten berufen und abberufen. Damit wird klar, daß die Kommunalverwaltung Teil des kurfürstlichen Regimentes war; an bürger-schaftliche Selbstverwaltung war nicht zu denken. Folgerichtig trägt der barocke Bau das Wappen des Kurfürsten und am Balkongitter die Initialen von Kurfürst Karl Theodor. Das Wappen der Stadt sucht man vergebens.

An zweiter Stelle ist in der Stadtregierung der teils ehrenamtliche, teils besoldete Stadtrat zu nennen, der in Zusammensetzung und Auftrag nichts mit dem heutigen Gremium gleichen Namens gemein hatte. Der Stadtrat bestand aus 14 Personen: Dem Schultheiß als Vorsitzenden, dem Anwaltschultheiß, einem Rechtskundigen, als Stadtrat und Vertreter des Schultheißen, sowie aus zwölf weiteren Stadträten, die aus der Bürgerschaft der Stadt vom Kurfürsten berufen wurden. Zwei von ihnen führten für je zwei Jahre den Titel Bürgermeister und hatten herausgehobene Verantwortung; sie siegelten die Urkunden und bildeten das städtische Gericht. Auch sie erhielten ihre Funktion vom Fürsten.

Im 18. Jahrhundert war das Verhältnis der Konfessionen im Stadtrat streng aufgeteilt: Die Hälfte der zwölf Stadträte waren Katholiken – mehr als ihrem Bevölkerungsanteil entsprach –, die andere Hälfte teilten sich Lutheraner und Reformierte. Schultheiß und Anwaltschultheiß waren katholisch.

Es liegt auf der Hand, daß dieses vom Fürsten eingesetzte und kontrollierte Stadtr Regiment nicht immer die Sympathie der Bürgerschaft fand. Als die Spannungen 1474 einmal allzu heftig aufwallten, stellte der Kurfürst eine Art bürgerschaftliche Kontrolle, den kleinen Rat, neben den Stadtrat: Er bestand aus Vertrauensleuten der Bürgerschaft, zwei „Bürgermeistern von der Gemeinde“, nicht zu verwechseln mit den Rats- oder Gerichtsbürgermeistern, und vier Verordneten der Gemeinde, je einer aus den vier Stadtquartieren, die zu den Ratssitzungen hinzugezogen werden mußten, wenn es um Geldsachen ging. Sie waren eine Art Rechnungsprüfer und brachten Beschwerden der Bürgerschaft vor, hatten aber kein Stimmrecht.

Diese sechs Repräsentanten der Bürgerschaft wurden anfangs von der Bürgerschaft gewählt, später aber ohne Befragung der Bürger unmittelbar vom Fürsten eingesetzt, was sie eigentlich ihrer Funktion beraubte.

Die Kompetenzen dieser Stadtregierung waren äußerst dürftig: Die fürstliche Kanzlei traf aber auch für alles nur Denkbare ihre Anordnungen, bis hin zum Säubern eines Straßengrabens.

Eine wesentliche Änderung brachten erst die badischen Konstitutionsedikte von 1807 ff, die das Gemeinderecht unter dem Eindruck der napoleonischen Reformen neu ordneten und vereinfachten. An der Spitze der Stadt stand als Kollegialorgan der Stadtrat unter Leitung des Oberbürgermeisters, der mit einem Vetorecht ausgestattet war und von der Regierung ernannt

wurde. Neue Mitglieder wurden vom Stadtrat selbst berufen. Ein Bürgerausschuß, Vorläufer des heutigen Gemeinderates, konnte in besonders wichtigen Fällen etwas mitreden. 1821 wurden seine Rechte gestärkt, und er wurde auf nahezu 100 Mitglieder erweitert.

Erst unter dem Eindruck der Julirevolution von 1830 kam 1831 eine richtige Gemeindeordnung und Städteordnung zustande, die ab 1832 den Städten erstmals Selbstverwaltungsrecht und freie Wahlen brachte. 1870 wurden die Rechte des Bürgerausschusses wesentlich erweitert, 1874 die Wahl von Stadtrat und Oberbürgermeister durch den Bürgerausschuß bestimmt. Die so gestärkte Stellung und die Vergrößerung des Bürgerausschusses gaben bald darauf den Anlaß oder Vorwand für den nächsten Erweiterungsbau am Heidelberger Rathaus.

Der Neurenaissancebau

170 Jahre lang hatte das Rathaus in seiner barocken Form für die Belange der Stadtverwaltung ausgereicht. Jetzt aber wurde es doch etwas eng. Die erweiterten Rechte der Gemeindeverwaltung ließen auch die Stadtverwaltung anwachsen; der wirtschaftliche Aufschwung in den 60er Jahren des 19. Jahrhunderts und die damit einhergehende Vergrößerung der Stadt taten ein übriges. Und schließlich saß im zweiten Obergeschoß des Rathauses der Bürgerausschuß mit seinen bis zu 96 Mitgliedern in drangvollster Enge. Im März 1867 kaufte die Stadt das nördlich angrenzende Gasthaus Zum Goldenen Hirschen, in das im September 1871 die städtische Sparkasse einzog. Im Obergeschoß wurde ein Durchbruch zum Rathaus geschaffen, und Bürgermeisteramt und Armenamt bezogen hier neue Räume.

Die Sparkasse hatte Bedenken gegen diese gemeinsame Nutzung. Vor allem fürchtete sie im Falle eines Brandes um ihre kostbaren Dokumente. Und schließlich dürfte der bei Banken und Sparkassen gut entwickelte Sinn für Repräsentation das Untermietverhältnis im Rathaus als unschön empfunden haben. Aber die Stadtverwaltung stellte sich schwerhörig.

Das Schicksal war der Sparkasse hold: Den Anstoß zum Erweiterungsbau gab eine Lappalie, die indessen das stets vorherrschende ängstliche Element im Herzen der Ratsherren zum Durchbruch kommen ließ: Am 8. Mai 1884 werkelte der städtische Brunnenmeister im Hof des Rathauses mit Pech, das zur Abdichtung von Leitungen erhitzt werden mußte. Das Pech entzündete sich und erzeugte wenig Feuer, aber unglaublich viel schwarzen Qualm. Das Feuer wurde zwar schnell gelöscht, „aber dem Stadtrat fuhr der Brandfall doch in die Glieder“, wie Oberbürgermeister Walz später notierte. Und zwei

Beschlüsse waren die Folge: Zum ersten: Der Brunnenmeister erhielt einen derben Verweis. Zum zweiten: Stadtbaumeister Scharper wurde mit dem Entwurf eines Erweiterungsbaus an der Heiliggeiststraße beauftragt.

Der Scharpersche Entwurf stieß auf Ablehnung. Der Stadtrat fand ihn nicht repräsentativ genug. Das sollte sich rächen.

Der neue Oberbürgermeister Dr. Carl Wilckens, seit dem 1. Januar 1885 im Amte, wandte sich daraufhin an den Vorstand der Gewerbeschule, Rektor Hermann Lender, der vom berühmten Durm in Karlsruhe empfohlen worden war und als Liebhaber der italienischen Renaissance galt.

Lender war offenbar ein Freund großer Taten und lieferte in Kürze einen Entwurf, der nicht nur – wie bestellt – das nördliche Gebäude betraf, sondern vielmehr die gesamte Platzfront einschließlich des südlichen Gebäudes an der Hauptstraße umfaßte, das der Stadt gar nicht gehörte. Kaufmann Franz Popp, der Eigentümer dieses Hauses, wird wohl die Ohren angelegt haben. Aber der Kelch ging noch einmal an ihm vorbei: Der Oberbürgermeister empfahl dem Bürgerausschuß zwar die Annahme dieses Planes – aber nur für das nördliche Gebäude, wie bestellt. Der Bürgerausschuß sagte am 27. Juli 1885 ja.

Damit war im Grunde unter allen denkbaren Entscheidungsmodellen die dümmste Lösung gewählt worden. Folgendes wäre möglich gewesen:

1. Man achtet die vorhandenen Gebäude, immerhin drei respektable Barockbauten von einiger Harmonie, erwirbt das südliche Gebäude und dahinterliegende Grundstücke, und ordnet den gewachsenen Komplex im Innern neu.

2. Man achtet den vorgegebenen Barockstil von Rathaus und Umgebung und ergänzt die angrenzenden Fassaden als Neubauten im Stile von 1700. Dabei hätte die Dominanz des Hauptbaus Bestand haben müssen.

3. Man räumt die Fläche ohne Rücksicht auf Verluste frei und plant den ganzen Baublock in einem Zuge neu. Oder:

4. Man sucht im Zuge der sich anbahnenden Erweiterungen der Stadt in die Rheinebene einen neuen Standort außerhalb der Altstadt.

Lösung 1, Erhaltung der Fassaden und Entkernung, würden wir heute vermutlich wählen, vordergründig wegen des Denkmalschutzes, in Wahrheit aber aus Angst vor einer Debatte über zeitgemäßes Bauen.

Lösung 2, die neubarocke Anpassung, wurde 100 Jahre später gewählt, als man das benachbarte ehemalige Hotel Prinz Carl als Rathausenerweiterung konzipierte, mit delikaten Beton-Gewänden und Problemen bei der Schlußabrechnung und der Nutzung.

Radikallösung 3, Abbruch und Neubau ohne Rücksicht auf Verluste,

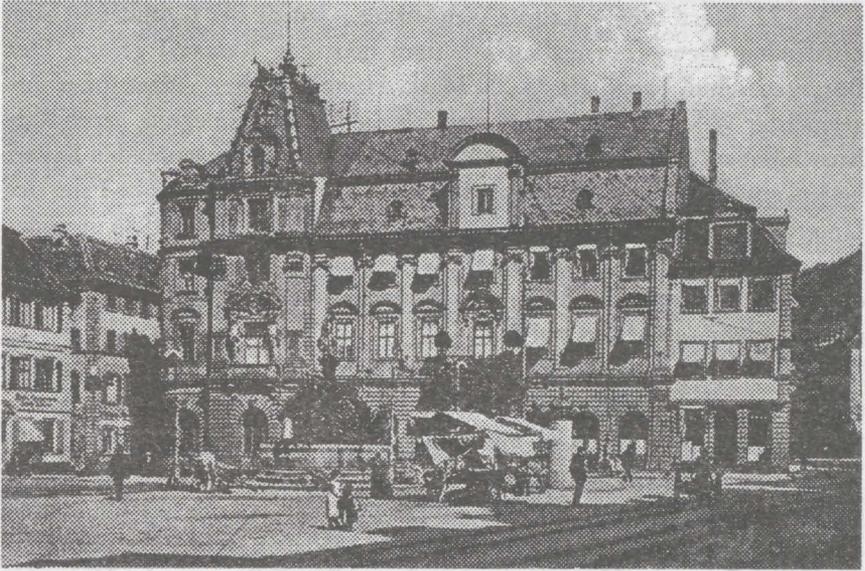
schlug Gewerbeschulmeister Lender vor, seinem Herzen folgend im Stil der Renaissance. Das paßte zwar überhaupt nicht in die Stadt, aber in die Zeit. Nachdem jede Stadt, die etwas auf sich hielt, Schinkel und Klenze folgend, mindestens ein Museum im griechischen Stile gebaut hatte – Heidelberg hatte das verpaßt –, wurden jetzt Rathäuser gebaut, und zwar entweder gotisch, um den bürgerlichen Geist der freien Reichsstadt im späten Mittelalter zu betonen, oder – durchaus seltener – im Stile der italienischen Renaissance, um die selbstbewußten Stadtstaaten des Quattrocento zu Zeugen zu be-rufen. In allen Fällen war nicht etwa die zeitweise demokratische Verfas-sung der Städte des 15. und 16. Jahrhunderts ausschlaggebend für die Wahl des Baustils, sondern das bürgerliche Selbstbewußtsein der spätmittelalter-lichen Stadt zwischen der schwächer werdenden Lehnsherrschaft einerseits und dem aufkommenden Absolutismus andererseits. Daß dieser Bürgerstolz mit Demokratie nicht allzu viel zu tun hatte, zeigt das Bildprogramm des Rathauses.

Lösung 4, die Verlegung des Rathauses an einen sich erst für die Zukunft abzeichnenden neuen Mittelpunkt der Stadt, wurde gar nicht erst erwogen.

Am 27. Juli 1885 nun wurde die Sache im Bürgerausschuß beraten. Ober-bürgermeister Wilckens schlug vor, zunächst nur das nördliche Gebäude nach Lenders Plänen im Stile der Neurenaissance zu errichten. Dieser Bau-teil sollte nicht nur deutlich höher werden als das eigentliche Rathaus in der Mitte der Platzfront, sondern sich auch noch in einem – man möchte sagen – aggressiven Stil gegen das milde Barock des alten Baus schrill absetzen.

Man kennt dieses Bild von den Baustellen mittelalterlicher Kirchenerwei-terungen: Ein riesiger gotischer Chor begräbt unter sich ein bescheidenes romanisches Kirchlein, das Stück für Stück vom wachsenden Neubau ge-fressen wird. Und so war es wohl auch von Wilckens gedacht, der in der Debatte klarmachte, daß diese Baumaßnahme am nördlichen Rand nur der erste Schritt zur Verwirklichung des gesamten Lenderschen Plans sein solle. Er wird dabei – so darf man einmal in aller Freundschaft unterstellen – nicht so sehr die Lendersche Liebe zur Renaissance im Herzen, als vielmehr das üppige Raumprogramm im Kopf gehabt haben.

Oberbürgermeister Wilckens also beantragte den nördlichen Bau und in gekonnter Salami-Taktik zunächst nur den Erweiterungsbau seitlich an der Heiliggeiststraße, der für den neuen großen Sitzungssaal gedacht war, mit Büroräumen darunter; nicht das Eckgebäude. Der Obmann des Bürger-ausschusses erklärte die Zustimmung mit der aufmüpfigen Bemerkung, da-mit sei aber auf absehbare Zeit genügend Raum geschaffen; weitere Pläne sollten nicht in Angriff genommen werden. Nun mußte OB Wilckens her-



Das Heidelberger Rathaus, Foto vor 1908

ausrücken und zugestehen, daß er und der Stadtrat die weiteren Teile des Lenderschen Plans auch noch realisiert wissen möchten. Der Bürgerschaft – wenig beeindruckt und in der sicheren Gewißheit, das Nötige getan zu haben – genehmigte den ersten Schritt, aber er lehnte zugleich den zweiten und erst recht natürlich weitere Schritte mit Nachdruck ab. Ich weiß nicht, ob irgend jemand bemerkte, daß der erste Schritt architektonisch keinen Sinn machte, wenn weitere nicht folgen würden. Aber so wurde es nun einmal beschlossen.

Oberbürgermeister aber sind meist hartnäckige Leute. Kaum war der beschränkende Beschluß zum Bau des Saaltraktes gefaßt, machte der OB darauf aufmerksam, daß der Saal im 2. Obergeschoß ohne Treppe doch nicht ganz überzeugend wäre, was zweifellos richtig war und den Bürgerschaft überzeugte. Und daß man eine würdige Treppe doch nur dann schaffen könne, wenn man den Goldenen Hirsch an der Nordecke des Platzes weitgehend für diese Treppe opfere, was zweifellos richtig war und den Bürgerschaft überzeugte. Und daß ein Goldener Hirsch, von dem letztlich nur die Fassade bleibe, doch besser gleich durch die Lendersche Neurenaissance in vier Etagen ersetzt werden könne, was zweifellos richtig war und den Bürgerschaft überzeugte: Beschluß vom 10. Dezember 1886.

Der Stadtrat kaufte unterdessen das Popp'sche Haus am südlichen Rand des Platzes für 90.000 Mark. Der Bürgerschaft stimmte zu.

Am 22. März 1886 – Kaisers Geburtstag – wurde der Grundstein zum nördlichen Erweiterungsbau mit dem heutigen Ratssaal gelegt. Der Bürgerausschuß bewilligte 75.000 Mark. Hartnäckig bezeichnet Oberbürgermeister Wilckens dies immer noch als die Grundsteinlegung „zum Rathaus-Neubau“. Am 2. Dezember 1887, also mitten in den laufenden Bauarbeiten, entschied der Jubiläumsausschuß für das Fest zur 500-Jahr-Feier der Universität, 32.000 Mark, die in der Spendenkasse des Jahres 1886 übriggeblieben waren, dem Rathausbau zur Verfügung zu stellen. Das Geld sollte der Ausschmückung des Bürgerausschußsaales dienen. Die Pläne mußten – nolens volens – erweitert werden.

Viel Streit gab es um die Frage, was das Gemälde in der mittleren Lunette der Stirnwand darstellen solle. Ein Ereignis aus der Stadtgeschichte, meinten die einen; man fand nur Unerfreuliches. Etwas, das die Verbindung von Universität und Stadt zum Ausdruck bringt, meinten die anderen; auch das bis heute nicht leicht. Schließlich einigte man sich auf eine Huldigung an Fürst und Universität: Ottheinrich übergibt 1558 dem Rektor der Universität die im Geiste des Humanismus neu formulierten Statuten der Universität auf dem Heidelberger Schloß. Das hatte nun viele Bezüge, aber mit der Stadt rein gar nichts zu tun. Von den 14 dargestellten Personen war nicht eine einzige in Relation zur Stadt zu bringen. Das Gemälde wurde bei dem Münchner Maler Wilhelm von Lindenschmit (1829-1895) bestellt, dessen Stärke Porträts und stille Interieurs waren, dessen Schwäche die Beherrschung großer Räume war. Man merkte. Dennoch: Kein schlechtes Bild.⁸

Am 28. Mai 1889 sah sich der Stadtrat jedoch in der peinlichen Lage, beichten zu müssen, daß der Bauetat von 75.000 Mark schon um 50.000 Mark überzogen sei. Weiteres werde noch folgen. Der spätere OB Walz vermerkte: „Das Vorkommnis wirkte etwas abkühlend“. Und der Stadtrat trat die Flucht nach vorne an, indem er die Erklärung abgab, man habe sich jetzt doch davon überzeugt, daß der nördliche Erweiterungsbau ausreichend sei. Der Bürgerausschuß hörte es wohlgefällig und glaubte es. Aber wenig später kaufte der Stadtrat (im November 1890!) das nächst-angrenzende Haus in der Hauptstraße am Kornmarkt aus Mitteln des Volksschulpründefonds für 45.000 Mark. Der Bürgerausschuß mußte bei diesem Sondervermögen übrigens nicht zustimmen. Eine kleine Erweiterung des Rathauses, die der Bürgerausschuß nicht sehr übel nahm; jedenfalls stimmte er wenig später zu, daß das Haus aus dem Sondervermögen in das der Stadt überführt werde, einfach, weil es irgendwie doch richtiger dort aufgehoben war.

Es handelte sich übrigens um das Haus der berühmten Buchhandlung Mohr, in deren Verlag seinerzeit „Des Knaben Wunderhorn“ erschienen war.

Am 30. Dezember 1890 war der Bürgerausschußsaal fertiggestellt und

wurde zum Gebrauch übergeben. Der Rede des Oberbürgermeisters folgten ein dreifaches Hoch auf Kaiser Wilhelm II. und „Heil dir im Siegerkranz“.

Im Spätjahr 1894 wurde das südlich angrenzende Popp'sche Haus, dessen drittes Stockwerk schon früher vom Rathaus genutzt worden war, jetzt ganz für Bürozwwecke genutzt.

Indessen: Der Neubau hatte ernüchternd gewirkt. Es werden wohl nicht nur die überzogenen Baukosten gewesen sein, sondern auch das allzu eklatante Mißverhältnis zwischen dem barocken Hauptbau und seinem Kuckuckskind an der Nordseite. 18 Jahre lang war Ruhe an der Baufront. Niemand kam auf die Verwirklichung der Lenderschen Pläne zurück. Verlegenheit wegen des offenkundigen Mißgriffs machte sich breit.

Es handelt sich um einen schönen Fall von – ich möchte sagen: – Bau-Peter. Sie kennen das Peter-Prinzip aus dem Personalwesen: Jemand ist erfolgreich und wird so lange befördert, bis er auf einen Posten gelangt, der ihn überfordert. Da bleibt er dann bis zu seiner Pensionierung. Der Bau-Peter: Ein Rathaus wird so lange erweitert, bis es wirklich scheußlich aussieht. So bleibt es dann, bis ein gütiges Schicksal ein Einsehen hat.

Der Brand 1908

In der Nacht vom 1. auf den 2. März 1908, von Fastnachtsonntag auf Rosenmontag, zerstörte ein Brand das zweite Obergeschoß und den Dachstuhl sowohl des Hauptgebäudes wie auch des nördlichen Anbaus. Der Brand war so heftig, daß man ernsthaft fürchten mußte, durch Funkenflug werde auch der Turm der Heiliggeistkirche in Brand gesteckt. Die darunter liegenden Stockwerke und der Große Saal blieben vom Feuer verschont.

Die neue Lage erforderte sofortiges Handeln: Es wurde ein Notdach angebracht, und es wurden Überlegungen zur baulichen Erneuerung angestellt. Aber es überrascht doch ein wenig, daß es trotz der prekären Lage mehr als ein ganzes Jahr dauerte, bis am 14. April 1909 ein Preisausschreiben mit einer Preissumme von 20.000 Mark für die Planung ausgesetzt wurde. Wichtigste Vorgabe war dabei, „die im Jahre 1703 erbaute Fassade zum Marktplatz ... bis zur Oberkante Hauptgesims zu erhalten ...“ und: „Die Geschoßhöhen sollen in allen oberen Stockwerken denen des alten Baues von 1703 entsprechen.“

Preisrichter des Wettbewerbs waren die Professoren Gabriel von Seidl und Theodor Fischer aus München, Josef Durm aus Karlsruhe, der Geh. Oberbaurat K. Hofmann aus Darmstadt und der Geh. Oberhofbaurat von

Ihne aus Berlin, eine erstrangig besetzte Jury. Es gingen 107 Bewerbungen ein. Es sollte drei Preise und drei Ankäufe geben; so nennt man in der Fachsprache die Trostpreise.

Unmittelbar vorher waren im Oktober 1908 das frühere Gasthaus zum Adler in der Hauptstraße für 165.000 Mark ersteigert sowie das nördlich angrenzende Haus des Installateurs Rensch in der Hirschstraße im März 1909 für 26.000 Mark erworben worden.

Die neubarocke Erweiterung

Der erste Preis ging am 11. Mai 1910 an den Stuttgarter Architekten Willy Graf. Er respektierte das barocke Ensemble, wie gewünscht, veränderte es aber nicht unmaßgeblich und entgegen den Wettbewerbsbedingungen dadurch, daß er den Haupteingang um eine Achse nach Norden in die Mitte der Platzfront verschob und dem Hauptbau dabei zwei zusätzliche Fensterachsen gab.

Am 21. Oktober 1910 entschied die Rathausbaukommission, den Plänen von Willy Graf zu folgen – nicht ohne zuvor auch die anderen prämierten Entwürfe auf ihren Nutzen geprüft zu haben. Nur den Neuling im Heidelberger Wettbewerbsrecht mag es überraschen, daß die Baukommission zwar das Graftsche Projekt auswählte, aber paradoxerweise nicht den entwerfenden Architekten, sondern den Heidelberger Franz Sales Kuhn mit der Ausführung zu betrauen vorschlug. Kuhn hatte sich in den letzten Jahren mit dem Jugendstil-Hallenbad in Bergheim und mit etlichen barock inspirierten Villen einen Namen gemacht. Auch am Rathaus-Wettbewerb hatte er sich beteiligt, wenn auch ohne jeden Erfolg.

In Architektenkreisen fand man es nicht korrekt, daß Kuhn den Auftrag einsacken sollte, den sich Graf im Wettbewerb erarbeitet hatte. Zum Sprecher der Kritiker machte sich Paul Bonatz, der gerade an seinem Wettbewerbsbeitrag für den Stuttgarter Hauptbahnhof arbeitete und Kuhn vorwarf, sich „des geistigen Eigentums eines anderen Architekten“ zu bemächtigen. Auch Kuhn selbst hatte Bedenken, die sich aber in bekömmlichen Grenzen hielten. Am 31. Dezember 1910 erteilte der Bürgerausschuß den Auftrag für Planung und Bauleitung an Kuhn.

Die Sache mit dem geistigen Diebstahl war natürlich Unfug. Schließlich bestand das geistige Eigentum von Willy Graf – wenn man in dieser Kategorie argumentieren möchte – auch nur aus dem Diebstahl am geistigen Eigentum von Flemal, der sich doch offenbar das geistige Eigentum von Martinelli zunutze gemacht hatte.⁹ Und der wiederum fußte auf mannigfal-

tigen Traditionen der Baugeschichte, die um 5.000 Jahre zurückreichen, soweit wir halt wissen. In dieser langen Kette war viel „geistiges Eigentum“ eingeflossen. Graf hatte dazu mit seiner neubarocken Flemal-Kopie sicher nicht den größten Beitrag geleistet.

Aber er hatte die Entwurfs-Arbeit gemacht und wurde jetzt um Lohn und Ehre betrogen. Vernünftige Gründe dafür sind eigentlich nicht ersichtlich. Außer vielleicht, daß Graf Stuttgarter war und Kuhn Heidelberger, man sich von der örtlichen Präsenz Kuhns möglicherweise eine bessere Bauaufsicht versprach. Nach den Begriffen der Zeit war Graf Ausländer. Man denkt dabei unwillkürlich an den ersten Wettbewerb für den Berliner Reichstag, bei dem sich zum Entsetzen der Preußen herausstellte, daß der erste Preisträger ein Bayer war! Der Wettbewerb wurde aufgehoben, wegen Grundstücksproblemen, wie nachdrücklich versichert wurde.

Zurück nach Heidelberg: Wieder dauerte es überraschend lange, bis am 30. Januar 1912 der Bürgerausschuß beschloß, für eine Bausumme von 187.000 Mark das Rathaus instand zu setzen sowie ihm einen Südflügel bis zum Hotel Adler und einen verlängerten Nordflügel bis zum Anwesen Rensch anzufügen. Vorausgegangen war eine Debatte über den Vorschlag von Bauinspektor Maier, der Platzfassade an der Ecke zur Hauptstraße einen Turm einzufügen. Die wieder einberufene Jury war dagegen und sprach sich für die Pläne ohne Turm aus, die Kuhn bereits im Januar 1911 vorgelegt hatte. Kuhn legte sicherheitshalber dennoch die verstärkten Fundamente für den Turm.

Man begann im April 1912 mit dem Südflügel, brach die alten Häuser ab und ging kurz darauf an die Verlängerung des Nordflügels. Der Bau schritt schnell voran, der Rohbau war im Dezember 1912 fertig, und bereits im Juni 1914 konnten die städtischen Ämter aus dem brand- und löschwasserschädigten Hauptbau in die neuen Flügelbauten umziehen.

Noch während der Planungs- und Bauzeit wurden die letzten Grundstücke im Quartier zwischen Marktplatz und Mönchgasse erworben: Am 27. Juni 1910 das Zindelsche Haus für 85.000 Mark, im April 1914 die beiden Gebäude der Wirtschaft zum Großen Faß, Hauptstraße 199 und 201, für 145.000 Mark.

Am 28. Juli 1914 begann der Erste Weltkrieg mit Österreichs Kriegserklärung an Serbien. Als sich herausstellte, daß dieser Krieg keineswegs – wie zunächst angenommen – ein kurzer Spaziergang werden würde, erging die Anordnung, daß alle nur irgendwie entbehrliche Bautätigkeit im Lande zu unterbleiben habe. Die Bauarbeiten am Rathaus wurden eingestellt. In die zum Umbau gerade geräumten Gebäude am Marktplatz zogen die Kriegsämter, vor allem das Nahrungsmittelamt ein.

Die Bauunterbrechung erlaubte es, eine nicht ausdiskutierte Frage noch einmal aufzugreifen: War es richtig, das alte Rathaus um zwei Achsen zu verbreitern und den Eingang so zu verlegen, daß die Platzfront samt der Seitenbauten symmetrisch würde? Müßte man dann nicht auch den Marktbrunnen verlegen, der auf die alte Mitte des Rathauses Bezug nimmt? Täte man den Proportionen des barocken Baus damit nicht allzu sehr Gewalt an? Die Kommission für die Geschichte der Stadt warf diese Fragen auf und hatte auch die Antwort parat: Keine Verlegung der Mittelachse. Der Bürgerausschuß bestätigte die denkmalpflegerische Erkenntnis durch Beschluß vom 11. Februar 1915. Kuhn änderte den Plan entsprechend im Mai 1915.

Die Vollendung nach dem Ersten Weltkrieg

Nach dem Krieg, der am 11.11.1918 mit der deutschen Kapitulation sein Ende fand, wurde der Wunsch nach einer Erweiterung des Rathauses bis an die Mönchgasse laut. Die horrenden Baukosten von rund 3 Millionen Mark erstickten diesen Plan jedoch im Keim.

Die Sparkasse hatte den Prinz Carl, ehemaliges Hotel am Kornmarkt, erworben und schuf jetzt die Möglichkeit, das Nahrungsmittelamt aus dem Hauptbau in den Prinz Carl zu verlegen. Der Bürgerausschuß bewilligte daraufhin am 14. Juli 1921 einen Kredit von 379.500 Mark für den Umbau des alten Rathausbaus am Marktplatz. Die Fassade sollte ihr altes Gesicht behalten, im Innern eine repräsentative neue Treppe eingebaut werden und die Diensträume sowie der Dachstock neu hergestellt werden. Im Oktober 1921 begannen die Arbeiten.

Nach wenigen Wochen Bauzeit tauchte die Frage auf, wie das Mansarddach des Mittelbaus an das ehemals steile Dach des nördlichen Renaissancebaus angeschlossen werden könne. Am 29. November 1921 bewilligte der Bürgerausschuß den Abbruch des obersten Stockwerks des nördlichen Anbaus mit weiteren Kosten von 274.000 Mark.

Mit der beginnenden Inflation wurden offenbar nicht nur die Zahlen auf den Scheinen, sondern auch die städtischen Kassendienste immer größer, was zu dem Beschluß führte, den Hofraum des Rathauses mit einer neuen Kassenhalle zu überbauen. Wegen besonderer Eile wurde die Sache am 18. Juli 1922 vom gemischt-beschließenden Ausschuß, in dem Vertreter von Stadtrat und Bürgerausschuß saßen, für gut geheißt. Der Bürgerausschuß hatte nichts gegen diesen Eingriff in seine Kompetenzen einzuwenden.

Dieser Ausschuß, nun einmal in Fahrt, machte gleich ganze Arbeit und verfügte, daß auch die störenden Reste des Renaissancebaus sofort und vollständig abzurechen seien, was auch gleich geschah. Das Fassadensystem des Hauptbaus wurde wie beim südlichen Anschluß aufgegriffen, wie dort durch einen Rücksprung abgesetzt, jedoch auf vier Achsen verbreitert. Die wesentliche Harmonisierung der Platzfront geschieht in der Dachzone. Das Mansarddach des Hauptbaus wurde abgewalmt, die Dachform in beiden Seitenflügeln aufgegriffen. Das war bei der barocken Baugruppe mit getrennten Dächern ohne Walm noch deutlich anders gewesen.

Im Westflügel, also zum Marktplatz hin, waren das Gemeindegericht, das Mieteinigungsamt, die Buchhaltung und das Personalamt untergebracht, die Stadtkasse wurde dort um eine Schalterhalle im Hof erweitert, und dem Standesamt „konnte, dank der Mithilfe hochherziger Stifter, ein besonders weihungsvoller Raum gewonnen werden“ – so der Oberbürgermeister.

Die Ansprache zur Einweihung des Erweiterungsbaus am 10. April 1924 hielt Oberbürgermeister Dr. Ernst Walz. Die gedruckte Rede, sorgfältig aus den Quellen erarbeitet, wurde ihrerseits, im Verlag Carl Winter gedruckt, zu einem Dokument der Rathausgeschichte.

Der Kuhnsche Erweiterungsbau ließ vom barocken Rathaus nicht mehr als die Fassade stehen, eine perfekte Entkernung. Auch der Charakter der Fassade wurde nicht unwesentlich dadurch verändert, daß einerseits die Anbauten links und rechts das System übernahmen und damit die Proportionen der Fassade in die Breite zogen, andererseits das Dach vereinheitlicht und in seinem Mittelteil abgewalmt wurde. Der Bau gab damit seine Bescheidenheit auf und hat ein wenig von dem pompös-schloßhaften Charakter hinzugewonnen, der indessen dem Barock ja durchaus nicht fremd ist.

Deutlicher wird das an der südlichen Seitenfassade zum Kornmarkt: Der Mittelrisalit, hinter dem sich das Dienstzimmer der Oberbürgermeisterin verbirgt, mit der Balustrade über den Kolossalpilastern und den Urnen darüber, trägt deutlich das Gepräge der imperialen Architektur, die Johann Bernhard Fischer von Erlach kurz vor 1700 im kaiserlichen Wien entwickelt hatte. Das Wiener Palais Batthyani mag als Beispiel hierfür gelten. Auch die Innenraumausstattung greift auf Fischer von Erlach zurück, etwa auf den Stadtpalast des Prinzen Eugen in Wien, der mit seinen Korbbogendecken und Stuckelementen, Rundbogennischen und Urnen die Elemente für die Gestaltung von Treppenhaus und kleinem Rathaussaal in Heidelberg lieferte.

Somit knüpft auch die dritte Bauphase, die des Neubarock, an Vorbilder nicht aus der bürgerlich-demokratischen Welt, sondern an solche aus dem Machtbereich der Fürsten an. Nachdem der große Rathaussaal das Wappen

des Preußenkaisers trug und den Kurfürsten als Humanisten feierte, steckte die neubarocke Erweiterung die Oberbürgermeisterin in das Gewand des Prinzen Eugen.¹⁰

Dennoch, man muß Franz Kuhn Gerechtigkeit widerfahren lassen: Die leichte Überdimensionierung des Erweiterungsbaus war durch das Raumprogramm bestimmt, und daß er den Bruch vermeiden konnte, sei mit Respekt vermerkt. Schließlich: Die Wahl von Fischer von Erlach als Vorbild verrät guten Geschmack, und die zurückhaltende Umsetzung hat vor allem im oberen Treppenfoyer, aber auch im kleinen Rathaussaal vornehme, charaktervolle Räume geschaffen.

Die Räume für das Standesamt müssen in diesem Zusammenhang als – wenn auch geistreiche – Kapriole gelten. Daß das Zugangportal an einen Kachelofen erinnert, wird manches Brautpaar im letzten Augenblick bedenklich stimmen, und was ihn bewogen hat, das Trauzimmer als ovalen Säulensaal nach einem englischen Wedgwood-Vorbild zu gestalten, bleibt eigentlich unerfindlich. Daß der Raum kürzlich durch Beschluß des Gemeinderates mit Möbeln aus der Zeit Ludwig XVI. ausgestattet wurde, der bekanntlich geköpft wurde, tut nichts zur Sache.

Wenn wir heute den Bau in seiner Gesamtheit betrachten, dann wird er eindeutig von der neubarocken Erweiterung durch Franz Kuhn dominiert. Flächenmäßig folgt diesem die Erweiterung von 1960, dann die Neurenaissance und erst zuletzt die spärlichen Reste der barocken Fassade.

Dennoch trägt diese, da sie von Franz Kuhn geachtet wurde, die Gesamterscheinung und läßt deren Vorbildrolle für die barocke Erneuerung des zerstörten Heidelberg immer noch deutlich werden.

Der Erweiterungsbau von 1959

Die letzte Erweiterung von 1959–61 kündigte sich schon 1955 an. Die im Osten angrenzenden Gebäude Hauptstraße 197 bis 201 galten nach einer Prüfung durch das Bauaufsichtsamt als baufällig, mußten abgestützt und schnell geräumt werden. Am 12.7.1956 wurden sie abgebrochen. Der freigewordene Platz blieb zunächst so liegen.¹¹ Im Oktober 1959 wurde auch der Abbruch der Häuser Hauptstraße 203 und 205 genehmigt und im Folgejahr vollzogen; Sinn dieser Maßnahme war es, die schmale Mönchgasse zu verbreitern.

Im Frühsommer 1959 wurde unter Oberbürgermeister Robert Weber mit dem Erweiterungsbau nach den Plänen von Baudirektor Heinrich Liedvogel vom städtischen Hochbauamt begonnen. Es wurde ein Flügel an der Haupt-

straße bis zur nach Osten verlegten und verbreiterten Mönchgasse errichtet, um ein gutes Drittel tiefer als der Kuhnsche Flügel, den er verlängerte. Von beiden Seiten ist der Bau in dichter Fensterfolge hell erleuchtet. Ein zweiter Flügel durchkreuzt das Quartier und schließt an der Heiliggeiststraße an die von Franz Kuhn errichtete Hausmeisterwohnung an. Auf dem Dach wurde nach einigem Hin und Her – soll man, darf man, was kostet das, wie klingt es – ein Dachreiter mit einem Glockenspiel errichtet. Der Bau war Anfang 1961 fertig und wurde vom Kassen- und Steueramt der Stadt bezogen.

Der Bau nimmt jene Kompromißhaltung ein, die für die Zeit um 1960 charakteristisch ist und zum höheren Ruhme von Sparkassen und Edeka-Filialen mehr historische Bauten gefressen hat als der ganze Zweite Weltkrieg: Ein Kompromiß zwischen den stählernen Kuben des Mies van der Rohe als modernem Leitbild und den Fachwerkbauten einer mittelalterlichen Stadt als historischem Leitbild, das sich hier noch in den peinlichen Beton-Fachwerkgiebeln spiegelt. Beide Positionen passen zur barocken Bürgerstadt wie die Faust aufs Auge. Und der Kompromiß aus ihnen erst recht.

1966 baute der gerade gewählte Oberbürgermeister Reinhold Zundel in die Kassenhalle im Hof des Gebäudes eine neue EDV-Anlage ein, ein Gigant an Ausmaßen und zu seiner Zeit hochmodern, ein Zwerg gemessen an der Leistungsfähigkeit heutiger Rechner. Später wurde die EDV-Anlage, die in das Regionale Rechenzentrum abgewandert war, durch die Hausdruckerei ersetzt, die sich zusammen mit einem Archivraum noch heute hier befindet.¹²

Im Jahr 1994 arbeitete das Hochbauamt der Stadt an Plänen zu einer erneuten Erweiterung, die möglicherweise einmal den Parkplatz an der Ecke Mönchgasse / Heiliggeiststraße überbauen wird. Auch wenn derzeit das Geld für solche Sachen fehlt: Nachdem kürzlich ein mutiger Kommunalpolitiker den Vorschlag machte, künftig wieder Pferde anstelle von Autos einzusetzen, schlage ich vor, hier einen Marstall als städtischen Pferdestall mit den Insignien des deutschen Königs Ruprecht von der Pfalz (1352-1410) unterzubringen, denn man baut heute wieder gotisch,¹³ und Gotik fehlt noch.¹⁴

Bibliographie

- Croon, Helmuth: Gemeindeordnungen in Südwestdeutschland. In: Städteordnungen des 19. Jahrhunderts. Köln 1984
- Derwein, Herbert: Heidelbergs Stadtverfassung in kurpfälzer Zeit. In: Heidelberger Fremdenblatt 1938
- Derwein, Herbert: Aus der Geschichte des Heidelberger Rathauses. In: Heidelberger Fremdenblatt 14, 1960/61

- Lohmeyer, Karl: Der Meister des Heidelberger Rathauses. In: Neues Archiv für die Geschichte der Stadt Heidelberg XII 2, 1914
- Lorenz, Hellmut: Domenico Martinelli und die österreichische Barockarchitektur. Wien 1991
- Nolte, Paul: Gemeindebürgertum und Liberalismus in Baden 1800-1850. Tradition – Radikalismus – Republik. Göttingen 1994
- Stadt Heidelberg: Die Einweihung des großen Rathaus-Saales in Heidelberg am 30. Dezember 1890. Heidelberg 1890
- Walz, Ernst: Verfassung und Verwaltungsorganisation der Städte im Großherzogtum Baden. Leipzig 1906
- Walz, Ernst: Das badische Gemeinderecht. Heidelberg 1914
- Walz, Ernst: Das Heidelberger Rathaus. Ansprache des Oberbürgermeisters Dr. Ernst Walz, gehalten bei der Rathauseinweihung am 10. April 1924 im Bürgerausschußsaale. Heidelberg 1924
- Zopf, Adolf: Das Heidelberger Rathaus. Wie es wurde – Was es heute ist. Erweiterte Fassung. In: Ruperto Carola 29, 1961 S. 177-191.

Anmerkungen

- 1 Mein herzlicher Dank gilt dem Geschichtsverein und insbesondere Hans-Martin Mumm für die Anregung zu dieser Arbeit sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, die mich freudig unterstützt haben, vor allem im Stadtarchiv, im Hauptamt und im Baurechtsamt.
- 2 Das gilt auch für die Qualität des lateinischen Textes und seiner Übersetzung.
- 3 Der „Karlstorbahnhof“ wurde 1995 zu einem „soziokulturellen Zentrum“ umgewidmet, das sich in erster Linie der sogenannten Kleinkunst, einer alternativen Form der leichten Muse, verschrieb.
- 4 Zopf 1961.
- 5 Gruber, Karl: Das deutsche Rathaus; München 1943.
- 6 Vetter, Roland: Heidelberga deleta. Heidelbergs zweite Zerstörung im Orleansschen Krieg und die Französische Kampagne von 1693. Heidelberg 1990.
- 7 Gamer, Jörg: Matteo Alberti. Oberbaudirektor des Kurfürsten Johann Wilhelm von der Pfalz, Herzogs von Jülich und Berg etc. Düsseldorf 1978.
- 8 Schöning, Eva-Maria: Gemalte Stadtgeschichte in Rathäusern. Wilhelm Lindenschmit der Jüngere und seine Monumentalmalerei. Frankfurt 1994. Magister-Arbeit.
- 9 Martinelli übrigens hat man vorgeworfen, daß er ziemlich unverblümt bei Bernini abgekupfert habe.
- 10 auf Wunsch: ...von Kaiserin Maria Theresia.
- 11 Eine Parallele zur Planungs- und Baugeschichte der späteren Rathaus-Erweiterung „Prinz Carl“.
- 12 Weniger glücklich war Zundels Gedanke, das hölzerne Portal durch Glastüren zu ersetzen. Das hat die Heidelberger Kommunalpolitik auch nicht transparenter gemacht.
- 13 vgl. Arkansas, Cooper Chapel, 1988 von Fay Jones.
- 14 Da ich beabsichtige, eine etwas größere Publikation über die Baugeschichte des Heidelberger Rathauses herauszugeben, bin ich für Hinweise zum Thema dankbar.

Besonders
zu empfehlen:



Ciabatta

Das Brot der »Toskaner Weinbauern«.
Ausgewählt von kritischen Kunden.

BACKHAUS PFLÜGER

... immer einen Biß besser!

Bergheimer Str. 21, Tel. 1 08 68 ● Brückenstr. 16, Tel. 47 59 05
Ulmenweg 1, Tel. 31 46 52 ● Plöck 43, Tel. 16 15 95
Bergheimer Str. 109 a (an der Volkshochschule), Tel. 18 26 51
familia-Center/Back-Shop, Tel. 30 29 84

Bergheimer Str. 21 + Brückenstraße 16
frische Sonntagsbrötchen ab 8.00 Uhr

Buchhandlung

himmelheber

Theaterstraße 16
69117 Heidelberg
Telefon: 22201



**Stadt
Heidelberg**

ABFALL

vermeiden
verwerten
entsorgen

Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung

Abfallberatung: ☎ 58 29 58

Gunther Morche

Susanna macht Musikgeschichte

Über eine anonyme Messe für Kurfürst Ottheinrich

Die Quellen zur älteren Musikgeschichte der Stadt Heidelberg beschränken sich fast ausschließlich auf archivalische Notizen, eine bescheidene Anzahl erhaltener Drucke und einige Inventare, die die ehemals reichen Bestände der vorhandenen Kompositionen verzeichnen.¹ Die Zerstörungen der Jahre 1689/93 haben eine gründliche Zäsur gesetzt, und Primärquellen zur Musik des 16. Jahrhunderts, Kompositionen also, die für den Heidelberger Hof geschrieben oder dort aufgeführt wurden, sind seither in Kassel, München und Rom zu suchen. Das übersichtliche Ergebnis einer solchen Suche nach ehemals Heidelberger Musikalien in der Vatikanischen Bibliothek wurde 1986 anlässlich der Ausstellung zum Universitätsjubiläum zusammenfassend beschrieben.² Daß „Raub oder Rettung“³ der Heidelberger Bibliotheken um die Jahreswende 1622/23 auch den umfangreichen Musiksammlungen gegolten haben könnten, ist eine seither vielfach geäußerte Vision.⁴ Sie wird freilich umso unwirklicher, je besser wir über die Zahl der über München nach Rom transportierten Kisten (184 bzw. 196) und ihren Inhalt Bescheid wissen.

Leone Allacci, der als päpstlicher Beauftragter den Transport organisierte, hat zwar Eingang in Nachschlagewerke zur Musikgeschichte gefunden,⁵ doch läßt dieser Umstand allein noch keine besondere Kompetenz in musikalischen Angelegenheiten vermuten. Außerdem waren seine erhaltenen Instruktionen zu präzise, um Mutmaßungen über eine gewisse Wahlllosigkeit, die ihm kaum gedankt worden wäre, zu fördern. Obwohl Allacci in großer Eile arbeiten mußte, fiel es ihm gewiß leicht, gedruckte oder handschriftliche Notenbücher auszusondern. Inventare dieses Materials ließ er auf den Emporen der Heiliggeistkirche dagegen einpacken, ohne sie näher geprüft zu haben. Diesem Umstand verdanken wir den Erhalt des Codex Pal. Germ. 318, für den sich in Rom mit Sicherheit niemand interessierte und der 1816 zusammen mit den deutschen Handschriften der Palatina nach Heidelberg zurückkehrte.

An einem anderen Ort zeigte sich Allacci weniger wählerisch. In der Schloßbibliothek fand er eine kleine Reihe handschriftlicher Widmungskompositionen, die vielleicht wegen ihrer privilegierten Verwahrung auffielen. Die Adressaten dieser Sammlung sind leicht zu erschließen oder werden ausdrücklich genannt: Kurfürst Ottheinrich, sein Nachfolger Friedrich III. und der Administrator Johann Casimir. In Rom wurden die Blätter mit anderen Stücken zu einem Konvolut zusammengefügt, der die Signatur Pal. lat. 1878 erhielt. Der Band überliefert auf fol. 71-110 ohne Autorengabe fünf Stimmen einer vollständigen Komposition des *ordinarium missae*. Die verwendete Papiersorte und ihr Wasserzeichen erlaubten eine Datierung, gesichert vom stilistischen Befund der Musik, auf die Jahre 1558/59.⁶ Auftraggeber und Empfänger der Messe war demnach Kurfürst Ottheinrich während der wenigen Jahre seiner Heidelberger Regierung (1556-1559). Diese Annahme wird gestützt von der eigenartigen Titelgebung auf den Vorsatzblättern der Tenorstimme und der „Quinta Vox“, eines zweiten Tenors: „Tenor in missam Susannae“ und „Quinta Vox Missae Susannae“. Diese Hinweise beziehen sich natürlich auf das bearbeitete Modell, Orlando di Lassos fünfstimmige Chanson „Susanne un jour“, doch weichen sie von den zeitüblichen Formulierungen wie „Missa super ...“ oder „Missa ad imitationem moduli Susanne un jour“ in bezeichnender Weise ab und bestimmen das Motiv der Modellwahl damit als einen Akt der Erinnerung an die Pfalzgräfin Susanna, die Gemahlin Ottheinrichs.

Als Regent der „Jungen Pfalz“, des Herzogtums Neuburg an der Donau, hatte er die Schwester seiner Münchner Vettern, Witwe des Markgrafen Casimir von Brandenburg-Ansbach und Kulmbach-Bayreuth, 1529 geheiratet. Susanna erlebte also an der Seite ihres über den fürstlichen Repräsentationsbedarf hinaus musikbegeisterten Gatten den Aufbau einer unverhältnismäßig leistungsfähigen Hofkapelle und die Sammlung eines überraschend breiten Repertoires, das 1544 inventarisiert wurde.⁷ Bereits 1542 hatte sich Ottheinrich der Reformation zugewandt, doch vollzog Susanna diesen Schritt, der vor allem die freundschaftlichen Beziehungen zum Münchner Hof belastete, nicht mit. Als sie im April 1543 starb, wurde in Neuburg ein Gottesdienst nach reformatorischem Brauch gefeiert, zu dessen musikalischer Ausstattung verschiedene Kapellmitglieder erwähnt werden und 83 Schüler, die „den Psalter bey Hochgedachten meiner gnedigen frauen gesungen haben“.⁸ Bestattet wurde Susanna aber in der Stiftskirche Unserer Lieben Frau zu München, und das Chorbuch C der Bayer. Staatsbibliothek, das spätestens 1544 im Besitz Ottheinrichs war, bildet in seinem Illuminationsteil fol. 188^v-189^r das dort nach römischem Ritus zelebrierte Requiem ab, passend zu einer Requiem-Messe von Pierre de la Rue, die auf diesen Blättern beginnt.⁹

Im gleichen Jahr war Ottheinrich gezwungen, wegen der Überschuldung seines kleinen Territoriums ins Exil zu gehen, zuerst nach Heidelberg, dann nach Weinheim, bevor er 1552-1556 vorübergehend erneut in Neuburg residierte.

Die Ehe mit Susanna war nach einigen Fehlgeburten kinderlos geblieben. Die Entscheidung Ottheinrichs, als letzter Sproß der alten Kurlinie auf eine Wiederverheiratung zu verzichten, deutet auf eine besondere Anhänglichkeit an seine Frau über den Tod hinaus. Die Existenz unserer *Missa Susannae* paßt jedenfalls zu dieser Vermutung.

In dem Neuburg/Heidelberger Inventar Pal. germ. 318 wird die Messe noch nicht verzeichnet. Sie entstand mit Sicherheit erst sehr viel später, weil der musikalische Susannen-Kult, dem auch die *Chanson* Lassos angehört, etwas jüngeren Datums ist. Als privates Eigentum Ottheinrichs taucht die Messe auch in den Inventaren Pal. lat. 1938/39 nicht auf.¹⁰ Natürlich war es ihm wie seinen Zeitgenossen geläufig, daß Meßkompositionen über ihre repräsentative liturgische Funktion hinaus auch ganz profan eine Widmung oder ein Gedächtnis vermitteln konnten. Dies war mit der bloßen Titelgebung möglich: Palestrinas „*Missa Papae Marcelli*“ ist dafür das berühmteste, aber längst nicht das einzige Beispiel. Eine musikalisch konkretere, liturgisch allerdings auch bedenkliche Möglichkeit war es, dem Messentext und seiner Komposition eine fremde Melodie mit einem anderen, oft vulgärsprachlichen Text einzufügen (eine Praxis, die vom Tridentiner Konzil ausgeschlossen wurde). Im Kapellrepertoire Ottheinrichs befanden sich drei Messen „*Hercules dux Ferrarie*“, die aus den Solmisationssilben dieser Worte einen Ostinato gewinnen, der im Tenor ständig wiederholt, auch transponiert wird. Zwei dieser Messen stammen von Josquin und „*Lupus*“, die dritte von Johannes Mitner, offenbar eine Auftragskomposition Ottheinrichs für Ercole II. von Ferrara, mit dem er in Korrespondenz stand und mehrfach Geschenke austauschte.¹¹ Der vielleicht am weitesten verbreitete, aber nur selten nachweisbare Widmungscharakter liegt in unserem Fall vor: Der Komponist wählt als Vorlage für seine Messe ein Modell, dessen Text (und wahrscheinlich auch dessen Musik) für den Empfänger eine persönliche Beziehung assoziiert.

Weil die *Missa Susannae* keine Autorenangabe trägt, ist der Schluß naheliegend, daß der Komponist, den Ottheinrich sicher gekannt hat, in seinem engeren Umkreis zu suchen ist.¹² Zwar werden die Argumente für eine früher erwogene Zuschreibung an Ludwig Daser,¹³ den Münchner und Stuttgarter Hofkapellmeister, damit nicht hinfällig. Doch ist eine persönliche Vertrautheit mit der Person des heimlichen Widmungsträgers eher für den Neuburger Hoforganisten Gregor Peschin zu beanspruchen, der Ottheinrich in

sein Heidelberger Exil gefolgt war. Das Neuburg/Heidelberger Inventar verzeichnet von ihm bereits 1544 eine ansehnliche Reihe von Kompositionen, darunter ein „Epitaphium illustrissimae ducissae Susannae“ und einige Messen.¹⁴

Die apokryphe Erzählung von Susanna, die beim Baden von zwei angesehenen Richtern ihres Volkes belästigt und mit Verleumdung bedroht wird, hat seit der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts Literatur-, Kunst- und nicht zuletzt Musikgeschichte gemacht.¹⁵ Die Botschaft der Erzählung, daß Gottvertrauen aus auswegloser Bedrängnis errettet, konnte politisch, religiös oder ganz privat umgesetzt werden, und die Biographie Ottheinrichs, auch in Verbindung mit dem Namen seiner Frau, bietet manchen Anhaltspunkt für die Vermutung, er habe sich diese verbreiteten Interpretationen zu eigen gemacht.

Ausgangspunkt für etwa 40 erhaltene Kompositionen war das „Premier livre de chansons spirituelles, par Guillaume Géroult, mises en musique à 4 parties par Didier Lupi second & autres“. Es erschien 1548 in Lyon. Die Tenormelodie des einfachen Satzes Note gegen Note wurde auch in Lassos fünfstimmige Chanson übernommen, die dazu das typische, modern anmutende Kadenzschema beibehält. Der technische Anspruch seiner Komposition orientiert sich allerdings nicht an der einfachen Struktur der französischen Chanson und ihrer Paralleldeklamation, sondern vielmehr an dem fortschrittlichen Satzmuster des höfischen Madrigals, das Lasso in Italien kennengelernt hatte. In massiver Anlehnung an dieses Muster erfindet Lasso für den Satzbeginn einen Kontrapunkt, der die erste Melodiezeile „spiegelt“, ein Einfall, der dieses technische Konzept möglicherweise mit einer optischen Vorstellung legitimiert: Das Spiegelbild der schönen Susanna wird auf der Wasseroberfläche seitenverkehrt abgebildet. Neutral gegenüber dem Gedicht – ermöglicht allerdings durch dessen metrische Disposition – hatte Lupi mit der Wiederholung des ersten Abschnitts am Ende seiner Chanson eine primär musikalisch sinnfällige Rahmenform verwirklicht. Zwar wiederholt auch Lasso, verteilt auf Sopran und Tenor, die Melodie Lupis:

Mais j'aime mieux périr en innocence
Que d'offenser par péché le Seigneur.

Doch gibt er das neutrale Formmodell auf und ersetzt es durch eine ebenfalls madrigalische Wendung, die sich auf die Pointe des Texts einläßt und gleichzeitig einen schlußkräftigen Akzent setzt: Die Gerüststimmen Sopran und Tenor sind synkopisch gegeneinander verschoben. Am engsten folgt der Mittelteil der Melodie Lupis, die dort im Tenor fortlaufend vorgetragen

wird, allerdings unter Versetzung der übrigen Stimmen. Aus diesem höheren Stilniveau hebt sich dann umso eindrucksvoller eine knappe Paralleldeklamation ab („c'est fait de moy/si ie fay resistance“).

Lassos italienisch geprägte Auseinandersetzung mit der französischen Chanson könnte von der ebenfalls fünfstimmigen Version Cipriano de Rores ausgelöst worden sein. Zwar kennen wir nicht deren Entstehungszeit (im Druck erschien sie erst 1570), doch würden sich die Jahre um 1550 gut in die Biographie Rores einfügen.¹⁶ Beziehungen zwischen den beiden Stücken sind nicht zu leugnen (das Stilniveau im allgemeinen und, konkreter, der Satzbeginn), und daß Rore den jüngeren Lasso beeinflusst hat, ist wahrscheinlicher als umgekehrt.

Mit der berühmten Chanson Lupis¹⁷ und der weitverbreiteten Bearbeitung Lassos standen also sehr konträre Satzmodelle zur Verfügung, und Komponisten, die die beiden Sätze als mögliche Vorlagen für eine Messe untersuchten, trafen mit ihrer Wahl vorab eine Entscheidung für die eher funktional oder die eher repräsentativ orientierten Erwartungen ihrer Adressaten. Auf den 26. September 1572 datierte Johannes Mangon, Kapellmeister des Aachener Krönungsstifts, den Eintrag seiner Susannen-Messe in eines der dort erhaltenen Chorbücher.¹⁸ Sie schließt sich sehr eng an Lupi an und ist daher als Ferialmesse zu bestimmen. Lasso selbst benutzte seine eigene Chanson für eine Meßkomposition, deren älteste Quelle mit dem Jahr 1563 einen terminus ante bzw. ad quem überliefert.¹⁹ Sie „gehört mit ihren 528 Mensuren zu den großen, für das feierliche Hochamt bestimmten Ordinariumsvertonungen Lassos“.²⁰ Neben der Dimension sprechen zwei Argumente für diese Annahme. Das erste ist mit der Modellwahl gegeben. Denn die dort skizzierte hohe Stilebene wird mit dem ausführlichen Zitat der beschriebenen Techniken an privilegierten Stellen der Messe gewährleistet. Freikomponierte Messenteile, die also der Vorlage nicht direkt entnommen sind, halten sich auf demselben Niveau, indem sie Melodiefragmente aus dem früheren Satzverband herauslösen und mit ihnen vergleichbar anspruchsvolle Imitationsfelder aufbauen. Das zweite Argument betrifft die Klangwirkung, die gegenüber der Chanson in der Messe eine prächtige Steigerung erfährt.

Analog zur satztechnischen Zurückhaltung bei Lupi bewegen sich auch die Einzelstimmen bei ihm in einem begrenzten, nichtprofessionellen Sängern bequem zugänglichen Tonumfang. Alt und Baß überschreiten nicht den Oktavraum, der Sopran begnügt sich sogar mit dem Ambitus einer Quarte, die ein einziges Mal um einen Ton überschritten wird. Der Tenor, die auch tonal „führende“ Stimme, steigt über dem Grundton nur bis zur kleinen Sexte, auch er mit einer einzigen Überschreitung. Diese theoretisch rudi-

mentäre Darstellung des 1. transponierten Tons wird bei Lasso wie bei Rore korrigiert. Die Erweiterung der Stimmenzahl um einen zweiten Tenor verfolgt nicht zuletzt den Zweck, über die Melodie Lupis hinaus den Oktavraum zu realisieren. Ebenso wird der Sopran gleich zu Beginn von der Finalis aus über die Quinte bis zur Septime geführt, einer für den ersten Ton charakteristischen Melodiefornel. Bezeichnenderweise hält sich bei Lasso der Sopran in diesem Rahmen (der allerdings auch um eine Quarte unterschritten wird, eine Extension, die offensichtlich mit professionellen Sängern rechnet), während de Rore am Ende seines Satzes, und nur dort, den Klang auch im Sopran bis zum Oktavraum ausweitet.

Lasso bringt diesen Effekt dagegen systematisch in seiner Messe zur Geltung. Schon im ersten Kyrie holt der Sopran weit aus und schwingt sich auf diesen Spitzenton. Von Anfang an verdeutlicht also Lasso, daß die Transformation der Chanson in eine Messe, die Versetzung derselben Musik aus der Kammer in die Kirche, mit einer radikalen Veränderung der Klangdisposition einhergeht. Dies ist umso bemerkenswerter, als die musikalische Substanz tatsächlich erhalten bleibt, als der Tonfall der Chanson auch das eigentümliche Fluidum der Messe bestimmt. Bemerkenswert ist auch die Ökonomie, mit der dieses Aufgebot an Klangentfaltung verwaltet wird. Es zeichnet Höhepunkte aus nicht ohne Rücksicht auf den Text des Ordinarium missae, jene Textstellen nämlich, die traditionell ohnehin besonders hervorgehoben wurden („gloriam tuam“, „Iesu Christe“ oder „tu solus altissimus“ im Gloria; „descendit“ und „ascendit“, „et vitam venturi saeculi“ neben anderen im Credo, Osanna und Benedictus).

Eine Untersuchung späterer Susannen-Messen, über die hier nur zusammenfassend berichtet werden kann, bestätigt die bei Lasso angelegten Tendenzen. Sie werden von einer ganzen Reihe meist berühmter Komponisten fortgeschrieben: Claudio Merulo, Marc'Antonio Ingegneri, Mauro (Ciaula), Francesco Rovigo und Giovanni Valentini.²¹

Bei Merulo, dem Organisten der Markuskirche in Venedig, und bei Ingegneri, dem Lehrer Monteverdis in Cremona, wird es überdies deutlich, daß sie sich neben der Chanson auch mit der Messe Lassos beschäftigt haben. Außerdem verarbeitet Ingegneri gleichzeitig Anregungen aus der Chanson Rores in der unverkennbaren Absicht, mit dieser komplexen Verknüpfung weiterer Strukturelemente sein Vorbild zu übertreffen. Mauro Ciaula ist der einzige, der sich ausdrücklich auf Lasso (und in einem anderen Fall auf Palestrina) bezieht. Zwar unternimmt er keine Anstrengung, mit der bis dahin erreichten subtilen Kombinatorik zu wetteifern, dafür bringt er die Klangprogressionen Lassos in ein harmonisches Gefälle ein, das die modernen Züge der Vorlagekomposition unterstreicht und ausbaut. Diese primär

klanglich wirksamen Aspekte werden, ausgelöst und natürlich begünstigt von der mehrhörigen Disposition, in den Messen Rovigos und Valentinis weiter gesteigert unter ähnlichem Verzicht auf ‚madrigalische‘ Verschränkung mehrerer Melodiezitate, eine Technik, die dagegen in den solistisch besetzten Abschnitten aufgenommen wird.²²

Gleichsam als „Nullte“ steht die Heidelberger Missa Susannae vor dem Beginn dieser eindrucksvollen Messenfiliation. Als Privatbesitz Ottheinrichs sorgsam gehütet war sie nicht dazu bestimmt, weitere Verbreitung zu erfahren. Sie ist deshalb ein Stück Heidelberger Lokalgeschichte und – als „*musica reservata*“ der Öffentlichkeit entzogen – streng genommen nicht einmal das. Um ihren musikhistorischen Rang zu bestimmen, kann sie aber mit den jüngeren Messen verglichen werden, und spätestens mit diesem Vergleich tritt sie in die europäische Musikgeschichte des 16. Jahrhunderts ein. Dabei lassen sich trennende und verbindende Momente unterscheiden. Ihre gewaltige Dimension und eine stilistische Haltung, die sich in der Textlegung als altertümlich zu erkennen gibt, trennt sie von der jüngeren Geschichte, in der Stellung zu den genannten satztechnischen Kriterien und in der Auseinandersetzung mit derselben Vorlage ist sie ihr verbunden.

Mit ihren 1.209 Brevis-Mensuren („Takten“) verdoppelt die Messe den Umfang der ausgedehntesten Vergleichskomposition Lassos (die Messe Nr. 61 in der Edition Siegfried Hermelinks zählt 609 Mensuren). Sie vertritt also einen ‚Werk‘anspruch, der von der liturgischen Funktion weder gefordert wird noch darauf Rücksicht nimmt. Gerade in den textreichen Sätzen (Gloria und Credo) werden alle Textteile nicht fortlaufend vorgetragen, sondern mehrfach wiederholt. Dabei zielt das Verfahren weniger auf eine intensive Durchdringung der Textinhalte als vielmehr auf eine sehr abwechslungsreiche, damit allerdings ebenso intensive Ausbreitung des musikalischen Materials. Die vielseitige Beleuchtung der Chansonmelodie oder von Ausschnitten daraus, ihre erfindungsreiche Verknüpfung mit den Gegenstimmen Lassos in originaler oder variiertes Gestalt entsprechen vermutlich der Intention des Auftraggebers, und sie rücken jedenfalls die Fähigkeiten des unbekanntes Komponisten in das günstigste Licht. Diese Fähigkeiten gelten einer autonomen, primär musikalisch wirksamen Konstruktion. Daß der Vortrag des Messentexts und seine prosodisch angemessene Deklamation erst an zweiter Stelle beachtet wird, ergibt sich bereits aus dem Quellenbefund. Der Text ist fortlaufend unter die Noten geschrieben mit zahlreichen Wiederholungskürzeln, und diese Aufzeichnung macht es alles andere als evident, welche Textsilben zu welchen Tönen oder Tongruppen gehören. Die epochale Neuordnung der Wort-Ton-Beziehungen um die Mitte des 16. Jahrhunderts, exemplarisch ausgeprägt im Werk Adrian Willaerts und in den Textlegungsre-

geln seines Schülers Gioseffo Zarlino kodifiziert, scheint am Beginn der musikalischen Neuzeit in Heidelberg erst in Ansätzen bekannt gewesen zu sein.²³

Die Aufnahme der Vorlagechanson und ihre Verarbeitung stellt zwar eine Verbindung zwischen der Heidelberger Messe und den jüngeren Susannen-Messen her, in manchen eigentümlichen Details, die wohl direkt auf die Person des Empfängers deuten, erscheint sie wiederum davon isoliert. Üblich war es, im Kyrie das vollständige Material der Vorlagekomposition durchzuspielen und in den übrigen Sätzen wenigstens ihren Anfang und ihren Schluß zu zitieren. Auch unser Anonymus hält sich daran. Unter allen Kadenzwendungen Lassos bevorzugt er aber in auffälliger Weise gerade eine besonders altertümliche Formel, die in der Oberstimme über den vier Stammklauseln eine springende, Sekundfortschreitungen vermeidende Bewegung bringt. Wer mit der Chanson vertraut ist, hört bei dieser Kadenz den Text „c'est fait de moy“, und er hört ihn unverhältnismäßig oft bei Binnenzäsuren, mehr noch, er vernimmt ihn wie ein Erkennungszeichen als seltsame Ergänzung der Schlußwendung Lassos: Gleich zweimal am Ende des ersten Kyrie, dann wieder am Ende des Christe und des zweiten Kyrie und ebenso regelmäßig an allen übrigen Binnenzäsuren und Satzenden.

Für diesen eigenartigen Befund gibt es keine Erklärung. Deshalb erfinden wir eine. „C'est fait de moy“: Als Ottheinrich die Kurwürde erbt, wußte er, der schon in früheren Jahren über seinen „pauwfälligen“ Körper geklagt hatte, daß „es um ihn geschehen sei“. Er hat im vertraulichen Umgang mit dem Komponisten der Messe davon gesprochen, wie ihm diese Chanson, ihr Text und ihre Musik, nicht aus dem Sinn kamen. Und er erwähnte dabei, wie ihn gerade diese Worte berührten. Der Komponist konnte also mit der Maßnahme, die entsprechende Kadenz bevorzugt zu verwenden und an eher unüblichen Stellen anzubringen, mit dem Verständnis seines Fürsten rechnen. Er wußte sogar, daß er damit seinem Auftrag, die Chanson in einer monumentalen Messe auszukomponieren, überhaupt erst gerecht würde.

Unüblich, aber im Netz dieser Beziehungen verständlich, auch die Anlage des Agnus Dei. Der Komponist verzichtet darauf, an dieser Stelle wie gewöhnlich seine Kompetenz in ‚gelehrten‘ Satzkonstruktionen zu demonstrieren (er hatte dies bereits im Pleni des Sanctus mit der Anlage eines doppelten Kanons vorweggenommen). Im Primus Agnus bringt er dagegen das Kunststück fertig, mit der traditionellen cantus-firmus-Technik Zitate aus der Lasso-Chanson einprägsam zu verbinden. Dabei handelt es sich – aus verständlichen satztechnischen Gründen – nicht mehr um die Übernahme vollstimmiger Komplexe aus der Vorlage als vielmehr um ihre isolierten Einzelstimmen, die neu verknüpft werden. Als cantus firmus erscheint die Melodie, die Lupi und Lasso für die ersten und die letzten beiden Verse der

Chanson verwendet hatten. Als Satzgerüst tritt sie in langen Notenwerten auf und hebt sich damit vom Fluß der übrigen Stimmen ab. Wie in der Chanson wird sie zweimal durchgeführt; das „erste“ Agnus besteht also in Wirklichkeit aus zwei Teilen im liturgischen Sinn, und das „Secundus Agnus“ ist entsprechend der liturgischen Praxis das dritte.²⁴

Das Secundus Agnus, zur Sechsstimmigkeit gesteigert, beginnt mit der beweglichen Kadenz, die bei Lasso den letzten Abschnitt der Chanson einleitet („*périr en innocence*“ verstand Ottheinrich an dieser Stelle). Doch bleibt es im letzten Satz der Messe bei diesem einzigen Zitat (abgesehen von den Synkopenbildungen aus Lassos Schlußabschnitt, die um einen Melodieauschnitt als *cantus firmus* aber neu gruppiert werden). Nicht einmal die omnipräsente Kadenz „*c'est fait de moy*“, die Ottheinrich sein irdisches Ende vor Augen stellte, wird hier wiederholt. Trotzdem bleibt der Satz dem Material seiner Vorlage eng verbunden. Dem aufmerksamen Betrachter – und einem kenntnisreichen, aktiven Hörer, als den wir uns Ottheinrich vorstellen – bleibt nicht verborgen, daß bei aller Selbständigkeit gegenüber der Vorlage dennoch kein neues Material aufgeboten wird. Es gibt keine frei erfundenen „Füllstimmen“. Alle Einzelstimmen zitieren vielmehr, gleichsam aus der Retrospektive, das melodische Material Lupis und die Gegenstimmen Lassos in neuen, unverbrauchten Kombinationen. Dieses Konzept schließt das Motto „*c'est fait de moy*“ aus. Die Fragmente, die Bruchstücke der irdischen Existenz Ottheinrichs erscheinen visionär als ein Ganzes, das zeichenhaft über seine begrenzte Lebenszeit hinausdeutet und mit der Bitte „*dona nobis pacem*“ in einem offenen Schluß kein Ende findet.

Wie zur Zeit Ottheinrichs ist die Messe auch heute schwerlich in ihren liturgischen Ort einzufügen. Weniger ihr persönlicher Charakter als gleichzeitige Dedikations-, Parodie- und Gedächtnismesse schließt das aus, aber der Anspruch ihrer gewollten Dimension. Doch bildet diese außergewöhnliche Dimension keinen Querstand zur privaten Verwendung; und daß aus der überlieferten Handschrift tatsächlich musiziert wurde, beweisen die sorgfältigen Korrekturen einzelner Schreibversehen des Kopisten. Die Stadt Heidelberg, die zu ihrem 800-Jahrjubiläum die erste moderne Aufführung²⁵ der Susannenmesse ermöglichte (am 27. April in der ehemaligen Stiftskirche zum Hl. Geist, in der Ottheinrich am 15. Februar 1559 beigesetzt wurde), erinnert damit an einen spektakulären Augenblick ihrer Musikgeschichte. Neben dem Palastbau des Heidelberger Schlosses, der den Namen Ottheinrichs in Erinnerung gehalten hat und dessen Fassade mit ihrer Musikikonographie auch vom Trost spricht, den ihm „die Lieblich Kunst der Musica“²⁶ spendete, entdecken wir die *Missa Susannae* als ein ebenbürtiges Monument.

Anmerkungen

- 1 Gerhard Pietzsch, Quellen und Forschungen zur Geschichte der Musik am kurpfälzischen Hof zu Heidelberg bis 1622 (= Akademie der Wissenschaften und der Literatur zu Mainz, Abhandlungen der geistes- und sozialwissenschaftlichen Klasse 6), Wiesbaden 1963. Jutta Lambrecht, Das „Heidelberger Kapellinventar“ von 1544 (Codex Pal. Germ. 318). Edition und Kommentar, 2 Bde. (= Heidelberger Bibliotheksschriften 26), Heidelberg 1987.
- 2 Bibliotheca Palatina. Katalog zur Ausstellung vom 8. Juli bis 2. Nov. 1986 Heiliggeistkirche Heidelberg. Textband, hrsg. v. E. Mittler u.a., Heidelberg 1986, S. 361-367.
- 3 ebda. S. 458 ff.
- 4 Zuletzt, wenn auch einschränkend, bei Lambrecht (wie Anm. 1), S. 24: „Es ist nicht sicher, ob Allatius die Musikalien der Palatina neben den anderen Beständen mit nach Rom führte ...“.
- 5 Als Autor seiner „Drammaturgia“ 1666, die auch Opernlibretti berücksichtigt.
- 6 wie Anm. 2, S. 363.
- 7 Vgl. Adolf Layer, Pfalzgraf Ottheinrich und die Musik, in: Archiv für Musikwissenschaft Jg. 15 (1958), S. 258-275.
- 8 ebda. S. 271.
- 9 Zum Chorbuch C und zu weiteren Chorbüchern der Bayer. Staatsbibliothek, die aus Heidelberg stammen (Mus. ms. 45, 68, 69), vgl. H. Hell (wie Anm. 2), S. 492 f.
- 10 Vgl. wie Anm. 2, S. 365 f.
- 11 Diese Messe steht im Chorbuch S des Neuburg/Heidelberger Inventars. Ein glücklicher Zufall fügte es, daß gerade dieses Buch jüngst in der Staatl. Bibliothek Regensburg entdeckt wurde und somit einen Vergleich der „Hercules“-Messe von Mitner mit derjenigen Josquins erlaubt. David Hiley verdanke ich eine freundliche Mitteilung seines noch unpublizierten Funds.
- 12 Ein bezeichnendes Gegenbeispiel aus demselben Überlieferungszusammenhang (Pal.lat. 1878, fol. 119-116) bieten die Sätze des späteren dänischen Hofkapellmeisters Gregorio Trehou, die dessen schmales erhaltenes Werk erheblich ergänzen. Vgl. Ole Kongsted (Hrsg.), Motetter of G. Trehou, J. Tollius og V. Bertholousius (= Musik i Danmark pa^o Christian IV's tid, Bind V, Kopenhagen 1988), wo von ihm eine einzige Motette erscheint und zwei nur fragmentarisch erhaltene Kompositionen erwähnt werden. Trehous Biographie liegt für die Jahre 1577-1590 im Dunkeln, doch lassen diese neuen Quellen vermuten, daß er sich um diese Zeit um eine Anstellung in Heidelberg bemüht hat. Jedenfalls kann er dort nicht sehr bekannt gewesen sein, denn er sorgte dafür (im Gegensatz zum Komponisten der Missa Susannae), daß eine große Zahl einzelner Blätter seinen Namen trug.
- 13 wie Anm. 2, S. 364.
- 14 Von ihnen ist nur eine vierstimmige Missa dominicalis nachweisbar im ehemals Heidelberger Chorbuch Bayer. Staatsbibl. Mus. ms. 69. Als Choralmesse bietet sie keine günstige Vergleichsbasis mit einer Chansonmesse, um über zeittypische Ähnlichkeiten hinaus einen Personalstil zu beschreiben.
- 15 Kenneth Jay Levy, Susanne un jour: The History of A 16th Century Chanson, in: Annales musicologiques Tome I (1953), S. 375-408.
- 16 Bernhard Meier (Hrsg.), Cipriano Rore, Collected Works Vol. VIII (= Corpus mensurabilis musicae 14), Neuhausen-Stuttgart 1977, S. X; mit einem Neudruck der Chanson S. 49-53.

- 17 Bei K.J. Levy (wie Anm. 15) ist das Stück S. 403 f. wiedergegeben.
- 18 Vgl. *Sinfonia sacra*, Ztschr. f. katholische Kirchenmusik, 2. Jg. 1994, S. 52-56, mit einer Wiedergabe des Kyrie und des Anfangs des Gloria.
- 19 Bischöfl. Zentralbibliothek Regensburg Ms. A.R. 1018. Vgl. Orlando di Lasso, *Sämtliche Werke, Neue Reihe* Bd. 4, hrsg.v. Siegfried Hermelink, Kassel etc. 1964, S. XII; dort auch S. 121-154 ein Neudruck als Messe Nr. 16.
- 20 Rufina Orlich, *Die Parodiemessen von Orlando di Lasso* (= Studien zur Musik, hrsg.v. Rudolf Bockholdt, Bd. 4), München 1985, S. 355.
- 21 Claudii Meruli Corregiensis Seress: *Reip: Venetiarum in templo D. Marci Organistae missarum quinque vocum Liber primus, Venedig 1573*. An zweiter Stelle: „Missa Susanne un giour“. Neudruck in: Claudii Meruli, *Musica sacra T. I* (=Corpus mensurabilis musicae 51), hrsg.v. James Bastian, o.O. 1970. Marc´Antonio Ingegneri, *Liber primus missarum cum quinque et octo vocibus, Venedig 1573*. An zweiter Stelle: „Missa Susanne un giour“. Neudruck in: *Opera omnia Serie I, Vol. I*, hrsg.v. Rodobaldo Tibaldi, Lucca 1994. D. Mauro (Ciaula) Panhormitano Monaco Cassinense, *Missarum quae quinque vocibus modulantur Liber primus, Venedig 1588*. An erster Stelle: „Missa super Susanna un giour. Orlandi Lassus.“ Francesco Rovigo, „Missa a 12. Susanna un giour.“ Nationalbibliothek Wien Ms. 16707. Die Handschrift, die leider den ersten von drei Chören nicht überliefert, ist datiert 1610. Giovanni Valentini, *Missae quatuor partim octonis partim duodenis vocibus Unà cum Basso Generali ad placitum, Venedig 1621*. An zweiter Stelle: „Missa Susanna 8 vocum.“
- 22 Valentini, Organist und seit 1626 Kapellmeister am Wiener Hof, hatte ebenfalls ein persönliches Motiv, die Chanson als Messenvorlage zu wählen. Seine Tochter Susanna war „monacha nel monasterio della Regina“. Vgl. Elisabeth Urbanek, Giovanni Valentini als Messenkomponist, phil. Diss. (mschr.) Wien 1974, S. 14. Die Arbeit ignoriert seltsamerweise die bekannten Beziehungen der Parodie-messen zu konkreten und vielfach identifizierbaren Vorlagen.
- 23 Zwar mag der Kopist eher als der Komponist für den Quellenbefund verantwortlich gemacht werden. Trotzdem ist sicher, daß bei der Erstellung einer Partitur für eine moderne Aufführung mit den Textlegungsregeln Zarlins längst nicht auszukommen ist. An einer einzigen Stelle, M. 40-43 der Quinta vox des Agnus, ist der Text „qui tollis peccata mundi“ nicht vom Kopisten, sondern von einer anderen, ebenfalls zeitgenössischen Schreiberhand eingetragen worden. Vielleicht sah sich der Komponist veranlaßt, seine Absichten gerade hier, wo sie mit den modernen Regeln übereinstimmen, deutlich zu machen und zu sichern.
- 24 Der Tenor-cantus-firmus wird in der Quelle nicht ausgeschrieben, sondern mit einem Wiederholungszeichen versehen. Die Verlängerung der Notenwerte wird nicht optisch dargestellt, sondern von einer abweichenden Mensurvorschrift gefordert (*Tempus imperfectum non diminutum*).
- 25 Eine Teilaufführung am 8. Oktober 1986 (Kyrie, Gloria, Agnus) durch das Collegium musicum der Universität unter meiner Leitung gehörte als nicht öffentliches Konzert zum Rahmenprogramm der damals in Heidelberg durchgeführten Jahrestagung der Gesellschaft für Musikforschung.
- 26 So der 14. Abschnitt der testamentarischen Verfügungen Ottheinrichs. Vgl. J. Lambrrecht (wie Anm. 1), S. 31.

Zürich 15. I. 1886

Sehr verehrter Herr!

Bei Ihrer freundlichen Anfrage
am 9. d. Mts. bedauere ich, Ihnen
nicht zu können, die Sie in der
Anweisung gedruckten und unge-
druckten gezeichneten Tafeln nicht
besuchen, was für Sie Ihre Zweck,
dass Sie in der Physik und Chemie, ist,
eigentlich wird, und Sie in der
nicht auf Heidelberg, beim Gessner
und Angewandte bezieht.

Es bleibt mir für Ihre
Ihre verehrten

Dr. Gottf. Keller

Michael Buselmeier

Ein bislang unbekannter Brief Gottfried Kellers

Zürich 15. I. 1886

Hochverehrter Herr!

Auf Ihre freundliche Anfrage vom 9 d(es) M(ona)ts. bedauere ich, Ihnen mitteilen zu müssen, daß sich unter meinen gedruckten und ungedruckten poetischen Sachen nichts befindet, was sich für Ihren Zweck, der so sehr verdienstlich und löblich ist, eignen würde, indem sich leider nichts auf Heidelberg, seine Geschichte und Umgegend bezieht.

Mit vollkommener Hochachtung
Ihr ergebenster
Dr. Gottfr. Keller

Albert Mays ist 1818 in Heidelberg geboren und hier auch 1893 gestorben; er war Jurist, Ehrenbürger der Stadt und in kniffligen Fragen ihr Rechtsbeistand, etwa als es darum ging, die Graimberg'schen Sammlungen anzukaufen; Gemeinderat, Landtagsabgeordneter und einer der frühesten Stadtforscher: Begründer des *Neuen Archivs für die Geschichte der Stadt Heidelberg* (1890 ff.) und selbst ein Kunst- und Schriftensammler großen Stils; schließlich seit der Periode des „Engeren“ ein Freund Victor von Scheffels, dem bereits 1891, auf Mays' Betreiben, ein Denkmal gesetzt wurde.

Zum 500. Universitätsjubiläum im Jahr 1886 ließ sich Albert Mays, dieser Heimatliebhaber und hochgebildete Laie, etwas Besonderes einfallen, das eigentlich eher einem Geisteswissenschaftler oder einem Literaten zugekom-

men wäre. Unter dem Titel *Heidelberg gefeiert von Dichtern und Denkern* schenkte er der Stadt als „Festgabe“ die erste Anthologie. (Ein Nachdruck erschien 1994 mit einem Nachwort von Reinhard Düchting.) Sie enthält Gedichte, Auszüge aus Versen und Briefen von etwa sechzig Heidelberg preisenden Autoren, beginnend mit Oswald von Wolkenstein und endend – sagen wir – mit Martin Greiff; die Akzente liegen auf dem Humanismus und besonders auf dem 19. Jahrhundert. Dabei hat Mays, befangen im national-optimistischen Denken seiner Epoche, gerade unter den Zeitgenossen viel Mittelmaß einschließlich einiger miserabler Verseschmiede aufgenommen, deren Elaborate so der Nachwelt erhalten geblieben sind.

Trotzdem müssen sich alle folgenden Heidelberg-Anthologien, auch mein eigenes, genau hundert Jahre später erschienenenes *Heidelberg-Lesebuch*, an Mays' Pionierleistung messen lassen. Im Vergleich zu mir war Mays in einer extrem ungünstigen Situation: Viele bedeutende Heidelberg-Texte, vor allem die Tagebücher, Briefe und Erinnerungen der Romantiker, waren noch nicht veröffentlicht. Und die Lyrik in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts war epigonal erstarrt. Kritische Töne waren kaum zu hören, und vermutlich hätte der kaisertreue Bürger Mays sie auch nicht vernommen.

In einem anderen Zusammenhang war Mays allen Nachfolgern voraus. Er kannte noch Menschen, die beispielsweise Goethe in Heidelberg gesehen und mit ihm gesprochen hatten; gewiß hat er Graimberg, Naegele, Paulus gekannt. Und er hatte die Möglichkeit, berühmte Autoren seiner Zeit, die einmal in Heidelberg gelebt hatten, anzuschreiben und um Texte für seine Anthologie zu bitten, etwa Eichendorff, Gutzkow oder Jacob Burckhardt.

Ob er dergleichen versucht hat, ist vorerst nicht zu entscheiden. Im Stadtarchiv Heidelberg liegt eine umfangreiche Mappe, die Mays' Materialien zur „Festgabe“ enthält und ihrer detaillierten Auswertung harrt. Beim Durchblättern konnte ich allerdings keine Briefentwürfe entdecken. Doch macht die Mappe deutlich, daß der Anthologist bereits in den 40er Jahren begann, Heidelberg-Texte, die ihm handschriftlich von vielen Seiten zugeschickt wurden, zu sammeln, also vier Jahrzehnte, bevor er sie öffentlich vorgestellt hat. Selbst nach dem Erscheinen der Anthologie hat Mays nicht aufgehört, Texte und Zeitungsausschnitte für eine mögliche Neuauflage zusammenzutragen. Die Mappe enthält auch den Vertrag, den Albert Mays relativ spät, am 29. April 1886, mit dem Verleger Otto Petters schloß, der die Buchhandlung von Bangel & Schmitt 1879 übernommen hatte. Die Auflage des Buches betrug 2000 Exemplare; Mays bekam 400 Mark Honorar und 20 Freiemplare.

Ebenfalls spät, am 9. Januar 1886, dürfte Mays bei Gottfried Keller schriftlich angefragt haben, ob er mit einem Heidelberg betreffenden Text für die

geplante „Festgabe“ rechnen könne. Keller war damals fast 67 Jahre alt (ein Jahr jünger als Mays); er war berühmt, war hinfällig, früh verbraucht, reizbar und mürrisch. Es ist erstaunlich, daß er Mays überhaupt und sogar umgehend geantwortet hat, sprach er doch selbst gegenüber Theodor Storm im Dezember 1886 von einem „allgemeinen Einfrieren der Korrespondenzlust“. In seinem Brief, der sich – aus Mays' Besitz stammend – über so viele Jahre unbeachtet im Stadtarchiv erhalten hat, teilt Keller am 16. Januar 1886 dem Anfragenden formelhaft gewunden mit, „daß sich unter meinen gedruckten und ungedruckten Sachen nichts befindet“, das sich „auf Heidelberg, seine Geschichte und Umgegend bezieht.“

Was die „gedruckten Sachen“ angeht, mag der Dichter die Wahrheit gesprochen haben. Aber die „ungedruckten“? Ich erwähne nur am Rand die zahlreichen Briefe, die Keller zwischen 1848 und 1850 nach Hause in die Schweiz geschickt hat und aus denen sich – von heute aus gesehen – ein ziemlich zutreffendes Bild der politischen, sozialen und intellektuellen Verhältnisse im revolutionär gestimmten Heidelberg ergibt. Keller wohnte zunächst bei bettelarmen Leuten, dem Lohndiener Ewald („Lumpenpack“) in der Oberen Neckarstraße 10, danach beim Kutscher Gulland in der Lauerstraße (heute Neckarstaden 62), den er beim Auszug um einen Teil der Miete betrog. Er war unglücklich verliebt und schrieb darüber Gedichte; er akkumulierte Theorie bei Henle, Hettner, Feuerbach; nach anfänglicher Abwehr begeisterte er sich für die verwegenen kostümierten Revolutionäre und schrieb, wenn es ihm draußen zu laut wurde, an der Urfassung des *Grünen Heinrich*, in welchen die Heidelberger Erfahrungen eingegangen sind.

Was hätte Keller also Mays schicken können, wenn wir die Briefe und den *Grünen Heinrich* sowie einige Gedichte, die Heidelbergs Landschaft höchstens streifen, beiseite lassen? Das melancholische Gedicht *Vier Jahreszeiten* hätte den Anthologisten gewiß erfreut und mehr noch das berühmte, wenn auch etwas platte Gedicht von der *Schönen Brücke*, das Keller selbst freilich in keine seiner Ausgaben aufgenommen hat. Gefiel es ihm etwa nicht? Hatte er es vergessen? Wollte er seine frühe Liebe zur unglücklichen Johanna Kapp nicht preisgeben? Oder hatte ihn der Tod der geistig Umnachteten im Jahr 1883 so verschreckt? Vielleicht war er auch nur altersmürrisch verstimmt und wollte einfach nichts rausrücken.

So hat er auch den großartigen Prosatext *Die Romantik und die Gegenwart. Eine Grille* verleugnet (Sämtliche Werke, Bern 1946, Bd. 22, S.317ff.), eine 1849 in Heidelberg entstandene Reflexion, die Kellers Übergang zum Realismus bezeichnet; die bekannte *romantische* Landschaft und die *Gegenwart* der Revolution werden bei Gelegenheit eines Spaziergangs abgewogen.

Und weshalb hat er das knappe, skurrile, auch bei Kennern bis heute kaum bekannte *Freischarengespräch* (Sämtliche Werke, Bd. 20, S.117ff.) verschwiegen? Wie der Titel vermerkt, spielt es im „Stern“ zu Heidelberg, also im Wirtshaus „Zum goldenen Stern“ in der Lauerstraße, ein paar Schritte von Gottfried Kellers Wohnung entfernt, im ehemaligen Kornhaus am Brückentor, dem im 19. Jahrhundert so beliebten Studentencafé Bolley, wo es zwei Billards und Schweizer Zeitungen gab. Die kleine dramatische Szene ist auf einen Briefbogen aufgezeichnet und datiert mit „Juni 1849“. In ihrer Unmittelbarkeit scheint sie der Wirklichkeit abgelauscht und wirft mit ihren bramarbasierenden Kneipenhelden ein groteskes Licht auf das Ende des badi-schen Aufstands.

Gottfried Keller

Freischarengespräch aus dem „Stern“ zu Heidelberg

Freischärler von der deutschen politischen Flüchtlingslegion und einige Bürger und Studenten sitzen und trinken. Ein großer älthlicher Kerl, Offizier mit einer ungeheuren Krawatte, in blauer Bluse, mit Schlepssäbel tritt herein und kündigt sich mit donnernder Baßstimme an:

Halt! Front! Nehmt Platz! gesellt euch bei! Schoppen Bier! (zu einem dasitzenden Freischarenführer:) Schau her! auch nachgerückt? Wo warst du so lang?

Zweiter Freischärler. Ei! im Oberland! ich habe in Lörrach exequiert.

Erster. Hast du exequiert? hast du sie geschröpft, du Teufel?

Zweiter. O, ich hatte mit den Lörrachern noch ein Hühnchen zu pflücken, vom letzten Jahr, vom Struveschen Überfall her! Dazumal hat uns der Bürgermeister unsere Waffen abgenommen, und die Gemeinde hatte sie verkauft, wie wir nach der Hand hörten. Ich habe die Sache taxiert, ich habe einen bescheidenen Überschlag gemacht, zweihundert Gulden. Ich habe sie in der Tasche!

Erster. In der Tasche? Also sei es! bon! ich berühme dich!

Dritter (zum Ersten). Sei so gut, Kamerad, und bitte bei dem Bürger dort eine Pfeife Tabak für mich aus!

Erster. Wie sagst du? Wirfst du ein neues Element, einen neuen gewichtigen Körper in das wogende Gespräch? Eine Requisition sogar? Requirierst du Tobak?

Dritter. Zum Teufel! Eine simple Pfeife Tabak! Siehst du nicht, daß der Herr zu deiner Rechten einen stattlichen roten Beutel neben dem Glas stehen hat?

Erster. Gemach! langsam! Kriegsgefährte! Sie sollen nicht sagen, daß wir kein Gesetz und keinen Anstand, keine Kenntnis und keine Erfahrung und keine Gebräuche hätten! Sie sollen hören, daß wir genügsame Kunde besitzen von landesrechtlichem wie von kriegsrechtlichem Standpunkte, von Requisition und Brandschatzung und von richtiger Anwendung dieser beiden Begriffe; von einer gemessenen Auseinanderhaltung derselben, von Anklage und Verteidigung, von Erwägung und von Bezugnahme! Sei stille! Ich meine hier unter Bezugnahme nicht eine solche, welche von dem Tabak dieses Bürgers Bezug nimmt, welche einen Pleonasmus bilden würde aus beziehen und nehmen, nein! für nur *einen* lumpigen Gegenstand wollen wir nicht zwei kostbare Verba aufwenden und vergeuden! Wir wollen nur das eine beziehen, was gerade zu haben ist, und das Nehmen lieber für etwas anderes aufsparen! Ich deute vielmehr hin auf jene feinere Bezugnahme des denkenden Menschen und Kriegers, auf diesen Punkt, auf jenes Faktum, die geistige Requisition des ideellen Nutzertrages, welcher aus einer veränderten Stellung der Dinge entspringt. Ich bitte dich um Geduld, teurer Freund! Niemand soll sagen, wir hätten keine Gebräuche! Also du verlangst Tabak von diesem Bürger? Erwäge, daß du ihn entweder teilweise oder ganz verlangen kannst, auf friedlich zivilem oder kriegsrechtlichem Wege! Wähle nun deinen Standpunkt in dieser Angelegenheit! Ich würde dir zu einer teilweisen freundschaftlichen Requisition raten; doch hast du das Recht, vermöge deiner bewaffneten Eigenschaft, auch zu dem andern benannten Standpunkt nicht verwirkt!

Dritter. Gut, bitte also den Bürger um eine Pfeife Tabak für mich!

Erster. Nicht bitten! Nein, das meine ich nicht, sondern freundlichst requirieren! (zu dem Bürger rechts) Wohlgesinnter Bürger! Dieser Freiheitskämpfer zu meiner Linken requiriert auf freundschaftlichem Wege eine Pfeife Ihres vorrätigen Tabakes; denn niemand soll sagen, daß wir den kriegsrechtlichen Standpunkt ohne Not vorgeschoben oder vorschieben! Ich empfehle Ihnen nebenbei den Mann als einen, welcher schon mehr als eine Kugel zwischen dem Rhein und dem Neckar pfeifen ließ!

Bürger. Bedienen Sie sich gefälligst, mein Herr!

Erster (zum Dritten.) Hier ist der ganze Vorrat, versieh deine Pfeife, lade sie, zünde sie an! So – und nun will ich auf dem gleichen Wege, demjenigen der freundschaftlichen Requisition, den Rest zu meinem eigenen Bedürfnisse ergreifen und in diese Papierdüte übergehen lassen! oder halt – besser! Bürger! würden Sie vielleicht nicht diesen loyalen roten Beutel auf mehrbe-

nanntem Wege ebenfalls abzutreten geneigt sein, zu würdigerer Fassung des so musterhaft gegönnten Tabaks? Sprechen Sie, ohne Furcht, ohne Hinblick auf unser Schwert! Niemand soll sagen, daß wir ohne alle und jede Gebräuche seien, ohne Standpunkt und ohne richtige Anwendung desselben!

Bürger. Zu Diensten, Herr Hauptmann! nehmen Sie immerhin den Beutel!

Erster. Wackerer Mann! Auch Ihnen sei ein Tropfe unseres Blutes geweiht! Nun aber – entschuldigen Sie, verehrte Männer! die Pflicht ruft! Wir haben unser Quartier im Badischen Hof genommen; dahin laßt uns aufbrechen, um das Nötige für unser Bedürfnis zu verfügen und eine Runde durch die Küche zu halten, versteht sich auf dem Wege der freundschaftlichen Requisition, insofern nämlich der vorstehende Wirt für dieselbe geeignet und würdig erscheint! Denn niemand soll sagen, wir hätten keine Gebräuche!

(Mit schrecklicher Stimme:) Vorwärts, marsch!

Norbert Giovannini

Lehrer, Pazifist, jüdischer Emigrant. Ein Hinweis auf Moritz Morgenthal und seine Familie

Aus dem Nachlaß des jüdischen Pazifisten und Lehrers Moritz Morgenthal hat Eberhard Schöll dem Geschichtsverein – angeregt durch eine Führung des HGV auf dem neuen jüdischen Friedhof – einige Dokumente übergeben, die Anlaß sind, an diese mit der Geschichte der pazifistischen Bewegung in Heidelberg eng verbundene Persönlichkeit zu erinnern. Eberhard Schöll ergänzte die Geschichte der Morgenthals als erlebte Geschichte einer zeitweiligen Gefährtschaft der Jugend- und Friedensbewegten, die – vermittelt auch über die Erinnerungen der Mutter – zurückreicht in die frühen zwanziger Jahre. Außerdem pflegt er das Grab der Morgenthals in dem waldfeuchten obersten Areal des jüdischen Friedhofes.¹

In dem von Karl Balsler verfaßten Nachruf, der am 20. März 1971 in der RNZ erschien, heißt es:

„Still von uns gegangen ist im 82sten Lebensjahr Professor M. Morgenthal, der in früheren Jahrzehnten als Erzieher, Schulreformer, Friedenskämpfer, auch als Musikfreund und Kritiker oft im Kernpunkt des geistigen Lebens unserer Stadt stand.“

Seine Eltern sind vom Taunusstädtchen Idstein, wo Moritz ebenso wie seine drei Geschwister geboren wurde, nach Heidelberg gezogen. Die Mutter, Jeanette, engagierte sich in der von Pfarrer Hermann Maas initiierten Trinkerfürsorge. Gestorben ist Isaak Morgenthal, der Vater, 1924, die Mutter im Jahr darauf. Die beiden Söhne, Moritz und Fritz (geb. 1896), sind als Kriegsfreiwillige „ins Feld gezogen“. 1933 erklärt Moritz seine Wandlung vom Kriegsfreiwilligen zum Pazifisten auch durch den Schock, daß

„mein einziger Bruder im Jahre 1917 nach schwerer Verwundung und nach Amputation beider Beine und Arme an den Folgen seiner Verwundung gestorben ist.“²

1940 wurden die Schwestern Klara und Gertrud, die anders als der Bruder und seine Familie in Heidelberg geblieben waren, in das Internierungslager Gurs in den Pyrenäen deportiert. Von dort sind sie in ein Vernichtungslager im Osten gebracht worden, das sie nicht überlebt haben. Klara

war Lehrerin in der Heidelberger Hilfsschule, Gertrud unterrichtete als Religionslehrerin an der Mannheimer Pestalozzischule.³

Der Bruder Moritz hatte nach dem Studium seit den zwanziger Jahren eine Stelle an der Tulla-Oberrealschule in Mannheim angetreten, wo er Geschichte, Französisch und Latein unterrichtete. Wohnhaft in Heidelberg engagierte er sich in der pazifistischen Deutschen Friedensgesellschaft und war von 1923 bis 1932 – wohl eher passives – Mitglied der SPD.⁴ Als Juden gehörten er und seine Frau zu der in Heidelberg mehrheitlichen Gruppe des städtisch – assimilierten liberalen Judentums.⁵ 1933 aus dem Schuldienst entlassen, wieder eingestellt, nach Erlaß der Nürnberger Gesetze 1935 beurlaubt und schließlich in den Ruhestand versetzt, war Morgenthal als Hilfslehrer in der jüdischen Schulklasse in Heidelberg tätig, wurde im November 1938 in Dachau inhaftiert und einen knappen Monat später mit der Auflage entlassen, unverzüglich zu emigrieren.⁶ Bis 1957 lebte er mit seiner Frau und der Tochter, die die Morgenthals schon 1934 nach England geschickt hatten, in Cheltenham, wo er als Privatlehrer arbeitete. Als die letzten der jüdischen Vorkriegsgemeinde kehrten die Morgenthals, die Tochter und zwei Enkelkinder in England zurücklassend, nach Heidelberg zurück. Zwei Jahre nach dem Tod ihres Mannes schied Anneliese Morgenthal aus dem Leben.

Wir verdanken Moritz Morgenthal die Dokumentation der ersten jugendbewegten Studentengruppe in Heidelberg.⁷ Parallel zum Engagement der Elterngeneration in der Trinkerfürsorge gründeten im November 1909 13 Studenten die *Akademische Gemeinschaft* als studentische Loge des *Neutralen Guttemplerordens*. Ihr Einfluß reichte weit in die Studentenschaft hinein, die schon seit der Jahrhundertwende deutlich gespalten war in das (minderheitliche, aber optisch überwiegende) farben- und waffentragende Verbindungsstudententum und die sogenannten Freistudenten, die aus Gesinnung oder Desinteresse den pseudomartialischen Männerkult der Korporierten ablehnten. Mitglieder einer ebenfalls vorhandenen Ortsgruppe des *Deutschen Bundes abstinenten Studenten* leiteten die *Freie Studentenschaft*, die über ihre Fakultätsvertretungen ein geringes Mitspracherecht in der *Allgemeinen Studentenschaft* (dem AStA) besaß.

Die Fäden zum Wandervogel (den *Heidelberger Pachanten*), den Lebens- und Schulreformern und zur akademischen Welt waren vielfältig und sind schwer zu entwirren. Neben der Abstinenzarbeit stand die Durchführung von Volksunterrichtskursen im Zentrum der Vereinsarbeit. Von März 1911 bis Dezember 1912 konnte eine Zeitschrift vorgelegt werden, die „*Akademische Gemeinschaft – Monatsschrift für die studentische Abstinenzbewegung*“ mit einer Beilage, die wandervogelecht „*Schleuder und Harfe*“ hieß.



*Anneliese und Moritz
Morgenthal mit
Enkeltochter Ann
(o.D. / Archiv Schöll/
HGV)*

1911 referierte der Lebens- und Schulreformer Gustav Wynecken über „Die freie Schulgemeinde Wickersdorf und die in ihr wirksamen Erziehungsziele“. Wynecken blieb ständiger Gast; seinem Einfluß und dem des Aktivisten Gustav Mittelstraß verdankt die Akademische Gemeinschaft nach einigen flauen Semestern und diversen Flirts mit Stefan Georges Ästhetenkult den Wandel zur (mindestens programmatischen) Lebens- und Erziehungsgemeinschaft. Damit war das Korsett der studentischen Guttemplerloge gesprengt. Um das Datum des Freideutschen Jugendtages auf dem Hohen Meißner im September 1913 gruppiert sich die Gründung der „*Deutschen Akademischen Freischar*“; die Spaltung der Loge und die Gründung einer „*Neuen Akademischen Gemeinschaft*“. Der Titel ist, wie immer auch, Programm: Akademische Gemeinschaft von unten, studentische Lebens- und Erziehungsgemeinschaften gegen den korporierten Sauf- und Paukbetrieb, gegen das Versacken im Fachstudium und in der Isolation, die der universitäre Massenbetrieb bewirkte, aber auch Reform der Universität und der Wissenschaft in der Tradition von Humboldt und Fichte. Nicht überraschend, daß nun auch das intellektuelle Establishment des Heidelberger „Weltdorfes“ von den jungen Leuten Notiz nahm. Die Beschäftigung mit der Frauenfrage und dem

Sozialismus, die im Vorfeld des Freideutschen Jugendtages von Helmut Tourmin programmatisch formuliert worden war, wurde umgesetzt in Vorträgen und Diskussionen, zu denen Prominente wie Marianne Weber, Alfred Weber, Gustav Radbruch und Gertrud Bäumer geladen waren.

1919 gründeten Gustav Mittelstraß und Moritz Morgenthal die *Akademische Gemeinschaft* aufs neue. Die Abstinenzfrage war völlig in den Hintergrund gedrängt. Engagement und Hoffnung richteten sich auf die Reform der akademischen Welt, deren Träger die Freistudentenschaft im Verbund mit reformbereiten Professoren zu werden hoffte.

1925 war Moritz Morgenthal Mitinitiator des Kongresses für „Neue Erziehung“, einem der großen reformpädagogischen Kongresse der Zwischenkriegszeit, der unter Beteiligung von Martin Buber und Paul Östreich in Heidelberg stattfand.

Sein politisches Lebensthema war jedoch der Kampf um Frieden und gegen den Krieg als Mittel der Politik. In Heidelberg, seinem Wohnort, engagierte sich Morgenthal zusammen mit dem Universitätsdozenten Emil Julius Gumbel und wenigen anderen in der *Deutschen Friedensgesellschaft*. Er nahm damit eine Position ein, die in der aufgewühlten und aufgeheizten Situation der Nachkriegsjahre im bürgerlichen Ambiente beträchtliche Zivilcourage erforderte, auch wenn – trotz aller Versailles-Revisionspropaganda – die Chancen nicht schlecht schienen, über die Arbeiterparteien, die Gewerkschaften und liberalen, republikanisch orientierte Parteien Einfluß zu nehmen.⁸

Am 6. August 1923 veranstaltete die Heidelberger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft ihre erste große „Nie-wieder-Krieg“-Veranstaltung in der Stadthalle. Als Redner waren angekündigt der aus Freiburg (Schweiz) angereiste katholische Theologe Dr. Max Herzog zu Sachsen und Heidelbergs protestantischer Stadtpfarrer Hermann Maas. Zu den Veranstaltern zählten auch die Friedensliga, die Frauenliga für Frieden und Freiheit, die SPD und das Zentrum. Nicht zu gewinnen für den pazifistisch geprägten Anti-Kriegs-Protest war dagegen die Deutsche Demokratische Partei, die in Heidelberg damals noch eine starke Position im akademischen und städtischen Honoratiorentum hatte.

Das Engagement in der Deutschen Friedensgesellschaft stigmatisierte Morgenthal in nationalen und nationalistischen Kreisen unzweideutig zum Gegner, auch wenn seine persönlichen Lebenskreise, sein beruflicher Weg als Gymnasiallehrer und seine Zugehörigkeit zur jüdischen Religionsgemeinschaft davon zunächst unbelastet geblieben sind. Die Wucht der Gegnerschaft traf in Heidelberg und schließlich im nationalen Rahmen den von der nationalen Rechten zum Haßobjekt stilisierten Emil Julius Gumbel. Um

diesen entspann sich 1924 – wiederum im Anschluß an eine „Nie-wieder-Krieg“-Veranstaltung der Friedensgesellschaft in der Stadthalle – eine groteske Kampagne, vorangetrieben durch einen rechtsradikalen AStA-Klün- gel an der Universität, der Gumbels Schlußwort zum Anlaß wutschäumen- der Empörung nahm, in die das nationale Bürgertum, die Professorenschaft und die studentische Rechte bereitwillig einstimmten.⁹ Die fortgesetzten Kampagnen gegen den prominenten Publizisten und Redner Gumbel mochten indes nur einen zweifelhaften und vorübergehenden Schutz für die anderen Aktiven der örtlichen Friedensbewegung darstellen. Mit der Macht- übernahme der Nationalsozialisten wurden die Positionen des bürgerlichen und demokratischen Pazifismus unverzüglich kriminalisiert und ihre Exponen- ten in die mannigfaltigen Verfolgungen einbezogen.

Mit Morgenthal sollte jedoch noch aus einem zusätzlichen Grund abge- rechnet werden – und nur das erklärt die Hartnäckigkeit, mit der von NS- Seite versucht wurde, seine berufliche und persönliche Existenz zu zerstören.

Der letzte Fall Gumbel war 1932 ausgelöst worden durch den Medizin- studenten und Hochschulgruppenführer des Nationalsozialistischen Studen- tenbundes (NSDStB) Karl Doerr. Dieser besuchte mit zwei Gesinnungs- freunden am 27. Mai eine Veranstaltung der *Sozialistischen Studentengruppe* in ihrem „Heim“ in der Haspelgasse und machte in offenkundig provozie- render Absicht Notizen bei der Rede Gumbels, der an diesem Abend zum Thema Krieg und Arbeiterbewegung sprach.¹⁰ In der vom NS-Studenten- bund beherrschten Studentenzeitschrift *Der Heidelberger Student* und der Heidelberger NS-Postille *Die Volksgemeinschaft* wurde wenig später als Kernsatz des Gumbelschen Vortrags die Bemerkung kolportiert:

„Das Kriegerdenkmal des deutschen Soldaten ist für mich nicht eine leicht be- kleidete Jungfrau mit der Siegespalme in der Hand, sondern eine einzige große Kohlrübe.“¹¹

Die publizistisch entfachte Empörung reichte aus, die Universität zu ver- anlassen, den ihr seit langem verhaßten Gumbel einem inquisitorisch ge- führten Disziplinarverfahren zu unterwerfen, an dessen Ende der vom badi- schen Kultusministerium ausgesprochene Entzug der Lehrberechtigung für Gumbel stand. Der Strafrechtler Gustav Radbruch, der Gumbels Verteidig- ung übernommen hatte, benannte in einer der ersten Sitzungen des Diszi- plinarausschusses Moritz Morgenthal als Entlastungszeugen. Dieser war in Mannheim Lehrer des Karl Doerr gewesen. In seiner Aussage stellte er dem ehemaligen Schüler ein überaus negatives Persönlichkeitszeugnis aus. Er er- innerte an „hysterische Szenen“, die Doerr beim ersten Abitur (er mußte es offensichtlich wiederholen) veranstaltet habe, an wiederholtes Herauslügen (wohl bei Täuschungsversuchen), bescheinigte ihm, daß er intellektuell nicht

sehr hoch stünde und summa summarum ein verbohrter Fanatiker schon damals gewesen sei.

Dieselbe Kennzeichnung als Fanatiker erhielt Doerr auch in einer schriftlich vorgelegten Aussage des Medizinordinarius Kallius attestiert, bei dem er studierte.

Der als Chefankläger fungierende Kulturwissenschaftler (und Alfred Weber-Intimus) Arnold Bergstraesser brachte in der Vernehmung Morgenthals sofort zur Sprache, daß dieser SPD-Mitglied und im Vorstand der Friedensgesellschaft sei, was vermutlich den Wert seiner Aussage mindern sollte. In der Endbeurteilung gingen Bergstraesser und der gesamte Ausschuß dann noch weiter, indem sie alle Gumbel entlastenden Aussagen als für die Beurteilung irrelevant behandelten.

„Der Zeuge Doerr ist zwar ein Fanatiker mit starker Erregbarkeit, die ihm auch von Geheimrat Kallius bekundet wird, doch stützt sich der Ausschuß nicht auf die Äußerung Morgenthals, sondern glaubt, daß Doerr keine absichtliche Unwahrheit gesagt hat.“¹²

Schon zu Beginn der Kampagne hatte die NS-beherrschte *Deutsche Studentenschaft Heidelberg* von der „vaterlandsverräterischen Tätigkeit der Liga für Menschenrechte“¹³ gesprochen, ein demagogischer Vorwurf, der auch in der Aussage Doerrs wiederholt wurde, in fast schon monomanischer Verbindung mit Bekundungen des Abscheus und Ekels vor den „landesverräterischen“ Ossietzky-Freunden, den zahlreichen jüdischen Versammlungsteilnehmern und der „frivolen und geschmacklosen“ Verwendung der Jungfrau-Metapher.¹⁴

Mit der Machtübernahme im Frühjahr 1933 war dann die Gelegenheit geschaffen, die Rechnungen, die in den „Kampfjahren der Bewegung“ angefallen waren, zu begleichen.

So wie Karl Doerr nach eigenem Bekunden den verhaßten Gumbel über Jahre verfolgt hatte und nur auf die Gelegenheit wartete, ihn „noch im alten System“ zu Fall zu bringen¹⁵, so trieben – das wäre meine Vermutung – er und seine Kumpane die Entlassungskampagne gegen den ehemaligen Lehrer Morgenthal mit einiger Infamie voran, die über die bürokratische Entlassungspolitik des nationalsozialistischen Staates hinauszielte.¹⁶

Zunächst forderte ein Schüler Morgenthals mit eigentümlicher Unverfrorenheit die Rücknahme der Benotung eines Abituraufsatzes, die 1929 erwirkt hatte, daß der junge Mann das Gymnasium verlassen hatte. Im März 1933 erfolgten Hausdurchsuchungen, zu deren Begründung die behauptete Betätigung von Frau Morgenthal in der kommunistischen Frauenbewegung und der Kontakt der Morgenthals zu Gumbel herhalten mußte. Anfang April wurde Morgenthal aus dem Schuldienst entlassen. Da er zur Kategorie der

Frontkämpfer gehörte, die das Regime bis 1935 mit Rücksicht auf bürgerliche Kreise von Entlassungen aus dem Staatsdienst ausnahm, konnte er mit seiner alsbaldigen Wiedereinstellung rechnen. Da traf es sich bemerkenswert günstig, daß zum Ende des Monats die Anzeige eines Lehrerkollegen im Kultusministerium eintraf, in der dieser Morgenthal der „pazifistischen Agitation“ beschuldigte und sich dabei unter anderem auf eine in der Schule gehaltenen Rede Morgenthals bei der Verfassungsfeier 1927 (!) berief, in der dieser das Ideal des Heldentods als nicht mehr zeitgemäß bezeichnet habe.¹⁷

Auf Morgenthals Anregung wurden durch das Ministerium nunmehr alle Lehrer, soweit sie 1927 schon an dieser Schule unterrichtet hatten, aufgefordert, eine Stellungnahme zu dieser Rede abzugeben. Zu Morgenthals Entsetzen machte sich nur ein einziger von ihnen zu seinem Fürsprecher, die Hälfte des Kollegiums, mit dem er jahrelang zusammengearbeitet hatte, hatte vorgeblich keine Erinnerung mehr an dieses Ereignis, einige fühlten sich indes sogar nachwirkend in ihrer nationalen Ehre verletzt.

Dennoch wurde Morgenthal im August 1933 wieder in den Schuldienst eingestellt.¹⁸

Auch die nächsten beiden Denunziationsversuche blieben ohne Erfolg, obgleich sie Morgenthal und seine Familie sichtlich in äußerste psychische Anspannung versetzten. 1931 hatte Morgenthal dem Kinderarzt seiner Familie, Dr. Hoffmann, brieflich mitgeteilt, daß er ihn künftig nicht mehr zu Rate ziehen werde, nachdem dieser anlässlich einer NS-Tagung die schwarz-weiß-rote Fahne gehißt hatte.¹⁹ Mutig verteidigte Morgenthal zwei Jahre später diese Entscheidung – und findet in Dr. Hoffmann unerwartet einen Fürsprecher. Immerhin sei Morgenthal der einzige seiner jüdischen Patienten gewesen, der für sein Fernbleiben eine schriftliche Erklärung abgegeben hätte. Insoweit sei er „als charakterlich höher stehend als seine sämtlichen anderen Rassegenossen“ zu betrachten.²⁰

Ein ebenso plumpes wie offenkundig imitiertes konspiratives Schreiben aus Paris komplettierte im Januar 1934 die Kette der versuchten Denunziationen.

Morgenthal blieb bis Oktober 1935 als Gymnasiallehrer an seiner Mannheimer Schule, arbeitete nach seiner zwangsweisen Zuruhesetzung dann ab Mitte 1936 als Hilfslehrer in der jüdischen Schule in Heidelberg.²¹

Unter den von Eberhard Schöll zur Verfügung gestellten Dokumenten befindet sich ein ironisch-witziger und zugleich liebevoller Text über die englische Bäderstadt Cheltenham, in der die Flüchtlinge aus Heidelberg mit Unterstützung der englischen Quäker eine Bleibe gefunden hatten:

„Die Stadt scheint gefüllt zu sein mit retriierten Colonels aus Vorderindien und Hinterindien und mit seltsamen alten Damen, die direkt aus der Mottenkiste entsprungen sein könnten.“²²

In Cheltenham hatte Morgenthal „nach einigen Jahren Büroarbeit und Tätigkeit in einer polizeiwidrigen Privatschule“ am Ladies College und am Technical College unterrichtet. Über das erste wird er später schreiben, daß dessen Fassade aussieht,

„als ob der Architekt den darin arbeitenden jungen Damen alle in Frage kommenden Stilarten demonstrieren wollte. Wenn man allerdings durch seine Hallen geht oder in den Lesesaal eintritt, dann glaubt man sich in die Atmosphäre einer deutschen Universitätsbibliothek zurückversetzt.“²³

Nach dem Krieg war aus Cheltenham, der beschaulichen Domäne von „Salubritas und Eruditio“ ein wenn auch provinzielles Zentrum der zeitgenössischen Musik und des Amateurtheaters geworden, in dem sich Moritz Morgenthal nachhaltig wohlfühlte.

In Zusammenarbeit mit N.G. Osborne von der Bristol Grammar School entstand in den ersten Nachkriegsjahren ein recht originell gestaltetes Sprachbuch mit Vokabeltrainer zum Erlernen der deutschen Sprache.²⁴

England ist den Emigranten zur zweiten Heimat geworden, nicht zuletzt der Tugenden wegen, diese in Deutschland so nachhaltig vermißt haben. „Ich lebe gerne in einem Land, in dem der Gegner respektiert und nicht verunglimpft wird, in dem es ‚sense of proportion‘ und Humor, Kritik und vor allem Selbstkritik gibt, in dem man sogar über sich selbst zu lachen liebt, in dem man kurze Zeit nach dem Ende eines Kriegs, der dem Land die schwersten Wunden geschlagen hat, die deutschen Kriegsgefangenen menschlich behandelt, und in die Familien, Kirchen und Schulen einlädt, in dem man von den eigenen, nicht zu reichen Portionen an die früheren ‚Feinde‘ gerne abgibt.“²⁵ In diesem Zusammenhang berichtet Morgenthal, daß seine Familie bereits zu Weihnachten 1946 mehrere deutsche Kriegsgefangene eingeladen hätten. Im Nachruf von 1971 wird darauf hingewiesen, daß Morgenthal in deutsch-englischen Verständigungsgruppen aktiv gewesen sei.

Die Bereitschaft zur Verständigung ist jedoch scharf geschieden von aller voreiligen und beschwichtigenden Versöhnung und Verharmlosung angesichts der Erfahrungen im NS-Deutschland. Dem in Internierungshaft befindlichen Kollegen Ü. schreibt er wohl einen entlastenden Brief, weil dieser einem Freund gegen „hysterische Denunziationen“ zur Seite gestanden hat, nicht jedoch verzeiht er ihm, „was Du Dir als nationalsozialistischer Funktionär geleistet hast.“ Und mit leidenschaftlicher Schärfe geißelt er die Bereitschaft der deutschen Intelligenz, sich den menschenfeindlichen Zielsetzungen des NS-Systems zu unterwerfen. „An dem Schwarzen Brett den Stür-

mer und im Unterricht Goethe, das ist typisch für das Verbrechen der deutschen Intelligenz, ihre Feigheit und ihren Verrat.“²⁶

Dem Wunsch der Ehefrau nachkommend, die dem englischen Klima nicht wohlgesonnen war, entschieden sich die Morgenthals 1957 zur Rückkehr nach Deutschland und nach Heidelberg. Unter neuen Vorzeichen und in einer veränderten politischen Lage nahmen sie ihr Engagement für den Frieden in der neugegründeten Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft wieder auf. Zurückhaltend und freundlich, wie es beider Wesensart war, beteiligten sie sich an den Diskussionen und zählten zur Gruppe derer, die das Existenzrecht Israels in der spannungsreichen Aufbauphase des jungen jüdischen Staates unterstützten.²⁷

„Wenn das Wort ‚liebenswert‘ auf einen Menschen zutrifft, dann auf Moritz Morgenthal und seine Frau“, resümiert Eberhard Schöll seine Erinnerung an den väterlichen Freund und seine Lebensgefährtin.

Anmerkungen

- 1 Eberhard Schöll: Von Palermo nach Heidelberg. Chronik einer Familie zwischen Kaiserreich und Zweitem Weltkrieg. Aus den Briefen von Marie Schöll (1885-1945). Heidelberg 1994
- 2 Fritz Morgenthal hat im Juli 1914 sein Abitur bestanden. Das Großherzogliche Gymnasium überreichte als Preis Friedrich Gundolfs *Shakespeare und der deutsche Geist*
- 3 Ein Photo von Klara Morgenthal findet sich in Volker Keller: Bilder vom jüdischen Leben in Mannheim. Sonderveröffentlichung des Stadtarchivs Mannheim Nr. 19, herausgegeben von Jörg Schadt. Mannheim 1988, S. 84
- 4 Ein Hinweis in Morgenthals Artikel für die in Paris erscheinende Emigrantenzeitschrift „Die Zukunft“ vom 12. Mai 1939 könnte zu der Schlußfolgerung anregen, daß er sich, wie anderer SPD-Mitglieder um 1932, darunter auch der Statistiker Emil Julius Gumbel, der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP), einer linken Abspaltung von der SPD, angenähert hat. „Sehr wichtig erscheint auch die die Feststellung, daß die, deren Schicksal es schon vor 1933 war, in Opposition zu den großen Parteien bleiben zu müssen, die Leute von der SAP, von den pazifistischen Verbänden und den oppositionellen katholischen Jugendorganisationen, sich durch nichts in ihren Anschauungen beirren lassen.“ Veröff. in Hans-Joachim Fliedner: Die Judenverfolgung in Mannheim 1933-1945, Bd.2 Dokumente. Herausgegeben vom Stadtarchiv Mannheim. Stuttgart Berlin 1971, Dok. 272, S. 377/378
- 5 Eine herausgehobene Tätigkeit in der jüdischen Gemeinde ist mir nicht bekannt.
- 6 Zur Darstellung des „Falles Morgenthal“ siehe Arno Weckbecker: Die Judenverfolgung in Heidelberg 1933-1945. Heidelberg 1985, S. 73-82; ohne weitere Ermittlungen auch Helga Wolpert: Das Schicksal jüdischer Beamten während der NS-Zeit – dargestellt am Beispiel des jüdischen Lehrers Moritz Morgenthal. In: Verführt und verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region (Ausstellungskatalog für das Kurpfälzische Museum der Stadt Heidelberg). Heidelberg 1995, S. 131-136
- 7 Die Akademische Gemeinschaft 1909- 1919. Herausgegeben von Moritz Morgenthal.

Heidelberg 1919

- 8 Erster Vorsitzender der Heidelberger Ortsgruppe der Deutschen Friedensgesellschaft war Hauptschriftleiter Heinrich Höfler, 2. Vorsitzender der Statistikdozent und durch seine Publikationen weithin bekannt gewordene Emil Julius Gumbel. Schatzmeister war Otto H. Busch. Die Geschäftsstelle der Heidelberger DFG war die Wohnung der Morgenthals in der Zähringerstr.6.
- 9 Vergl. Christian Jansen: Der Zivillist als Außenseiter. In: Jansen, Christian: Emil Julius Gumbel. Portrait eines Zivillisten. Heidelberg 1991, S. 19
- 10 Norbert Giovannini: Zwischen Republik und Faschismus. Heidelberger Studentinnen und Studenten 1918-1945. Weinheim 1990 S. 154; Doerr hat 1935 seine Erinnerungen an die „Kampfjahre“ und seine maßgebliche Rolle in der Gumbel-Kampagne in einer auf 14 Nummern verteilten Artikelserie des NSDStB-Zentralorgans „Die Bewegung“ unter dem Titel: Herr Gumbel und die Kohlrübe. Auch eine Geschichte aus Alt Heidelberg veröffentlichen lassen. Die Bewegung, Jhrg. 1936, Nr. 4 – Nr. 19
- 11 Heidelberger Student, Sommersemester 1932, Nr. 3 vom 9.6.1932
- 12 (UA Hd III 5b Nr. 434 a/ 1932-.. Sitzungsprotokoll vom 30.5. 1932).
- 13 Protestschreiben der DStHD an Senat der Universität , 16. Juni 1932, UA Hd 1-160 III 5b Nr. 434a- 1923-..
- 14 Die notorischen Versuche der Nationalsozialisten, den Gumbel-Kampagnen eine antisemitische Stoßrichtung zu geben, sind bis 1933 weder von ihren Bündnispartnern, den nationalistischen Studentenverbindungen, den städtischen Rechtsparteien noch von der Universität aufgenommen worden.
- 15 „Gumbel mußte noch im alten System fallen, das waren wir unserer Ehre schuldig.“ Karl Doerr, 1936 (Die Bewegung, Nr. 13)
- 16 Dafür spricht nicht nur die Dreistigkeit, mit der gegen Morgenthal vorgegangen wurde. Doerr war als „Alter Kämpfer“ auch räumlich präsent, mindestens bis 1936 leitete er eine SA- Gauschule in der Pfalz.
- 17 Die Parallele zum Fall Gumbel ist überdeutlich.
- 18 Weckbeckers Begründung ist einleuchtend, daß die rechtsstaatlich geprägten Beamten des Kultusministeriums und der nationalsozialistische Kultusminister ein halbes Jahr nach der Machtübernahme noch durchaus Abwägungen zwischen den Folgen einer forcierten Verfolgung und dieser selbst zu machen imstande waren. Maßgeblich dürfte zu diesem Zeitpunkt auch gewesen sein, daß Morgenthal keine wirklich herausragende Persönlichkeit der pazifistischen Bewegung war und sich bei öffentlichen Auftritten sehr zurückgehalten hatte. Über das Verhältnis des traditionellen deutschen Beamtentums zu den von Entlassung bedrohten jüdischen Beamten vergl. Morgenthals o.g. Artikel in der Emigrantenzeitschrift „Die Zukunft“: „Hat man gar als ehemaliger Beamter in den Ministerien mit alten Beamten zu tun, so ist man vollends sprachlos, wie höflich und hilfsbereit sie sind.“ Vergl. Anm. 4, S. 378 Morgenthal beschreibt in dem Artikel auch seine Erfahrungen bei der Auflösung des Haushaltes und mit dem Zoll bei der Auswanderung.
- 19 Veröff. in Fliedner, 1971, Bd.2, Dok. 15a, S. 36 „Damit, daß sie heute geflaggt haben, zeigen Sie offen Ihre Sympathie mit den Nationalsozialisten und damit negieren Sie meine bürgerliche Existenz.“
- 20 Weckbecker, 1985, S. 80. Hoffmanns Schreiben vom 26.10. 1933 an das Ministerium des Kultus und Unterrichts ist abgedruckt in Fliedner, 1971, Bd.2, Dok. 15b, S. 36/37. Hoffmann betont, daß Morgenthal einen „total entwurzelten und gebrochenen Ein-

druck“ machte und er selbst „persönlich keinerlei Interesse (habe), gerade diesen einzelnen Juden gänzlich wirtschaftlich zu erledigen, und, völkisch betrachtet, kommt diese Familie, die nur ein einziges jetzt etwas 8jähriges Mädchen besitzt, für die Zukunft nicht allzu sehr in Betracht.“

21 Weckbecker 1985, S. 250

22 Cheltenham. Bild einer englischen Mittelstadt. Von Moritz Morgenthal. o.D. (unveröff.; im Besitz des Verf.)

23 ibd. S.4

24 German Free Composition and Vocabulary. By N.G. Osborne and M. Morgenthal. London u.a., 1949. Das Buch wurde in mehreren Auflagen veröffentlicht. H.E. Schöll besitzt eine von Morgenthal 1964 handschriftlich korrigierte Ausgabe.

25 Brief an den früheren Schulkameraden und Kollegen Ü. vom 19.8.1947. Veröff. in Fliedner, 1971, Bd. 2, Dok. 278, S. 385/86

26 ibd. S. 386

27 Pers. Mitteilung an Verfasser von Prof. Hannelies Schulte, Heidelberg

Frank Moraw

Heidelberg im Zeichen der Nürnberger Rassengesetze

Carl Neinhaus und Therese Wiesert

Zum politischen Spielraum eines Oberbürgermeisters
im Nationalsozialismus

Herrmann Maas im November 1935: „Nur die Brüderpflicht erfüllt“

Pfarrer Maas erörterte in einem Schreiben an seinen in die Schweiz emigrierten Freund Friedrich Siegmund-Schultze¹ eingehend die Nürnberger Gesetze und die gerade erlassene erste Durchführungsverordnung. Die Situation erschien unübersichtlich. Denn das Regime ließ in die antisemitische Hetzkampagne immer wieder beschwichtigende Stellungnahmen einstreuen, an die man oft selbst auf jüdischer Seite in sehr begreiflichem Wunschdenken glaubte. Siegmund-Schultze wollte an einer internationalen Konferenz von Kirchenvertretern in Genf teilnehmen, und Maas fürchtete augenscheinlich Fehldeutungen dieser Gesetze auch im Ausland: so als könne man jetzt eine Stabilisierung der Verhältnisse in Deutschland erwarten und als sei für die deutschen Juden eine Wiederherstellung rechtlicher Zustände auf einem zwar niedrigeren, aber insgesamt erträglichen Niveau gelungen, also eine Lösung, die weitere gewalttätige Übergriffe ausschloß.²

Mit Nachdruck zog Maas in Zweifel, daß die Gesetze den Betroffenen wirkliche Erleichterungen bringen könnten. Er hatte nämlich in seinem seelsorgerischen Alltag in Heidelberg eine Reihe ganz konkreter Beobachtungen gemacht, die ihn sehr bewegten und die er für symptomatisch hielt. Aus diesen Vorgängen, die er seinem Freund mitteilte, zog er den Schluß, daß nun auch schon der sogenannte Mann auf der Straße, ohne direktem Druck ausgesetzt zu sein, mehr und mehr in die Rassenpolitik der Partei- und Staatsführung einstimme. Man schrecke sogar vor Denunziation nicht mehr zurück. Deswegen sei aufs ganze gesehen eine fortschreitende Entrechtung und Verfolgung der Juden wahrscheinlicher als eine Stabilisierung oder gar eine Entspannung der Situation. Aus diesem Grunde durften seiner Meinung nach im Inland auch die Bemühungen der Bekennenden Kirche,

der er sich von Anfang an zurechnete, nicht erlahmen, und ebensowenig durften die Wachsamkeit und die Hilfsbereitschaft der ausländischen Kirchen nachlassen. In Hermann Maas' Brief vom 26. November 1935 hieß es:

„(...) Weiter aber bitte ich Dich ganz besonders, auch dort in jener Sitzung all die Leute, die durch die neuen Verordnungen etwa beruhigt sind, gründlich zu beunruhigen. Ich kann Dir noch an eigenem Beispiel beweisen, wie wenig diese Verordnungen nützen. Hier treibt man wieder hinter mir her, weil ich ein 25%iges nichtarisches Kind getauft habe, das Kind einer Familie, in der ich Vater (vollarisch) und Mutter (halbarisch) konfirmiert, die Mutter in erster Ehe mit einem Vollarier getraut, ihren früh verstorbenen Mann zwei Jahre lang an seinem Krankenlager besucht, ihre beiden Kinder aus erster Ehe getauft, ihren ersten Mann beerdigt und die beiden Trauungen gehalten habe. Und wer schützt einen bei solchem Kesseltreiben? Oder man klatscht über mich an allen Biertischen, daß ich mit einem nichtarischen Arzt auf der Straße gesprochen habe, weil ich in einem sehr dringlichen Seelsorgefall ihn, den Hausarzt, um Rat fragen mußte. Das sind kindische Beispiele, die ich aus meinem eigenen Leben Tag für Tag, aber ebenso aus dem Leben meiner Gemeinde ständig, fast stündlich, vermehren könnte. Sind sie nicht symptomatisch wichtig? (...) Ich halte es im höchsten Grade für gefährlich, daß wir durch die neuen Gesetze und das Ausbleiben der noch angekündigten weiteren Bestimmungen nun lahmegelegt sind, dabei werden auf der anderen Seite etwa Viertelsarier ganz ruhig im ‚Stürmer‘ als Juden bezeichnet und auf diese Denunziation hin umgehend aus ihrem Geschäfte (z.B. einer Drogerie oder ähnl.) entlassen, oder es werden Beamte der Stadt, wenn sie sich auf der Straße mit einem christlichen Nichtarier haben sehen lassen, ohne Pension aus dem Dienst entlassen, trotzdem sie darauf hingewiesen haben, daß sie dabei nichts getan haben als ihre Bruderpflicht erfüllt.“

Maas war offensichtlich in tiefer Sorge darüber – so kann man seinen Brief zusammenfassen –, daß der jahrzehntelange Prozeß der Annäherung von Juden und Nichtjuden, der Integration und der Assimilation nun abgebrochen und umgekehrt wurde. Menschliche Beziehungen und mit ihnen eine reich differenzierte Lebenswelt, wie sie sich auch in Heidelberg entwickelt hatte, waren prinzipiell in Frage gestellt und bedroht. Das hatte er wohl sehr deutlich vor Augen, als er in seinem Brief zuerst auf die Familien Fraenkel und Anschütz anspielte, deren Leben er selbst mit Taufe, Konfirmation, Trauung und Beerdigung begleitet hatte.³ Im folgenden soll aber nicht dieses, sondern das von Maas zuletzt zitierte Beispiel weiter verfolgt werden, nämlich der Fall der Fürsorgeschwester Therese Wiesert.

Carl Neinhaus im September 1935: „Die Treuepflicht gegen Führer und Volksgemeinschaft verletzt“

Oberbürgermeister Carl Neinhaus teilte Therese Wiesert in einem Schreiben ihre Entlassung aus dem Beamtenverhältnis und aus dem Dienst der Stadt Heidelberg mit sowie den damit verbundenen Verlust der Pensionsansprüche. Als Begründung wurde angeführt: Die Fürsorgerin habe es abgelehnt, ihren jahrelang bestehenden, privaten Umgang mit zwei – assimilierten und getauften – Heidelberger Familien jüdischer Abstammung abzubrechen.

Der Vorgang ist deswegen von Interesse, weil er zeigt, daß die antisemitische Ausgrenzungs- und Dissimilationspolitik des Regimes im Zeichen der Nürnberger Rassengesetze von der Spitze der Stadtverwaltung sofort aufgenommen und vorangetrieben wurde und zwar ohne Druck von oben und weitergehend, als es selbst unter den damaligen Umständen nötig war.

Frau Wiesert war seit dem Kriegsjahr 1916 als erste beamtete Fürsorgeschwester in Heidelberg tätig, mit Dienststelle im Rathausgebäude ‚Prinz Carl‘. Nach einem Auslandsaufenthalt als „Haustochter“ in England und einer Ausbildung als Kinderkrankenschwester in der ‚Luisen-Heilanstalt‘ hatte deren Leiter Professor Ernst Moro sie an die Stadt empfohlen. Ihr Hauptaufgabengebiet war Mütterberatung und Säuglingspflege vor allem in den einfachsten Quartieren der Heidelberger Altstadt. Später wurde u.a. Mathilde Vogt ihre Kollegin.

Therese Wiesert trat nie einer Partei bei, engagierte sich aber nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und mit Beginn des Kirchenkampfes sogleich in der ‚Bekennnisgemeinschaft‘. Energisch (aber wohl erfolglos) wandte sie sich z.B. gegen die Haltung der Führung der Bekenntnisgemeinschaft in Baden (und in Heidelberg), frühere NS-Gegner, weil sie nun politisch belastet schienen, von der Mitarbeit auszuschließen. Ohne Zweifel war sie sich darin mit Hermann Maas einig. In dessen Pfarrhaus ging sie im übrigen als „Tante Resi“ ein und aus, betreuten doch Pfarrer Maas und sie in der Altstadt nicht selten dieselben ‚Problemfälle‘.⁴

Mit einer Anzeige beim Personalamt der Stadt Heidelberg kam das Verfahren gegen Therese Wiesert in Gang. Die DAF-Mitarbeiterin Irma Weber gab an, Frau Wiesert unterhalte eine „enge Freundschaft mit den Judenfamilien Fraenkel und Heinsheimer“⁵. Der Denunziantin konnte unterstellt werden, daß sie selbst auf eine Anstellung bei der städtischen Fürsorgearbeit aus war. Weil sie anscheinend von ihrem Vorstoß zugleich den Kreisleiter und den stellvertretenden Gauleiter informiert hatte, wagte Oberbürgermeister Neinhaus nicht, die Anzeige zu übergehen. Nach Absprache mit dem Leiter des Personalamts Wilhelm Schneider und mit Bürgermeister Max

Genthe, beide wie Neinhaus selbst Parteimitglieder seit 1933, führte man eine Vernehmung durch, wobei Genthe Frau Wiesert die Lektüre des Hetzblattes ‚Der Stürmer‘ empfahl, und lud sie dann vor den städtischen Disziplinarausschuß.

Therese Wiesert blieb jedoch ihrer Einstellung treu und war bereit, die Konsequenzen auf sich zu nehmen. Sie legte dar,

„daß sie nach reiflicher Überlegung den Verkehr, der schon über zehn Jahre bestehe, nicht abbrechen könne. Eine andere Stellung zu dieser Frage könne sie nach ihrem christlichen Gewissen nicht einnehmen.“⁶

Daraufhin wurde die Fürsorgeschwester, wie oben erwähnt, am 24. September 1935 auf Grund eines von Neinhaus und Schneider abgezeichneten Schreibens entlassen. Da aber Frau Wiesert weder einer republikanischen Partei angehört hatte noch jüdischer Abstammung war, konnte man sich dabei nicht auf das ‚Gesetz zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums‘ vom April 1933 beziehen. So wählte man die politisch scheinbar durchschlagende, rechtlich aber fadenscheinige Begründung, Frau Wiesert setze sich durch ihren Kontakt zu den genannten Familien „in Widerspruch“ und verletze „die ihr obliegende Treuepflicht gegen den Führer und die Volksgemeinschaft.“

Gegen ihre Entlassung legte Therese Wiesert mit nachdrücklicher Unterstützung des Rechtsanwaltsbüros von Campenhausen, Leonhard, Dr. Schlatter formell Beschwerde bei Landeskommisär Scheffelmeier in Mannheim ein. Für die dafür anberaumte Verhandlung verfaßte Oberbürgermeister Neinhaus einen weiteren Schriftsatz (vom 7. November 1935). Um das harte Vorgehen der Stadtverwaltung zu rechtfertigen, wurde nun vollends im Sinne eines radikalen Rassen-Antisemitismus argumentiert, für den Assimilation, Mischehe und Taufe das Ärgernis eher noch vergrößerten:

Die Einstellung der Kontakte

„muß auch dann verlangt werden, wenn Verkehr mit einer Familie gepflogen wurde, in der nur ein Ehegatte Volljude ist, denn durch das innige Zusammenleben mit dem jüdischen Gatten ist nach nationalsozialistischer Auffassung auch der nichtjüdische Ehepartner in völkischer Beziehung verdorben und für das deutsche Volk verloren. Auch er muß daher als Übermittler jüdischer Sinesart betrachtet werden.“

Neinhaus unterließ auch nicht den Hinweis auf die Nürnberger Gesetze: ein Beamter, der Beziehungen unterhalte zu einer „Rasse, deren Angehörige nach der neueren Gesetzgebung nicht mehr Staatsbürger sein können“, biete nicht die Gewähr, jederzeit für die Interessen des nationalsozialistischen Staates einzutreten.

*Therese Wiesert, 1893-1990**Dr. Annemarie Fraenkel, 1897-1967*

Nachdem ihre Beschwerde vom Landeskommissär am 21. Dezember 1935 – gleichfalls mit breiter rassenideologischer Begründung – abgewiesen worden war, klagte Therese Wiesert vor dem Verwaltungsgerichtshof in Karlsruhe, der als Disziplinarhof für Gemeindebeamte zuständig war. Hier wurde ihr nun am 12. Mai 1936 praktisch auf ganzer Linie Recht gegeben: ihre Entlassung durch den Oberbürgermeister und die Beschwerdeentscheidung des Landeskommissärs wurden aufgehoben, so daß sie ihren Dienst im städtischen Wohlfahrts- und Jugendamt wieder aufnehmen konnte. Bei der Verhandlung in Karlsruhe stellte sich heraus, daß es gar keine rechtsverbindliche Regelung darüber gab, inwieweit Beamte Kontakte zu Juden unterhalten durften. Und anscheinend bestand damals auf höherer Ebene auch noch gar kein Interesse, dies genau zu regeln. Denn in der Entscheidungsbegründung des Verwaltungsgerichtshofs hieß es:

„Der am 7. März 1936 erfolgten Anregung des Disziplinarhofs, eine Äußerung des Reichs- und Preuß. Ministers des Innern über den Umfang der Pflicht der Beamten zur Vermeidung des Verkehrs mit Juden herbeizuführen, glaubte der Ministerialbevollmächtigte (anscheinend des Badischen Innenministeriums; F.M.) nicht entsprechen zu sollen.“

Unter diesen Umständen stellte das Verwaltungsgericht zwar allgemein für Beamte eine „Pflicht zur weitgehenden Zurückhaltung“ im Umgang mit Juden und damit ein Dienstvergehen im Fall der Therese Wiesert fest, das

aber allenfalls mit einer Versetzung, nicht aber mit einer Entlassung bestraft werden dürfe. Wie Frau Wiesert in einem Brief (vom 24. Oktober 1945) rückblickend berichtete, mußte sie zwar im Gehalt eine Rückstufung hinnehmen, hatte aber sonst im Wohlfahrts- und Jugendamt keine Anfeindungen mehr auszuhalten. Sie blieb bis zu ihrer Pensionierung im Jahre 1959 im Dienst der Stadt Heidelberg.

Vor seinem, unter den gegebenen Umständen, mutigen Urteil ermittelte das Gericht im einzelnen, was als Tatbestand eigentlich vorlag. Therese Wiesert suchte etwa einmal in der Woche, meistens sonntags, die Familie des berühmten Mediziners Albert Fraenkel auf; sie war mit der Tochter der Eheleute Fraenkel, Dr. Annemarie Fraenkel, besonders eng befreundet, die als Leiterin des ‚Evangelischen Jugend- und Wohlfahrtsdienstes‘ (bis Oktober 1933) in gewissem Sinn Berufskollegin war. Gemeinsam besuchte man den evangelischen Gottesdienst, gelegentlich auch Konzerte. Der Kontakt zur Familie Heinsheimer war weniger eng. Er hatte sich ergeben, weil Professor Heinsheimer jahrelang bis zu seinem Tod der Fürsorgeschwester für Säuglinge bedürftiger Familien Windeln stiftete. Auch bei der Witwe hatte Frau Wiesert weiterhin gelegentlich Besuche gemacht. Angesichts solcher Freundschaftsbeziehungen und im bürgerlichen Leben Heidelbergs ganz alltäglicher Verhaltensmuster stellt sich die Frage, was Neinhaus veranlaßt hat, hier derart massiv vorzugehen.

Neinhaus war kein aggressiver Antisemit, auch wenn er die schwache rechtliche Position im vorliegenden Fall mit den damals gängigen politischen Argumenten und schließlich mit extrem völkisch-rassenideologischer Phrasologie zu untermauern suchte. Es gibt aus der Zeit vor 1933 keinen Hinweis, daß er etwa die ‚Judenfrage‘ als ein dringliches Problem angesehen hätte.

Im Zusammenhang der Entnazifizierung im Jahre 1948 behauptete Neinhaus selbst, man habe sich damals in einer Zwangslage befunden. Die Stadtspitze, also Genthe, Schneider und er, sei „machtlos“ gewesen und hätte den Fall nicht übergehen können: „Hätten wir das getan, so hätten wir unsere eigene Stellung riskiert.“⁸ Die Akten belegen jedoch, daß kein wirkliches Risiko für den Oberbürgermeister bestand. Druck von Parteiseite ist weder vor noch nach dem Urteilsspruch des Gerichts nachweisbar. Die übergeordneten staatlichen Behörden wollten sich, wie die Urteilsbegründung ausdrücklich vermerkt, in der gegebenen Situation in der konkreten Frage nicht festlegen. Es gab also im Gegensatz zu Neinhaus' Darstellung objektiv einen politischen Spielraum, den der Oberbürgermeister allerdings nicht auslotete und erst recht nicht zugunsten von Frau Wiesert nutzte. Tatsächlich war sie es gewesen, die ihre Stellung riskiert hatte.

Schaut man genauer auf die Kommunalpolitik in Heidelberg am Jahresende 1935, so spricht manches dafür, daß der Fall Wiesert für Neinhaus zu diesem Zeitpunkt sogar gelegen kam. Er setzte damals die gerade verabschiedete neue Deutsche Gemeindeordnung um und verstand es dabei geschickt, das ‚Führerprinzip‘ für sich zu reklamieren und den Einfluß der Partei im Rathaus zurückzudrängen.⁹ Es war für den machtbewußten Oberbürgermeister, der als einer der ganz wenigen im Reich im Jahre 1933 von den Nationalsozialisten übernommen und im Amt bestätigt worden war, in dieser Situation opportun, seine Loyalität zum Regime in einer Frage zu demonstrieren, die mittlerweile in der Propaganda zur Schlüsselfrage geworden war. Er übernahm dabei umstandslos und im dargelegten Fall sogar vauseilend die vorgegebene Politik der Isolierung der Juden und beteiligte sich an der Störung und Zerstörung einer Lebenswelt und einer Alltagskultur, deren integraler Bestandteil gerade auch in Heidelberg Bürger jüdischer Abstammung geworden waren. Gleichsam abgedeckt durch einen solchen Schachzug, konnte er in anderen kommunalen Politikbereichen seinen eigenen Weg gehen und es auch auf Konflikte z.B. mit dem Kreisleiter der NSDAP ankommen lassen. So waren auch die konservativen Beamten, die sich auf eine Kollaboration mit den NS-Machthabern eingelassen hatten, in der Regel keineswegs ein Rückhalt für die jüdischen Bürger. Sehr zu recht war Pfarrer Maas also damals der Ansicht, daß seine Beobachtungen in Heidelberg nicht als unerhebliche Einzelfälle gelten durften, sondern dazu geeignet waren, „gründlich zu beunruhigen“. Denn wieviele gab es, die sich wie Therese Wiesert – und dazu in jenen Anfangsjahren noch mit Aussicht auf einen jedenfalls punktuellen Erfolg – auf ihr Gewissen beriefen, ihre Stellung riskierten und sich nicht opportunistisch anpaßten?

Anmerkungen

- 1 Abgedruckt in: Röhm, Eberhard/ Thierfelder, Jörg: Juden, Christen, Deutsche: 1933-1945 Bd.2 Teil 1. Stuttgart 1992, S.414-418. Maas argumentierte in diesem Brief fast unverschlüsselt; er ließ das Schreiben, wie er am Schluß des Briefes andeutet, anscheinend per Kurier ins Ausland bringen.
Zu Siegmund-Schultze vgl. Delfs, Hermann (Hg.): Aktiver Friede. Gedenkschrift für Friedrich Siegmund-Schultze (1885-1969). Soest 1972.
- 2 Tatsächlich wurden die Nürnberger Gesetze im Inland auch von jüdischer Seite vielfach nicht als Verschärfung der Judenpolitik aufgefaßt. Gerade die gesetzesförmige Regelung erweckte damals den Eindruck einer definitiven Lösung etwa im Sinne eines Minderheitenstatus mit eingeschränkten Rechten. Vgl. dazu Mommsen, Hans: Die Rea-

- lisierung des Utopischen: Die 'Endlösung der Judenfrage' im 'Dritten Reich'. In: *Geschichte und Gesellschaft* 9 (1983) bes. S.389; Rürup, Reinhard: *Das Ende der Emanzipation: Die antijüdische Politik in Deutschland von der 'Machtergreifung' bis zum Zweiten Weltkrieg*. In: Paucker, Arnold u.a.: *Die Juden im Nationalsozialistischen Deutschland*. Tübingen 1986, S.111 ff.
- 3 Vgl. Weiss, Georg: *Albert Fraenkel. Arzt und Forscher*. Mannheim 1963; Mussnug, Dorothee: *Die vertriebenen Heidelberger Dozenten. Zur Geschichte der Ruprecht-Karls-Universität nach 1933*. Heidelberg 1988, S.29 Anm. 24. Vgl. auch den Gedenkartikel von Landgerichtspräsident Hans Anschütz anlässlich des 100. Geburtstags von Prälat Hermann Maas im *Heidelberger Tageblatt* vom 5. August 1977: „Erinnerungen eines ehemaligen Konfirmanden“. Freundlicher Hinweis von Frau Kornelie Hartmann geb. Maas am 17.5.1996.
- 4 Die folgende Darstellung stützt sich auf einen Teil des schriftlichen Nachlasses von Therese Wiesert (vom 29.11.1934 bis zum 12.4.1949: 68 Blatt), der dem Verf. in Kopie vorliegt.
Vgl. a.a.O. das Schreiben an den Theologen Renatus Hupfeld vom 29.11.1934, der damals in Heidelberg die ‚Bekenntnisgemeinschaft‘ organisierte: wahrscheinlich wollte Frau Wiesert in diesem Brief für den in Heidelberg im Ruhestand lebenden Pfarrer Dr. Ernst Lehmann intervenieren, der jüdischer Abstammung war und vor 1933 den religiösen Sozialisten angehört hatte. Vgl. Marggraf, Eckhart: *Die Barmer Synode und die Badische Landeskirche 1934*. In: *Religionspädagogische Mitteilungen* H.1/2 1984 bes. S.63,65.
Freundlicher Hinweis von Frau Kornelie Hartmann geb. Maas am 4.12.1995.
- 5 S.o. Anm. 3 und vgl. Drüll, Dagmar: *Heidelberger Gelehrtenlexikon 1803-1932*. Berlin 1986, S.71,106.
Vgl. auch Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) 59/9/2588 Spruchkammer-Verfahren gegen Max Genthe vom 5.4.1948.
- 6 Ähnlich äußerte sich Therese Wiesert in ihrer „Beschwerde“ vom 30. September 1935: „Bei der von mir geforderten Entscheidung habe ich mich auf mein Gewissen berufen. Es erscheint mir notwendig, hier noch einmal ausdrücklich zu betonen, daß meine Einstellung aus tiefster innerer Überzeugung kommt und daß ich mich als evangelischer Christ gebunden fühle an das, was Schrift und Bekenntnis von den Gliedern der Kirche fordern.“
- 7 Vgl. Schadt, Jörg/ Caroli, Michael (Hg.): *Heidelberg unter dem Nationalsozialismus*. Heidelberg 1985, S.105 f.
- 8 GLA 59/9/2588 Aussage Carl Neinhaus.
- 9 Vgl. dazu den Beitrag des Verf. im demnächst erscheinenden Sammelband „Die Heidelberger und ihre jüdischen Mitbürger“.
Um das Bild von Neinhaus' bzw. Genthés Haltung in dieser Frage noch zu ergänzen, sei kurz auf zwei Vorgänge verwiesen, die vor bzw. nach dem hier geschilderten Fall stattfanden. Sie beziehen sich gleichfalls auf Professor Albert Fraenkel und zeigen, wie genau beide Kommunalpolitiker sich auf die Verschiebung der Machtverhältnisse einstellten:
Im April 1933, also kurz nach der nationalsozialistischen Machtübernahme und eine Woche nach Erlaß des 'Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums', intervenierte Oberbürgermeister Neinhaus noch beim Kultusministeriums für Fraenkel, der ja neben dem Tuberkulose-Krankenhaus in Rohrbach auch das sog. Mittel-

stands-Sanatorium Speyerershof gegründet hatte, „daß der ärztliche Leiter, Herr Prof. A. Fraenkel, sein Amt weiterführen kann“; im gleichen Schreiben faßte er allerdings auch schon „die Überleitung des Betriebs in andere Hände“ und „die Nachfolgeschaft des ärztlichen Leiters“ ins Auge. Vgl. GLA 235/1974 und Mussnug 1988 a.a.O. Nach dem Tod Albert Fraenkels im Dezember 1938, also kurz nach der sog. Reichskristallnacht, beantragte sein Schwiegersohn Hans Anschütz aus Angst vor Grabschändung bei einer eventuellen Wiederholung des Pogroms, Fraenkels Urne im Familiengrab Anschütz auf dem Bergfriedhof beizusetzen, was von Bürgermeister Genthe rundweg abgelehnt wurde. Die Ausgrenzungspolitik wurde nun also über den Tod hinaus praktiziert. Die Urne konnte erst nach dem Ende des NS-Regimes dort beigesetzt werden. GLA 59/9/2588 Aussage Hans Anschütz.

vhs

Mehr wissen – mehr können – weiterkommen –
deshalb:

WEITERBILDUNG!

Die Volkshochschule, größte Weiterbildungseinrichtung in der Stadt und Region, hilft dabei mit einem umfangreichen Angebot an Kursen, Lehrgängen und Einzelveranstaltungen.

Geschichte ist (natürlich) immer dabei

Semesterbeginn ist jeweils im Februar und September. Das Semesterprogramm erscheint jeweils im Januar und August. Auskunft und Beratung gibt es jederzeit. Einfach mal vorbeikommen!

Volkshochschule Heidelberg

Bergheimer Straße 76, 69115 Heidelberg
Postfach 105709, 69047 Heidelberg
Tel. 0 62 21/91 19-0, Fax 0 62 21/16 51 33

Harald Gilbert

Zwangsarbeit in Heidelberg 1940 – 1945

„Verschleppt und Vergessen“

In Heidelbergs Partnerstadt Simferopol leben – wie überall in der ehemaligen Sowjetunion – zahlreiche Menschen, die im Zweiten Weltkrieg Zwangsarbeit in der deutschen Kriegswirtschaft haben leisten müssen.

Eine Arbeitsgruppe des Freundeskreises Heidelberg-Simferopol beschäftigt sich mit dem Schicksal dieser Menschen. Spenden zu ihrer Unterstützung wurden und werden gesammelt. Im April 1995 entstanden in Simferopol 23 Interviews mit Männern und Frauen, die während der deutschen Besatzungszeit nach Deutschland verschleppt worden waren. In den folgenden Monaten wurden eine Ausstellung und ein Begleitbuch dazu¹ erarbeitet. Die Ausstellung „Verschleppt und Vergessen“ wurde im Oktober 1995 im Heidelberger Rathaus gezeigt; von Mitte Mai bis Ende Juni 1996 war sie in der Stadtbücherei Heidelberg zu sehen. Die Ausstellung soll mit ihren vielen Photos und Bildern gerade auch Schülerinnen und Schüler über ein wenig bekanntes Thema unserer Vergangenheit informieren, sie geht also auch als Wanderausstellung an Schulen.

Leider fehlte uns bei der Erstellung von Buch und Ausstellung die Zeit, Heidelberg als Stätte der Zwangsarbeit einzubeziehen. Das soll nun – wenigstens in Ansätzen – nachgeholt werden.

Einleitung

Die folgende Übersicht beruht auf den Beständen des Stadtarchivs Heidelberg. Die Akten der Stadtverwaltung dokumentieren naturgemäß manche Bereiche gar nicht (etwa die Arbeitsbedingungen in den Fabriken), andere sehr ausführlich (etwa die Anträge der Stadtverwaltung auf Zuweisung von Kriegsgefangenen). Die alltäglichen Lebensbedingungen der Gefangenen, Mißhandlungen und Beschimpfungen sind keine Verwaltungsvorgänge, also hier nicht dokumentiert, aber auch Gerichtsverfahren, Straf- und Unterdrückungsmaßnahmen gegen die Zwangsarbeiter nicht. Hier könnten die

Archive von Unternehmen, die Akten von Polizei und Justiz und vor allem auch Interviews mit noch lebenden Opfern und Zeugen Aufschluß bringen. Bei der Moskauer Menschenrechtsorganisation „Memorial“ haben sich Ende 1989 nach einem über Fernsehen und Zeitungen verbreiteten Aufruf 95 Menschen gemeldet, die im Krieg in Heidelberg und Umgebung haben arbeiten müssen.

Landwirtschaft

Schon kurz nach dem Zusammenbruch Frankreichs wird der Einsatz von Kriegsgefangenen vom OKW freigegeben (05.07.1940). Besonders wichtig ist – so ein Schnellbrief des Regierungspräsidenten Führungsstab Wirtschaft in Wiesbaden – der Einsatz der Gefangenen für die Ernte (16.07.1940). Die Bauern in Wieblingen fordern 35, die in Rohrbach 30, die in Handschuhsheim 41 und die in Kirchheim 50 Gefangene. Die Heidelberger Handwerksbetriebe wollen 100 (02. u. 07.08.1940), auch andere Betriebe melden sich. Nach Auskunft des für Heidelberg zuständigen Stalag XII A Limburg kann das Gewerbe nicht mit Gefangenen rechnen (29.08. u. 01.10.1940). Den Bauern werden französische Kriegsgefangene zugewiesen; im September treffen sie ein.² Beschäftigungsbelege finden sich in größerem Umfang nur bis Ende 1941.³ Später werden offensichtlich in großem Umfang Ostarbeiter/innen in der Landwirtschaft eingesetzt,⁴ die städtischen Akten sagen aber kaum etwas darüber aus. 1944 arbeiten in fünf landwirtschaftlichen Betrieben Heidelbergs je 6 – 10 Zwangsarbeiter, in den anderen liegt die Zahl niedriger.⁵

Gewerbliche Wirtschaft

Wie schon erwähnt, lehnen die Behörden 1940 die Abgabe von Gefangenen an die gewerbliche Wirtschaft ab. Noch im Herbst 41 gibt es im Gewerbe nur wenig ausländische Arbeitskräfte: bei Fuchs 30, bei Grau 23, bei Schnellpresse 17, bei Kramer 16.⁶ Im Sommer 1942 beginnt der Einsatz russischer Zivilarbeiter in Heidelberger Betrieben.⁷ Nach der Liste „Ausländerlager des Kreises Heidelberg“ lebten insgesamt 533 Ausländer in Lagern, davon 333 Ostarbeiter und 171 Ostarbeiterinnen. Bei der Fuchs Waggon-Fabrik mußten 164 Ostarbeiter arbeiten, in der Grau Bremsenfabrik 32, in der Schnellpressenfabrik 13 Männer und 14 Frauen, bei Teroson 31 Frauen. Die Liste enthält die Namen von insgesamt 28 Betrieben.⁸ Zum 30.12.42 wird die Zahl der ausländischen Arbeitskräfte in 35 Heidelberger

Betrieben mit 1.148 angegeben, darunter 606 Ostarbeiter/innen, 168 sowjetische und 224 französische Kriegsgefangene. Aus dem Generalgouvernement stammen 82 Arbeitskräfte. Mit 774 stellen die Sowjetbürger weit über die Hälfte.⁹ Am 01.07.43 sind in Baden und im Elsaß 15.711 „Ostarbeiter“ und 19.316 „Ostarbeiterinnen“ eingesetzt, in Heidelberg Stadt 385/306, in Heidelberg Land 308/523, in Mannheim Stadt 2.078/2535, im Rhein-Neckar-Raum gut 8.000 und damit ein Viertel der badischen Gesamtzahl.¹⁰

Städtische Behörden

Am 01.07.1940 kündigt das Arbeitsamt die Zuweisung von Kriegsgefangenen an und erkundigt sich bei der Stadtverwaltung nach dem Bedarf. Dieser wird festgestellt (80 – 100), es erfolgen aber keine Zuweisungen. Da für den Holzeinschlag unbedingt Arbeitskräfte nötig sind, müssen die Bauern widerstrebend Kriegsgefangene abgeben, die von Rohrbach 8 (von 30), die von Wieblingen 12 (von 28). Kirchheim und Handschuhsheim haben bereits 25 bzw. 26 Gefangene für Waldarbeiten in anderen Gemeinden abgegeben (02.12.1940).

Vom 09. – 11. Juli 1941 werden wieder die Anforderungen der einzelnen Ressorts erfragt. Auf dieser Basis fordert die Stadt beim Arbeitsamt 144 Gefangene an (31.07.). Dieses teilt der Stadt mit, ihre Anforderungen seien vorgemerkt, aber derzeit seien beim Stalag keine Gefangenen verfügbar (11.09.). Bei einer internen Besprechung einigt sich die Stadtverwaltung darauf, wenn man nicht mehr bekomme, genügten auch 70 (08.10.), und stellt einen entsprechenden Antrag (17.10.). Für die Forstarbeiten werden im Winter 1941/42 50 Gefangene gestellt, sie werden zum Teil wieder aus der Heidelberger Landwirtschaft abgezogen. Am 25. November 1942 werden dem Forstamt wieder 30 französische Gefangene zugewiesen.

Im Winter hofft die Stadtverwaltung auf die baldige Zuweisung sowjetischer Kriegsgefangener. Das Arbeitsamt übersendet der Stadtverwaltung zusammen mit den Antragsformularen für die Zuteilung sowjetischer Gefangener die diskriminierenden Richtlinien für deren Behandlung (27.01.1942). Die Stadt beantragt beim Arbeitsamt die Zuweisung von 86 Gefangenen für Straßenbau, Straßen- und Kanalreinigung und Kohlentransporte und von 40 für den Holzeinschlag (23.02.1942). Die Aussicht auf Erfüllung dieses Wunsches ist nach Auffassung des Arbeitsamtes gering. Schließlich teilt es mit, russische Kriegsgefangene und Zivilarbeiter würden nur im Rüstungssektor zugewiesen (16.06.1942).¹¹

Da der Transportraum der Bahn durch zu lange Warte- und Entladezeiten ungenügend genutzt wird, ordnet Göring am 31.05.1942 den Einsatz sowjetischer Gefangener „zur Beschleunigung des Transportmittelumlaufs“ an. Auf der Basis dieses Erlasses ergehen am 17. Juni 1942 Richtlinien des Reichsverkehrsministers zu deren Einsatz. Die Gefangenen

„können, sofern sie nicht für den vorgesehenen Zweck voll ausgelastet sind,...zu anderen Arbeiten verwendet werden; sie müssen aber jederzeit für die Ladehilfe auf Abruf bereitstehen.“

Ende Juli treffen die Gefangenen ein. Die Stadt will sie für den Ausbau von Luftschutzkellern einsetzen; das ist nach Auskunft des Regierungspräsidiums für den Nahverkehr vom 10.08. unzulässig. Fünf der Gefangenen werden beim Bau eines Kartoffellagers verwendet, auch das ist nicht zulässig (13.08.). Im September kommen weitere 20 sowjetische Gefangene, schließlich noch einmal 17 (11.12.).¹² Die Leute werden von der Stadt beschäftigt (Be- und Entladekolonne der Fahrbereitschaft Heidelberg). Die Kolonne bleibt auf Dauer der Stadtverwaltung unterstellt, ihre Stärke schwankt. So werden am 06. Oktober 1943 für alle 35 Angehörigen der Ladekolonne Arbeitsanzüge und Schuhe beantragt, 12 Tage später für weitere 10 Leute, da diese inzwischen dem Kommando zugewiesen worden sind.¹³ Ende 1944 besteht die Kolonne aus 42 Gefangenen.¹⁴

1944/45

Seit der alliierten Landung in der Normandie werden Zwangsarbeiter und andere ausländische Arbeitskräfte in großem Umfang nach Deutschland verbracht. Heidelberg erwartet Anfang Juli die Zuweisung von 300 Ostarbeitern. Am 13. Juli wird angekündigt, daß von 500 in Pirmasens angekommenen Ostarbeitern 180 nach Heidelberg kommen sollen, am 15. treffen sie ein. In der Turnhalle Kirchheim werden 107 Menschen untergebracht (34 Männer, 47 Frauen, 26 Kinder), in der Baracke im Baggerloch 73 (nur Männer). Eingesetzt werden sollen sie zur Beseitigung von Fliegerschäden. Am 03.08.1944 werden diese Menschen zum Arbeitseinsatz nach Mannheim geschickt. In den folgenden Monaten steht der Stadt nur eine geringe Zahl von Ostarbeitern und italienischen Militärinternierten zur Verfügung. Am 17.10. wohnen wieder über 40 Ostarbeiter in der Baracke im Baggerloch, im Oktober/November werden für drei Wochen 26 italienische Militärinternierte zur Kartoffeleinlagerung zugewiesen; sie leben in der Schulbaracke Kirchheim. 25 russische Legionäre werden im Dezember für Luftschutzarbeiten eingesetzt. Im November erwartet die Stadt wieder 200 russische Gefange-

ne, diese werden aber nicht zugewiesen. Kurz darauf sind 100 Ostarbeiter für Luftschutzarbeiten vorgesehen, die Zahl wird aber auf 30 reduziert (11.01.1945).¹⁵

Etwa 100 französische und belgische Arbeiter werden bei Luftschutzarbeiten (Anlage von Löschwasserteichen usw.) beschäftigt (21.12.1944). Vorgesehen ist ihr Einsatz beim Stollenbau im Schloßbergtunnel. In den ersten Monaten des Jahres 1945 arbeiten ca. 400 ausländische Arbeiter bei Luftschutzbauten in Heidelberg (24.01.1945). In der Pestalozzischule sind etwa 300 Leute untergebracht, eine Liste vom 23.02. nennt 240 Namen. Bis zum 12. März wird der Nordflügel noch als Schule genutzt, die Männer leben also auf sehr beengtem Raum. Nach Unternehmen und Unterbringung geordnete Namenslisten nennen am 20.03. weitere 200 Namen, davon entfallen 150 auf die Landhausschule.¹⁶ Bei den genannten Männern handelt es sich ganz überwiegend um Franzosen. Tausende von Menschen werden auch im Dezember und Januar durch Heidelberg weiter nach Osten transportiert und bleiben nur wenige Stunden oder Tage hier. Dabei dienen Schulen als Rast- bzw. Übernachtungsplätze. In einem Bericht des Gesundheitsamtes werden am 14.12. „chaotische Zustände“ in der Pestalozzischule konstatiert, das Gebäude sei völlig verschmutzt. Zuvor waren eine Woche lang 500 – 700 Männer in dem Gebäude einquartiert gewesen.

Auf einer Besprechung in der Polizeidirektion wird am 14.12. mitgeteilt, daß die „Rückführung“ von 60.000 ausländischen Arbeitern aus der „Westmark“ vorgesehen ist. Der Durchzug zweier Marschkolonnen durch Heidelberg wird von der Polizei genau geplant:

1.400 „politisch unzuverlässige“ Weißrussen, Franzosen, Flamen und Italiener, die von Westen her kommen, marschieren nach einem Befehl des Kommandeurs der Schutzpolizei vom 18.12. in drei Kolonnen durch Heidelberg. Die ersten beiden bestehen nur aus Männern, zur dritten gehören auch Frauen und Kinder. Nach vierstündiger Rast in Mönchhof- und Gewerbeschule werden sie nach Osten weitergeleitet. „Bei Widersätzlichkeit ist rücksichtslos von der Waffe Gebrauch zu machen.“

650 Ostarbeiter, aber auch Frauen und Kinder, kommen nach einem Befehl vom 09.01. von Schifferstadt her zu Fuß durch Heidelberg. Darunter sind auch Frauen und Kinder, für sie und das Gepäck sollen Fuhrwerke gestellt werden. Als Rastplatz ist die Mönchhofschule vorgesehen, anschließend marschiert die Kolonne weiter in Richtung Ziegelhausen/Neckargemünd.¹⁷

Ernährung

Mehrfach versuchten Unternehmen die Verpflegung der Ostarbeiter zu verbessern bzw. die Zuteilung der offiziellen Verpflegungssätze zu sichern. Als Motiv dafür wird betont, dies sei bei der schweren Arbeit für eine ausreichende Arbeitsleistung notwendig – eine naheliegende Erkenntnis. Auch der Verdacht des Betrugs taucht auf: Es sind zwei Fälle dokumentiert, in denen man vermuten kann, daß die Gefangenen um einen Teil ihrer Rationen betrogen wurden, in einem dritten wurde Unterschlagung in erheblichem Umfang nachgewiesen.

Der Oberzahlmeister des Stalag XII A beanstandet den seiner Meinung nach überhöhten Verpflegungssatz von drei Mark je Tag für die im Winter 41/42 dem Städtischen Forstamt Heidelberg zugewiesenen französischen Kriegsgefangenen (29.01.1942). Das Forstamt weist diese Kritik entschieden zurück:

„Die Arbeitsleistung ist völlig abhängig von der Verpflegung... Die außerordentlich anstrengende Arbeit bei Eis und Schnee erfordert auch eine besonders kräftige Verpflegung... Der niedrige Satz von 1.80 RM, den das staatliche Forstamt bezahlt, wirkt sich...dahin aus, daß dort die Arbeitsleistungen in keiner Weise befriedigen, während beim Städtischen Forstamt – als Ausdruck der besseren Verpflegung – das Gegenteil der Fall ist. Alle Beteiligten sind über die Arbeitsleistung angenehm überrascht. Ich glaube, daß allzugroße Sparsamkeit hier falsch am Platze ist.“ (11.02.1942)

Im Jahr darauf wird festgestellt, daß die Arbeitsleistung von 20 „Ostarbeitern“, die von der Firma Fuchs im Juli/August zur Forstarbeit abgestellt worden waren, sehr gering gewesen sei (02.09.1943).¹⁸ Das läßt dann ja wohl einen Rückschluß auf deren katastrophalen Ernährungszustand zu.

Am 23.11.1942 beanstandet die Fuchs Waggonfabrik, daß sie für ihre 163 Ostarbeiter 15 kg Freibankfleisch bestellt und 5 kg Fleisch und 10 kg Knochen erhalten habe. Schlachthof und Ernährungs- und Wirtschaftsamt versuchen die Angelegenheit herunterzuspielen, es könne sich allenfalls um eine einmalige Angelegenheit handeln (18. bzw. 29.12.). Die Firma Fuchs beharrt darauf, das sei keineswegs der Fall; sie sei erst nach wiederholten Beschwerden im Ostarbeiterlager tätig geworden. Sollten neue Beschwerden auftauchen, werde man sie sofort an die Stadt weiterleiten; man hoffe jedoch, daß das nicht mehr nötig sein werde (11.01.).

Die Waggonfabrik Fuchs bemängelt auch, daß sie nicht ordnungsgemäß mit Margarine beliefert werde, sie besteht auf pünktlicher Lieferung (11.01.1943). Diese wird zugesagt, die zeitweilige Verzögerung mit Überlastung der Bahn begründet (04.02.).

Am 05.02.1943 bittet die Schnellpressenfabrik das Wirtschaftsamt um einen Bezugsschein über 25 kg Kartoffelmehl. Ihre Ostarbeiter/innen müssten täglich 12 bis 13 Stunden arbeiten. Man verpflege die Leute zusätzlich, „um eine einigermaßen gute Arbeitsleistung herauszubringen“. Das Essen bestehe meistens aus Rüben und Kartoffeln, man wolle etwas Abwechslung hineinbringen. Das Amt lehnt das am 09.02. „nach eingehender Prüfung Ihres Antrages“ ab.

Die Firma Teroson bittet am 29.01.1944 um Frisch- statt Freibankfleisch für ihre Ostarbeiter und Franzosen. Der Antrag wird am 26.02. abgelehnt.¹⁹

Ein Teil der der Stadt 1942 zugewiesenen sowjetischen Gefangenen wird zunächst in der Gastwirtschaft „Zur Friedensglocke“ verpflegt. Das Essen ist völlig unzureichend, ein großer Teil der zugeteilten Nahrungsmittel wird offenbar von dem Gastwirtshepaar unterschlagen. Sechs der Gefangenen arbeiten bei den Müllwerken. Die deutschen Arbeiter der Müllabfuhr melden, daß das Essen der Russen bei der schweren Arbeit völlig ungenügend sei. Hoffmann, der Leiter der Müllabfuhr, wendet sich im Auftrag der Stadtwerke an Wirtschafts- und Ernährungsamt und erfragt die dem Wirt für die Verpflegung abgegebenen Bezugsscheine. Jeder Gefangene hat täglich 50 g Brot zu wenig erhalten, Nahrungsmittel überhaupt nicht, Fleisch und Margarine nur einmal auf Protest des genannten Leiters der Müllabfuhr hin.

„Das Mittagessen habe ich täglich nachgesehen. Es hat aus gekochten Kartoffeln, Kraut und Rüben bestanden und war ganz wässrig, das gleich zubereitete Essen ist auch abends verabreicht worden.“

Auf seine Beanstandungen hin versucht die Wirtsfrau sich mit Lügen herauszureden (11.01.1943).

In einem zweiten Bericht, der im Auftrag der Stadtverwaltung erstellt worden ist, werden diese Feststellungen bestätigt:

„Am Freitag, den 8.1.43

...Mittagessen, Sauerkraut wenig Kartoffel viel Kartoffelschalen
viel Wasser kein Fleisch....

Am Samstag, den 9.1.43

Mittagessen wie Freitags nur noch andere Gemüsereste darunter kein Fleisch.

Am Sonntag, den 10.1.43

Ebenfalls Sauerkraut wenig Kartoffel viel Wasser.“ (14.01.1943).²⁰

Unterkunft

Im Herbst 40 werden den Bauern Kriegsgefangene zugewiesen. Im September 40 werden 55 Gefangene in der Eppelheimer Str. 11 untergebracht. In

Rohrbach wird zunächst der Turnsaal „Eiche“ Lager, später der „Rote Ochs“. Das Lager in Wieblingen ist das Gasthaus „Adler“, in Handschuhsheim die „Traube“, in Kirchheim der „Adler“.²¹

Viele Heidelberger Betriebe haben Schwierigkeiten bei der Unterbringung, diese ist aber Sache des Betriebes und Voraussetzung für die Zuweisung von Gefangenen. Mehrere Heidelberger Unternehmer bitten deshalb, die Stadt möge für die Unterbringung der bei ihnen beschäftigten Ostarbeiter sorgen.²² Die Stadt sagt daraufhin Räumlichkeiten für diesen Zweck zu (08.06.1942 und 01.07.1942).²³ Sie stellt 1942 Baracken für russische Zivilarbeiter auf dem Gelände der Epidemiebaracken in der verlängerten Römerstraße und eine Baracke für Ostarbeiterinnen im Baggerloch. Für die Ausstattung der Baracken bestellt sie Möbel, Geschirr, Strohsäcke, Decken usw. (17.12.1942). Die Stadtverwaltung verleiht die Einrichtungsgegenstände an Unternehmen, die Ostarbeiter beschäftigen, und fordert sie 1944/45 zurück, da nun 400 ausländische Arbeiter für Luftschutzbauten eingesetzt werden.²⁴ Im Barackenlager in der verlängerten Römerstraße leben Ende 1942 80 Ostarbeiter von 8 Betrieben, in der Frauenbaracke im Baggerloch 68 Ostarbeiterinnen aus 6 Betrieben. Die Fuchs Waggonfabrik hat ein Lager in Rohrbach, das Heinsteinwerk ein Fabriklager, Züblin und Cie. ein Fabriklager im Pfaffengrund, das Akademische Krankenhaus ein Barackenlager im Klinikgebäude. Das Reichsbahnbetriebsamt hat ein Lager am Güterbahnhof, das Bahnbetriebswerk eines am Wasserturm, die Bahnmeisterei 2 eines im Baggerloch.

Nicht alle Ostarbeiter leben in Baracken: Teroson hat sein Lager im „Deutschen Hof“ in Eppelheim, die Schnellpresse bringt ihre Ostarbeiterinnen im „Schwarzen Schiff“ in Schlierbach unter. Die Füllhalterfabriken Orthos und Hebborn haben das Lager für ihre insgesamt 29 Ostarbeiterinnen im „Grünen Hof“ in Handschuhsheim. Im Gasthaus „Zum Neckartal“ in Wieblingen ist das Lager von Helmreich und Cie. Gemeint ist jeweils nur der Saal des Gasthauses.²⁵ Beim Städtischen Forstamt arbeiten im Winter 40/41 20 Gefangene, die erst im Lager Kirchheim und dann in Rohrbach im „Roten Ochsen“ untergebracht werden. Im Winter 41/42 leben von den beim Forstamt eingesetzten Gefangenen 20 wieder in Rohrbach, 30 im „Schwarzen Schiff“ in Schlierbach. Im nächsten Winter verwendet die Stadt den „Bierhelder Hof“ für die Forstarbeiter.²⁶ Die Stadt bringt die Gefangenen des Ladekommandos 1942 zunächst im Lager der Firma Krämer unter, später noch 20 im Baggerloch und 17 im Reichsbahnbarackenlager. 1943 erstellt die Stadt zwei Wohnbaracken und eine Wirtschaftsbaracke auf Bahngelände im Baggerloch, um ihre Gefangenen selbst unterbringen und versorgen zu können.²⁷

1944/45 werden neben Schulbaracke und Turnhalle Kirchheim auch Schulgebäude als Lager verwendet: die Pestalozzi- und die Landhausschule. Auch das „Große Faß“ und „Harmonie“ werden als Lager genannt.²⁸

Lebensbedingungen

Die Akten der Stadtverwaltung enthalten kaum etwas zu diesem wichtigen Thema. Mehrfach kommen von oben Anweisungen zur angeblich notwendigen Entlassung der Gefangenen aus der Sowjetunion, so vom OKW und vom Reichsinnenministerium. Die Bitte der Firma Orthos, ihren 30 „Ostarbeiterinnen“ die Erlaubnis zur Benutzung eines städtischen Bades zu geben, wird übrigens von den Stadtwerken unter Hinweis auf eine Verordnung des Innenministeriums abgelehnt. Der Vertreter von „Orthos“ gibt sich mit dieser Ablehnung nicht zufrieden: Es handle sich ja nicht um Gefangene, sondern um Zivilarbeiterinnen. Er sagte ferner, „daß Gesetze nach Ausführung von Herrn Dr. Goebbels da seien, daß man sie gegebenenfalls einmal durchbreche“ (03.07.1942).²⁹ Auch die entsprechende Bitte von Hebborn und Co wird von der Stadtverwaltung abgewiesen.³⁰

Ostarbeiter erhalten nur bezugscheinfreie Holzschuhe und Kleidung aus der Altkleidersammlung. Statt Strümpfe erhalten sie Fußlappen. Außer der kümmerlichen Bekleidung erlaubt auch der Zustand von Strohsäcken, Decken usw., welche die Stadt verliehen hat und 1944/45 zurückfordert, Rückschlüsse auf die Lebensbedingungen. Es handelt sich um Fetzen und Lumpen (vgl. Anm. 24).

Ausländergräber auf dem Kirchheimer Friedhof³¹

Die Kirchheimer Friedensinitiative hat schon vor Jahren eine Liste der im Zweiten Weltkrieg dort begrabenen Ausländer erstellt. Von 125 Erwachsenen sind 70 Russen (Weißrussen, Ukrainer usw. wurden nicht gesondert erfaßt) und 37 Polen. Bei den 30 Kleinkindern ist als Nationalität meist „Russe“ angegeben, sonst „unbekannt“. Die Liste ist wohl nicht vollständig, alle angegebenen Todesdaten fallen in die Jahre 1944 und 1945. Allerdings ist das Todesdatum nicht immer genannt.

Quellenübersicht: Akten im Heidelberger Stadtarchiv

AA 439/7

Verpflegung von Arbeitern in Gemeinschaftslagern, ausländische Zivilarbeiter (1939–45)
Erlasse des Reichsernährungsministeriums und anderer Behörden über die Verpflegungssätze für die ausländischen Arbeitskräfte; Beanstandungen bzw. Verbesserungswünsche Heidelberger Unternehmen. Eine nicht datierte, Ende 1942 eingeordnete Liste „Ausländerlager des Kreises Heidelberg“ nennt Betrieb, Lager, Zahl und Nationalität. Eine Aufstellung des Arbeitsamtes vom 12.08.42 nennt die ausländischen Beschäftigten, die nicht an der Gemeinschaftsverpflegung teilnehmen müssen. Die Landwirtschaft wird in beiden Listen nicht berücksichtigt.

AA 212 c/1

Einsatz von Kriegsgefangenen betr. Verrechnung der Kriegsgefangenenlöhne.
Lohnzahlungen der Bauern in Kirchheim, Rohrbach, Wieblingen und Handschuhsheim bis Ende 1941.

AA 212 c/2

Einsatz sowjetrussischer Kriegsgefangener. Unerledigtes und Handkasse.
Eintragungen in den Handkassen der Ostarbeiter-Lagerküchen Turnhalle Kirchheim und Baggerloch aus den Jahren 1943 und 1944.

AA 212 c/3

Einsatz von sowjetrussischen Kriegsgefangenen, hier Verrechnung der Lohnkosten und der sachlichen Kosten. Allgemeines (1942–45)
1942 wurden der Stadt sowjetische Kriegsgefangene als „Ladehilfe“ zugeteilt. Zuweisung, Zahl, Unterbringung, Bekleidung usw.

AA 212 c/4

Einsatz von sowjetrussischen Kriegsgefangenen, hier Verrechnung der Lohnkosten und der sachlichen Kosten. (1942–45)
Sammlung von Lohnlisten und Rechnungsunterlagen.

AA 212 c/5

Beschäftigung von Kriegsgefangenen und Ostarbeitern bzw. Ostarbeiterinnen bei den städtischen Dienststellen. (1940–45)
Städtische Anträge auf Zuweisung von Kriegsgefangenen, Beschäftigung und Unterbringung von Gefangenen durch das Städtische Forstamt und Bereitstellung von Unterkünften für die in der gewerblichen Wirtschaft beschäftigten Gefangenen.

AA 212 c/6

Förderung der Wirtschaft, hier: Einrichtung und Führung von Ostarbeiterlagern in der Turnhalle in Heidelberg-Kirchheim und Baggerloch
Kurzfristiger Einsatz sowjetischer Arbeitskräfte Juli/August 1944; Einsatz sowjetischer und italienischer Arbeiter bis 1945.

AA 212 c/7

Luftschutzbauten in Heidelberg, Einstellung und Unterbringung ausländischer Arbeitskräfte in der Pestalozzischule (1944/45).
Namenslisten französischer und auch belgischer Arbeiter.

AA 212 c/8

Rückführung ausländischer Arbeiter aus der Westmark ins Reichsinnere, insbesondere die dadurch in der Pestalozzischule hervorgerufenen chaotischen Zustände (1944/45).
Berichte des Gesundheitsamts und der Polizei über den Zustand der Schule Ende 1944

und Befehle der Polizei zum Transport von Häftlingen durch die Stadt.

AA 199 p/1

Amt für Wirtschaftsförderung, Unterbringung der Kriegsgefangenen.

Erstellung und Ausrüstung von Baracken für die in der Industrie beschäftigten Arbeiter durch die Stadt 1942/43 und Rückforderungen durch die Stadt 1944/45.

AA 199 p/4

Allgemeine Wirtschaftsförderung, hier: Arbeitseinsatz – Einsatz von russischen Kriegsgefangenen zur Beschleunigung des Transportmittelumschs (1942–45).

Zuweisung, Einsatz, Unterbringung und Verpflegung der als „Ladehilfe“ eingesetzten Gefangenen.

AA 199 p/9

Allgemeine Wirtschaftsförderung, Arbeitseinsatz – Anforderung und Einsatz von Kriegsgefangenen und ausländischen Arbeitern für Landwirtschaft, Gewerbe und Industrie (1940–46).

Einsatz französischer Gefangener in der Landwirtschaft und von „Ostarbeitern“ in der Industrie. Eine Liste erfaßt die zum 30.12.1942 in Heidelberg beschäftigten Ausländer nach Zahl, Geschlecht, Nationalität usw.

AA 199 d/11 u. 12

Ostarbeiter. Kleidung, Schuhwerk.

Bestandslisten, Bestellungen usw. aus zahlreichen Unternehmen. 199 d/12 enthält eine Auflistung der Zahl der Ostarbeiter/innen in Baden zum 01.07.1943 nach Kreisen.

Personenbezogene Archivalien

Die folgenden Angaben beruhen auf einer Auskunft des Stadtarchivs Heidelberg.

1990 übergab das Amt für öffentliche Ordnung dem Stadtarchiv 30 laufende Meter personenbezogenes Material, das nicht einsehbar ist:

1. Karteikarten

Je etwa 1300 Karteikarten sind in einem Karton zusammengefaßt. Vorhanden sind 24 solcher Kartons (Sowjetunion 5, Polen 3, Frankreich 6, Italien 1,5, Niederlande 1,5, Jugoslawien 1). Die Karten sind alphabetisch geordnet. Angegeben sind im allgemeinen: Nationalität, Zu- und Vorname, Geburtsdatum und -ort, Beruf, Familienstand, Zuzugsdatum, Wohnort, gelegentlich die Lageranschrift. Ein Stempelaufdruck auf der Rückseite informiert in der Regel darüber, wo sich seinerzeit Arbeits- und/oder Krankenpapiere befanden.

Erfaßt werden in dieser Kartei: im Krieg in Heidelberg beschäftigte ausländische Arbeitskräfte; im selben Zeitraum in Heidelberger Krankenhäusern (oft in der Ludolf-Krehl-Klinik) behandelte Ausländer; Menschen, die in den damaligen Landkreisen Heidelberg und Mannheim arbeiten mußten; aber auch Personen, die sich erst nach Kriegsende in Heidelberg befunden haben.

2. Leitzordner

Auch die 343 Ordner sind nach Staatsangehörigkeit geordnet, sie enthalten in alphabetischer Reihenfolge die Unterlagen von je 80 – 90 Menschen. Auf Frankreich entfallen 90 Ordner, auf Rußland 79, auf Polen 50, auf die Niederlande 25, auf Italien 23, auf Jugoslawien 8. Die Zahl der Dokumente je Person schwankt erheblich, von 1 – 10 (letzteres freilich nur ganz vereinzelt). Die Schriftstücke belegen Arbeitsverhältnis, An- und Abmeldung; auch Krankenunterlagen sind in großer Zahl vorhanden.

Anmerkungen

- 1 Susanne Kraatz (Hrsg.), Verschleppt und vergessen. Schicksale jugendlicher „OstarbeiterInnen“ von der Krim im Zweiten Weltkrieg und danach, Heidelberg 1995.
- 2 AA 199 p/9, Angaben vom 05.07.–01.10.1940
- 3 AA 212 c/1
- 4 AA 199 d/12, „Ostarbeiter in Baden, Liste vom 01.07.1943
- 5 AA 439/7, 15.04.1944
- 6 AA 199 p/9, Angaben vom 08.10.1941
- 7 AA 212 c/5 08.06.1942 u. AA 199 p/9, 03.06.1942
- 8 AA 439/7, die undatierte Liste ist Ende 1942 eingeordnet.
- 9 AA 199 p/9, Liste vom 30.12.1942
- 10 AA 199 d/12, die „Ostarbeiter/innen“ werden zum 01.07.1943 nach Kreisen aufgelistet.
- 11 AA 212 c/5
- 12 AA 199 p/4
- 13 AA 212 c/3
- 14 AA 212 c/4
- 15 AA 212 c/6
- 16 AA 212 c/7
- 17 AA 212 c/7
- 18 AA 212 c/5
- 19 AA 439/7
- 20 AA 199 p/4
- 21 AA 199 p/9, 15.05.1941
- 22 AA 199 u/37, 17. u. 20.06.1942
- 23 AA 212 c/5
- 24 AA 199 p/1
- 25 AA 439/7, „Ausländerlager des Kreises Heidelberg“
- 26 AA 212 c/5
- 27 AA 199 p/4
- 28 AA 212 c/7, 20.03.1945
- 29 212 c/5
- 30 AA 199 p/9, 29.07. u. 03.08.1942
- 34 Die Liste wurde von Frau H. Knaute zur Verfügung gestellt.

Martin Langner (Hrsg.)

Feuer schwarz!

Eine deutsche Feuerwehrgeschichte
am Beispiel Heidelbergs

352 S., 230 Abb. in Duplex-Technik,
fadengehefteter Pappband,
DM 58,-
ISBN 3-88423-101-4

Dieses wichtige Werk, das aus Anlaß des 150. Geburtstages der Freiwilligen Feuerwehr und des 50. Geburtstages der Berufsfeuerwehr Heidelberg erscheint, dokumentiert die Sozial- und Technikgeschichte der Feuerwehr. In drei Teilen nähern sich die unterschiedlichsten Fachleute diesem bisher vernachlässigten Thema. Spannend sind die Anfänge der Freiwilligen Feuerwehr in den vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts, als liberale Bürgerschaften Badens die Wahrnehmung bislang obrigkeitstaatlicher Aufgaben einforderten. Spannend auch deshalb, weil in Heidelberg der »Übervater« der Feuerwehren, **Carl Metz** lebte und wirkte. Der Feuerwehrgerätefabrikant und spätere Stadtrat begründete in Heidelberg seine inzwischen weltberühmte Firma.

Mit Beiträgen u.a. von:

Tobias Engelsing: Eine Bewertung der Feuerwehr-geschichtsschreibung; Mentalitäts- und Ideologiewandel bei den deutschen Feuerwehren / **Frieder Hepp:** Das Löschwesen in Heidelberg von der Römerzeit bis in die Neuzeit / **Hans-Martin Mumm:** Heidelberg in den Revolutionsjahren; Carl Metz: Biographische Anmerkungen zu einer Feuerwehrlegende / **Jochen Goetze:** Die Gründung der Freiwilligen Feuerwehr Heidelberg; Die Heidelberger Feuerwehr in der Kaiserzeit / **Frank Moraw:** Der alltägliche Faschismus in Heidelberg / **Martin Langner:** Gleichschaltung, Kriegseinsatz, Frauenfeuerwehren, HJ-Feuerwehren, Neuorganisation



durch die Amerikaner, Gründung der Berufsfeuerwehr; Die Freiwillige Feuerwehr Heidelberg – Partner der Berufsfeuerwehr / **Heinz Schmitt** und **Mario Checchetti:** Die Fahrzeuge der Heidelberger Feuerwehr bis 1946 / **Thomas Schipperges:** Die Feuerwehrmusik in Heidelberg unter musikwissenschaftlichen Aspekten / **Hans Joachim Henzel:** Die Chronik der großen Einsätze bis 1996: Lage, Taktik und Lehren beispielhafter Einsätze / **Edgar Heuss:** Feuerwehrereinsätze in Gefahrenbereichen medizinisch-biologischer Forschungseinrichtungen.

Martin Langner: 37 Jahre alt, Oberlöschmeister im Löschzug 11 der Heidelberger Feuerwehr, seit 1982 Mitglied der Freiwilligen Feuerwehr, zuständig für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der Feuerwehr.

Verlag Das Wunderhorn

Heidelsbergs schönstes Barockpalais Hauptstraße 97

Kurpfälzisches
MUSEUM
Stadt Heidelberg

Kunst und Geschichte der
Kurpfalz, Gemälde und
Skulpturen-Sammlung,
Kunsthandwerk-Abteilung,
Graphische Sammlung,
Archäologie und Stadt-
geschichte (teileröffnet)



Öffnungszeiten: Di.-So. 10-17 Uhr, Mi. 10-21 Uhr

Kurpfälzisches Museum
Schiffgasse 10 · 69117 Heidelberg
Tel. (0 62 21) 58-34 02 / 34 00

Weiss'sche

Universitätsbuchhandlung
gegr. 1593 Inh. Gerhard Rönick

1593-1993

400 Jahre
die Buchhandlung
für Literatur, Kunst und Geisteswissenschaften.

69117 Heidelberg · Universitätsplatz 8
Telefon 06221/22160 · Fax 18 15 69

Günther Berger, Peter Blum und Diana Weber

Das Stadtarchiv Heidelberg

Archivieren und Sammeln, Ordnen, Erschließen und Bewahren, Zugänglichmachen, Beraten und Forschen. Die Begriffe umreißen schlagwortartig die vielschichtigen und interessanten Aufgabenfelder des Stadtarchivs. Vom Staub der Geschichte befreit stehen die reichen Bestände des Stadtarchivs jedermann offen - dem historisch interessierten Laien ebenso wie dem Wissenschaftler.

Rechtliche Grundlagen und Aufgaben

Gemäß § 7 des Gesetzes über die Pflege und Nutzung von Archivgut (in der aktuellen Fassung vom 12. März 1990) sind die Gemeinden verpflichtet, Archive einzurichten. Für die Kommunen gelten die Schutz- und Nutzungsvorschriften dieses baden-württembergischen Landesarchivgesetzes unter Berücksichtigung der sich aus der Selbstverwaltung ergebenden Besonderheiten. § 7 Abs. 3 verpflichtet die Gemeinden, eine Archivordnung als Satzung zu erlassen. Danach sind die Archivbestände nach Ablauf geltender Sperrfristen für jedermann zugänglich, der ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht.

Archivgut darf nicht vor Ablauf von 30 Jahren seit Entstehung der Unterlagen genutzt werden. Unterlag Archivgut Rechtsvorschriften über Geheimhaltung, darf es frühestens 60 Jahre nach Entstehung der Unterlagen genutzt werden. Bezieht es sich nach seiner Zweckbestimmung auf eine natürliche Person, so darf es frühestens 10 Jahre nach deren Tod genutzt werden; kann der Todestag nicht oder nur mit unvertretbarem Aufwand festgestellt werden, endet die Sperrfrist 90 Jahre nach der Geburt. Neben bestehenden Rechtsvorschriften ist das Recht, Archivgut nach Ablauf der Sperrfristen zu nutzen, von den Vereinbarungen mit derzeitigen oder früheren Eigentümern des Archivguts abzuleiten.

Zu den Aufgaben des Stadtarchivs gehört es, alle in der Stadtverwaltung angefallenen Unterlagen (Schriftstücke, Akten, Karteien, Pläne, Bild-, Film-

und Tonmaterialien sowie sonstige Informationsträger und maschinenlesbar auf diesen gespeicherte Informationen und Programme) von bleibendem Wert mit den entsprechenden Amtsdruksachen zu verwahren, zu erhalten, zu erschließen sowie allgemein nutzbar zu machen. Bleibenden Wert haben Unterlagen, denen historischer Wert zukommt oder die aufgrund von Rechts- und Verwaltungsvorschriften zur Sicherung berechtigter Belange der Bürgerinnen und Bürger oder zur Bereitstellung von Informationen für die Stadtverwaltung dauernd aufzubewahren sind.

Das Stadtarchiv sammelt außerdem die für die Geschichte und Gegenwart der Stadt bedeutsamen außerstädtischen Dokumentationsunterlagen (z.B. Plakate, Flugschriften, Zeitungen, Firmenschriften, Handschriften, Chroniken, private Aufzeichnungen, Nachlässe und Bildgut) und unterhält eine wissenschaftliche Archivbibliothek. Auf diese Weise gelingt es, die städtischen Quellen wesentlich zu bereichern und deren Aussagekraft beträchtlich zu erweitern.

Angestrebt ist damit übergeordnet eine aktive Überlieferungsbildung, die unterschiedlichste Aspekte der Zeitgeschichte angemessen berücksichtigt, möglichst repräsentativ die auf kommunaler Ebene wirksam werdenden gesellschaftlichen Kräfte und Prozesse dokumentiert – kurzum aus den Archivbeständen die historische Entwicklung der Kommune wie ihrer überaus facettenreichen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen wie etwa auch sportlichen Aktivitäten nachvollziehbar, ja lebendig werden läßt.

Aufgrund der verwahrten Quellen kommt dem Stadtarchiv eine besondere Rolle und Aufgabe im Rahmen der lokal- wie regionalgeschichtlichen Forschung zu. So steht das Stadtarchiv im Dienst der Bürgerinnen und Bürger, des historisch interessierten Laien und des Heimatkundlers gleichermaßen wie der wissenschaftlichen Forschung. Dazu gehören angefangen bei der Fertigung von sog. „Geburtstagszeitungen“ aus dem umfangreichen mikroverfilmten Bestand Heidelberger Zeitungen, die Vorlage von Archivalien, die schriftliche wie mündliche Auskunftserteilung aus den Quellenbeständen, die archivarisches Beratung und Betreuung bei unterschiedlichsten Benutzungsvorhaben über Archivführungen, die Wahrnehmung von Lehraufträgen bis hin zu eigenen Ausstellungen und Vorträgen. Greifbarer und doch konsequenter Ausdruck der ansonsten überwiegend eher unspektakulär geleisteten Förderung der Erforschung und Kenntnis der Stadt- und Heimatgeschichte sind die vom Stadtarchiv herausgegebenen Veröffentlichungsreihen, die wissenschaftlichen Anspruch mit Allgemeinverständlichkeit zu verbinden, damit das historische Bewußtsein zu wecken suchen (Aufflistung der Veröffentlichungen am Schluß).

Geschichte und Bestände des Stadtarchivs

Die ältesten Quellen reichen zurück bis ins Jahr 896. Dabei handelt es sich um eine Originalurkunde Kaiser Arnulfs, die mit weiteren etwa 1.500 *Originalurkunden* vorwiegend fremder Provenienzen als Sammlungsbestand und durch Schenkungen erst spät ihren Weg ins Stadtarchiv fand. Das eigentliche ältere Archivgut Heidelbergs ist indessen durch Brandkatastrophen des Mittelalters und die Zerstörungen im Zuge des Orléansschen Krieges fast vollständig verloren gegangen. So stammen die Archivbestände im Wesentlichen und mit Ausnahme der bis 1598 zurückreichenden Archivalien der 1743 der Stadt unterstellten Schloßberggemeinde aus der Zeit nach 1693.

Neben den 1698 einsetzenden Ratsprotokollen bilden v.a. die Stadtrechnungen samt Beilagen (ab 1691) und die Grundbücher (1691-1901) den umfangreichen Bestand der sog. *Amtsbücher*. Dazu gehören u.a. auch das für die Stadttopographie und Bevölkerungsgeschichte wichtige Lagerbuch der 1770er Jahre mit den dazugehörigen Plänen, die Bürgerbücher (ab 1751), die Feuer- und Versicherungskataster (19. Jahrhundert) sowie die Zins- und Güterregister, Häuserverzeichnisse, Protokolle etc.

Die *Verwaltungsakten* sind ebenfalls ab 1700 überliefert. Zu unterscheiden sind die beiden älteren großen Aktenbestände (Signaturen UA und AA) und die Akten der eingemeindeten Vororte (Signatur VA) sowie die aus jüngeren Ablieferungen einzelner Fachämter gebildeten Bestände.

Ergänzt werden Bestände städtischer Provenienz durch eine Reihe von *Nachlässen* (z.B. Athenstaedt, Liedvogel, von Graimberg, Münzer, Munke-Ritzhaupt, Sauer, Stoß, Traumann, Vierneisel, Volz) und *Deposita* (z.B. Bach-Verein, Verband der Heimkehrer – Kreisverband Heidelberg).

Eine für vielfältige Fragestellungen ergebnisreiche Quelle sind die Heidelberger *Adreßbücher*, die für 1808 bzw. ab 1839 lückenlos vorliegen. Hinzuweisen ist ferner auf die für 1865-75 und 1885-92 handschriftlich sowie von 1893-1914 gedruckt vorliegenden *Chroniken*, deren Tradition eine seit 1968 vom Stadtarchiv erstellte Jahreschronik fortsetzt.

Überdies verfügt das Stadtarchiv über einen umfangreichen bis auf das Jahr 1808 zurückreichenden *Zeitungsbestand*. Die Heidelberger Zeitungsüberlieferung darf als nahezu komplett bezeichnet werden, da mittlerweile die im Original vorhandenen wie auch die bislang noch fehlenden Zeitungsausgaben auf Mikrofilm vorliegen. Dank dieser konsequent durchgeführten Sicherungs- und Ersatzverfilmung sind die Zeitungen via Lesegerät und Readerprinter leicht zugänglich bzw. – ohne konservatorische Einschränkungen – sogar zu vervielfältigen.

Eine wichtige Ergänzung des dem Archiv provenienzmäßig und kontinuierlich aus der eigenen Stadtverwaltung zukommenden Schriftgutes stellen die sog. archivischen Sammlungen dar. In einer *Siegelsammlung*, die z.T. auch die entsprechenden Typare umfaßt, werden 140 Siegel aus dem 14. bis 18. Jahrhundert verwahrt. Darunter sind Siegel der Kurfürsten (z.B. Kg. Ruprecht I.), der Raugrafen von Degenfeld ebenso vertreten wie die Siegel der Stadt Heidelberg und ihrer Vororte, der Universität Heidelberg sowie anderer Städte und Gemeinden.

In der bestehenden *Hand- und Druckschriftensammlung* sind etwa 750 Einzelstücke des 15. bis 20. Jahrhunderts, die sich auf Heidelberg und seine Geschichte beziehen, zusammengefaßt. Es handelt sich dabei hauptsächlich um Druckschriften, Programme, Manuskripte sowie Einzeldokumente verschiedenster Art. Hervorzuheben sind ferner die zahlreichen kurfürstlichen und großherzoglichen Verordnungen, Flugblätter zur badischen Revolution 1848/49, die Verordnungen der amerikanischen Militärregierung, Programme zu Musikveranstaltungen, Ehrenbürgerbriefe.

Eine *Autographensammlung* mit 250 Nummern enthält Einzelblätter und Briefe bedeutender Persönlichkeiten insbesondere aus den Bereichen Politik, Universität und Kunst. Innerhalb dieser Sammlung verdient das Autographenalbum des Mannheimer Kaufmanns Eugen Grieser mit ca. 3.000 Einzelstücken (1.200 Autographen, 1.000 Bildpostkarten) mit Schwerpunkt auf Musik (u.a. Franz Liszt, Hector Berlioz, Giuseppe Verdi) und Politik (z.B. Charles Maurice de Talleyrand) besondere Beachtung.

Daneben gibt es für den Zeitraum des 19. und 20. Jahrhunderts die *Plan- und Kartensammlungen*, denen auch Architekturzeichnungen beigeordnet sind. Den Schwerpunkt der Sammlungen (mit rund 1.500 Nummern) nehmen die Themenkomplexe: Flur- und Waldkarten, Stadtpläne, Stadtentwicklungspläne sowie Pläne zu verschiedenen städtischen Gebäuden ein.

Eine *Plakatsammlung* wird seit 1975 geführt. Diese umfaßt inzwischen ca. 1.200 Plakate zum kulturellen und politischen Geschehen. Als ausgesprochene Spezialsammlung existiert eine *Theatersammlung*. Sie besteht im Wesentlichen aus der ehemaligen Theaterbibliothek, ergänzt um zahlreiche, z.T. sehr seltene Einzelausgaben des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Daneben werden Theaterzeitschriften und musikgeschichtliche Literatur, Theaterzettel, Unterlagen zu den Heidelberger Festspielen, Gehaltszettel u.a.m. darin verwahrt.

Gute Dienste bei wissenschaftlichen wie familiengeschichtlichen Forschungen leisten vorzugsweise die *Meldekarteien*, die dem Stadtarchiv für die Jahre 1905-1986 vorliegen.

Als Einstiegshilfe sowie mitunter bereits als Dokumentation mit zukommendem Quellenwert sind die sog. *Zeitgeschichtlichen Sammlungen* anzusprechen; sie sind in zwei Abteilungen organisiert, die alphabetisch nach Personen bzw. nach Stichworten untergliedert sind (Signatur ZGS 1 bzw. ZGS 2) und jeweils über 1.000 Einheiten umfassen. Sie sind das Ergebnis der systematischen und kontinuierlichen Auswertung Heidelberger Periodika (v.a. Lokalzeitungen).

Erst in jüngerer Zeit gebildet wurde der Bestand *Kleine Erwerbungen* (Signatur KLE), der i.d.R. durch Kauf oder als Geschenk zugewachsene kleinere oder Einzelstücke aufnimmt, die ansonsten nicht eindeutig einer anderen Sammlung zuzuweisen sind.

Die *Bildsammlung* mit Fotografien ab dem späten 19. Jahrhundert ist die umfangreichste Sammlung. Sie gliedert sich in das Bildarchiv mit ca. 30.000 Bildträgern, die nach Sachbetreffen zur Stadttopographie, Straßen- und Personennamen geordnet sind, und das Bildarchiv Heidelberger Tageblatt, das mit ca. 20.000 Bildträgern eine dichte Überlieferung für den Zeitraum von 1950 bis 1982 darstellt. Dias und Postkarten runden die visuellen Sammlungen zum Heidelberger Stadtbild und den Vororten ab. Außerdem verwahrt das Stadtarchiv eine Reihe *audiovisueller Medien*.

Ein wichtiger Bestand des Stadtarchivs ist seine wissenschaftliche *Archivbibliothek* nicht zuletzt aufgrund der darin vereinigten z.T. sehr seltenen Bücher. Sie setzt sich zusammen aus der Archivbibliothek (Präsenz-, kein Ausleihbestand!) mit ca. 25.000 Bänden, der Bibliothek des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums (ca. 10.000 Bände) und der Amtsbücherei. Damit stellt sie die bedeutendste Spezialbibliothek zur Geschichte und Gegenwart Heidelbergs dar. Schwerpunkte des Bestands sind vor allem Bücher und Druckschriften zur Geschichte Heidelbergs, der Kurpfalz und Badens. Neben 15 Inkunabeln enthält die Archivbibliothek einen wertvollen Altbestand von nahezu 1.000 Titeln aus der Zeit zwischen 1500 und 1800. Die Bedeutung des Gymnasialbuchbestands besteht in den vom badischen Staat im Zuge der Säkularisierung des Karmeliterklosters und des ehemaligen Jesuitenkollegs zugewiesenen Büchern aus dem 16. bis 18. Jahrhundert. Die Amtsbücherei enthält vorwiegend juristische Literatur, vor allem Gesetz- und Verordnungsblätter aus dem 19. und 20. Jahrhundert.

Die Geschichte des Stadtarchivs und seiner Bestände war bis in die jüngste Vergangenheit nicht frei von Rückschlägen. Anteil daran hatten nicht allein Brand und Zerstörungen, sondern auch wiederholte Umlagerungen. So waren die Bestände zeitweilig u.a. im Palais Graimberg und im Kurpfälzischen Museum eingelagert. Ein ausgebildeter Facharchivar wurde erstmals 1982 eingestellt. Und sogar erst ins Jahr 1988 fiel die Verselbständigung des

zuvor dem Amt für Öffentlichkeitsarbeit angehörenden Stadtarchivs als eigenständiges Fachamt.

Mit insgesamt acht Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern (darunter einige Teilzeitkräfte) gehört das Stadtarchiv zu den kleineren Ämtern der Stadtverwaltung. Die Hauptdienststelle des Stadtarchivs in der Heiliggeiststraße 12 (Zugang über Mönchgasse) ist geöffnet montags bis donnerstags von 8-12 und 14-16 Uhr. Die Nebenstelle im Rathaus ist besetzt montags und donnerstags von 8-12 und 14-16 Uhr sowie - nach vorheriger Anmeldung - auch donnerstags 16-18 Uhr. Vorherige telefonische Anmeldung (unter Tel.: 58-1980) erweist sich zumeist als sinnvoll, um rasch und zielgerichtet mögliche relevante Archivalien ermitteln und bereitstellen zu können.

Veröffentlichungen des Stadtarchivs

Buchreihe der Stadt Heidelberg

Im Auftrag der Stadt Heidelberg herausgegeben von Rudolf Benl (I - III) und Peter Blum

- I Harald Pfeiffer: Heidelberg Musikleben in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Heidelberg 1989. (DM 49,-)
- II Harald Drös: Heidelberger Wappenbuch. Wappen an Gebäuden und Grabmälern auf dem Heidelberger Schloß, in der Altstadt und in Handschuhsheim. Heidelberg 1991. (DM 64,-)
- III Leena Ruuskanen: Der Heidelberger Bergfriedhof. Kulturgeschichte und Grabkultur. Ausgewählte Grabstätten. Heidelberg 1992. (DM 48,-)
- IV Frieder Hepp: Religion und Herrschaft in der Kurpfalz um 1600. Aus der Sicht des Heidelberger Kirchenrates Marcus zum Lamm (1544 - 1606). Heidelberg 1993. (DM 64,-)
- V Friederike Reutter: Heidelberg 1945 - 49. Zur politischen Geschichte einer Stadt zwischen Aufbruch und Resignation. Heidelberg 1994. (DM 48,-)
- VI Geschichte der Heidelberger und ihrer jüdischen Mitbürger. (In Vorbereitung für 1996)
- VII Pädagogium - Lyceum - Gymnasium. 450 Jahre Kurfürst-Friedrich-Gymnasium. (In Vorbereitung für 1996)

Schriftenreihe des Stadtarchivs

Im Auftrag der Stadt Heidelberg herausgegeben von Rudolf Benl (1-3), Diana Weber (4) und Peter Blum

- 1 Roland Vetter: Heidelberg deleta. Heidelbergs zweite Zerstörung im Orléansschen Krieg und die französische Kampagne von 1693. Heidelberg 1990. (DM 19,80)
- 2 Erich Thies: Ludwig Feuerbach zwischen Universität und Rathaus oder die Heidelberger Philosophen und die 48er Revolution. Heidelberg 1990. (DM 19,80)
- 3 Ernst Walz: Lebenserinnerungen. Vierzig Jahre an der Spitze der Stadt Heidelberg.

Herausgegeben, eingeleitet und erläutert von Rudolf Benl. Heidelberg 1991. (DM 22,-)

- 4 Inge Frese /Karl Kollnig: Medaillen pfälzischer Kurfürsten in Heidelberg. Heidelberg 1992. (DM 24,-)
- 5 Das „Goldene Buch des KFG“. Autobiographien Heidelberger Pädagogen (1812-1939). Transkribiert und kommentiert von Wolf Uebel. Heidelberg 1994. (DM 29,-)
- 6 Frauengestalten. Soziales Engagement in Heidelberg. Heidelberg 1995. (DM 28,-)

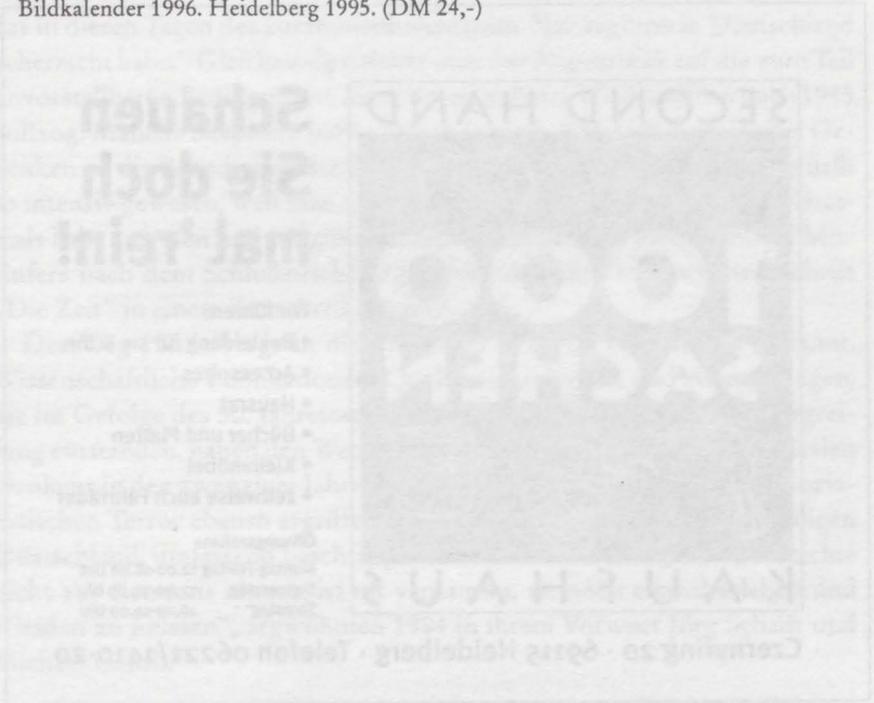
Sonderveröffentlichungen in der Schriftenreihe des Stadtarchivs

Im Auftrag der Stadt Heidelberg herausgegeben von Peter Blum

- 1 Die Voit-Orgel in der Stadthalle Heidelberg. Orgelrestaurierung - ein Beitrag zur Kulturgeschichte. Heidelberg 1993. (DM 29,-)
- 2 75 Jahre Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz. Bearbeitet von Peter Hanser. Mannheim 1996. (DM 28,-)
- 3 Andrea Liebers: Spuk in Heidelberg. Mit Illustrationen von Julia Ginsbach. Heidelberg 1996. (DM 24,-)
- 4 Walter Mühlhausen: Christian Stock. Vom Heidelberger Arbeitersekretär zum hessischen Ministerpräsidenten. (In Vorbereitung für 1996)
- 5 Heidelberger Schulgeschichte(n). Bearbeitet von Martin Krauß. (In Vorbereitung für 1996)

Historische Bildkalender

Von der Droschke zum Flugzeug. Fotos aus dem Stadtarchiv Heidelberg. Historischer Bildkalender 1996. Heidelberg 1995. (DM 24,-)



Buchhandlung *Wolff* GmbH

HEIDELBERG · HAUPTSTRASSE 8 · TELEFON 2 08 51

Bücher zur Bildung
zur Unterhaltung
für die Freizeit
für das Hobby
als Geschenk

- **Buchgeschenkschecks**
(in ganz Deutschland einlösbar)
- **Landkarten und Kalender**
- **umfangreiche Taschenbuch-**
auswahl

SECOND HAND



KAUFHAUS

Schauen Sie doch mal 'rein!

Wir führen:

- Bekleidung für sie & ihn
- Accessoires
- Hausrat
- Bücher und Platten
- Kleinmöbel
- zeitweise auch Fahrräder

Öffnungszeiten:

Montag-Freitag 12.00-18.00 Uhr
Donnerstag 12.00-20.00 Uhr
Samstag 10.00-14.00 Uhr

Czernyring 20 · 69115 Heidelberg · Telefon 06221/1410-20

Frieder Hepp

Verraten und entlarvt

*Bilanz der Ausstellung „Verführt und verraten.“
im Kurpfälzisches Museum*

In der ersten Jahreshälfte 1995 waren die Tageszeitungen, Magazine und Fernsehsendungen voll von Berichten über die Zeit des Nationalsozialismus, den Zweiten Weltkrieg, die Judenvernichtung und schließlich über das Kriegsende. Zugleich wurde in konservativen Kreisen ein unerquicklicher Streit darüber vom Zaun gebrochen, ob der 8. Mai wirklich als Tag der Befreiung, wie vom damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker propagiert, oder nicht eher als Tag der Niederlage anzusehen sei. 50 Jahre nach Kriegsende ging vielerorts der Blick zurück mit den Fragen, wie denn dies alles nur habe geschehen könne, mit dem Hinweis auf das große Elend, das in diesen Tagen des zusammenbrechenden Naziregimes in Deutschland geherrscht habe.¹ Gleichzeitig richtete man das Augenmerk auf die zum Teil unvorstellbaren Bedingungen, unter denen sich der Wiederaufbau nach 1945 vollzog. Manche Skeptiker befürchteten deshalb schon im Vorfeld, das Gedenken an die Beendigung des Zweiten Weltkriegs sei nicht zuletzt deshalb so intensiv gewesen, weil man das Thema zu diesem runden Jahrestag letztmals habe aufrufen und endgültig abhaken wollen. „Die Sehnsucht des Mitläufers nach dem Schlußstrich“ argwöhnte deshalb die Wochenzeitschrift „Die Zeit“ in einem ihrer Artikel zum 8. Mai.

Der Weg Heidelbergs in die Fänge der braunen Diktatur ist bekannt. Wissenschaftliche Publikationen, Quellensammlungen und Ausstellungen, die im Gefolge des 50. Jahrestages der nationalsozialistischen Machtergreifung entstanden, haben den Wechsel der Stadt von einer Hochburg liberalen Denkens in den zwanziger Jahren hin zu einem Ort, der vom nationalsozialistischen Terror ebenso ergriffen wurde wie der größte Teil des damaligen Deutschland, umfassend beschrieben und dokumentiert.² „Wer Geschichte nicht zur Kenntnis nimmt, ist oft verdammt, sie noch einmal erleben und erliden zu müssen“, argwöhnten 1984 in ihrem Vorwort Jörg Schadt und Michael Caroli.³

Die Aufgabe eines kulturhistorischen Museums besteht im Sammeln, Erforschen, Bewahren, Zeigen und Vermitteln historischer Zeugnisse. Diese Aufgabe wurde gerade für die Zeit des Nationalsozialismus im Kurpfälzischen Museum der Stadt Heidelberg bislang vernachlässigt, weshalb die Stadtgeschichtliche Abteilung das Thema „Nationalsozialismus in Heidelberg“ zum 8. Mai 1995 noch einmal zur Sprache bringen wollte, und zwar in Form einer historischen Ausstellung. Ein Arbeitskreis, bestehend aus Studierenden der Pädagogischen Hochschule und der Universität, Heidelberger Schülerinnen und Schülern, Lehrerinnen und Lehrern sowie Mitgliedern des Heidelberger Geschichtsvereins, suchte insgesamt zweieinhalb Jahre lang nach Objekten, Dokumenten, Urkunden und Quellenmaterial aus dieser Zeit. Aufrufe in den regionalen Medien führten nach zögerlichem Beginn zu zahlreichen Kontakten mit mehr als hundert Personen, die sich – oft nach längeren Gesprächen – bereit erklärten, das Projekt ideell oder materiell, durch private Erinnerungen, Hinweise oder Exponate voranzubringen. Zusätzlich unterstützt von den Kolleginnen und Kollegen des Stadtarchivs Heidelberg, des Universitätsarchivs, des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim sowie des dortigen Archivs, erbrachte diese Suche im Laufe der Zeit eine Fülle von Bilddokumenten, Plakaten, Büchern und zeitgenössischen Originalzeugnissen aus Heidelberg und der Region, die eindrucksvoll veranschaulichten, welche raffinierten Praktiken und Mittel sich die Nationalsozialisten bei der Gleichschaltung vor allem der Jugendlichen und deren Verbände bedient haben und wie die Jugend, um die es den Nationalsozialisten in erster Linie ging, systematisch verführt und letztendlich durch Krieg, Terror und Holocaust verraten wurde.

Die Ausstellung grupperte sich in zehn thematischen Schwerpunkten um ein nachgestelltes bürgerliches Zimmer, möbliert mit Geschirrschrank, Kommode, Tisch und Stühlen, die es in Heidelberg so während des Dritten Reiches gegeben hat. Zusätzlich eingerichtet mit Bildern, Radiogerät und für die Zeit typischen Gerätschaften, wie einer Exakta-Spiegelreflexkamera von 1940, bürgerlichen Spielsachen und einer Ausgabe von Heinrich Hoffmanns *Struwwelpeter* aus dem Jahre 1938, erschien dieses Zimmer wie eine von der Außenwelt abgeschiedene Insel der Glückseligen, um die herum die NS-Verführungsmaschinerie, der nationalsozialistische Straßenkampf, die NS-Kult- und Festorgien, aber auch Verfolgung bis hin zu Vernichtung und Krieg tobten. Über das Schicksal jugendlicher Ostarbeiter von der Krim unterrichtete ein Fenster, gestaltet durch den Freundeskreis Heidelberg-Simferopol.⁴ Man konnte dies durch die durchbrochenen Zimmerwände nach außen hin sehen, wenn man es sehen wollte, aber man mußte es nicht. Wie umgekehrt, von außen auch von überall her der Blick in das saubere, or-

dentliche und gänzlich unpolitische Wohnungsambiente möglich war, der Blick zurück, mit der immer wieder gestellten Frage der Nachgeborenen: „Und das alles habt Ihr nicht durchschaut?“

Am 8. Mai 1995 wurde die Ausstellung durch Oberbürgermeisterin Weber eröffnet, die in ihrer Rede der Hoffnung Ausdruck verlieh, daß „vor dem Hintergrund eines neuen Rechtsradikalismus und brutaler Fremdenfeindlichkeit ein Signal für Toleranz, Demokratie und den aufrechten Gang“ gesetzt werde.⁵ Schülerinnen und Schüler der Theodor-Heuss-Realschule trugen eine eindringliche Collage aus Liedern und Texten gegen Krieg und Gewalt u.a. von Bertolt Brecht, Wolf Biermann und Georges Moustaki vor. Zur Ausstellung erschien ein begleitender Katalog mit Beiträgen der Mitarbeiter der Arbeitsgruppe, Aufsätzen von Fachleuten und Erläuterungen zu den einzelnen Ausstellungstücken.⁶ Ein museumspädagogisches Begleitprogramm, Vorträge, Film-, Buch- und Musikvorführungen, Werkstattgespräche, Diskussionen mit Zeitzeugen sowie Projektstage für Schülerinnen und Schüler, sollte den Diskurs über die schwierige Thematik in Gang setzen und den Dialog zwischen den Generationen über die Zeit des Nationalsozialismus in Heidelberg beleben.

Während der Ausstellungszeit konnten an die 24.000 Museumsbesucher gezählt werden; allein 7.287 Schülerinnen und Schüler, das ist nahezu das Doppelte dessen, was sonst an Schülerbesuchen in diesem Zeitraum registriert wird, haben eine Führung durch die Ausstellung mitgemacht. Briefe und Antworten auf Fragebögen zeigen die Betroffenheit der Schüler. Bemerkungen aus dem Besucherbuch geben Auskunft darüber, wie die Ausstellung insgesamt aufgenommen wurde.

Die Mehrzahl der Besucher äußerte sich zustimmend zu dem Ausstellungsprojekt: „Eine sehr interessante und umfangreiche Ausstellung zum Thema ‚Jugend im Dritten Reich‘“ (11.5.); „Man müßte die jetzigen Nazis zwingen, in diese Ausstellung zu gehen, daß sie merken, was für eine schwachsinnige Einstellung sie vertreten!“ (12.5.); „Da ich zur Nachkriegsgeneration gehöre und sowohl während meiner Schulzeit als auch privat wenig mit dem Nationalsozialismus konfrontiert wurde, war diese Ausstellung - da auf meinen Lebensort bezogen - besonders beeindruckend und ‚erschlagend‘. Ich werde den hier erfahrenen Eindruck bestimmt nicht am Ausgang des Museums ablegen!“ (14.5.); „Vielen Dank für die interessante Ausstellung. Der Bezug zu Heidelberg hat mir sehr gut gefallen. Nach der Ausstellung kann kein Heidelberger mehr sagen, daß bei ihnen ‚nichts‘ gewesen sei.“ (16.5.) „Die Ausstellung unterscheidet sich insofern von anderen Ausstellungen über den Krieg und die Nachkriegszeit, da sie versucht, ein spezielles Bild über Heidelberg zu vermitteln. Solche Ausstellungen sind sehr nütz-

lich, da sie dazu beitragen, das Volk wachzuhalten.“ (3.6.) „... gelungene Ausstellung. Je länger man sich darauf einläßt, desto mehr verschmilzt man in Gedanken an diese zerstörerische Zeit. Die Atmosphäre, die ich hierbei spüre, ließ in mir Wut entstehen. Wut darüber, daß es immer wieder genügend Menschen gibt, die diesem abscheulichen Gedankengut Treue schwören.“ (3.6.)

Teilweise wurde angeregt: „Dies sollte keine einmalige Ausstellung bleiben, sondern unseren Kindern und Enkeln immer wieder gezeigt und erklärt werden. So könnte man Neo-Nazis entgegentreten.“ (24.5. Mutter und Großmutter); „Warum nicht eine Wanderausstellung davon machen! Für Schüler sehr interessant“ (24.5.); „Die Ausstellung ist ein bescheidener, jedoch wichtiger Schritt, damit die Ereignisse 1933-45 nicht in Vergessenheit geraten. Derartige Bestrebungen sollten vertieft und wiederholt dargestellt werden, am besten in einer ständigen Ausstellung.“ (7.6.)

Natürlich gab es auch kritische Stimmen. „Der Blickwinkel dieser Ausstellung ist zu distanziert.“ (4.6.); „Die Greuelthaten des NS-Regimes werden nicht eindringlich genug aufgezeigt“ (7.6.); „Die Ausstellung ist zu harmlos. Es fehlen Hinweise auf den Verrat am Deutschen Volk. Auch die Verführer werden nicht genügend dargestellt.“ (31.5.) Neben dem generellen Wunsch nach mehr Information wurde mehrfach nach den Namen der Täter gefragt: „Die Ausstellung ist gut und nützlich. Leider fehlt etwas Wesentliches: eine Abteilung mit Namen, Fotos und Dokumenten der Heidelberger NS-Heroen, den vielen neben Lenard!“ (18.5.); „Schade daß über solche ‚Verführer‘, die nach 1945 ungebrochen weitermachen konnten, wie z. B. Heinz Rühmann & Co., so wenig in der Ausstellung vorkommt.“ Ein Leistungskurs Geschichte beklagte:

„Zu wenig Informationsmaterial, Schülerarbeit ist unordentlich, ungenau, überflüssig!“ (24.5.) An anderer Stelle wurde gargwöhnt: „Ich denke, daß die Ausstellung nicht sehr viel bewirken wird, da die Leute, die heute noch ‚Sieg Heil!‘ brüllen, sich das sowieso nicht ansehen.“ (14.5.); „Leider kommen die Leute, denen die Ausstellung gut tun würde, nicht hierher und man muß sich heute doch noch wieder mit solchen Nicht-Denkern herum-schlagen.“ (5.6.)

Vor allem aber führte der im Titel der Ausstellung behauptete Aspekt der „Verführung“ immer wieder zu kontroversen Diskussionen. „Ich finde die Ausstellung sehr interessant, weil sie im Gegensatz zu anderen Ausstellung (Berlin etc.) auf die permanente Indoktrinierung der Jugend aufmerksam macht. Nicht nur im Erwachsenenalter die ständige Berieselung, sondern auch von frühester Jugend an.“ (14.5.) Als „Biologie-Lk-ler hat mich besonders geschockt, was in den Biologielehrbüchern an Stoff gelehrt wurde“

(19.5.); „Der Eingangsraum spiegelt den Begriff ‚verführt‘ gut wider. Sie hatten keine Arbeit! Jemand versprach sie Ihnen !!! Verführt! Nie wieder ...“ (17.6.)

Dagegen wurde jedoch auch gefragt: „Worin soll denn die Verführung liegen? In den bunten Bilderchen mit NS-Symbolen?“ (7.6.) „Die Jugend und das deutsche Volk insgesamt wurden weder verführt noch verraten. Jeder hatte Gelegenheit, bereits seit den 20er Jahren, als die braune Pest in Form der Hitlerbewegung zu wachsen begann, sich über die Ziele Hitlers und der vielen gesichtslosen Mitläufer zu informieren. Letzten Endes führte wohl die teilweise auch heute noch vorhandene Unfähigkeit der Deutschen zur Demokratie zu der großen Katastrophe. Leider wurde mit den Tätern, und allzu viele waren Täter, nicht richtig aufgeräumt. Viele von ihnen leben unerkannt unter uns...“ (9.6.); „Die älteren Menschen wußten damals sehr wohl Bescheid – oder besser: sie hätten Bescheid wissen können. Man hat die Augen verschlossen – zu sagen, sie wurden ‚verführt‘ ..., naja!“ (9.6.).

Die positivistisch und bewußt sachliche Anordnung des zusammengetragenen Quellenmaterials in der Ausstellung erfolgte u.a. auch in der Absicht, die Verführungsmechanismen z. B. durch Kleidung, Spielzeug, Sport, Kunst oder Medien bei bestimmten strukturellen Voraussetzungen wie Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrise, Orientierungslosigkeit am historischen Beispiel Heidelbergs und der Region kenntlichzumachen. Das Aufzeigen dieser Rattenfängermethoden, welche die Nationalsozialisten in einzigartiger Weise perfektioniert und in brutaler Konsequenz bis zum Untergang in die Tat umgesetzt haben, und ihre Etikettierung als „Verführung“ und „Verrat“ hatten deshalb nichts Entschuldigendes. Tatsächlich zeigte sich im Verlauf der Ausstellung, daß gerade in Kreisen ehemaliger NS-Aktivisten die Begriffe „Verführer“ oder gar „Verführte“ als geradezu beleidigend empfunden wurden, fühlte man sich doch als Bollwerk vor „der großen kommunistischen Gefahr für Europa“⁷ oder nimmt für sich polternd in Anspruch, durch seine Tätigkeit in den Organisationen der Nationalsozialisten Schlimmeres verhindert zu haben.

Nicht Aufarbeitung, sondern Umbenennung, nicht Aufzeigen, sondern Umwertung des Getanen, lautet heute offensichtlich die Strategie derer, die seit 1933 nichts dazu gelernt haben. Das Kesseltreiben, zu dem drohend geblasen wurde, sollte bei der Ausstellungsfinissage im Kurpfälzischen Museum in einem Eklat enden. An den beiden letzten Sonntagen standen Vorträge von Frank Moraw über Oberbürgermeister Carl Neinhaus⁸ sowie von Friederike Reutter⁹ zu dem Thema „Gab es eine Stunde Null?“ auf dem Programm. Vor allem der Vortrag über die Rolle des Heidelberger Oberbürgermeisters Neinhaus während des Dritten Reiches war überlagert von heftigen Diskussionen, aber auch von Verunglimpfungen, wüsten Beschimpf-

fungen und Drohungen gegenüber dem Referenten und den Ausstellungsmachern. Dies setzte sich während der gesamten letzten Ausstellungswoche fort und kulminierte am letzten Ausstellungstag. „Daß die Nazizeit verklärend, mündlich und schriftlich, von dem ehemaligen Oberstudienrat am Kurfürst-Friedrich-Gymnasium, Heinrich Peter, dargestellt worden war, brachte den Medizinphysiker an der Radiologischen Universitäts-Klinik, Professor Dr. Dieter Fehrentz, auf den Plan.“¹⁰ Professor Fehrentz, der sich wie Peter unter den Zuhörern befand, entlarvte den ehemaligen Heidelberger Gymnasiallehrer als SS-Mann und Mitarbeiter der Geheimen Staatspolizei in Heidelberg. Seinen Aktivitäten sei es zuzuschreiben, daß Heinrich Hermann Fehrentz, dessen Name eine Straße in Bergheim trägt, wegen „Feindsenderhörens“ verhaftet und im Oktober 1943 in Stuttgart enthaupet wurde.

Ausstellung und Ausstellungsverlauf haben gezeigt, daß es eine „Stunde Null“ in der Geschichte nicht gibt. Die Vergangenheit lebt weiter und die stete Erinnerung bleibt eine lebendige Aufgabe der folgenden Generationen. Dazu wollte die Ausstellung einen Beitrag leisten. Der Stadt Heidelberg ist für ihre Unterstützung dieses Projektes zu danken. Ein Teil der zusammengetragenen Exponate wurde dem Museum von den Eigentümern als Dauerleihgabe überlassen, so daß er in die stadtgeschichtliche Dauerausstellung integriert werden kann, die zur 800 Jahrfeier Heidelbergs im Herbst 1996 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht wird. Das Engagement der Schüler, Studenten, Lehrer, Kollegen und all derer, die zur Verwirklichung dieser Ausstellung beigetragen haben, verdient dankbare Anerkennung.

Anmerkungen

- 1 50 Jahre danach. Die Zeit des Nationalsozialismus in Museen und Ausstellungen. Museumsblatt Heft 18, Dezember 1995.
- 2 Vgl. hierzu vor allem Peters, Christian; Weckbecher, Arno, Auf dem Weg zur Macht. Geschichte der NS-Bewegung in Heidelberg. Dokumente und Analysen, Heidelberg 1983; Hoffmann, Herbert, Im Gleichschritt in die Diktatur? Die nationalsozialistische ‚Machtergreifung‘ in Heidelberg und Mannheim 1930 bis 1935, Frankfurt / Main 1985; Schadt, Jörg; Caroli, Michael (Hgg.), Heidelberg unter dem Nationalsozialismus. Studien zur Verfolgung, Widerstand und Anpassung. Motive-Texte-Materialien 26, Heidelberg 1985; Buselmeier, Karin; Harth, Dietrich; Jansen, Christian (Hgg.), Auch eine Geschichte der Universität, Mannheim 1985; Wolgast, Eike, Die Universität Heidelberg 1386-1986. Berlin und Heidelberg 1986.
- 3 Schadt/Caroli, S. VII.
- 4 Vgl. auch: Susanne Kraatz (Hg.), Verschleppt und vergessen. Begleitbuch zur Ausstellung 5. - 20. Oktober 1995, Heidelberg 1995.

- 5 Plädoyer für eine „Revolte des Nachdenkens“. Verführt und verraten: Jugendliche während der Nazi-Zeit - Ausstellung im Kurpfälzischen Museum, RNZ 9. Mai 1995.
- 6 Verführt und verraten. Jugend im Nationalsozialismus. Ausstellungskatalog für das Kurpfälzische Museum, hg. von Jörn Bahns, Heidelberg 1995.
- 7 Aus einem Beschwerdebrief an den Museumsdirektor Bahns, 1.7.1995.
- 8 9. Juli 1995; vgl. hierzu: Moraw, Frank, Das Gymnasium zwischen Anpassung und Selbstbehauptung. Zur Geschichte des Heidelberger Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums 1932 - 1946, Heidelberg 1987; ders., Das November-Pogrom 1938 und die lokale Politik in Heidelberg, in: Giovannini, Norbert, Bauer, Jo-Hannes, Mumm, Hans-Martin (Hgg.), Jüdisches Leben in Heidelberg. Studien zu einer unterbrochenen Geschichte. Heidelberg 1992, S. 121 - 142; ders., „Eine grauenvolle Komödie, die gespielt werden mußte“. Vom Widerstand der kleinen Leute - Wie drei Berliner Juden in Kleingemünd vor dem Zugriff der NS-Mordmaschinerie bewahrt werden konnten, in: Neckargemünder Jahrbuch 1994, S. 61 - 69.
- 9 16. Juli 1995; vgl. Reutter, Friederike, Heidelberg 1945 - 1949. Zur politischen Geschichte einer Stadt in der Nachkriegszeit. Buchreihe der Stadt Heidelberg V, Heidelberg 1994.
- 10 Schwere Vorwürfe gegen früheren Oberstudienrat am KFG. Mitschuld an Exekution von H. H. Fehrentz. Zum Ende der Ausstellung „Verführt und verraten“ Diskussteilnehmer als SS-Mann und Gestapomitglied entlarvt. RNZ, 17. Juli 1995.

Schönes Altes

Möbel, Bilder, Schmuck, Silber, Porzellan,
Glas, Spielzeug, Puppen, Stofftiere u.v.m.

Schatztruhe

Kaiserstraße 62 · HD Di-Fr 15-18, Sa 10-13 Uhr

Alte Bücher rosten nicht !



Antiquariat **69117 Heidelberg**
Pascale Lang Helligelststr.5

Tel. 06221-12202 Fax -161619.

- Günther Debon:** *Das Heidelberger Jahr Joseph von Eichendorffs*, Heidelberg: Guderjahn 1991, 2. Aufl. 1992, 282 S., DM 48.-
- *Goethes Begegnung mit Heidelberg. 23 Studien und Miniaturen*, Heidelberg: Guderjahn 1992, 280 S., DM 48.-
 - *Der Weingott und die Blaue Blume. Dichter zu Gast in Heidelberg*, Heidelberg: Guderjahn 1995, 314 S., DM 58.-

Der seit 1986 emeritierte Heidelberger Sinologe Günther Debon, 1921 in München geboren, wird nicht müde, die Stadt seiner Wahl als einen Ort darzustellen, den die Dichter liebten und rühmten. Die Beweise ihrer Verehrung hat er in drei Büchern gesammelt.

Zuerst erschien *Das Heidelberger Jahr Joseph von Eichendorffs*. Von den drei Büchern ist es das gehaltvollste und ansprechendste. Eine zweite, unveränderte Auflage folgte im Jahr darauf; zur Zeit wird die dritte Auflage vorbereitet. Es geht in diesem Buch um das „romantische Jahr“ des Heidelberger Studenten Eichendorff, um seine Begegnungen mit Achim von Arnim, Clemens Brentano, Otto Heinrich Graf von Loeben, Joseph Görres und Friedrich Creuzer. In Kapiteln wie „Studenten und Soldaten“, „Wanderungen und Ausflüge“ sowie „Musik und Tanz“ versucht Debon, die Atmosphäre Heidelbergs zu Beginn des 19. Jahrhunderts einzufangen. Wie andere vor ihm gelangt auch Debon zu dem Schluß, daß der junge Eichendorff bereits mit sechzehn Jahren zu dichten begonnen hatte, daß er aber erst in seinem Heidelberger Jahr zum Dichter geworden ist.

Nur ein Jahr nach diesem Buch erschien eine Sammlung von meist kurzen Aufsätzen, der Günther Debon den Titel *Goethes Begegnungen mit Heidelberg* gab. Es handelt sich um „23 Miszellen und Miniaturen“, von denen die Mehrzahl zwischen 1979 und 1987 in verschiedenen Zeitschriften und Jahrbüchern veröffentlicht wurde. Diesen Kapiteln fügte der Verfasser acht neue Beiträge hinzu, zum Beispiel „Heidelberger Häuser“, „Suleika“ und „Goethe und Graimberg“. Den Schwerpunkt bildet Goethes Begegnung mit Marianne von Willemer im Herbst 1815. Debon schlägt neue Datierungen einzelner Gedichte vor. Die Frage, wo Goethes Gingo-biloba-Gedicht geschrieben wurde, wird ausführlich erörtert. Das Kapitel „Goethe erklärt einen chinesischen Roman“ gibt dem emeritierten Sinologen Gelegenheit, sein spezielles Wissen einzubringen.

Den beiden Büchern ließ der Verfasser im Sommer 1995 einen Band folgen, den er in seinem Vorwort als „ein farbiges Bild der Stadt Heidelberg anlässlich ihrer 800-Jahr-Feier“ empfiehlt. Die Vermutung, es sei ein solcher Anlaß für den Philologen Debon eher mißlich, wird durch die sonderbare Wahl des Buchtitels bestärkt. Nur im Klappentext, und zwar mit dem Hinweis auf das Große Faß und Jean Pauls Vorliebe für einen guten Tropfen, wird die Wahl des Titels *Der Weingott und die Blaue Blume* vage begründet. Ein wenig ansprechender wäre „Der Gott des Weines“, aber der „Weingott“? Von der „Blauen Blume“ wird noch die Rede sein. „Dichter zu Gast in Heidelberg“ lautet der Untertitel. Ein löblicher Titel. Er wäre es wert, den Haupttitel zu bilden.

Das Buch enthält 19 Kapitel, in denen über bekannte und weniger bekannte poetische Begegnungen mit Heidelberg berichtet wird. Die Reihe der Betrachtungen beginnt mit dem aus dem Fränkischen stammenden Conrad Celtis, der von 1484 bis 1485 an der Heidelberger Universität alte Sprachen studierte. Sie endet mit einer ausführlichen und in so hehrem Kreis nicht vermuteten Laudatio der Bühnenwerke „Alt Heidelberg“ von Friedrich Meyer-Förster und „The Student Prince“ von Dorothy Donelly mit der Musik von Sigmund Romberg.

Eine anmutige Miniatur gilt dem fünfgeschossigen „Haus zum Ritter St. Georg“. Das einstige Gewandhaus des Tuchhändlers Charles Belier sei manchem deutschen Dichter, der es sah, keine rühmende Zeile wert gewesen, so Debon. Es war Victor Hugo, der es am 6. Oktober 1840 staunend betrachtete und mit bedeutenden Worten pries. Man solle ja nicht „durch Heidelberg fahren“, schrieb er, sondern möge „sich hier aufhalten, man müßte hier leben.“

Vergnügen bereitet Debons Betrachtung der von Achim von Arnim herausgegebenen „Zeitung für Einsiedler“, die als ein zu manchem literarischen Scherz aufgelegtes Periodikum von April bis August 1808 im Heidelberger Verlag Mohr und Zimmer erschien. Die besten romantischen Köpfe, so der Autor, haben sich in dem kurzlebigen Produkt geäußert, unter ihnen auch solche, die als „romantische Heißsporne“ begannen und als „tüchtige Staats- und Fürstendiener endeten“. Die Zeitschrift sei als „ein Feuersignal, eine Leuchtkugel, ein Fanal gedacht“ gewesen, meint Debon; sie sei „dementsprechend schnell erloschen“.

Wiederum widmet der Verfasser ein Kapitel dem Dichter Joseph von Eichendorff und seiner Vorliebe für die Farbe Blau, etwa im Bilde der „blauen Weiten“ und der „blauen Luft“, die er und andere Romantiker am Fuß des Heiligenberges zu spüren meinten.

Kapitel IX gilt Goethes Abneigung gegen die nach seiner Ansicht „ins Hohle“ philosophierenden „Symboliker“ und ihren beredten Fürsprecher, den Altphilologen Friedrich Creuzer. Es bewährt sich in diesem Fall der Philologe Debon, wenn er für Goethes Antipathie einen Spottvers aus dem zweiten Teil des „Faust“ zitiert, der Creuzer galt. Über Creuzers unglückliche Liebe zu der Dichterin Karoline von Günderrode wird in einem eigenen Kapitel berichtet.

Unter der Überschrift „Die Seligkeiten des Jean Paul“ erinnert Debon daran, wie herzlich man diesen Dichter im Sommer 1817 in Heidelberg aufnahm. Nicht nur habe er „sein Herz in Heidelberg verloren“, es sei ihm von der Philosophischen Fakultät der Universität auch die Würde eines Ehrendoktors und eines „Magisters der freien Künste“ verliehen worden. Jean Pauls Dank fiel artig aus: Die Stadt sei „gegen ihn so freundlich“ gewesen „wie die Natur gegen sie“.

Von Jean Paul ist auch die Rede im Beitrag über Heinrich Voß, den auch von Goethe geschätzten Sohn des Homer-Übersetzers Johann Heinrich Voß. Jean Paul habe, so Debon, dem sehr viel Jüngeren, dem treuen und kundigen Führer in den „seligen“ Heidelberger Sommerwochen, das brüderliche „Du“ angeboten. Fünf Jahre nach jenem Sommer ist Heinrich Voß gestorben.

Daß es den armen Dichter August von Platen im Frühling 1823 für einige unruhige Wochen nach Heidelberg trieb, weil er dort den geliebten Freund Justus Liebig wiederzusehen hoffte, erfährt der Leser im 14. Kapitel. Doch nicht den Freund, sondern nur sein Portrait entdeckte Platen im Haus des Bankiers Adam Fries. Dieser zeigte es ihm stolz als ein Werk seines Sohnes Ernst.

Daß Friedrich Hebbel in einer Maiennacht des Jahres 1836 in der Unteren Straße sein „Nachtlied“ schrieb, erfährt man im folgenden Kapitel. Mit gutem Grund zitiert Debon ein zweites, ebenfalls in Heidelberg entstandenes Gedicht des 23jährigen Dichters. „An eine Unbekannte“ lautet der Titel. Es handelt sich in der Tat um ein formal geglücktes Bekenntnis des jungen Mannes zu einer eben erlebten flüchtigen Liebe.

Unter der Überschrift „Goethe besucht Feuerbach“ lesen wir Näheres über eine literarische Parodie, die ein anonymes Scherzbold, der sich Dr. Mantis nannte, um das Jahr 1850 unter dem Titel „Goethe im Fegefuehr“ verfaßte. Indem er sich „faustischer“ Knit-

telverse bediente und eine Handlung erfand, die in Heidebergs Altstadt, in der Hirschgasse sowie in Handschuhsheim spielt, gelang dem Anonymus eine fröhlich-dreiste Interpretation der materialistischen Philosophie Feuerbachs. Die von Debon zitierten Textbeispiele zeigen, daß der Parodist ein Könnner war. „Das Wasser gibt dem Ochsen Kraft / Dem Menschen Bier und Wissenschaft“, ließ er einen „Studentenchor“ tönen.

Dem Rührstück „Alt Heidelberg“ von Friedrich Meyer-Förster gilt eine ebenso ausführliche wie unkritische Betrachtung des Autors. Bertolt Brechts massive Kritik einer Szene des Stücks von 1920 bleibt ebenso unerwähnt wie Kurt Tucholskys Nachbetrachtung („anachronistischer Buntdruck“) von 1923. Gern würde man lesen, daß jede heutige Aufführung des Stücks auf ein parodistisches Spektakel zielt. Auch das sentimentale Singspiel „The Student Prince“, das den „Heidelberger Schloßfestspielen „ seit 22 Jahren als Zugpferd dient“, ist dem Verfasser lieb und wert. Dorothy Donellys Gesangstexte seien wohl „etwas rosenselig“, doch seien sie „kunstvoll gebaut“, schreibt er. Den Text ihrer von Prinz Karl Franz gesungenen „Serenade“ rechnet er „zu jenen Liedern (...), die wir ohne Zögern der Heidelberg-Dichtung zuschlagen möchten.“ Man mag Teile der stets englisch gesungenen Romanze erträglich finden. Aber jener gesamte Akt, der die standesgemäße Verlobung des adligen Jünglings zäh rekapituliert, ist eher noch fader und belangloser, als es in einer Operette erlaubt sein sollte.

Das Buch enthält 46 Tafelbilder. Satz, Druck und Einband sind vorzüglich – ein Verdienst des Verlags. Ein Lob, das auch für die beiden andern Bände gilt.

Hermann Klippel

Hubert Treiber/Karol Sauerland (Hrsg.): Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Zur Topographie der „geistigen Geselligkeit“ eines „Weltorfes“: 1850-1950, Opladen: Westdeutscher Verlag 1995, 563 S., DM 72.-

In Ausstellungen, im Funkkolleg „Literarische Moderne“ oder auch in der Zeitschrift *Der Deutschunterricht* wurde in den letzten Jahren vor allem die Trias Wien, Berlin, München mit der je spezifischen intellektuellen Kultur dieser Städte dargestellt. Mit ähnlicher Intention auch Heidelberg als geistiges „Kraftzentrum“ (Friedrich Gundolf) zu erforschen, das Heidelberg der Jahrhundertwende und der drei folgenden Jahrzehnte, hatte 1990 der Warschauer und Thorner Germanist Karol Sauerland zu einem Kolloquium ins Erholungszentrum der Universität Torún geladen. Einige damals gehaltene Referate bildeten den Grundstock für den vorliegenden Band. Daß es, anders als im Fall der genannten Großstädte mit ihren vielfältigen Kunstinstitutionen und Künstlermilieus, ein Universitätsband werden würde, lag nahe; mit Tübingen oder Freiburg verhielte es sich kaum anders.

Es ist oft gefragt worden, wo die Ursachen für den Aufstieg der Universität Heidelberg und ihre besondere Rolle als liberaler Gegenpol Berlins zu finden seien – für jene „geistige Geselligkeit“ (Gustav Radbruch), die in so vielen Erinnerungen gerühmt wird. Eine der Ursachen, auf die auch Sauerland in seiner Einleitung verweist, war die kluge Berufungspolitik des Landes Baden. Ohne Zweifel bildete sie eine erste Voraussetzung für jenes spezifische „Netzwerk von Personen- und Projektkonstellationen“ (Hubert Treiber), an das der vorliegende Band erinnern will.

Die besonders gewürdigten Personen sind bekannte – vorweg Stefan George und Max Weber, denen je eigene Kapitel gelten, aber auch Georg Lukács und Emil Lederer (womit das Institut für Sozial- und Staatswissenschaften wenigstens ausschnitthaft behandelt wird); und es sind weniger oder nahezu unbekannt wie der Neukantianer Emil Lask und die Genetikerin Gerta von Ubisch, die erste in Heidelberg habilitierte Frau, der Meike Sophia Baader ein Porträt widmet, das zugleich einen kritischen Blick auf Marianne Webers Bild von 'weiblicher' Wissenschaft richtet. Die vorgestellten Projekte sind die 1923 erstmals erschienene *Deutsche Vierteljahrsschrift für Literaturwissenschaft und Geistesgeschichte* (DVJs) sowie *Logos*, die *Internationale Zeitschrift für Philosophie der Kultur*, die sich an das gebildete Publikum und weniger an die philosophische Zunft wandte – 1910 ein aufsehenerregendes Novum. Der Freiburg-Heidelberger Gründung gelten gleich drei Beiträge (einer davon über die russische Ausgabe).

Der Beitrag des Soziologen Hubert Treiber ist insofern von besonderem Interesse, als am Beispiel einiger Vorlesungen, die seine Mittelpunktfigur, der Deutsch-Russe Fedor Steppuhn, besuchte, die vielfältigen Beziehungen zwischen den Studierenden augenscheinlich werden: man konnte in der damaligen Kleinstadt gar nicht umhin, sich dauernd wieder zu begegnen. Nicht nur führte der Freundeskreis Steppuhns zur *Logos*-Gründung (und zu bedeutsamen Wiederbegegnungen nach 1945, bis hinein in den Heidelberger Salon von Corinna Sombart), die Russen vor allem führen einmal mehr zu Max Weber und dessen an den Gesprächen mit den „Slawophilen“ geschärften Beobachtungen über die „Besonderheit des okzidentalen Rationalismus“. Über die Gründungsphase des zweiten Projekts berichtet Christoph König vom Deutschen Literaturarchiv in Marbach, wo auch einige Zeitschriftenarchive gelagert sind. Nicht allein wegen Erich Rothacker als zweitem Herausgeber neben dem Literaturhistoriker Paul Kluckhohn (damals Ordinarius in Münster) darf man die DVJs als Heidelberger Gewächs ansehen; auch eine beträchtliche Anzahl der Beiträge gerade der ersten Jahre stammt von Heidelberger Gelehrten – von Leonardo Olshki, Heinrich Rickert, Friedrich Gundolf, Ernst Hoffmann, Hermann Glockner, Carl Neumann usw.

Neben Klaus Christian Köhnkes Windelband-Darstellung und Wolfgang Schluchters Antwort auf die Frage, warum Max Weber die beiden Reden über Politik und über Wissenschaft als Beruf geschrieben hat, sei besonders auf Stefan Breuers Beitrag über Stefan George und seinen Kreis hingewiesen. Es handelt sich um die mit fast 50 Seiten auch schon recht opulente Kurzfassung des 1995 zum selben Gegenstand erschienenen Buchs.

Im vorangegangenen (Weber-)Kapitel erinnert die Literaturwissenschaftlerin Bozena Choluj an die Turbulenzen nach der Ankunft des Wiener Psychoanalytikers Otto Gross 1907 in Heidelberg. Doch ist Max Weber auch sonst schon mit psychoanalytischem Instrumentarium durchleuchtet worden. Daß dies im Fall Georges bislang nicht geschah, ist umso erstaunlicher, als spätestens seit Klaus Theweleits *Männerphantasien*, diesem umfangreichen Psychogramm der „Nicht-zuende-Geborenen“, mit ihrer Angst vor Auflösung des Selbst, die Richtung, in die zu forschen gewesen wäre, offenlag. Doch hätten die Georgeaner ein solches Unterfangen als abartig empfunden, und die Literaturwissenschaftler interessierte doch eher der *Dichter* George. Breuer also, der Soziologe, durch seine Studien über die 'Konservative Revolution' entsprechend vorbereitet, las nicht nur Georges Gedichte genau, sondern vor allem auch die zahlreichen Erinnerungen aus seinem Kreis und interpretierte sie – ohne zu forcieren – mit Hilfe der Narzißmus-Forschungen besonders Heinz Kohuts. Deutlich wird dabei u.a., weshalb George nur Menschen um sich duldeten, die ihre Eigenheit, ihre Andersheit aufzugeben bereit waren, um sich in die

Rolle des von ihm in frühester Kindheit vermißten Echo- oder Spiegelobjekts zu fügen. Auch die psychische Prädisposition jener 'Spiegel' von Georges Größenselbst und welchen Gewinn sie ihrerseits aus der asymmetrischen Beziehung zogen, arbeitet Breuer heraus. Es wäre jedenfalls falsch, in George „nur den Despoten zu sehen, der mit hypnotischer Gewalt die Seelen in seine Abhängigkeit zwänge.“

Mit einigen „Streiflichtern“ (Kapitel VI) und einem „Heidelberg Ade“ endet der Band. Zu den „Streiflichtern“ gehören eine detaillierte Studie von Jörg-Dieter Gauger über den Couleurroman, ein Beitrag von Christian Jansen, der auf dem Hintergrund seiner Arbeiten über die Heidelberger Professorenschaft an die Grenzen der politischen Liberalität auch an der hiesigen Universität erinnert, und ein weiterer Aufsatz über Max Weber: Gesa von Essen analysiert den Wandel von der hergebrachten „Geheimratsgeselligkeit“ zur „organisierten Spontaneität“ der sonntäglichen „jours“, die Marianne Weber zur Kanalisierung der Besucherströme, aber auch als Rednertribüne für Max Weber während der jahrelangen Zurückgezogenheit organisiert hatte.

Als Kontrapunkt – fast als hätten die Herausgeber nach so viel aufgetürmter Wissenschaft leichte Bedenken bekommen – hat das letzte Wort der amerikanische Autor Charles Bukowski. Sein Kommentar zu Heidelberg: „Wenn du ein Schloß kennst, kennst du alle.“ Von dieser Ausnahme abgesehen, verspricht der Untertitel der Aufsatzsammlung allerdings zu viel: der behandelte Zeitraum sind die Jahrhundertwende und die darauf folgenden ersten Jahrzehnte – mit gelegentlichen Rück- und Vorgriffen, wie sie angesichts des kulturgeschichtlichen Gegenstands selbstverständlich sind.

Karin Buselmeier

Blanca Rosenberg, *Versuch zu überleben..., Polen 1941 - 1945*, Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt, 1996
(Originaltitel: *To Tell at Last. Survival under false Identity 1941 - 45*. Chicago 1993)

Der deutsche Titel des Buches ist etwas irreführend, da er nicht ahnen läßt, daß der Überlebenskampf einer polnischen Jüdin mit gefälschten Papieren im letzten Jahr vor Kriegsende nach Heidelberg geführt hat.

Blanca Rosenberg, 1913 in Gorlice, Polen, geboren, erzählt ihre eigene Geschichte. Als Frau eines Arztes und junge Mutter lebt sie bis zum Abzug der sowjetischen Armee, die den Osten Polens besetzt hielt, ein relativ unbeschwertes Leben in Kolomyja (heute Ukraine). 1941 müssen die Sowjets den Deutschen weichen. Blancas Mann meldet sich zur sowjetischen Armee und läßt seine Frau mit dem kleinen Sohn Zygmund und ihrem Bruder Romek zurück. Sie sind den deutschen Besatzern ausgeliefert, die die jüdische Bevölkerung in ein Getto zusammentreiben; und fast alle Bewohner dieses Gettos in mehreren Aktionen umbringen. Vor dem Abtransport aller Kinder kann Blanca ihren kleinen Sohn in die vermeintliche Sicherheit zu ihren Eltern nach Westpolen bringen lassen, es wird jedoch niemand von ihren zahlreichen Familienangehörigen überleben.

Auch ihr Bruder Romek wird abtransportiert und teilt ihr als letzten Wunsch mit, daß sie überleben möge, um der Nachwelt berichten zu können. Die Leiterin einer Fabrik

außerhalb des Gettos, wo Blanca vorübergehend gearbeitet hat, besorgt für sie falsche „arische“ Papiere. Auf der Flucht nach Lemberg und Warschau wird sie ständig bedroht von polnischen Menschen, die sich am Vermögen von untergetauchten Juden bereichern wollen und diese erpressen.

In Warschau arbeitet Blanca als Hausdame in einem deutschen Haushalt, wo eines Tages ein Gast aus Heidelberg erscheint und sie als Haushaltshilfe für seine kinderreiche Familie nach Heidelberg holen möchte. So kommt sie im Mai 1944 als „polnische Fremdarbeiterin“ in die regimetreue Heidelberger Familie Binder (Pseudonym), die von ihrer Identität nichts ahnt. Über 30 Seiten des Buches handeln von dieser Zeit bis zum Einmarsch der Amerikaner. Die Ausführungen aus diesem Blickwinkel sind aufschlußreich und geben einige Begebenheiten wieder, die in Heidelberg weitgehend unbekannt sind. Sie beschreibt die harten Arbeitsbedingungen als „polnische Fremdarbeiterin“ bei sehr karger Essenzuteilung. Ihre Vorgängerin Cesia, eine ebenfalls untergetauchte Jüdin, hat unter diesen Umständen ihre Gesundheit eingebüßt. Cesia rät ihr, das Abzeichen mit den Buchstaben „OST“ nicht – wie vorgeschrieben – in der Öffentlichkeit zu tragen, da damit das Betreten öffentlicher Gebäude und das Fahren mit der Straßenbahn untersagt sei und sie mit ihrem fehlerfreien Deutsch in der Öffentlichkeit nicht auffallen würde. Cesia zeigt ihr auch, wie sie an zusätzliche Nahrung herankommen kann; von nun an gehört Essen stehen zu ihrem Überlebenskampf. Solange sie arbeiten kann, fühlt sie sich vor Verfolgung und der in Polen ständig drohenden Entdeckung sicher. Der einzige „rechtschaffene“ Mensch, den sie in dieser Zeit kennenlernt, ist ein Arzt (ohne Namensnennung), der seine Stellung an der Universität wegen seiner jüdischen Frau, von der er sich nicht scheiden ließ, verloren hat; seine Frau soll Theresienstadt nicht überlebt haben.

Mit der Zeit lernt Blanca an ihrem wöchentlichen freien Nachmittag auch die Waldwege und die Stadt kennen und wagt sich sogar in die Universität, wo sie bei einer öffentlichen Literaturvorlesung geistige Anregung sucht. Sie schildert die Vorträge über die Nibelungen und Rilke, muß die Vorlesungsbesuche aber abbrechen, als ihre Hausfrau das Ziel ihrer Ausflüge entdeckt.

Bange verfolgt sie die Frontnachrichten und bekommt einige besorgniserregende Briefe ihrer Freundin Maria aus Polen, die auf der Flucht ist. Es gelingt ihr, Arbeitspapiere für sie als Haushaltshilfe bei einer benachbarten Familie zu besorgen und so ihre Freundin zu retten.

Weihnachten 1944 verbringt Blanca wegen einer Infektion im Krankenhaus für Fremdarbeiter in einem Anbau der Universitätsklinik und verrät sich beinahe im Fieberdelirium.

Anfang 1945 rückt das Kriegsende in greifbare Nähe, die Familie Binder wird unruhig, auch Vergiftung wird erwogen. Mit den Schätzen der Familie begräbt Blanca das Dritte Reich im Garten. Deserteure tauchen aus den Wäldern auf und bitten vergeblich um Zivilkleidung. Vor einem Tieffliegerangriff kann Blanca sich gerade noch retten, dennoch wird sie immer zuversichtlicher, je näher die Front rückt. Durch Flugblätter, die über den Wäldern abgeworfen werden, erfährt sie von der Gefahr, daß die Nazis ausländische Arbeitskräfte vor Ankunft der Alliierten noch zusammentreiben und eliminieren wollen.

Schließlich verlassen Blanca und Maria am Karfreitag, dem 1. April, ihren Arbeitsplatz, um die amerikanischen Befreier zu begrüßen. Das Glücksgefühl schlägt in Hoffnungslosigkeit um, als sie sich bewußt machen, daß sie nach jahrelangem Überlebenskampf nur ihr eigenes Leben retten konnten, Familie und Zuhause aber vernichtet wurden.

Ein amerikanischer Feldprediger spricht sie an und lernt zum ersten Mal überlebende Jüdinnen kennen.

Erwähnenswert ist auch ein Plakat der Amerikaner, das sie eines Tages entdeckt, auf dem zu einem Treffen der überlebenden Juden in einem Haus hinter der abgebrannten Synagoge eingeladen wird. An dem angegebenen Tag kann kein Passant den Weg zur abgebrannten Synagoge zeigen, ein Kind führt sie schließlich dorthin, weil es das Gelände als Spielplatz kennt. Das Treffen hat ein amerikanischer Rabbiner organisiert. Er hilft den Anwesenden in den folgenden Wochen bei der Zuteilung von Nahrung, Wohnraum und Arbeit.

Auch Blanca und Maria erhalten Arbeit bei den Amerikanern und später bei der UNRRA, einer Hilfsorganisation der United Nations, und treffen dabei auf Überlebende der Konzentrationslager. Sie fahnden nach ihren eigenen Angehörigen, und Blanca entschließt sich, in Polen Nachforschungen anzustellen. Nach einer nicht ungefährlichen Reise trifft sie ihren mit der Roten Armee zurückgekehrten Mann wieder, spürt eine große Entfremdung, da er sie anklagt, ihr gemeinsames Kind nicht gerettet zu haben, und trennt sich von ihm.

Blanca Rosenberg wandert mit ihrem zweiten Mann 1949 in die USA aus und beginnt dort mit Zwillingssöhnen ein neues Familienleben. Von den Schatten der Vergangenheit versucht sie sich zu befreien, indem sie ihre Geschichte aufschreibt und so das Versprechen an ihren Bruder einlöst.

Blanca Rosenberg lebt heute als Psychotherapeutin in New York und war bis 1983 Professorin für Sozialarbeit an der Columbia University.

Ildiko Mumm

Veröffentlichungen 1994/95

Aufgenommen wurden Veröffentlichungen, die 1995 (und teilweise 1994) erschienen sind. Vollständigkeit ist nicht beabsichtigt, jedoch angestrebt. Die meisten Texte wurden auf den Rezensionveranstaltungen des HGV „Erlesenes Heidelberg“ ausführlich vorgestellt.

Zeitgeschichte

- Frauengestalten. Soziales Engagement in Heidelberg. Mit Beiträgen von Ilona Scheidle, Ann Isabel Blum u.a. (Schriftenreihe Stadtarchiv Heidelberg Heft 6) Guderjahn, Heidelberg 1995
- Kurpfälzisches Museum: Verführt und verraten – Jugend im Nationalsozialismus. Bruchstücke aus der Region. Katalog zur Ausstellung des Kurpfälzischen Museums vom 8. Mai bis 16. Juli. (Bearbeitet von Frieder Hepp)
- Kurpfälzisches Museum: Zwischen Tradition und Moderne - Heidelberg in den 20er Jahren. Katalog zur Ausstellung im Kurpfälzischen Museum 10. September bis 22. November 1994, hrsg. von Jörn Bahns. Heidelberg 1994
- Friederike Reuter: Heidelberg 1945 - 1949. Guderjahn, Heidelberg 1995.
- Rhein-Neckar-Zeitung: Zusammenbruch 1945 und Aufbruch. Eine Dokumentation der letzten Kriegstage vom Neckar zum Odenwald (Sonderdruck RNZ)
- Eberhard Schöll: Von Palermo nach Heidelberg. Chronik einer Familie zwischen Kaiserreich und Zweitem Weltkrieg. Eigendruck Heidelberg 1994
- Kurpfälzische und Badische Geschichte / Schloß / Bildbände
- Sulpiz Boisseree: Tagebücher 5 Bde. Roetherdruck 1978-1995
- Hans Hubach, Volker Sellin, Franz Schlechter: Heidelberg. Das Schloß. Edition Brauss 1995
- Margarete Knebel: Liselottes Verwandte. Abt Druck Weinheim, Weinheim 1995
- Karl Kollnig: Die Kurfürsten von der Pfalz (3.Auflage). Druckerei Odenwälder, Buchen 1995
- Armin Schlechter: Heidelberg in alten Ansichten. Verlag Europäische Bibliothek, Amsterdam 1995
- Arthur Tischer: Der Heidelberger Philosophenweg. Prunkstück einer badischen Kurfürsten- und Universitätsstadt. In: Badische Heimat 2/1994, S. 237- 242

Stadtteile/ Institutionen

- Akademie für Ältere (Hrsg.) Zehn Jahre Akademie für Ältere 1985-1995. Selbstverlag, 1995
- Stadtteilverein Handschuhsheim(Hrsg.) Jahrbuch 1995 (Mit Beiträgen von Ludwig Merz zum Gedenkstein für Hillenbach; Eberhard Schöll zum Handschuhsheimer Schloßchen als Jugendherberge; Ernst Gund zur Villa Krehl; Wilhelm Barth zum Bachlenz-Theater u.a.)
- Stadtteilverein Schlierbach (Hrsg.) Schlierbach – Bilder eines Stadtteils. Guderjahn, Heidelberg, 1995
- Heidelberg-Ziegelhausen. Geschichte und Gegenwart. Hrsg. von der Bezirkssparkasse Heidelberg 1994

Reprints

- Günter Heinemann: Heidelberg. Guderjahn, Heidelberg 1995 (Reprint der Ausgabe von 1984)
- Karl Pfaff: Heidelberg und Umgebung. Guderjahn, Heidelberg 1995 (Reprint der Ausgabe von 1910)
- Gerhard Ritter: Die Heidelberger Universität im Mittelalter. HVA, Heidelberg 1986 (Reprint der Ausgabe von 1936)
- Das kleinste Buch der Kurpfalz. Faksimile mit separatem Anmerkungsteil von Rudi Dosch. Quadrate Buchhandlung, Mannheim 1995

Universitätsgeschichte/ Geistiges Heidelberg

- Rudolf Benl: Ein Heidelberger Studentenbrief von 1848. Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins 142, NF 103 1994 S. 233-248
- Willy Birkenmaier: Das russische Heidelberg. Zur Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen im 19. Jahrhundert. Verlag das Wunderhorn, Heidelberg 1995
- Günther Debon: Der Weingott und die Blaue Blume. Dichter zu Gast in Heidelberg. Guderjahn, Heidelberg 1995
- Peter Leins: Der Botanische Garten der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg (1593-1993). In: Heidelberger Jahrbücher 1994 S.47-77
- Heinrich Schipperges: Ärzte in Heidelberg. Edition Brauss, heidelberg, 1995
- Hubert Treiber/ Karol Sauerland: Heidelberg im Schnittpunkt intellektueller Kreise. Westdeutscher Verlag, Opladen 1995
- Ursula Tollmien: Sofia Kowalewskaja. Beltz-Verlag, Weinheim 1994
- Wilhelm Wundt Stiftung (Hrsg.) Von Neckarau bis Großbothen. Photographische Impressionen über Leben, Werk und Persönlichkeit von Wilhelm Wundt. Katalog zur Ausstellung des Fördervereins der W. Wundt Stiftung. Bad Honnef 1994

Region:

- Eckhard Teichert: Mosbach im 3. Reich. 3. Heft. Zeitzeugen berichten aus der Nazizeit. Herausgegeben von der Großen Kreisstadt Mosbach 1995
- Ludwig Vögely: Kraichgauer Gestalten. 36 historische Persönlichkeiten aus Politik, Kirche, Wissenschaft und Kunst. Verlag Regionalkultur, Ubstadt- Weiher 1994
- Die großen Museen im Rhein-Neckar-Dreieck. Edition Brauss, Heidelberg 1995

Veröffentlichungen 1996

I. Neuerscheinungen 1996

- Buselmeier, Michael: Literarische Führungen durch Heidelberg. Eine Kulturgeschichte im Gehen, 2. überarbeitete und erweiterte Auflage (zuerst 1991). Verlag das Wunderhorn, Heidelberg 1996, ca. 280 S.
- Hansen, Peter (Bearb.): Bauen als soziale Herausforderung. 75 Jahre Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz mbH Heidelberg (GGH). Hrsg. von Peter Blum und Gunter Heller (Reihe Sonderveröffentlichungen des Stadtarchivs Heidelberg 2). Edition Quadrat, Mannheim 1996, 116 S.
- Jahrbuch des Stadtteilvereins Handschuhsheim e.V. Jubiläumsausgabe: 100 Jahre Stadtteilverein. Heidelberg 1996, 172 S.
- Langner, Martin (Hrsg.): Feuer schwarz! Eine deutsche Feuerwehrgeschichte am Beispiel Heidelberg. Verlag das Wunderhorn, Heidelberg 1996, 352 S.
- Lautenschläger, Gerhard: Das Gebäude des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums Heidelberg. Eine Architektur-Analyse. Mit einem Aufsatz von Jörn Bahns zum Historismus in Heidelberg. Programm „Heidelberger Verlagsanstalt“ im Universitätsverlag C. Winter, Heidelberg 1996, 158 S.
- Lehmann, Hermann: Die Schwabenburse. Die Häuser der Judengasse in Heidelberg, Heft 1. Kurpfälzischer Verlag Dr. Hermann Lehmann, Heidelberg 1996, 92 S.
- Mittag, Gabriele: „Es gibt Verdammte nur in Gurs.“ Literatur, Kultur und Alltag in einem französischen Internierungslager 1940 - 1942. Attemto Verlag, Tübingen 1996, 321 S.
- Mittler, Elmar (Hrsg.): Heidelberg. Geschichte und Gestalt. Programm „Heidelberger Verlagsanstalt“ im Universitätsverlag C. Winter, Heidelberg 1996, 576 S.
- Morche, Gunther (Hrsg.): Heidelberger Anonymus 1558/59: Missa Susannae (Vorabdruck). Musikwissenschaftliches Seminar der Universität Heidelberg, Heidelberg 1996, 83 S.
- Nellen, Petra u.a.: Die Vergangenheit ist die Schwester der Zukunft. 800 Jahre Frauengeschichte in Heidelberg. Herausgegeben Stadt Heidelberg, Amt für Frauenfragen. Verlag Regionalkultur, Ubstadt Weiher 1996, 320 S.
- Nipp-Stolzenburg, Luitgart; Mumm, Hans-Martin; Riese, Reinhard: „Volksbildung nötiger denn je...“ 50 Jahre Volkshochschule Heidelberg. Beiträge zu ihrer Entwicklung und zur Geschichte ihrer Vorläufer. Programm „Heidelberger Verlagsanstalt“ im Universitätsverlag C. Winter, Heidelberg 1996, 188 S.
- Rosenberg, Blanca: „Versuch zu überleben...“ Polen 1941-1945. Aus dem Amerikanischen von Herbert Uhl und Fritz Kuhnle. Jüdischer Verlag im Suhrkamp Verlag, Frankfurt am Main 1996, 263 S. (zuerst: To Tell At Last. Survival Under False Identity, Chicago 1993)

II. Monographien und Aufsätze nach Zeitabschnitten

(Bibliographische Angaben siehe I; HJG = Heidelberg – Jahrbuch zur Geschichte der Stadt.Hrsg.vom Heidelberger Geschichtsverein)

1. Vor- und Frühgeschichte

Bechert, Tilmann: Die Frühzeit bis zu den Karolingern. Mittler, S. 20-37

2. 8. bis 16. Jahrhundert

Benner, B. und HJ Wendt: „Heidelberga incognita“. Archäologische und bauhistorische Ergebnisse zu den Anfängen Heidelbergs. Befunde zur frühen Besiedelung der Stadt Heidelberg. HJG 1/1996

Burkhart, Christian: Dossenheim und die Herren von Handschuhsheim im späten Mittelalter. Jahrbuch Handschuhsheim, S.17-25

Fritz, Johann Michael: Siegel und Szepter der Universität. Mittler, S. 288f

Goetze, Jochen: Der Heidelberger Stadtgrundriß. HJG 1/1996

Heukemes, Berndmark: Ein Münzschatz vom St. Michaelskloster aus der Zeit des Bauernkrieges. Jahrbuch Handschuhsheim, S. 7-11

Mittler, Elmar: Oswald von Wolkenstein: Loblieder auf Kurfürst Ludwig III. Mittler, S. 405-407

Scheuerbrand, Arnold: Die ersten urkundlichen Erwähnungen Heidelbergs. Mittler, S. 46-47

3. 13. bis 18. Jahrhundert

Düchting, Reinhard: Aus der Geschichte des vorbürgerlichen Theaters. Mittler, S. 388-391

Gensichen, Sigrid: Das Heidelberger Schloß. Fürstliche Repräsentation in Architektur und Ausstattung. Mittler, S. 130-161

Goetze, Jochen: Umriss einer Wirtschafts- und Sozialgeschichte Heidelbergs im Mittelalter und in der frühen Neuzeit. HJG 1/1996

Lehmann, Hermann: Die Häuser der Judengasse I. Die Schwabenburse

Merz, Ludwig: Stadt am Fluß. Zur Geschichte des Neckarufers. HJG 1/1996

Morche, Gunther (Hrsg.): Heidelberger Anonymus 1558/59: Missa Susannae

Morche, Gunther: Susanna macht Musikgeschichte. Über eine anonyme Messe für Kurfürst Ottheinrich. HJG 1/1996

Ortruba, Marianne: Spurensuche. Frauen zwischen Stadtgründung und großem Brand. Nellen u.a., S. 24-35

Ortruba, Marianne: Verbrannt und vergessen? Hexen in Heidelberg und der Kurpfalz. Nellen u.a., S. 36-45

Scheuerbrand, Arnold: Heidelbergs Aufstieg und Niedergang in kurpfälzischer Zeit. Gründung und Entwicklung von der „churfürstlichen Residentzstatt“ zur „zweiten Haupt- und ehemaligen Residenzstadt“. Mittler, S. 48-87

4. 18. und 19. Jahrhundert

Bahn, Peter: Stephan Gugenmus aus Bretten. Der Reformator der kurpfälzischen Landwirtschaft im 18. Jahrhundert. Jahrbuch Handschuhsheim, S. 27-29

Bechert, Tilmann: Der Heidelberger Studentenkarzer. Mittler, S. 362-367

- Debon, Günther: Goethe in Heidelberg. Mittler, S. 258-261
- Mittler, Elmar: Hölderlins Heidelberg-Ode. Mittler, S. 250-253
- Nellen, Petra: Die schwarzen Nonnen. Augustinerinnen in Heidelberg. Nellen u.a., S. 114-122
- Nellen, Petra: Diebsgesindel oder Wohnsitzlose? Vagantinnen um 1800. Nellen u.a., S. 46-59
- Niestroj, Marielene: Die weißen Nonnen. Dominikanerinnen in Heidelberg. Nellen u.a., S. 123-129
- Prückner, Helmut: Die Alte Brücke. Mittler, S. 162-171
- Sinn, Peter: Handschuhsheim, Neuenheim und Heidelberg auf einer Karte von 1801. Jahrbuch Handschuhsheim, S. 61-65

5. 19. Jahrhundert

- Buselmeier, Michael: Ein bislang unbekannter Brief Gottfried Kellers. HJG 1/1996
- Goetze, Jochen: Die Gründung der freiwilligen Feuerwehr Heidelberg. Langner, S. 88-96
- Goetze, Jochen: Vom Turnen und vom Vaterland, von Fahnen und von rothen Radikalen – die Gründung des Heidelberger Turnvereins 1846. HTV Nachrichten Nr.108, 1. Quartal 1996 Jubiläumsausgabe 150 Jahre Heidelberger Turnverein 1846 e.V., S. 10-21
- Lautenschläger, Gerhard: Die Gebäude des Kurfürst-Friedrich-Gymnasiums Heidelberg. Eine Architekturanalyse
- Mumm, Hans-Martin: Ein Mann von edler Denkweise und freier Geistesrichtung – Johann Lorenz Küchler (1808-1859), der erste Vorsitzende des HTV. HTV Nachrichten Nr.108, 1. Quartal 1996 Jubiläumsausgabe 150 Jahre Heidelberger Turnverein 1846 e.V., S. 22-36
- Mumm, Hans-Martin: „... daß der Mensch gebildet sein müsse, wenn er frei werden und seine Freiheit behaupten will.“ Arbeiterbildung und Volksbildung zwischen Revolution und Kaiserreich. Nipp-Stolzenburg u.a., S. 11-34
- Mumm, Hans-Martin: Carl Metz (1818-1877) Biographische Anmerkungen zu einer Feuerwehrlegende. Langner, S. 63-82
- Mumm, Hans-Martin: Die Turnfeuerwehr und die Revolution 1848/49. Von der Löschmannschaft des Turnvereins zur Freiwilligen Feuerwehr. Langner, S. 45-62
- Nellen, Petra: Von der Wohltätigkeit zur Politik. Der Frauenverein zur Polenhilfe anno 1832. Nellen u.a., S.214-220
- Nellen, Petra: Frauen und Frauenvereine in der Revolutionszeit 1848/49. Nellen u.a., S. 221-239
- Schöll, Eberhard: Der einstige Friedhof bei der St. Vituskirche und der „überflüssige Streit“ der beiden Kirchengemeinden um die Begräbnisplätze vor 160 Jahren. Jahrbuch Handschuhsheim, S. 67-73

6. 19. und 20. Jahrhundert

- Bahns, Jörn: Heidelberg als Museumsstadt. Das Kurpfälzische Museum und andere Sammlungen. Mittler, S. 434-457
- Bahns, Jörn: Zum Historismus in Heidelberg. Lautenschläger, S.141-156
- Brose, Jürgen: 1896-1996. 100 Jahre Stadtteilverein Handschuhsheim. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 127-155
- Checchetti, Mario und Heinz Schmitt: Die Fahrzeuge der Heidelberger Feuerwehr bis 1946. Langner, S. 171-174

- Goetze, Jochen: Die Gründung der freiwilligen Feuerwehr Heidelberg. Langner, S. 88ff
- Goetze, Jochen: Die Heidelberger Feuerwehr in der Kaiserzeit. Langner, S. 97-119
- Haßlinger, Ludwig: Gastwirtschaften im Bereich Rottmannstraße/Dossenheimer Landstraße. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 53-59
- Holl, Eugen: Anhang zur Chronik Handschuhsheims. Ereignisse der letzten hundert Jahre. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 156-165
- Horsch, Gerlinde: Zur Geschichte der Frauen an der Universität Heidelberg. Nellen u.a., S. 203-210
- Kunz, Edwin: Heidelberger Theaterleben. Mittler, S. 392-404
- Metzger, Rolf: Von der Handdruckspritze zur Motor- und Kraftfahrtspritze. Langner, S. 163-170
- Mumm, Hans-Martin: Heidelberg als Industriestandort um 1900. Zur These von der besonderen Industriefeindlichkeit Heidelbergs. HJG 1/1996
- Perkow, Ursula: Volksliedtradition in Handschuhsheim vor hundert Jahren. Die Sammlung der Elizabeth Marriage. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 92-96
- Pfanz-Sponagel, Christiane: „Er wurde die Sonne meiner Tage, die ich umkreiste.“ Zwischen öffentlichem Engagement und Ehe: Marianne Weber. Nellen u.a., S. 253-258
- Präger, Christmut: Die beiden Heidelberger Denkmäler für Carl Metz, Fabrikant und Feuerwehrmann (1818-1877). Langner, S. 83-87
- Ruskanen, Leena: Entschundene Zeit. Der Heidelberger Bergfriedhof. Mittler, S. 426-433
- Scheidle, Ilona: Vom landesmütterlichen Regiment zur bürgerlichen Massenorganisation: Der badische Frauenverein – Zweigverein Heidelberg. Nellen u.a., S. 241-252
- Schipperges, Thomas: „Löschen, Retten, Bergen, Schützen“ ... und mehr: Die Feuerwehrmusik in Heidelberg. Langner, S. 179-216
- Ullrich, Dieter und Martin Langner: Die Chronik der großen Einsätze bis 1946. Langner, S. 175-178
- Vogt, Eva Maria: „So a Wäschermädel war ebbes wert, domols.“ Zur Geschichte der Wäscherinnen in Ziegelhausen und Peterstal. Nellen u.a., S. 60-69

7. 20. Jahrhundert

- Barth, Wilhelm: Erinnerungen an die alte Markthalle in Handschuhsheim. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 97-102
- Gilbert, Harald: Zwangsarbeit in Heidelberg 1939-1945. Eine Quellenübersicht. HJG 1/1996
- Giovannini, Norbert: Lehrer, Pazifist, jüdischer Emigrant. Ein Hinweis auf Moritz Morgenthal und seine Familie. HJG 1/1996
- Haas, Dieter: 1918-1995. Eine Chronik. Mittler, S. 496-517
- Hanser, Peter: Bauen als soziale Herausforderung. 75 Jahre Gesellschaft für Grund- und Hausbesitz (GGH)
- Holl, Eugen: Wohnen in Handschuhsheim: Die Siedlung Pfedelsäcker. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 43-52
- Horsch, Gerlinde: Wie alles anfing... Die Neue Heidelberger Frauenbewegung. Nellen u.a., S. 259-268
- Jadi, Fërenč und Inge: Die Prinzhorn-Sammlung der Psychiatrischen Universitätsklinik in Heidelberg. Mittler, S. 270-283

- Klibansky, Raymond: Aus dem Heidelberger Geistesleben. Autobiographische Anmerkungen. Mittler, S. 270-283
- Langner, Martin: Die ungeliebte Republik. Die Feuerwehr im Spannungsfeld zwischen Traditionen und Demokratie. Langner, S.121-126
- Langner, Martin: Feuerregen – Tieffliegerbeschuß – Neuorganisation. Langner, S. 140-162
- Lauterer, Heide-Marie: „Eine Organisation, in der die Frauen über alle Parteien hinaus, einfach als Frauen, zusammengeschlossen sind.“ Zur Gründung des „Heidelberger Frauenvereins e.V.“ in der Nachkriegszeit. Nellen u.a., S. 285-291
- Maier, Hans: Aus Handschuhsheims Vergangenheit. Postkarten-Sammlung Hans Maier. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 111-120
- Merz, Ludwig: Das Schloßchen als Heim der Jugendbewegung. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 79-81
- Moraw, Frank: Vom bürgerlichen Verein zur militarisierten Hilfspolizei: Die Freiwillige Feuerwehr im Nationalsozialismus. Langner, S. 127-139
- Moraw, Frank: Heidelberg im Zeichen der Nürnberger Rassengesetze. Carl Neinhaus und Therese Wiesert. Zum politischen Spielraum eines Oberbürgermeisters im Nationalsozialismus. HJG 1/1996
- Nipp-Stolzenburg, Luitgart: Eine „Freie Lehrstätte für die geistig Aufgeschlossenen.“ 50 Jahre Volkshochschule Heidelberg. Nipp-Stolzenburg u.a., S. 69-176
- Riese, Reinhard: „Nicht Popularisierung der Wissenschaft, sondern Bildung des Volkes ist unser Ziel.“ Volkshochschulkurse an der Universität Heidelberg 1900-1933. Nipp-Stolzenburg u.a., S. 35-67
- Rosenberg, Blanca: „Versuch zu überleben...“ S.211-250
- Scheidle, Ilona und Petra Nellen: Als der Frieden kam ... Flüchtlingsfrauen und Heidelbergerinnen seit 1945. Nellen u.a., S. 269-284
- Schwing, Margret: „Unsere Arbeit war hart und schwer.“ Gemüsebäuerinnen und Marktfrauen erzählen von früher. Nellen u.a., S. 70-79

8. Zu mehreren Zeitabschnitten

- Buselmeier, Michael: Heidelberg und die Literatur. Zur Geschichte des deutschen Geistes. Mittler, S. 242-267
- Finscher, Ludwig: Musik am Hof, in der Kirche und im Bürgerhaus. Mittler, S. 408-425
- Gercke, Hans: Enge und Weite. Heidelberg und die Kunst. Mittler, S. 466-495
- Heeremann, Franziskus: Stift Neuburg. Mittler, S. 236-241
- Hepp, Frieder: Die Menschen am Neckar sind vom Feuer bedroht. Langner, S. 13ff
- Holl, Arno: Wie der Hohe Nistler zu seinem Namen kam. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 13-15
- Jordan, Martin: Wo wohnten die alten Handschuhsheimer? Teil 6, Fortsetzung von 1991-1995. Jahrbuch Handschuhsheim 1996, S. 35-42
- Kraatz, Susanne und Ilona Scheidle: Stift Neuburg. Vom Frauenkloster zum literarischen Treffpunkt. Nellen u.a., S. 100-113
- Krauß, Martin: Die Geschichte der Wieblinger Mühle. HJG 1/1996
- Lang, Pascale: Frauen der Feder. Schriftstellerinnen in Heidelberg. Nellen u.a., S. 130-144
- Löslein, Barbara: Die Heidelberger Synagogen. Von ihrer ersten Erwähnung im 14. Jahrhundert bis zur Gegenwart. Mittler, S. 228-235

- Malsburg, Raban von der: Die Architektur des Heidelberger Rathauses. Ein Spiegel der Stadtgeschichte. HJG 1/1996
- Mittler, Elmar: Bibliothek im Wandel. Die Universitätsbibliothek zwischen Vergangenheit und Zukunft. Mittler, S. 325-361
- Nellen, Petra.: Der lange Weg von der Mädchleinschule zur Universität. Mädchenbildung in Heidelberg. Nellen u.a., S.145-192
- Neumüllers-Klaue, Renate: Kleine Heidelberger Lapidar-Chronik. Mittler, S.88-105
- Riedl, Peter Anselm: Heidelbergs Altstadt. Gestalt, profane Bauwerke, denkmalpflegerische Probleme. Mittler, S. 106-129
- Scheible, Heinz: Vom Stieropfer zur Ökumene. Religion und Kirche in Heidelberg. Mittler, 172-201
- Scheidle, Ilona: „Sie schätzten einander“ – oder: Freundinnen. Ein zeitloses Thema ganz zeitgebunden. Nellen u.a., S. 80-94
- Seeliger-Zeiss, Anneliese: Heidelberger Kirchenbaukunst. Mittler, S. 202-226
- Wolgast, Eike: Die Universität Heidelberg. Historische Entwicklung. Mittler, S. 284-320

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren

- Manfred Benner, geb. 1966, Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes. Landesdenkmalamt Karlsruhe, Außenstelle Heidelberg, Czernyring 23, 69115 Heidelberg (d)
- Günther Berger, geb. 1956, Stadtarchivamtmann, zuständig für Archivbibliothek und Bildersammlung. Stadtarchiv Heidelberg, Heiliggeiststr. 12, 69117 Heidelberg (d)
- Dr. Peter Blum, geb. 1959, Stadtarchivoberrat, Leiter des Stadtarchivs Heidelberg; Lehrbeauftragter an der Universität Mainz. Stadtarchiv Heidelberg, Heiliggeiststr. 12, 69117 Heidelberg (d)
- Karin Buselmeier, geb. 1941, Dozentin für Ästhetik und Kommunikation an der Fachhochschule Frankfurt, Fachbereich Sozialpädagogik. Kühler Grund 58, 69126 Heidelberg (pr)
- Michael Buselmeier, geb. 1938, freier Schriftsteller. Kühler Grund 58, 69126 Heidelberg (pr)
- Harald Gilbert, geb. 1939, Lehrer für Geschichte, Politik und Deutsch am Bunsen-Gymnasium in Heidelberg. In der Schanz 21, 69198 Schriesheim (pr)
- Dr. Norbert Giovannini, geb. 1948, Hauptschullehrer und Lehrbeauftragter. Zähringerstr. 45, 69115 Heidelberg (pr)
- Dr. Jochen Goetze, geb. 1937, Dozent am Historischen Seminar der Universität Heidelberg. Grabengasse 3-5, 69117 Heidelberg (d)
- Dr. Frieder Hepp, geb. 1957, Leiter der stadtgeschichtlichen Abteilung des Kurpfälzischen Museums der Stadt Heidelberg. Kurpfälzisches Museum, Hauptstraße 97, 69117 Heidelberg (d)
- Hermann Klippel, geb. 1921, Verlagslektor i.R.. Mühlthalstraße 89a, 69121 Heidelberg (pr)
- Dr. Martin Krauß, geb. 1960, Leiter des Unternehmensarchivs der Bilfinger+Berger Bauaktiengesellschaft in Mannheim. In der Unteren Rombach 9, 69118 Heidelberg (pr)
- Dr. Raban von der Malsburg, geb. 1946, studierter Kunsthistoriker, praktizierender Leiter des Zentrums für Studienberatung und Weiterbildung der Universität Heidelberg. Kleine Mantelgasse 16, 69117 Heidelberg (pr)
- Ludwig Merz, geb. 1908, Fachschulrat a.D., Träger der Bürgermedaille der Stadt Heidelberg. Quinckstraße 18, 69120 Heidelberg (pr)
- Dr. Frank Moraw, geb. 1942, Lehrer für Geschichte, Politik und Latein am Kurfürst-Friedrich-Gymnasium in Heidelberg. Robert-Stolz-Weg 8, 68181 Leimen (pr)
- Dr. Gunther Morche, geb. 1940, Akademischer Oberrat am Musikwissenschaftlichen Seminar der Universität Heidelberg, Augustinergasse 7, 69117 Heidelberg (d)
- Ildiko Mumm, geb. 1946, Theologin und jetzt Dokumentarin. Kaiserstraße 10, 69115 Heidelberg (pr)
- Hans-Martin Mumm, geb. 1948. Studierter Theologe und praktizierender Mechaniker. Kaiserstraße 10, 69115 Heidelberg (pr)
- Diana Weber, geb. 1958, Stadtarchivamtsrätin, zuständig für die Sammlungen von Karten, Plänen und für die Theatergeschichte. Stadtarchiv Heidelberg, Heiliggeiststraße 12, 69117 Heidelberg (d)
- Achim Wendt, geb. 1968, Mitarbeiter des Landesdenkmalamtes. Landesdenkmalamt, Außenstelle Heidelberg, Czernyring 23, 69115 Heidelberg (d)



